



# Landtag von Baden-Württemberg

41. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 28. Februar 2008 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Mittagspause: 11:52 bis 13:01 Uhr

Schluss: 17:47 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	2757	b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Umweltministeriums – <b>Konsequenzen aus der unzureichenden Absicherung der Kernkraftwerke Philippsburg 1 und Neckarwestheim I gegen terroristische Angriffe</b> – Drucksache 14/1590 . . . . .	2789
Absetzung der Punkte 10 und 11 der Tagesordnung . . . . .	2789, 2834	Abg. Thomas Knapp SPD . . . . .	2789, 2796
1. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Justizministeriums – <b>Siebter Bericht zur Lage von Ausländern in Deutschland</b> – Drucksache 14/2180 . . . . .	2757	Abg. Franz Untersteller GRÜNE . . . . .	2790, 2798
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	2757	Abg. Ulrich Müller CDU . . . . .	2792
Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU . . . . .	2758	Abg. Monika Chef FDP/DVP . . . . .	2794
Abg. Ute Vogt SPD . . . . .	2759	Ministerin Tanja Gönner . . . . .	2795
Abg. Werner Wölfle GRÜNE . . . . .	2760	Beschluss . . . . .	2800
Minister Dr. Ulrich Goll . . . . .	2761	4. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Nutzung der Möglichkeiten aus der Reform des Berufsbildungsgesetzes</b> – Drucksache 14/1586 . . . . .	2800
Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP . . . . .	2764	Abg. Gunter Kaufmann SPD . . . . .	2800, 2806
Beschluss . . . . .	2765	Abg. Katrin Schütz CDU . . . . .	2801
2. Aktuelle Debatte – <b>Tabubruch der SPD – keine Zusammenarbeit mit Kommunisten</b> – beantragt von der Fraktion der CDU . . . . .	2766	Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE . . . . .	2802
Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU . . . . .	2766	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	2804
Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .	2767, 2773	Staatssekretär Richard Drautz . . . . .	2805
Ministerpräsident Günther Oettinger . . . . .	2770	Beschluss . . . . .	2807
Abg. Stefan Mappus CDU (persönliche Erklärung) . . . . .	2772	5. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 14/2385	
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE . . . . .	2775	5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – <b>Krankenhausfinanzierung</b> . . . . .	2782, 2787
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP . . . . .	2778	Abg. Michael Theurer FDP/DVP . . . . .	2782, 2788
Abg. Stefan Mappus CDU . . . . .	2782	Staatssekretär Dieter Hillebrand . . . . .	2788
3. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – <b>Sicherheit der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg – Übertragung von Strommengen von alten auf neue Kraftwerke</b> – Drucksache 14/1557		5.2 Mündliche Anfrage der Abg. Rita Haller-Haid SPD – <b>Strategien gegen eine DHL-Standortschließung</b> . . . . .	2783
		Abg. Rita Haller-Haid SPD . . . . .	2783, 2784
		Staatssekretär Richard Drautz . . . . .	2783, 2784

5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Johannes Stober SPD – <b>Kommunale Abfallentsorgung nach VGH-Urteil</b> . . . . .	2784	9. Beschlussempfehlung und Bericht des Umwelt- ausschusses zu der Mitteilung des Umweltmini- steriums vom 14. Januar 2008 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Kraftfahrzeuge</b> – Druck- sachen 14/2220, 14/2372 . . . . .	2828
Abg. Johannes Stober SPD . . . . .	2784, 2785	Abg. Winfried Scheuermann CDU . . . . .	2828
Ministerin Tanja Gönner . . . . .	2785, 2786	Abg. Wolfgang Stehmer SPD . . . . .	2829
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	2785	Abg. Franz Untersteller GRÜNE . . . . .	2830
Abg. Michael Theurer FDP/DVP . . . . .	2786	Abg. Dieter Ehret FDP/DVP . . . . .	2831
5.4 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – <b>Personalrotation im Wirtschaftsminis- terium des Landes Baden-Württemberg</b> . . . . .	2786	Ministerin Tanja Gönner . . . . .	2832
Abg. Gustav-Adolf Haas SPD . . . . .	2786, 2787	Beschluss . . . . .	2833
Staatssekretär Richard Drautz . . . . .	2787	10. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – <b>Bodenseeraum</b> – Drucksache 14/1633 . . . . .	abgesetzt (2789, 2834)
5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE – <b>EBS-Kraftwerk der Projektge- meinschaft „Energiezentrale Schelklingen“</b> . . . . .	2788	11. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Stän- digen Ausschusses zu der Mitteilung des Lan- desbeauftragten für den Datenschutz vom 3. Dezember 2007 – <b>Achtundzwanzigster Tä- tigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg</b> – Drucksachen 14/2050, 14/2366	
Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE . . . . .	2788	b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnah- me des Innenministeriums – <b>Europarechts- konforme Datenschutzkontrolle</b> – Drucksach- e 14/1636 . . . . .	abgesetzt (2834)
Ministerin Tanja Gönner . . . . .	2788, 2789	12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesver- fassungsgerichts vom 24. Januar 2008, Az.: 1 BvR 3262/07 – <b>Verfassungsbeschwerde gegen § 7 Landesnichtraucherschutzgesetz (Rauch- verbot in Einraumgaststätten)</b> – Drucksache 14/2367 . . . . .	2834
6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Sportförderung und Sportstätten in Baden- Württemberg</b> – Drucksache 14/1587 . . . . .	2808	Beschluss . . . . .	2834
Abg. Margot Queitsch SPD . . . . .	2808	13. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. November 2007 – <b>Bericht der Landes- regierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2005 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Würt- temberg für das Haushaltsjahr 2003 (Nr. 19) – Die Beteiligung des Landes am Projekt FISCUS</b> – Drucksachen 14/2055, 14/2249 . . . . .	2834
Abg. Elke Brunnemer CDU . . . . .	2810	Beschluss . . . . .	2834
Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE . . . . .	2811	14. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Dezember 2007 – <b>Bericht der Landesre- gierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Landesbeteiligung an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien</b> – Druck- sachen 14/2095, 14/2352 . . . . .	2834
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	2812	Beschluss . . . . .	2834
Staatssekretär Georg Wacker . . . . .	2814		
Beschluss . . . . .	2816		
7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – <b>Markteinführung der Tiefengeothermie in Baden-Württemberg durch Absicherung von 30 Bohrungen</b> – Druck- sache 14/1594 . . . . .	2816		
Abg. Thomas Knapp SPD . . . . .	2816		
Abg. Bernhard Schätzle CDU . . . . .	2817		
Abg. Franz Untersteller GRÜNE . . . . .	2817		
Abg. Dieter Ehret FDP/DVP . . . . .	2818		
Ministerin Tanja Gönner . . . . .	2819		
Beschluss . . . . .	2820		
8. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – <b>Beziehungen zwischen Bund und Ländern in der Lebensmittelüber- wachung und Umsetzung des Zehnpunktepro- gramms des Bundeslandwirtschaftsministers von 2005</b> – Drucksache 14/1561 . . . . .	2820		
Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . .	2821, 2827		
Abg. Paul Locherer CDU . . . . .	2822		
Abg. Reinhold Pix GRÜNE . . . . .	2823		
Abg. Monika Chef FDP/DVP . . . . .	2824		
Minister Peter Hauk . . . . .	2825		
Beschluss . . . . .	2828		

<p>15. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2007 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 27. März 2007 zur Wirtschaftlichkeit des Projekts NSI in der Landesverwaltung</b> – Drucksachen 14/2203, 14/2354 . . . . . 2834</p> <p>Beschluss . . . . . 2834</p> <p>16. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Dezember 2007 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2004 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2002 (Nr. 7) – Dienstreisemanagement</b> – Drucksachen 14/2162, 14/2355 . . . . . 2834</p> <p>Beschluss . . . . . 2834</p> <p>17. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu den Mitteilungen der Landesregie-</p>	<p>rung vom 15. Juni und 16. August 2007 – <b>Berichte der Landesregierung zu Beschlüssen des Landtags; hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Nr. 11) – Betätigungsprüfung bei einem Dienstleistungsunternehmen</b> – Drucksachen 14/1385, 14/1670, 14/2356 . . . . . 2834</p> <p>Beschluss . . . . . 2834</p> <p>18. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/2244, 14/2360, 14/2361, 14/2362 . . 2834</p> <p>Beschluss . . . . . 2834</p> <p>19. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/2340 . . . . . 2834</p> <p>Beschluss . . . . . 2834</p> <p>Nächste Sitzung . . . . . 2834</p>
--	---

## Protokoll

über die 41. Sitzung vom 28. Februar 2008

Beginn: 9:33 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 41. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Röhm erteilt.

Krank gemeldet sind Frau Abg. Fauser, Frau Abg. Wonnay und die Herren Abg. Braun und Reichardt.

Aus dienstlichen Gründen hat sich Herr Minister Stratthaus entschuldigt.

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Justizministeriums – Siebter Bericht zur Lage von Ausländern in Deutschland – Drucksache 14/2180**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abg. Kluck.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einem sind wir uns hier sicherlich alle einig:

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Nein!)

Wir wollen ein gutes Miteinander zwischen deutschen und ausländischen Mitbürgern. So steht es auch in der Koalitionsvereinbarung, die die FDP/DVP im Jahr 2006 mit der CDU abgeschlossen hat. Darin wird betont, dass viele Zuwanderer bereits seit Jahrzehnten bei uns leben, in unsere Gesellschaft integriert sind, am bürgerschaftlichen Leben teilnehmen und zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

Aber wir verschweigen auch nicht, dass es auf der anderen Seite immer noch zu viele gibt, die noch nicht integriert sind. Die Integration ist daher eine notwendige und vorrangige Aufgabe. Das macht auch die Stellungnahme des Integrationsbeauftragten zum Bericht über die Lage von Ausländern in Deutschland deutlich.

Die vorliegende Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag unserer Fraktion bestätigt unsere Auffassung, dass Integration gleichermaßen gefördert und gefordert werden muss. In Bezug auf Integration wurde eine Menge erreicht. Unser Land hat bei diesem Prozess ja auch eine lange Erfahrung.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden mehrere Millionen Menschen hier aufgenommen. Heute hat jeder vierte Einwohner Baden-Württembergs einen Migrationshintergrund, also mindestens einen Elternteil, der nicht in Deutschland geboren wurde.

Dass es mit dem Zusammenleben trotzdem so gut funktioniert, ist ein gutes Zeichen für die Integrationsfähigkeit und die Integrationsleistung dieses Landes und der hier lebenden Menschen. Wir brauchen hier nicht über den türkischen Chirurgen, den italienischen Gastwirt, den kroatischen Rechtsanwalt, den griechischen Kaufmann, den serbischen Ingenieur und den arabischen Professor zu sprechen. Da gibt es in Sachen Integration keinen Nachholbedarf. Verstärkte Anstrengungen sind erforderlich, um diejenigen in unsere Gesellschaft einzugliedern, die über wenig Bildung und oft über gar keine Ausbildung verfügen.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Wir brauchen alle – ich betone: alle –, damit unser Land weiterhin so gut dasteht, wie dies heute der Fall ist.

Die Stellungnahme des Integrationsbeauftragten zeigt die vielfältigen Bemühungen von Staat und Kommunen auf. Wir erwarten aber auch von allen, die dauerhaft hier leben wollen, eine verstärkte eigene Bereitschaft und eigene Anstrengungen zur Integration.

Dass Liberale unter Integration keine Germanisierung verstehen, brauche ich nicht zu betonen. Wir haben allerdings auch nichts dagegen, wenn sich jemand assimilieren will. Aber wir verlangen von niemandem die Aufgabe der eigenen kulturellen Identität.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Ute Vogt SPD)

Uns ist auch klar, dass jemand besser Deutsch lernt, wenn er seine Muttersprache richtig beherrscht. Wir sehen Mehrsprachigkeit als Chance und Bereicherung. Als Verfechter eines freien Schulwesens haben wir auch nichts gegen griechische oder türkische Schulen. Es gibt schon sehr erfolgreiche griechische Gymnasien bei uns im Land.

Es gibt auch, wie Sie wissen, über 120 deutsche Schulen im Ausland. Selbst die ja etwas bildungsferne Große Koalition in Berlin hat jetzt noch einmal dreistellige Millionenbeträge zur Verfügung gestellt, um dieses Netz auszubauen.

Wichtig ist uns, dass sich Zuwanderer nicht abkapseln und dass ihre Kinder Bildung bekommen, die sie zur gleichberech-

(Hagen Kluck)

tigten Teilhabe an unserer Gesellschaft befähigt. Wenn in meiner Heimatstadt Reutlingen von 115 zu einem Integrationskurs verpflichteten Zuwanderern 90 gar nicht erst hingehen, läuft da irgendetwas schief. Wir können uns ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau junger Ausländer nicht leisten. Es geht nicht, dass mehr als ein Drittel der jungen Menschen mit Migrationshintergrund ohne berufliche Bildung bleibt. Eine mehr als doppelt so hohe Erwerbslosenquote bei Zuwanderern ist nicht hinnehmbar.

Es ist gut, dass diese Defizite mit der Sprachstandserhebung in Kindergärten gezielt angegangen werden, mit dem Programm zur Stärkung elterlicher Erziehungs Kompetenzen, mit Förderklassen und -kursen in Schulen und mit der Initiative des Wirtschaftsministers zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Altbewerber.

Sie sehen: Es tut sich eine ganze Menge. Der Weg dahin war mühsam, weil es manchen auf beiden Seiten nicht leichtgefallen ist, sich von der Mär des doch nur vorübergehenden Aufenthalts zu verabschieden.

Die Berufung von Ulrich Goll zum Integrationsbeauftragten, die Bildung eines Kabinettsausschusses zu diesem Themenkomplex und die Aktivierung des Landesarbeitskreises Integration, das alles trägt jetzt Früchte.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die FDP/DVP erwartet mit der jetzt bald anstehenden Vorlage des Landesintegrationsplans einen weiteren entscheidenden Schritt in die richtige Richtung. Es ist und bleibt das Ziel der Liberalen, Zuwanderern gleiche Bildungs- und Berufschancen zu gewähren und sie möglichst umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in Baden-Württemberg zu beteiligen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Jägel.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine Stimme mit Gewicht!)

**Abg. Karl-Wolfgang Jägel** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für uns in Baden-Württemberg ist eine erfolgreiche Integrationspolitik seit Langem ein wichtiges Ziel. Nicht nur die Einsetzung des Kabinettsausschusses Integration, sondern vor allem die Vielfältigkeit der Integrationsangebote und -projekte in diesem Bereich dokumentieren, wie sehr wir uns mit den Herausforderungen auseinandersetzen, die sich durch die hohe Zahl unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund ergeben.

Rund 2,7 Millionen Baden-Württemberger weisen einen Migrationshintergrund auf. Damit liegt unser Land mit einem Anteil von 25 % an der Gesamtbevölkerung unter den Flächenländern an der Spitze. Aufgrund der besonderen Altersstruktur haben sowohl die Gruppe der unter 15-Jährigen als auch die Gruppe der 15- bis 25-Jährigen sogar einen Anteil von fast einem Drittel.

Der Bericht zur Lage von Ausländern in Deutschland macht deutlich, wie sehr Menschen mit Migrationshintergrund in-

zwischen unser gesamtes gesellschaftliches Leben prägen. Baden-Württemberg hat dabei aufgrund seiner exzellenten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und seiner gesunden Struktur schon immer eine besondere Anziehungskraft gehabt. Viele Menschen sind aus Erwerbsgründen nach Baden-Württemberg gekommen, viele sind hier heimisch geworden.

Wie wichtig eine solche gesunde Wirtschaftsstruktur ist, belegen die Zahlen zur Erwerbsbeteiligung. So liegt die Erwerbsquote der Migranten mit 73 % in Baden-Württemberg deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 68 %. Die Einbindung in das Erwerbsleben schafft soziale Kontakte, Spracherwerb und zuletzt ein Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft. Daher leistet eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zugleich auch immer einen wesentlichen und wichtigen Beitrag zur Integration.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr richtig! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Genau!)

Durch eine frühe und gezielte Förderung schaffen wir die Voraussetzungen für eine Teilhabe aller an unserer Gesellschaft.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist der richtige Weg!)

Allerdings gibt es natürlich auch negative Auswirkungen, die wir benennen und auch stoppen müssen. So schneiden Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Schule im Vergleich zu ihren Altersgenossen ohne Migrationshintergrund signifikant schlechter ab. Zudem haben knapp 38 % der 25- bis 35-Jährigen mit Migrationshintergrund keinen Berufsausbildungsabschluss. Bei der entsprechenden Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund – Kollege Kluck hat schon darauf hingewiesen – liegt dieser Anteil bei weniger als der Hälfte, nämlich bei 14 %. Das darf nicht so bleiben.

Das entscheidende Defizit dabei ist aber nach unserer Auffassung die mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache. Hier setzen wir an. Die obligatorische Sprachstandserhebung im vierten Lebensjahr zielt genau darauf, Förderbedarf zu erkennen und umgehend die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Durch das Programm STÄRKE wird die Familien- und Elternbildung in diesem Jahr mit 1,5 Millionen € und von 2009 zunächst bis 2013 mit jährlich 4 Millionen € zusätzlich ausgestattet.

Mit dem Orientierungsplan wird die Bedeutung des Kindergartens als Kinderschule hervorgehoben und die Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher insbesondere im Bereich der Sprachförderung entsprechend ausgebaut. Hierfür stellen das Land und die kommunalen Landesverbände verteilt auf vier Jahre insgesamt 20 Millionen € zur Verfügung. Auch mit dem Modell „Schulreifes Kind“ erhalten förderungsbedürftige Kinder eine entsprechende Förderung.

Vor allem die von uns beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der Hauptschule werden in diesem Bereich erhebliche Fortschritte bringen. Denn zusätzliche 300 Lehrerstellen und 40 Millionen € werden ausschließlich zur Verbesserung der Schulbedingungen beitragen.

(Karl-Wolfgang Jägel)

Aber einer Tatsache dürfen wir uns natürlich nicht verschließen: Eine gelungene Integration setzt gegenseitiges Aufeinanderzugehen voraus. Vor diesem Hintergrund erscheint es bedenklich, wenn Menschen jahrzehntelang in Baden-Württemberg leben, ohne Deutsch zu verstehen oder gar ohne ein Wort Deutsch zu sprechen. Aber ohne den Wunsch und den Willen, die Sprache zu erlernen, laufen wir mit unseren Integrationsbemühungen ins Leere. Hier muss erwähnt werden, dass gerade Eltern nicht Deutsch sprechender Kinder eine besondere Verantwortung haben – nicht nur der Staat.

Baden-Württemberg als tolerantes und weltoffenes Land fördert auf allen vorschulischen, schulischen und gesellschaftlichen Ebenen das Miteinander aller seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass alle Kinder und Jugendlichen die Chance erhalten, das Rüstzeug für ein erfolgreiches und glückliches Leben zu erlangen. Wir werden aber auch von den Zuwanderern einfordern, dass sie sich aktiv einbringen und ihren Teil zu einer gelungenen Integration beitragen. Fördern heißt auch fordern.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine sehr  
gute Rede!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Vogt.

**Abg. Ute Vogt SPD:** Guten Morgen, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Guten Morgen, liebe Landesregierung“ kann man angesichts der Tatsache sagen, dass die Landesregierung

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Auch schon da ist!)

plant, im Juni 2008 einen Integrationsplan für Baden-Württemberg vorzulegen, zwei Jahre nach dem ersten Integrationsgipfel der Bundesregierung, ein Jahr nachdem ein nationaler Integrationsplan beschlossen wurde, bei dem sich auch unser Land zum Handeln verpflichtet hat. Wenn Sie in Baden-Württemberg im Juni 2008 erst vorlegen, was wir im baden-württembergischen Integrationsplan zu tun gedenken, dann soll auf Bundesebene bereits die erste Evaluation der Maßnahmen stattfinden. So etwas Verschlafenes ist nicht angetan, um selbstzufrieden zu sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich wundere mich schon ein bisschen darüber, wie zufrieden Sie über diese Leistungen sind.

In der von der Robert Bosch Stiftung in Auftrag gegebenen Studie „Standort Baden-Württemberg – Demografie und Zukunftsfähigkeit“ ist zu lesen – ich zitiere –:

*Baden-Württemberg benötigt zukünftig nicht nur stabile und gesteuerte Zuwanderung, sondern auch eine bessere Integration der Zugewanderten in Wirtschaft und Gesellschaft. Insbesondere bei der erfolgreichen Integration in Schule und Ausbildung hinkt Baden-Württemberg anderen Bundesländern hinterher.*

Weiter heißt es in dieser Studie:

*Aber in keinem anderen Bundesland ist die Quote der ausländischen Abiturienten geringer als in Baden-Württemberg.*

Es gibt überhaupt keinen Grund – da kann man an die gestrige Bildungsdebatte anschließen –, uns selbstzufrieden zurückzulehnen und zu sagen, bis auf ein paar Bildungs- und Sprachdefizite sei alles in Ordnung. Wenn bundesweit über 10 % der ausländischen Kinder ein Abitur schaffen und in Baden-Württemberg nur 3,8 % überhaupt die Chance dazu haben, dann liegt hier das Kernproblem. Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Dabei haben Sie bislang ziemlich versagt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich denke, dass wir hier die Gelegenheit nutzen müssen, auch ein Signal zu geben, dass wir Integration wirklich wollen.

Ich fand es sehr erfreulich, dass Kollege Kluck dieses Mal so gesprochen hat, wie man sich einen Liberalen aus früheren Jahrzehnten eigentlich vorstellt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ein Fossil! – Zuruf von der SPD: Lang, lang ist's her!)

Er hat nämlich deutlich gesagt: Man muss den Menschen auch ihre kulturelle Identität lassen, wenn man möchte, dass sie sich integrieren.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Mehr Klucks in diese Welt!)

Ich glaube, das ist etwas ganz Entscheidendes, das es zu beachten gilt. Wir müssen den Menschen zeigen, dass wir akzeptieren, wenn sie anders sind. Dass wir erwarten, dass sie unsere Sprache sprechen und sich an Recht, Gesetz und Verfassung halten, ist klar. Auf der anderen Seite müssen wir aber deutlich machen: Anderssein ist nicht schwierig, sondern es gehört dazu, dass man seine Identität behält, wenn man sich als Person in einem Land einbringen will.

Ich bin froh, Herr Justizminister, dass Sie im Vorfeld der Kommunalwahlen auch das schwierige Thema „Kommunalwahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer“ aufgegriffen haben. Man konnte es in der Zeitung lesen. Ich kann Ihnen sagen: Sie haben unsere Unterstützung. Denn Menschen, die viele Jahre und Jahrzehnte hier leben und Steuern bezahlen, müssen auch die Chance haben, mitzubestimmen. Wenn wir mit in die Verantwortung nehmen können, den können wir auch in unsere Gemeinschaft aufnehmen.

Insofern wäre ich dankbar, wenn wir an diesem Tag nicht nur darüber reden würden, wie die Situation aussieht, sondern auch darüber, was wir in Zukunft anders machen müssen, um die Integrationschancen zu verbessern. Ein Ansatz dazu war Ihr Vorschlag zum Kommunalwahlrecht für Menschen, die hier schon seit vielen Jahren leben.

Ein anderer Ansatz ist sicherlich das Thema „Sprache und Sprachunterricht“. Wahrscheinlich haben wir in der zweiten Runde noch Gelegenheit, uns dem hier etwas ausführlicher zu widmen.

(Ute Vogt)

In diesem Sinne bin ich sehr gespannt darauf, wie Sie diese Vorstellungen in der Koalition umsetzen. Für die SPD-Fraktion kann ich Ihnen jedenfalls signalisieren: Unsere Unterstützung für eine gute und menschenwürdige Integrationspolitik haben Sie.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD:  
Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wölfle.

**Abg. Werner Wölfle GRÜNE:** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Sie merken, zurzeit herrscht gute Stimmung. Man ist freundlich zueinander, selbst bei diesem Thema.

(Zuruf von der SPD: Wir sind immer freundlich!)

Vor wenigen Wochen herrschte in der Bundesrepublik noch ein ganz anderer Ton. Da war der Knüppel aus dem Sack. Insofern ist es erfreulich, dass man zu dieser Sachlichkeit zurückgefunden hat.

Grund zur Selbstzufriedenheit, wie Sie von den Regierungsfractionen es heute geschildert haben, besteht aber nicht. Der Justizminister belässt es bei der Zusammenstellung von Daten. Das sage nicht ich, sondern das sagt die FDP/DVP-Abgeordnete Birgit Arnold. Sie wünscht sich mehr zukunftsweisende Aussagen. Recht hat sie.

Ich habe auch verstanden, warum der Antrag heute auf der Tagesordnung steht. Denn wer liest schon Drucksachen? Dem Justizminister soll eine zweite Chance gegeben werden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er nutzt seine Chancen!)

Ich bin gespannt auf seine zukunftsweisenden Aussagen. In der Tat haben wir jetzt eigentlich nichts anderes auf dem Tisch als eine Zusammenstellung verschiedener Zahlen. Aber selbst diese geben einen guten Ausblick. Es ist erkennbar, dass im Bildungsbereich keine Erfolge erzielt wurden. Im Gegenteil: Seit 1980 sind die Zahlen sogar noch schlechter geworden.

Sie stehen in diesem Feld ganz allein in der Verantwortung. Die Bildungspolitik gestalten Sie, liebe Regierung, seit undenklichen Zeiten ganz allein – ohne Störfeder von rot-grünen Multikulti-Feelings. Sie allein haben die Verantwortung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Immer CDU!)

Betrachten wir die Übertrittsquoten:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Man sieht das Ergebnis!)

Keine 5 % der Schülerinnen und Schüler in unseren Gymnasien sind nicht deutscher Herkunft. Baden-Württemberg ist Schlusslicht. Selbst in Bayern – wenn wir dem Land Baden-Württemberg das mit ihm am ehesten vergleichbare Bundesland gegenüberstellen – sind es dreimal so viele. An den Förderschulen beträgt der Anteil hingegen 25 %. Ich frage mich: Sind die Ausländer in Bayern intelligenter, oder woran liegt das?

Zu dieser Selbstzufriedenheit, wie sie in Ihren Ausführungen zum Ausdruck kam, gibt es also keinen Grund. Ich hätte es auch gut gefunden, wenn wir uns mit dem Bildungsbericht der baden-württembergischen Landesregierung beschäftigt hätten, denn dieses Zahlenmaterial ist eigentlich noch viel gravierender. Es beweist das Nichterreichen all unserer guten Absichten.

Dass Bildung ein Schlüsselfaktor für gelingende Integration ist, bezweifelt heute niemand mehr. Aber wer stellt sich noch die Frage, wie es sein kann, dass es zahlreiche Schüler gibt, die die gesamte Schulpflicht in deutschen Schulen erfüllen und von denen das Handwerk dann sagt, sie könnten zu wenig Deutsch? Wie reagieren wir eigentlich auf die täglich wachsende Zahl von Ohrfeigen, die wir von Eltern mit Migrationshintergrund erhalten, die private Schulen gründen? Sie gründen nicht deswegen private Schulen, weil sie sich abschotten wollen, sondern weil sie merken, dass ihre Kinder in unserem deutschen staatlichen Schulsystem zu wenig Unterstützung und Chancen haben. Das müsste für uns ein Alarmsignal darstellen und dürfte nicht etwas sein, auf das man mit dem Finger zeigt.

(Beifall bei den Grünen)

Integration kostet Geld. Das weiß man. Vor allem versäumte, nachholende und nicht gewollte Integration kostet noch viel mehr Geld. Die Bertelsmann Stiftung hat vor Kurzem ausgerechnet, dass die gesellschaftlichen Kosten unzureichender Integration auf 16 Milliarden € zu schätzen sind. Jetzt lesen wir, dass wir – mit dieser rasenden Geschwindigkeit des Integrationsbeauftragten – im Sommer dieses Jahres – immerhin – einen Integrationsplan erhalten. Weil dieser Integrationsplan Wirkung haben soll, gehe ich davon aus, dass er irgendwann Geld kostet. Umsonst erreichen wir dies nicht. Gespräche allein reichen nicht. Wenn ich davon ausgehe, dass wir einen Landeshaushalt haben, der bis zum Jahr 2010 gilt, dann haben wir erst danach wieder Geld. Im Nachtragshaushalt wurde viel Geld für alle möglichen Sachen reserviert, aber nicht für diese Zwecke. Das Land macht einen Plan, und – das wird die Absicht sein – die Kommunen sollen zahlen, wie der Städtetag zu Recht befürchtet.

Wenn wir es in der Schule nicht richtig hinbekommen, dann – so habe ich den Eindruck, und das hat vorhin der CDU-Sprecher auch schon gesagt – machen wir aus dem Kindergarten eine Kinderschule. Die neue Zauberwaffe ist die Einschulungsuntersuchung der Kinder schon im Alter von vier Jahren.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Erster Teil bitte!  
Man sollte nicht immer so tun, als würde die frühere Einstellungsuntersuchung nur vorgezogen! Das vermitteln Sie ja immer fälschlicherweise!)

– Nein, nicht fälschlicherweise. Das kann man sogar nachlesen. Wir ziehen das auf das Alter von vier Jahren vor. Ich komme noch darauf. Ich präsentiere Ihnen gern den vorgesehenen Test, dem sich unsere Kinder unterziehen sollen.

Ich garantiere Ihnen, Herr Minister Goll: Wir werden zu gegebener Zeit daran erinnern – wenn es zutrifft, können Sie ja dann dazu sprechen –, dass Sie der geistige Vater und Motor dieser Idee sind. Dann werden Sie den Eltern diese staatliche

(Werner Wölfle)

Untersuchung mit Tests erklären dürfen, die sicher geeignet sind, um bei Kindern Störungen bei der sprachlichen Entwicklung festzustellen, aber nicht, um bei denjenigen Kindern etwas festzustellen, die zu Hause eine andere Sprache öfter sprechen als die deutsche.

Ich will Ihnen nur ein Beispiel mit auf den Weg geben. Es sind Dinge, die dort vorgetragen werden und die unsere Kinder bestehen müssen. „Die graue Maus wird von der Katze gejagt“ oder „Die klatschenden Stühle singen einen Becher“ dürfen sie nachsprechen. Das könnte man jetzt schon einmal üben. Sie dürfen auch Fantasiewörter nachsprechen, Herr Löffler, „Bilop“ usw. usw.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sie diskreditieren hier wissenschaftliche Experten, die an dieser Arbeit beteiligt sind!)

– Nein, ich diskreditiere nicht wissenschaftliche Experten. Soll ich Ihnen noch einen letzten Satz zu diesem Thema sagen? Wenn Sie genau nachlesen, was diese Experten sagen, dann werden Sie feststellen, dass die sagen: „Den Test, den wir vorschlagen, schlagen wir vor allem deswegen vor, weil er der billigste ist, nicht weil er der effektivste ist.“ Das kann ich Ihnen zeigen.

Ich bin gespannt auf die Ausführungen des Ministers und darauf, ob er heute zukunftsweisende Aussagen treffen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Justizminister Dr. Goll.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Dezember des vergangenen Jahres hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Staatsministerin Böhmmer, den Siebten Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland veröffentlicht. Da hat man wieder gesehen, dass das Thema Integration jetzt eigentlich überall richtig Konjunktur hat. Die Sache läuft jetzt auf Hochtouren, was jeden Integrationsbeauftragten freut.

Guten Morgen, liebe Frau Vogt! Das läuft natürlich nicht erst seit dem letzten Jahr, sondern in Baden-Württemberg seit 1996. Interessanterweise lief es vorher, als Sie noch mitregiert haben, nicht. Deswegen wäre ich an Ihrer Stelle ein bisschen vorsichtig.

Wir haben in dieser Landesregierung schon vor über zehn Jahren die Integration zum Thema gemacht, und in dieser Zeit ist natürlich auch viel passiert. Aber ich habe manchmal den Eindruck: Für Sie passiert erst dann etwas, wenn man einen nationalen Plan hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, wenn man Bildungserfolge hat!)

Aber das passt ja ganz gut zu Ihrer neuen politischen Nähe. Bei uns läuft auch etwas ohne Plan,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Planlos! Stimmt schon! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber nicht im Bereich der Bildung! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Ohne Plan!)

und zwar im Bereich der Integration.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber nicht im Bereich der Bildung!)

Seit zehn Jahren passiert im Land viel, und dazu braucht es nicht an jeder Stelle einen Plan der Regierung. Das sage ich ganz bewusst noch einmal. Aber das ist Ihre Vorstellung. Da geht es erst los. Wenn die Regierung alle mit einem Plan beglückt, dann, meinen Sie, gehe die Arbeit los.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Planwirtschaft war Herr Rau, nicht ich!)

Bei uns ist das seit über zehn Jahren ein Thema.

Wenn man nun über den Bericht der Beauftragten spricht, dann stellt man fest, dass es natürlich viele positive Aspekte gibt, und zwar bundesweit und im Land. Auch wenn ich im Land um mich schaue, fällt als Erstes auf, dass es ein friedliches Zusammenleben mit vielen Menschen anderer Herkunft gibt, mit vielen Menschen mit Migrationshintergrund. Wir haben gerade in Baden-Württemberg einen besonders hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, und wir haben gerade in Baden-Württemberg besonders friedliche Verhältnisse. Das muss man auch einmal dazusagen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Wir haben viele Beispiele für gelungene Integration, viele Beispiele für sehr erfolgreiche Migranten, wir haben Existenzgründungen. Das sind, wie gesagt, viele positive Aspekte.

Aber ich sage genauso klar: Der Bericht und gerade das, was wir in letzter Zeit an Erkenntnissen dazugewinnen mussten, machen eines ganz klar: Wir müssen den Bildungszugang von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund überall, auch in Baden-Württemberg, deutlich verbessern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Die PISA-Studie 2006 hat auch deutlich gemacht, dass in Deutschland – auch in Baden-Württemberg, wenn auch in geringerem Maß; dazu komme ich gleich noch; da haben Sie die Verhältnisse ein bisschen verdreht – die schulischen Leistungen und die Bildungserfolge von Kindern mit Migrationshintergrund deutlich hinter denen von einheimischen Kindern und Jugendlichen zurückbleiben. Es trifft auch zu, dass sich das nicht verbessert hat, sondern sich erstaunlicherweise in letzter Zeit sogar eher noch verschlechtert hat. Ich persönlich sage ganz offen: Ich bin wie viele andere auch davon ausgegangen, dass Integration eine Sache sein müsste, die von Generation zu Generation aus sich heraus eher besser wird, eher in Gang kommt. Aber das war ein Irrtum. Das mussten wir im Grunde genommen alle erkennen, und zwar quer durch alle politischen Lager hindurch.

Zu diesem nationalen Integrationsplan gab es einen Länderbeitrag. Das Interessante daran ist, dass dieser Länderbeitrag

(Minister Dr. Ulrich Goll)

zum Plan ein gemeinsamer Beitrag aller Länder ist. Da sind also praktisch alle Farben zwischen Flensburg und Konstanz beteiligt. Das ist auch einmal bemerkenswert. Es gibt also über die Grenzen hinweg bestimmte Erkenntnisse. Man sieht einen bestimmten Handlungsbedarf, und wir werden uns dieser Sache in den kommenden Jahren mit besonderer Aufmerksamkeit widmen.

Wir haben auch gute Chancen, den Zustand zu verändern. Dieser sieht im Moment allerdings so aus, dass es in den einzelnen Klassen Leistungsunterschiede zwischen Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern ohne Migrationshintergrund gibt, die teilweise anderthalb Jahren entsprechen. So weit liegt das im Moment zum Teil auseinander.

Meine Damen und Herren, ich setze mich seit Jahren für eine verstärkte und gezielte Förderung der deutschen Sprache ein. Das ist bekannt. Ich – und nicht nur ich – halte die Sprache für einen Schlüssel zur Integration. Das ist nicht der einzige Schlüssel, aber das Thema, das im Moment im Vordergrund steht.

Einen anderen Schlüssel hat der Kollege Karl-Wolfgang Jägel vorhin sehr zu Recht angesprochen, und der heißt Arbeitsmarkt. Ein ganz wichtiger Schlüssel zur Integration ist der Arbeitsmarkt. Wer einen Arbeitsplatz hat, findet in der Regel in der Folge auch einen Platz in der Gesellschaft, ist anerkannt, respektiert und hat Kontakte. Bei denen, die es nicht haben, haben wir ein Problem. Beim Arbeitsmarkt ist übrigens zu Recht betont worden, dass wir bundesweit die Besten sind. Das verschafft uns natürlich auch relativ gute Integrationsbedingungen.

Dasselbe gilt für einen weiteren Schlüssel: Auch das ehrenamtliche Netz ist ein Schlüssel. Zum einen gehört dazu das Netz von Vereinen. Gerade auch die Sportvereine und Musikvereine, aber auch andere Vereine haben eine integrierende Funktion, die man gar nicht hoch genug einschätzen kann. Aber auch wenn Menschen in schwierige Lebenslagen geraten, was gerade bei vielen Familien mit Migrationshintergrund einmal der Fall sein kann, finden sie in Baden-Württemberg ein Netz von ehrenamtlicher Hilfe vor. Auch das trägt erheblich zur Integration bei.

In den kommenden Jahren, meine Damen und Herren, wird sich das Thema „Sprache als Schlüssel zur Integration“ noch ganz anders in den Vordergrund schieben als bisher. Es ist erfreulich, dass diese Ansicht, wie wichtig es ist, Deutsch zu lernen, auch vom türkischen Ministerpräsidenten, Herrn Erdogan, vertreten wird. In seiner Kölner Rede, die gelegentlich zitiert wird, hat er erklärt, dass von den in Deutschland lebenden Menschen türkischer Abstammung die Landessprache, also Deutsch, gelernt werden muss, um sich beruflich und gesellschaftlich integrieren zu können. Ich begrüße übrigens auch den in dieser Rede enthaltenen Appell, mit dem er die türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger aufgefordert hat, die Angebote und Möglichkeiten unseres Schul- und Ausbildungssystems intensiver zu nutzen. Auf der anderen Seite möchte ich aber auch deutlich sagen: Die von ihm vorgeschlagene vermehrte Gründung türkischer Schulen ist nach meiner Meinung nicht der richtige Weg, um die Integration von türkischstämmigen Menschen in Deutschland zu fördern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das heißt aber natürlich nicht, dass die Integrationspolitik in Deutschland die Assimilation der Zuwanderer bezweckt. Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht Assimilation, aber wir wollen Integration.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Paul Locher CDU)

Kein verantwortlicher Politiker in Deutschland würde von Menschen mit Migrationshintergrund verlangen, dass sie ihre Wurzeln kappen, dass sie ihre Herkunft und Kultur verleugnen. Aber wir wollen von ihnen schon verlangen, Verantwortung dafür zu übernehmen, dass Integration gelingt. Wir dürfen schon erwarten, dass sich auch die Menschen mit Migrationshintergrund aktiv in unsere Gesellschaft einbringen, dass sie unsere Rechts- und Werteordnung akzeptieren, dass sie Integrations- und Bildungsangebote nutzen und dass sie sich auch ein Stück weit um ihre Integration bemühen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger ist unsere Erwartungshaltung.

Wir tun auch unsererseits eine Menge für die Integration. Das Land Baden-Württemberg hat in der letzten Zeit für Integrationsmaßnahmen einschließlich der Bildungsmaßnahmen durchschnittlich 40 Millionen € pro Jahr ausgegeben. Erwähnen möchte ich von den Neuerungen, die auf dem Weg sind, den Orientierungsplan für die Kindertageseinrichtungen, der natürlich einen Schwerpunkt auf den Erwerb der deutschen Sprache setzen wird.

(Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Ein wichtiger Bestandteil des Orientierungsplans sind auch Fortbildungsveranstaltungen für pädagogische Fachkräfte zum Thema Sprachförderung. Der Orientierungsplan wird 2009/2010 verbindlich.

Ich nenne auch die Maßnahmen zur Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe, die HSL-Maßnahmen. Diese haben sich sehr bewährt. Nur weil von Geld die Rede war: Allein die Ausgaben im Bereich der Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe sind von rund 3 Millionen € im Jahr 2005 auf 7 Millionen € in diesem Jahr angestiegen. Da wird auch immer mehr Geld hineingesteckt.

Ich nenne auch Maßnahmen wie die Förder- und Vorbereitungsklassen, das Konzept „Schulreifes Kind“, die ehrenamtlichen Integrationsbegleiter – gefördert durch die Landesstiftung – oder auch das Projekt „Sag’ mal was – Sprachförderung für Vorschulkinder“. Es passiert – wenn ich es einmal so ausdrücken darf – an jeder Ecke etwas, um zu einer verbesserten Integration zu kommen.

Deswegen zeigt der Vergleich mit den anderen Bundesländern, wenn man ihn richtig anstellt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Da sollten wir uns nicht schlechter darstellen, als wir sind. Ich verstehe, wenn die Opposition etwas zum Kritisieren sucht. Aber es sollte dann halt im Grunde schon stimmen. Die PISA-Studie weist nicht nur eindeutig aus, dass die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg deutschlandweit mit die besten Ergebnisse vorzeigen können. Die Studie weist sogar aus, dass in Baden-Württemberg Schüler mit Migrationshintergrund besser abschneiden als Schüler ohne Migrationshintergrund in Hamburg oder Bremen.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Werner Wölflé GRÜNE: Die sind ja auch weniger!)

– Das hat damit nichts zu tun. Aber das ist wohl Ihre Art zu rechnen.

Da steckt übrigens immer wieder ein ganz simpler Fehler drin – Verzeihung, ich muss das so deutlich sagen, Frau Vogt und Herr Wölflé. Der Fehler liegt in Folgendem: Sie zählen immer nur die Abiturienten,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und Sie schielen immer konsequent an der Tatsache vorbei, dass in keinem anderen Land so viele Menschen über den zweiten Bildungsweg zur Hochschule kommen wie in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie diesen Anteil hinzurechnen, liegen wir natürlich wieder vorne. Das wissen Sie auch, aber Sie lassen dies weg. Es gibt als Weg zur Hochschule nicht nur das Abitur, sondern es gibt auch andere Wege, und gerade diese Wege werden in Baden-Württemberg besonders genutzt.

Es gibt einen Bildungsmonitor, der sehr seriös angelegt ist. Das ist – viele von Ihnen werden ihn kennen – der Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Dieser geht sehr gründlich vor. Dieser Bildungsmonitor 2007 bemerkt zutreffend, dass Baden-Württemberg das Bundesland mit den meisten Stärken ist. Damit wir diese Stärken nutzen und weiter ausbauen können, ist es wichtig, dass die Sprachförderung so früh wie möglich beginnt. Migrantenkinder müssen schon im Vorschulalter einen intensiven Kontakt zur deutschen Sprache bekommen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir die obligatorische Sprachstandserhebung für alle Kinder im vierten Lebensjahr, also eineinhalb bis zwei Jahre vor der Einschulung, einführen. Meines Erachtens sind die Sprachstandserhebungen und damit die Feststellung, wo der Handlungsbedarf liegt, ein ganz wichtiger Schritt nach vorn.

Ich stelle hierzu übrigens zwei Dinge nüchtern fest: Wir liegen in diesem Bereich bundesweit knapp an zweiter Stelle. Zuvor hatte dies nur Nordrhein-Westfalen eingeführt; da war dieses Thema genauso aktuell und wurde von einer Regierung aufgegriffen, die in ihrer Zusammensetzung der baden-württembergischen Landesregierung entsprach. Das sage ich nur, weil es immer wieder heißt: „Ihr seid immer so spät dran.“ Die anderen können nur noch später dran sein als wir; wir sind auf jeden Fall bei den Schnellsten, weil wir die Bedeutung des Themas erkannt haben.

(Lachen der Abg. Ute Vogt SPD)

Etwas anderes ist es natürlich, wenn man, wie der Kollege Wölflé, gar nichts von der Sprachstandserhebung hält. Dann kann man das natürlich auch bleiben lassen.

Wir haben über die Stiftung eine Menge Erfahrung mit Sprachstandserhebungen. Die Stiftung praktiziert das seit Jahren und verwendet dabei eigentlich einen sehr guten Test. Deswegen würde ich diese Tests hier nicht ins Lächerliche ziehen. Zumindest würde ich eine Alternative dazu benennen, wie wir

an diese Familien, in denen es in sprachlicher Hinsicht klemmt und die keine ausreichenden Deutschkenntnisse haben, noch besser herankommen können. Denn an diese Familien müssen wir herankommen.

Dazu bedarf es auch neuer Wege. Im Moment steht die Idee im Raum, Studierende in Lehramtsstudiengängen bereits zu einem frühen Zeitpunkt des Studiums in solche Familien zu schicken, damit sie bereits während ihrer Ausbildung Kontakt bekommen können. Das halte ich für eine sehr gute Idee. Sie können einen Schein, einen Leistungsnachweis erwerben, indem sie sich ein bisschen um eine Familie mit Migrationshintergrund im Hinblick auf die Bildung der Kinder kümmern. Hierbei sind wir in einem sehr guten Kontakt mit dem MWK und dem Kultusministerium, um dieser Idee zur Realisierung zu verhelfen. So mobilisiert man natürlich weitere Kräfte und weiteres Potenzial.

Eine ganz wichtige Rolle spielen bei diesem Thema natürlich die Familien, die Eltern. Wenn in den Familien gar nicht oder zumindest zu wenig Deutsch gesprochen wird, ist ein schulischer Misserfolg der Kinder schon fast vorprogrammiert. Der Bildungserfolg der Kinder kann ohne die aktive und bewusste Mitarbeit der Eltern kaum gelingen. Deswegen bemühen wir uns natürlich genauso, auf die Eltern zuzugehen, sie intensiver mit einzubeziehen und ihnen zu helfen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist wichtig! Ohne die Eltern geht es nicht!)

Auch auf diesem Gebiet wird natürlich investiert, zuletzt mit dem Programm STÄRKE. Mit diesem Programm wollen wir die elterliche Kompetenz stärken. Das wird sich gerade im Bereich der Familien mit Migrationshintergrund auswirken können.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dieses Programm gäbe es ohne die FDP/DVP nicht! – Gegenruf der Abg. Ute Vogt SPD)

– Ich bitte, diesen Zuruf zu Protokoll zu nehmen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Denn das wurde erreicht durch die Umgestaltung des Landeserziehungsgelds!)

Mit dem Programm STÄRKE geben wir im Jahr 2008 1,5 Millionen € aus; in den Jahren 2009 bis 2013 werden dies jährlich 4 Millionen € sein. Das ist nur ein erster Schritt.

Wir werden demnächst wieder einen Elternkongress veranstalten, wobei schon beim ersten Elternkongress des Integrationsbeauftragten in Ludwigsburg sehr deutlich geworden ist, dass die Eltern interessiert sind. Es ist nicht so, dass die Eltern nicht wollten; vielmehr sollte man sie ein Stück weit noch intensiver ansprechen. Sie kommen in die Halle und hören sich die Ausführungen zum Bildungssystem an. Wenn man so etwas nicht veranstaltet, sitzen sie daheim, und wir erreichen sie nicht. Das ist unser Problem. Ich unterschreibe jeden Appell an die Betroffenen, sich stärker zu beteiligen. Aber oft werden die Betroffenen durch solche Appelle gar nicht erreicht, und dann sind wir letzten Endes diejenigen, die den Schaden haben, wenn die Integration nicht ausreichend gelingt.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Wir werden demnächst zum Thema Sprache auch vonseiten des Integrationsbeauftragten ein gemeinsames Treffen mit den Generalkonsuln und Bildungsattachés aller Generalkonsulate und Konsulate in Baden-Württemberg haben.

Es gibt übrigens erhebliche Unterschiede bei den Migranten. Ich möchte nur so viel andeuten: Bei Migranten beispielsweise aus Spanien, Griechenland oder Kroatien sieht es ganz anders aus als bei Migranten aus Portugal, Italien oder der Türkei. Die Migranten aus Kroatien haben eine Übergangsquote auf das Gymnasium, die besser ist als bei unseren einheimischen Schülern. Es gibt also sehr große Unterschiede.

(Abg. Heiderose Bertho FDP/DVP: Die Portugiesen haben auch eine gute Quote! Sie sind sehr engagiert!)

Man muss differenziert an das Thema herangehen, und man muss sich ein genaues Bild verschaffen. Ich gehe davon aus, dass wir gerade durch das Gespräch mit den Generalkonsuln und Bildungsattachés weitere wertvolle Erkenntnisse gewinnen.

Das kommende Jahr wird natürlich im Zeichen des Landesintegrationsplans stehen – das ist richtig –, mit dem wir zuerst einmal alle vorhandenen Aktivitäten zusammenbringen und vernetzen, soweit es geht, und uns ein genaues Bild darüber verschaffen, was passiert und wo es besonders gut passiert. Daraus werden wir neue Handlungsempfehlungen und -perspektiven entwickeln.

Der Landesintegrationsplan wird insbesondere auch im Kabinettsausschuss „Integration“ behandelt. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes gibt es Unterausschüsse des Kabinetts. Einer dieser drei Unterausschüsse befasst sich mit diesem wichtigen Thema Integration. Das zeigt, dass es bei uns ein Schwerpunkt ist.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei den Kolleginnen und Kollegen aus dem Innenministerium und besonders aus dem Kultusministerium. Dadurch, dass die Sprache so im Vordergrund steht, liegt ein Schwerpunkt der Maßnahmen beim Kultusministerium. Der Integrationsbeauftragte selbst ist ja machtlos, wenn ihm niemand hilft. So ist es auch gemeint.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir helfen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Da ist Hilfe auch dringend notwendig!)

Er hat die Funktion, das Thema am Leben zu halten und dafür zu sorgen, dass das Thema vorwärtskommt. Er ist aber auf die Aktivitäten anderer angewiesen. Es ist höchst erfreulich, dass diesem Thema sowohl beim Kultusministerium als auch beim Sozialministerium, als auch beim Wirtschaftsministerium – das Innenministerium habe ich schon genannt – so hohe Priorität eingeräumt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Bernd Hitzler CDU)

Die Aufgabe reicht natürlich weit über die Landesregierung hinaus. Deswegen wird der Integrationsplan nicht nur Maßnahmen der Landesregierung berücksichtigen und beinhalten, sondern auch viele andere Akteure wie die kommunalen Lan-

desverbände, die Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Wohlfahrtsverbände, die Migrantenorganisationen, Stiftungen, der Bund und auch die Bundesagentur für Arbeit leisten auf diesem Gebiet ihre Beiträge zu unserem Plan.

Denn dieser Plan soll und darf keine einseitige Erklärung der Regierung werden. Das sind die Tücken eines Plans. Es ist manchmal ein Papier, das in der Schublade verschwindet und eigentlich nur suggeriert, dass man etwas getan hat, ohne dass wirklich etwas passiert ist.

(Unruhe)

Der Plan muss ein lebendiges Papier sein. Deswegen muss er das Ergebnis eines ausführlichen Gedankenaustauschs zwischen den wichtigsten Akteuren sein.

Wir sind mittendrin in diesem Austausch und in der Entstehung des Plans. Darin wird der Bereich „Schulische Bildung und Deutschförderung“ einen zentralen Raum einnehmen. Das ist aber nicht das einzige Thema. Ich habe heute den Schwerpunkt darauf gesetzt, weil es die größte Herausforderung ist. Aber es wird natürlich auch um die berufliche Ausbildung, Existenzgründung, Gesundheit, Sicherheitsfragen, interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz gehen. Das sind die Lebensbereiche, die in ähnlicher Weise auch im nationalen Integrationsplan berücksichtigt werden.

Genauso wie der nationale Plan zielt unser Plan natürlich darauf ab, Migrantinnen und Migranten nach der Devise des Förderns und Forderns möglichst umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Das liegt im Interesse unseres Landes und damit im Interesse von uns allen.

Ich möchte das nur noch einmal am Beispiel der Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund deutlich machen, die keinen Berufsabschluss erwerben. Das sind über ein Drittel. Das ist für die Betroffenen nicht gut, und es ist unter keinem Aspekt für die Gesellschaft gut – da spreche ich auch mit dem Hut des Justizministers; man kennt die Folgen mangelnder Integration. Es ist vor allem deshalb nicht gut, weil bei uns die mittelständische Wirtschaft in etlichen Bereichen schon jetzt Fachkräfte sucht. Wir haben das Potenzial bei uns im Land. Deswegen ist es im Interesse aller, in den kommenden zwei, drei Jahren auf diesem Gebiet kräftig voranzukommen. Ich bin sicher, dass es uns gelingen wird, die Verhältnisse in Baden-Württemberg mit Ihrer aller Hilfe, für die ich mich schon jetzt bedanke, weiter zu verbessern.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold.

**Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war mir völlig klar, dass ich von der Opposition in dieser Situation als Kronzeugin ins Feld geführt werde. Aber, lieber Herr Wölflé, ich muss Sie enttäuschen. Sie wissen ja alle, wie das läuft: Man sagt einen Satz und ist anschließend überrascht – –

(Dr. Birgit Arnold)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und dann steht er in der Zeitung! – Abg. Werner Wölflé GRÜNE: Dabei war er richtig! – Abg. Reinhold Gall SPD: Er war ja gar nicht falsch!)

Ich bin sehr froh, dass ich heute hier die Gelegenheit habe, öffentlich noch einmal zu bekunden, wie sehr ich gerade die sehr gute, sehr kompetente und sehr ergebnisreiche Arbeit unseres Integrationsbeauftragten schätze, vor allem weil er auch den Mut hat, „heiße“ Themen anzupacken. Als frauenpolitische Sprecherin unserer Fraktion bin ich auch sehr froh, dass er das Thema Zwangsheirat nicht nur in Sonntagsreden anspricht, sondern wirklich konkret etwas tut.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Uli Goll weiß auch, wie sehr ich seine Arbeit schätze.

Ich möchte die paar Minuten an Redezeit, die mir noch bleiben, dazu nutzen, um auf Folgendes hinzuweisen – das ist mein eigentliches Anliegen –: Wir haben jetzt viel über Bildungspolitik gesprochen. Es ist völlig klar, Frau Vogt: Die Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Aber ich möchte Ihr Augenmerk ein bisschen mehr auch auf die Sozialpolitik lenken. Ich möchte den Fokus darauf legen, dass für mich die tiefere Ursache für die Zahlen, über die wir heute diskutieren, in einem sozialpolitischen Problem liegt, und zwar in der Art der Sozialisation. Diese unterscheidet sich in vielen Migrantenfamilien ein Stück weit von der Sozialisation deutscher Kinder.

Ich möchte Ihnen dies an zwei Beispielen klarmachen. Necla Kelek hat vor zwei Jahren ein Buch über die Situation von jungen türkischen Männern in unserer Gesellschaft geschrieben. Das ist hoch aktuell. Ich kann es Ihnen nur zur Lektüre empfehlen. Die Autorin schildert in dem Buch Interviews, die sie mit jungen türkischen Strafgefangenen geführt hat. Diese Strafgefangenen haben Körperverletzung begangen, sie haben vergewaltigt, sie haben sogar auch gemordet.

(Unruhe – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das interessiert die Opposition offensichtlich nicht!)

Trotz dieser schweren Delikte haben diese jungen türkischen Männer in der Regel kein Unrechtsbewusstsein. Sie haben kein Schuldgefühl. Sie haben das getan, was ihre Väter, was ihre älteren Brüder von ihnen verlangt haben – im Namen der Ehre der Familie.

Das, meine Damen und Herren, ist etwas, was mich mit großer Sorge umtreibt. Diese jungen Menschen haben kein Schuldbewusstsein, aber sie sitzen in einem deutschen Gefängnis. Das heißt: Wie können wir dieser Vätergeneration klarmachen, dass in unserer Gesellschaft das Individuum und der Schutz der Rechte des Individuums einen höheren Stellenwert haben als die Ehre der Familie? Wie können wir das dieser Vätergeneration klarmachen? Das ist für mich eine Schlüsselfrage,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

für die wir nach einer Lösung suchen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Johanna Li-chy CDU)

In diesem Zusammenhang wird ja auch schnell nach mehr Sozialarbeit gerufen, gerade in der Schule – völlig d'accord. Nur: Hier besteht auch ein Problem, das aus der Sozialisation heraus erwächst. Wenn die Ehre der Familie einen solch hohen Stellenwert hat, dann wird natürlich auch dafür gesorgt, dass nichts Negatives aus der Familie nach außen dringt. Das heißt, familiäre Probleme werden intern geregelt, und nach außen wird eine Mauer des Schweigens aufgebaut. Darüber redet man nicht. Man kann also Hunderte von Sozialarbeitern einstellen, aber man erreicht diese Eltern nicht.

Hier stellt sich die Frage: Wie schaffen wir es, diese Menschen davon zu überzeugen, dass es keine Schande ist, wenn in der Familie etwas schief läuft, dass unsere Gesellschaft Hilfsangebote von außen vorhält, die man auch in Anspruch nehmen kann, ohne sein Gesicht zu verlieren? Das ist auch eine sozialpolitische Frage, die mir auf den Nägeln brennt.

Das Letzte, was ich ansprechen möchte, ist: Diese Familie ist in unseren Augen nicht nur ein Stück weit Hypothek, sondern diese Familie ist auch Schutz. Sie gibt ihren Angehörigen Bestand in allen Lebenslagen. Vielleicht ist das ein Stück weit der tiefere Grund, dass auf gute Bildung, auf gute Ausbildung in einer solchen Sozialisation weniger Wert gelegt wird, weil man ja weiß: Im Ernstfall ist die Familie da, die mich stützt, die mich trägt; und so wird auch argumentiert: Der Clan hat Arbeitsplätze, wir fangen dich auf.

Selbstständigkeit hat in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Sie hat in türkischen Familien – das hat eine Untersuchung erbracht – nur bei 17 % der Eltern einen hohen Stellenwert. Einen viel höheren Stellenwert in der Erziehung der Kinder hat der Respekt.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

61 % der türkischen Familien sagen: Respekt ist das Allerwichtigste. Aber Respekt wird jetzt nicht so verstanden, wie wir ihn verstehen: gegenseitiges Annehmen, sich als Partner tolerieren, sondern Respekt bedeutet in dieser patriarchalischen Gesellschaft mit der starken Dominanz der Männer die Unterordnung unter die Gebote des Familienoberhaupts.

Wie schaffen wir es, diesen Eltern klarzumachen: „Die Ehre eurer Familie kann nicht nur dadurch gestärkt werden, dass der Papa immer so dasteht und ihm niemand widerspricht, sondern auch dadurch, dass eine Tochter Ärztin wird“? Wie können wir ihnen das klarmachen?

Das sind mehr Fragen als Antworten; aber ich denke, das müssen wir auch in unsere Überlegungen einbeziehen. Wie werden diese Kinder eigentlich in ihren Familien sozialisiert, und was bedeutet das für uns? Welche interkulturelle Kompetenz brauchen unsere Erzieherinnen, unsere Lehrer, unsere Ausbilder am Arbeitsplatz? Für mich lag der Sinn dieser Debatte darin, dass diese Fragen auch einmal gestellt werden dürfen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, die Aussprache zu Punkt 1 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen. Da es sich um einen Berichtsantrag handelt, ist dieser Antrag erledigt.

(Präsident Peter Straub)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Tabubruch der SPD – keine Zusammenarbeit mit Kommunisten – beantragt von der Fraktion der CDU**

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ein klarer Wortbruch: keine Zusammenarbeit!)

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

**Abg. Dr. Stefan Scheffold** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir einmal einige Zahlen geben lassen: In Bayern war von 1966 bis 1970 die NPD im Landtag, in Hessen ebenfalls in diesem Zeitraum, in Niedersachsen von 1967 bis 1971, in Rheinland-Pfalz ebenso, in Baden-Württemberg von 1968 bis 1972, und – die meisten erinnern sich noch daran – von 1992 bis 2001 war in diesem Parlament die Fraktion der Republikaner vertreten.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Jawohl!)

In dieser gesamten Zeit war es für die CSU in Bayern, für die CDU in Niedersachsen, in Rheinland-Pfalz und in Hessen und natürlich auch für die CDU in Baden-Württemberg eine Selbstverständlichkeit, mit einer extremen Partei nicht zusammenzuarbeiten, nicht zu koalieren, sich von ihr nicht tolerieren zu lassen, eine solche Partei argumentativ zu bekämpfen, sie hier zur Rede zu stellen und zu versuchen, sie so wieder aus dem Parlament zu vertreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Das ist eine Charakterfrage!)

Das ist uns auch gelungen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was war mit Schill?)

Das war ein großer Erfolg. Das ist gut so für dieses Land. Das ist gut für die Menschen, die hier leben. Das ist gut für die politische Kultur auch in diesem Hohen Haus.

Ich glaube, die gesamte Politik in Baden-Württemberg hätte andere Ergebnisse gehabt, wenn wir uns anders verhalten hätten: in der Wirtschaftspolitik, in der Gesellschaftspolitik, in Fragen der inneren Sicherheit, in der gesamten Auswirkung auf die Bevölkerung in diesem Land. Baden-Württemberg wäre kein so offenes, meinungsfreudiges, tolerantes Land geworden, wie es das ist, wenn wir uns anders verhalten hätten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen halte ich es für besonders bedauerlich und für einen ganz schlechten Start, Herr Kollege Schmiedel, dass Sie gestern hier in der bildungspolitischen Debatte die Bildungspolitik dieses Landes mit Verhältnissen in der ehemaligen DDR verglichen haben. Selbst wenn Sie sich dafür dann entschuldigt haben

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Jochen Karl Kübler: Halbherzig! – Unruhe)

– halbherzig entschuldigt haben –, muss ich sagen: Das ist doch relativ unverständlich und möglicherweise doch kein

Ausrutscher gewesen. Dazu darf ich Ihre früheren Äußerungen einmal zitieren – mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident. Im „Reutlinger Generalanzeiger“ heißt es:

*Selbstverständlich müsse sich die hessische SPD-Vorsitzende Andrea Ypsilanti zur Wahl als Ministerpräsidentin stellen, auch wenn sie dabei auf die Stimmen der Linkspartei angewiesen sei.*

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Skandalös! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt wird es klar! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wer hat das gesagt? – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Dann können Sie jetzt einmal den Bezug zu Baden-Württemberg herstellen!)

Im „Badischen Tagblatt“ heißt es weiter:

*Wir werden in die Wahl ohne Koalitionsaussage, aber auch ohne Koalitionsverbot gehen.*

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sie haben Angst! – Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wollen Frau Ypsilanti auf der Überholspur links überholen. Nicht einmal in Hessen spricht man von Koalitionen mit extremen Parteien.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Welche Entscheidung steht denn hier eigentlich an? – Weitere Zurufe)

Es ist besonders unverständlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Sie das drei Jahre vor der nächsten Landtagswahl tun und ohne jede Not dieses Thema hier in den Landtag und in dieses Land hineintragen.

(Lachen bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben es doch beantragt! Da steht: „Aktuelle Debatte ... beantragt von der Fraktion der CDU“! – Unruhe)

Das ist völlig unverständlich. Beschäftigen Sie sich lieber einmal mit der Frage: Wer ist eigentlich die Linke?

(Beifall des Abg. Jörg Döpper CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: „Aktuelle Debatte ... beantragt von der Fraktion der CDU“ steht hier! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Maurer war doch gestern da, umstellt von SPD-Abgeordneten! – Unruhe)

Ich zitiere Ihnen einmal vom zehnten Parteitag der Linkspartei. Da sagte Herr Bisky unter dem jubelnden Beifall der Teilnehmer:

*Ja, wir diskutieren ... immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse,*

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es!)

*und auch das unterscheidet eine neue Partei links von der Sozialdemokratie in Deutschland von anderen. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage!*

Das kann man nur noch einmal wiederholen: „Wir stellen die Systemfrage!“ Und Sie überlegen sich, mit einer solchen Par-

(Dr. Stefan Scheffold)

tei gegebenenfalls einmal zu koalieren. Unerhört, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unerhört!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Quatsch! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wo ist jetzt der Landesbezug?)

Grundsätzlich war bei Ihnen ja die Einsicht da. So heißt es in dem vor ein paar Tagen vom SPD-Parteipräsidium veröffentlichten Beschluss:

*Die Linke ... weist ... unüberbrückbare Gegensätze zur SPD auf, ... ist ohne Programm, also unberechenbar. Sie hat eine Mitgliedsstruktur, die eine verantwortliche Regierungsbildung unmöglich macht.*

In Hessen haben wir noch vor wenigen Wochen Äußerungen wie diese gehört: „Mit der sogenannten Linkspartei wird es keine Zusammenarbeit geben.“ „Ich habe eindeutig gesagt: nicht mit der Linken, in keiner Beziehung. Und dabei bleibt es.“ – So Beck und Ypsilanti in Hessen und im Bund.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: In Hessen wollte man auch schon einmal welche mit Dachlatten verjagen! – Abg. Jörg Döpfer CDU: Versprochen – gebrochen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren: Versprochen – gebrochen!

Es geht aber nicht nur um den Bruch von Wahlversprechen, sondern es geht auch um Tabubrüche. Wenn man liest, was Herr Struck im gleichen Atemzug sagt, dann schwant einem schon, was bei der Bundestagswahl 2009 bevorsteht: Laut Struck ist für die SPD – ich zitiere wörtlich – „völlig klar, dass eine Zusammenarbeit mit den Linken nach einer Bundestagswahl überhaupt nicht infrage kommt.“

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Tatsächlich?)

Das ist genauso klar wie für Frau Ypsilanti in Hessen, kann man da nur sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, nämlich überhaupt nicht.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wie kann man sich das erklären? Man kann sich Ihre Äußerungen hier in Baden-Württemberg nur so erklären, dass Sie die Macht um jeden Preis wollen, dass Sie, wenn Sie die Möglichkeit haben, um jeden Preis die Regierung bilden wollen,

(Zurufe von der SPD)

auch mit extremen Parteien. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Wir werden nicht nur hier und heute darüber diskutieren, sondern auch morgen und übermorgen. Wir werden die Menschen darüber aufklären.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr gut!)

Deswegen fordere ich Sie auf: Kehren Sie um! Arbeiten Sie nicht mit extremen Menschen und Parteien zusammen!

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sondern mit der CDU!)

Versuchen Sie, diese Parteien argumentativ zu bekämpfen. Versuchen Sie, die Menschen für sich zu gewinnen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wo ist der Landesbezug? Sagen Sie einmal etwas zum Thema!)

Wenn Sie das aber nicht wollen, wenn Sie mit diesen Menschen zusammenarbeiten wollen, dann kommen Sie hierher an dieses Rednerpult und sagen es allen, damit es alle deutlich verstehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! Ganz klare Worte!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 war mein Großvater Bürgermeister in einer kleinen Gemeinde in Sachsen. Nachdem die Nazis die Macht übernommen hatten, haben sie ihn aus dem Amt gejagt. Er hat sich dann durch das Dritte Reich geschlagen, ohne jemals Mitglied der NSDAP zu werden. Deshalb wurde er dann von der sowjetischen Militäradministration als Oberstadtdirektor eingesetzt. Er ist dann hierher geflohen – die Familie kam hinterher –, nachdem er auf der Liste derer stand, die im Zusammenhang mit der Zwangsvereinigung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten in der DDR eingesperrt wurden.

Am Vorabend der Machtergreifung der Nationalsozialisten haben die Sozialdemokraten im Deutschen Reichstag Demokratie und Freiheit und ihre Ehre verteidigt,

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Umso schlimmer ist das Verhalten!)

während konservative Abgeordnete, Liberale und Nationale die Hand gehoben haben für die Ermächtigung Hitlers.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Unruhe bei der CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Jetzt wird es aber interessant!)

Unter der sowjetischen Besatzung in Ostdeutschland sind Hunderte von Sozialdemokraten in Kerkern gelandet, und viele sind nicht zurückgekommen.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Umso schlimmer!)

(Claus Schmiedel)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Der Kampf um Freiheit und Demokratie ist ein wesentlicher Teil unserer Geschichte. Der ist uns in Fleisch und Blut übergegangen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Dann machen Sie es! – Weitere Zurufe von der CDU)

Deshalb brauchen wir keine Belehrungen, schon gar nicht von Ihnen,

(Beifall bei der SPD)

und auch keine Pöbeleien, auch nicht vom Ministerpräsidenten.

(Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Helmut Walter Rüeck)

Der Ministerpräsident hat mich bei seiner Pressekonferenz am Dienstag als Verräter bezeichnet, als jemanden, der Verrat am Land Baden-Württemberg übt,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Unglaublich! – Abg. Reinhold Gall SPD: So ein Quatsch!)

als jemanden, der einen Bazillus ins Land schleppt.

(Zuruf von der CDU: Jawohl! – Minister Willi Stächele: Da hat er recht gehabt! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie machen die Kommunisten hoffähig! – Unruhe)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben schon einmal die Grenze des Erträglichen überschritten,

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Mehrfach!)

als Sie Filbinger, der als Marinerichter Bestandteil des Herrschaftssystems der Nationalsozialisten war, zum Widerstandskämpfer machen wollten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja!)

Sie sind mit Ihrem Sprachgebrauch verdammt nahe an dem der Nationalsozialisten, den die in die politische Auseinandersetzung eingeführt haben –

(Lebhafte Unruhe bei der CDU – Zurufe von der CDU: Pfui! – Abg. Stefan Mappus CDU: Jetzt reicht es! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unerhört! Das gibt es nicht! So nicht! – Die Abgeordneten der CDU verlassen den Sitzungssaal. – Zurufe von der CDU: Schämen Sie sich! – Unanständig! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sauber inszeniert!)

nämlich Verräter, Bazillen, die sich in Lebewesen einschmuggeln und die es zu bekämpfen gilt.

Deshalb sage ich Ihnen: Sie haben den Verstand, dieses Amt des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg zu führen, aber die menschliche Größe, die dazugehört, wenn man in diesem Amt Ansehen und Respekt gewinnen will, spreche ich Ihnen ab.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Am Ende.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sie würden es uns erleichtern, hierzubleiben, wenn Sie die Frage zuließen!)

Die CDU hat diese Debatte betitelt mit: „... keine Zusammenarbeit mit Kommunisten“. Gestern war ein Bundestagsabgeordneter der Linkspartei in diesem Haus. Er saß viele Jahre lang hier auf einem Abgeordnetenplatz. Er war Ihr Partner, Herr Oettinger, im Koalitionsausschuss. Jetzt sitzt er für die Linkspartei im Deutschen Bundestag. Wenn ich ihn über die SPD herziehen höre, dann verkrampft sich mir der Magen. Aber, Herr Oettinger: Ist er deshalb ein Kommunist?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Er arbeitet mit solchen zusammen, das ist das Problem!)

Der Vorsitzende der Fraktion die Linke im Deutschen Bundestag war saarländischer Ministerpräsident.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schlimm, schlimm!)

Er war Bundesfinanzminister. Er war Vorsitzender unserer Partei. Ich halte vieles von dem, was er sagt, für völlig verzerrt und demagogisch. Aber ist er deshalb ein Kommunist?

Wir kommen beide aus dem Kreis Ludwigsburg. Der langjährige Erste Bevollmächtigte der IG Metall, der viele Jahre lang als Vertreter der Arbeitnehmer in Aufsichtsräten der Metallindustrie im Kreis Ludwigsburg mitgeholfen hat, Wachstum und Wohlstand zu entwickeln, hat bei der letzten Landtagswahl für die WASG kandidiert und ist jetzt der Sprecher der Linken im Kreis Ludwigsburg. Ist er deshalb in Ihren Augen ein Kommunist?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ist das harmlos? Oder was ist das?)

Sie schütteln den Kopf. Welche Figuren haben Sie denn dann vor sich, wenn Sie vor Kommunismus und Linken in Baden-Württemberg warnen? Worin liegt denn der Grund für Kommunistenhetz in Baden-Württemberg im Zusammenhang mit der Fraktion die Linke? Wenn es nicht die Figuren sind, sind es dann vielleicht die Wähler?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die Inhalte! – Gegenruf der Abg. Katrin Altpeter SPD: Welche Inhalte, Frau Berroth?)

Weshalb wählen Menschen die Linke?

(Zuruf der Abg. Bärtl Mielich GRÜNE)

Eine Antwort auf die Frage, weshalb die Linken an Zuspruch gewinnen, gibt Ihr Parteifreund Bäuml. Er sagt, nach den Wahlerfolgen der Linken müsse Ministerpräsident Günther Oettinger nach Ansicht der CDU-Sozialausschüsse sein soziales Profil schärfen. Die Wahlerfolge der Linken in Hessen, Niedersachsen und Hamburg seien ein Warnsignal. Und dann kommt es: Bäuml fordert Oettinger auf, seinen Kreuzzug gegen Mindestlöhne zu überdenken.

(Claus Schmiedel)

Herr Bäumlert hat recht. Die Ursache für den Zuwachs der Linken liegt doch in sozialer Ungerechtigkeit, gegen die es anzugehen gilt, z. B. unanständig niedrige Löhne. Das spricht für Mindestlöhne, gegen die Sie sich permanent aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Was soll denn jemand sagen, der als Leiharbeiter bei Daimler seinen Beitrag dazu leistet, dass die Gewinne explodieren, dass die Vorstandsgehälter explodieren und dass die Stammbesellschaft 3 700 € Bonus bekommt, während er als Leiharbeiter leer ausgeht?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Was tun Sie denn?)

Machen Sie doch mit bei der Begrenzung der Leiharbeit, Herr Oettinger! Das sind wirksame Schritte zur Bekämpfung der Linken.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und was tun Sie?)

Bei den Minijobs fern unsichere Arbeitsverhältnisse aus. Lassen Sie uns dagegen angehen! Das sind wirksame Schritte zur Bekämpfung der Linken, wenn man sie aus dem Landtag heraushalten will. Dafür stehen wir. Aber da stehen Sie auf der anderen Seite. Ihre unsoziale Politik bringt die Linke nach vorne. Sie sind die Hefe, die die Linke stark macht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie sind doch in der Bundesregierung!)

Deshalb ist unser Kampf gegen Ihre unsoziale Politik der beste Kampf gegen das Emporkommen der Linken in Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Was die Frage „Wie geht es weiter in Hessen?“ anbelangt, bitte ich um mehr Gelassenheit und um etwas mehr Rationalität in der Auseinandersetzung. In Hessen besteht die Situation, dass die CDU vor der Wahl erklärt hat: „Mit der SPD nie!“ Die FDP hat vor der Wahl erklärt: „Mit Grünen und SPD nie!“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und dabei bleibt es auch!)

Die SPD hat erklärt: „Mit Herrn Koch und der CDU nie! Mit der Linken nie!“

(Zurufe der Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE und Hagen Kluck FDP/DVP)

Auch die Grünen haben erklärt: „Mit der CDU nie!“ Jetzt haben wir ein Ergebnis, bei dem nichts geht. Deshalb stimme ich Herrn Biedenkopf, dem langjährigen sächsischen Ministerpräsidenten zu, der die Situation gestern im SWR so beschrieb:

*Wir haben ein Votum, und dieses Votum in Hessen ist un- deutlich. Das heißt, alle Annahmen, die man vorher hätte machen können, sind im Grunde außer Kraft gesetzt. Jetzt überlegt man, wie man mit diesem Votum fertig wird.*

Was gibt es für Möglichkeiten? Neuwahl wäre eine Möglichkeit. Aber was machen wir, wenn dabei das Gleiche herauskommt?

Herr Biedenkopf sagt:

*Sagt man der Bevölkerung, wir sind unfähig, eine Regierung zu bilden, oder überlegt man Alternativen, auch wenn sie anders geartet sind als das, was man vorher gesagt hat?*

Welche Alternativen gibt es? Wenn alle bei dem bleiben, was sie vor der Wahl gesagt haben, dann gibt es eigentlich nur zwei Alternativen – beide sind Minderheitenregierungen –: Entweder bleibt Herr Koch ohne Mehrheit mit einer Minderheit an der Regierung, oder Frau Ypsilanti bildet eine Minderheitenregierung mit den Grünen. Diese beiden Alternativen gibt es. Wenn ich mir diese beiden Alternativen vor Augen halte, dann muss ich für meine Person sagen, dass mir eine Minderheitenregierung von Frau Ypsilanti lieber ist.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Denn dann besteht die Möglichkeit, Dinge, die man im Wahlkampf angegangen ist, zu machen, Dinge, die man sich für die nächste Legislaturperiode vorgenommen hat, umzusetzen, z. B. die Abschaffung der Studiengebühren, die Einführung von Gemeinschaftsschulen, den Ausstieg aus der Atomenergie. Dann kann man das machen, dann kann man mit wechselnden Mehrheiten im Parlament arbeiten.

Es gibt natürlich auch andere Meinungen – ganz logisch, auch in meiner Partei –, die bezweifeln, dass das der richtige Weg ist. Minderheitenregierungen sind ja kein übliches Muster für Regierungsbildungen in Deutschland. In Hessen hatten wir schon einmal eine zweijährige Minderheitenregierung von Herrn Börner. Deswegen muss man nicht den Untergang des Abendlands an die Wand malen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Schmiedel, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Der letzte Satz, Herr Präsident.

Deshalb kommt Herr Biedenkopf zu der Meinung, dass der Begriff „Lüge“ hier nicht passt.

(Zuruf von der FDP/DVP: Was dann?)

Wenn ich mir gerade vor dem Hintergrund der Diskussion, die wir beim ersten Tagesordnungspunkt geführt haben, den Wahlkampf anschau, den Herr Koch geführt hat, einen Wahlkampf, in dem er die ausländische Bevölkerung pauschal an den Pranger gestellt hat,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh ja!)

dann sage ich: Es ist allerhöchste Zeit, dass Herr Koch das Amt des Ministerpräsidenten in Hessen verliert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Theurer.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Herr Kollege Schmiedel, wenn Sie schon die Geschichte bemühen, sind Sie bereit, künftig darauf hinzuweisen, dass in der Endphase der Weimarer Republik das Problem war, dass sowohl auf der extremen Linken als auch auf der extremen Rechten Parteien gewählt wurden, die das freiheitlich-demokratische System der Weimarer Republik abgelehnt haben?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist klar! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Abg. Claus Schmiedel** SPD: Da haben Sie völlig recht. Nur, was wollen Sie damit sagen? Dass Herr Maurer das freiheitlich-demokratische System ablehnt? Da hat selbst der Herr Ministerpräsident den Kopf geschüttelt. Bei allen Personen, zu denen ich ihn gefragt habe, hat er immer den Kopf geschüttelt. Er kann da keine Kommunisten erkennen. Deshalb finde ich, dass hier ein Popanz aufgebaut wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich kann Ihnen, Herr Ministerpräsident, auch sagen, warum. Sie sind seit drei Jahren Ministerpräsident, und Sie machen nicht die glücklichste Figur. Der Fettnapf ist das Markenzeichen Ihrer Politik geworden. Deshalb bauen Sie jetzt einen Popanz auf, um irgendwie eine neue Schlacht zu führen, aber Sie haben gar keinen Gegner.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ist das der neue Stil?)

Wir stehen drei Jahre vor der Landtagswahl. Worum es jetzt geht, Herr Ministerpräsident, ist das, was Herr Bäumlner anspricht, nämlich die sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die die Leute spüren, wirksame Schritte einzuleiten gegen Löhne, von denen man nicht leben kann, gegen unsichere Arbeitsplätze und gegen Leiharbeit und für Tariflöhne, für Tariftreue. Das sind die richtigen Antworten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn wir das machen, dann halten wir die Linken – das ist unser Ziel – aus dem Landtag von Baden-Württemberg fern.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

(Die CDU-Abgeordneten betreten wieder den Sitzungssaal. – Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt drängen sie wieder herein!)

**Ministerpräsident Günther Oettinger:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es klar zu sagen: Uli Maurer ist kein Kommunist.

(Abg. Walter Heiler SPD: Woher wissen Sie das? Kennen Sie ihn so gut? – Heiterkeit bei der SPD – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Er war ein engagierter Sozialdemokrat, er ist ein intelligenter Mitbürger, er war ein harter, streitbarer, aber fairer Partner in der Großen Koalition. Ich schätze ihn aus dieser Zeit. Dass er heute bei der Linkspartei ist, hat nichts mit mir, sondern entscheidend mit Ihnen selbst zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Uli Maurer war ein Scharnier in der Großen Koalition, und die haben wir damals bewusst gewählt. Da hätte man sich auch andere Überlegungen einfallen lassen können. Die Republikaner saßen hier. Dass sie heute nicht mehr hier sitzen, hat entscheidend mit der Gemeinsamkeit von Demokraten zu tun,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

mit Ihnen, und hat entscheidend damit zu tun, dass ab dem Wahlabend im Jahr 1992 die SPD, die Grünen, die FDP/DVP und die CDU gesagt haben: Die bekommen zwar Hausrecht, man sagt grüß Gott, ist formal fair, aber in der Sache wird keinerlei Gemeinsamkeit gemacht: keine Kooperation und schon gar keine Koalition.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck und Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Indem sie mit ihren durchsichtigen Initiativen, ihrem Populismus, ihrem Radikalismus und ihrer Dummheit ins Leere liefen, wurden wir sie los, haben wir Wähler zurückgewonnen und hat die Politik in Baden-Württemberg Autorität erreicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Norbert Zeller SPD)

Uli Maurer war in diesem Prozess wichtig. Die Große Koalition war nicht leicht, aber es war gar keine schlechte Zeit. Baden-Württemberg hat unter Erwin Teufel, Dieter Spöri, Uli Maurer, auch mir und anderen diese vier schwierigen Jahre, den Strukturwandel in der Wirtschaft, im Maschinenbau und in der Textilindustrie, mit anderen großen Aufgaben ordentlich gemeistert.

Was danach kam, kann ich nicht so beurteilen wie Sie: Uli Maurer und die SPD, Uli Maurer und Puchta, Uli Maurer in der Partei, in der Fraktion. Mir fällt nur auf, dass dieser Spalt in Ihrer Partei in Baden-Württemberg bis heute anhält. Das ist Ihr Problem. Dass Uli Maurer bei den Linken ist, ist seine Entscheidung, aber die Grundlage steckt nicht bei uns. Wenn sie irgendwo steckt, dann in Ihrer Partei, in der SPD Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Linke in Deutschland hat drei Säulen, wenn man überhaupt von Säulen sprechen will.

Die eine Säule sind unverbesserliche, alte Westkommunisten: KPD/ML, DKP, egal, woher.

Die zweite Säule sind enttäuschte, frustrierte Sozialdemokraten. Dass es viele frustrierte Sozialdemokraten gibt, wissen Sie besser als wir.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Es gibt auch viele enttäuschte CDU-ler!)

– Die sind aber nicht bei den Linken, Kollegin Haußmann.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wo gehen die hin?)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

– Nur keine Sorge. Wir haben derzeit kein Problem mit Republikanern, NPD oder DVU, sondern ihr habt ein Problem, dass ein weiteres Mal links von euch parlamentarisch etwas Dauerhaftes entsteht, weil ihr geschichtlich versagt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagt ausgerechnet der große Historiker Oettinger! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Enttäuschte Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder von ver.di und IG Metall machen die zweite Säule aus.

Aber die dritte bleibt die entscheidende. Die dritte Säule heißt Honecker, Ulbricht, Gysi, Bisky – die alte SED. Die Partei „DIE LINKE“ ist die Nachfolgepartei einer kommunistischen, diktatorischen, unmenschlichen Partei,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bautzen!)

die mehr als 40 Jahre unsere Mitbürger in der ehemaligen DDR drangsaliert und unmöglich behandelt hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen bin ich, lieber Kollege Kretschmann, in Wahrheit weniger auf Schmiedel und Ypsilanti gespannt, sondern mehr auf euch.

(Abg. Dr. Ulrich Noll und Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Ihr seid noch im Abstand, aber ihr gehört in den Mittelpunkt. Denn eure Partei „Bündnis 90“ ist noch stärker als wir geprägt von Menschen, die 1988 und 1989 aufrecht standen, die in die Kirchen und auf die Marktplätze gingen und dafür gesorgt haben, dass die DDR als System nicht mehr haltbar war.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Und die Ostverträge? – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch lächerlich!)

Ihr seid in Wahrheit dort für die Geschichte verdienstvoll tätig gewesen.

(Unruhe bei der SPD)

Deswegen bin ich gespannt, ob es – da frage ich den früheren Spitzenbeamten in Wiesbaden, Herrn Kretschmann – vorstellbar ist,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Der große Historiker Oettinger!)

dass demokratische Mandatsträger der Grünen in geheimer Wahl einen Beitrag leisten, wohl wissend, dass andernfalls möglicherweise die Linken dafür sorgen, dass eine Regierung gewählt wird.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dass nicht regiert wird! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist die entscheidende Frage!)

In Wahrheit seid ihr mehr als jede andere Partei auf dem Prüfstand.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Die deutsche Wiedervereinigung war für Europa, für uns und unsere Kinder ein großes Glück. 18 Jahre ist es her. Seit 18 Jahren bezahlt der Steuerzahler aus Baden-Württemberg mit, damit der wirtschaftliche, kulturelle und soziale Aufbau in den neuen Ländern gelingt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Von der FDP hat er noch gar nichts gesagt! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich sage zu Recht: Wir hatten über 40 Jahre früher eine Chance bekommen, und unsere Großeltern und Eltern haben sie genutzt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ihr habt doch die übernommen!)

Die Vorfahren in den Ländern der alten DDR haben diese Chance nicht gehabt. Ihnen diese Chance jetzt zu geben ist unsere Pflicht; darauf sind wir auch ein bisschen stolz. Aber dass wir jährlich Milliarden in die neuen Länder bezahlen und umgekehrt die Nachfolger der alten SED glauben, Politik in Westdeutschland bestimmen zu müssen, ist ungehörig,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

und Sie helfen dabei als Steigbügelhalter. Das finde ich falsch und im Grunde genommen irreführend. Lieber Kollege Schmiedel, Sie haben in den ersten hundert Tagen gezeigt, dass Sie in der falschen Aufgabe sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Sie zeigen es seit drei Jahren! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Prewo?

**Ministerpräsident Günther Oettinger:** Im Augenblick nicht, nein.

Ich erinnere mich gut: Als Bundeskanzler Schröder die Agenda 2010 entworfen hat, war der Abgeordnete Schmiedel der größte Befürworter.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Damals stand der Wirtschaftsexperte Schmiedel in der ersten Reihe und hat geklatscht.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Da war er noch nicht Fraktionsvorsitzender!)

Ich halte die Agenda 2010 – bei allen handwerklichen Schwächen – für richtig.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir auch!)

Wir brauchen weitere Reformen in dieser Richtung, damit Deutschland im weltweiten Wettbewerb bestehen kann und die Zahl der Arbeitsplätze im Interesse der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland steigt und nicht sinkt.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Sie waren bei der Agenda 2010 der erste Claqueur. Heute machen Sie eine völlige Kurskorrektur, einen Salto rückwärts, und behaupten das Gegenteil. Sie waren einmal der „Bonsai-Clement“ von Baden-Württemberg.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU  
und der FDP/DVP)

Sie waren der „Bonsai-Clement“, der gern als Befürworter der Reformen von Schröder und Co. unterwegs war. Heute ist das Gegenteil der Fall.

Wenn Sie sagen, dass Steinbrück – den ich schätze; genauso wie Steinbrück auch Koch schätzt – nicht in die erste Reihe Ihrer Partei passt,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Schlimm! Ganz  
schlimm!)

dann machen Sie das mit ihm aus. Er ist Ihr stellvertretender Parteivorsitzender.

(Zuruf von der FDP/DVP: Genau!)

Wenn Sie je das Recht haben, als Delegierter bei einem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dabei zu sein, dann stehen Sie auf und treten Sie gegen ihn an. Wohl-an!

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU  
und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP)

Wenn in diesen Tagen der vom Parteivorsitzenden Beck vorgeschlagene Generalsekretär Ihrer Partei, Heil,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hubertus!)

das Gegenteil dessen verkündet, was Ihr Parteivorstand in Abwesenheit von Beck beschlossen hat, dann kann ich nur sagen: Diese Partei weiß nicht mehr, mit wem und wohin sie gehen will. Sie ist ebenso ratlos im Bund wie auch in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch gar nicht wahr! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das sagt der Richtige!)

Wir haben keinen Grund, die Parteien und Fraktionen in Hessen zu beraten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum thematisieren Sie das dann? Warum haben wir dann heute diese Aktuelle Debatte? Die habt doch ihr beantragt!)

– Weil Ihr Fraktionsvorsitzender, der neben Ihnen sitzt, am Sonntag lauter als jeder andere aus der Provinz zu genau diesem Kurs geraten hat

(Abg. Dr. Stefan Scheffold und Dr. Klaus Schüle  
CDU: Jawohl! Genau!)

und weil er damit seine Maske heruntergenommen hat

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut!)

und weil ich alles dafür tun will, dass die Linken im demokratischen Land Baden-Württemberg in drei Jahren hier im Landtag und in einem Jahr in den Gemeinderäten von Heilbronn, Mannheim, Heidelberg, Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Ulm kein Gewicht bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU zur SPD: Sie sind die Steigbügelhalter der Linken!)

Meine Vermutung:

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Dann hören Sie auf, die SPD-Politik zu boykottieren! – Gegenrufe von der CDU)

Wenn diese Ratschläge weitergehen, dann bekommen wir dort, wo heute Drexler sitzt, eine neue Reihe – Maurer vorne, und andere hinten. Dann hätten wir alle ein Problem, aber zuallererst Sie.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ist Maurer jetzt doch ein Kommunist? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ich bleibe hier sitzen, Herr Ministerpräsident! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es wäre besser gewesen, wenn Sie von Anfang an vorne sitzen geblieben wären! – Vereinzelt Beifall – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Heiterkeit – Weitere Zurufe – Unruhe)

Meine Bitte ist: Egal ob linksradikal oder rechtsradikal – lasst uns vereinbaren, dass man regiert, indem man jede Koalition zwischen CDU, SPD, FDP und auch den Grünen, wenn der Wähler das will, für möglich erklärt. In Hessen gäbe es die Möglichkeit, dass die CDU, die FDP und die Grünen

(Abg. Bernd Hitzler CDU: So ist es!)

oder die CDU und die SPD

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Z. B.!)

gemeinsam dafür sorgen, dass dieses Nachbarland weiterhin demokratisch und ordentlich geführt wird und man nicht den Ratschlägen des Kollegen Schmiedel, die unsäglich waren und sind, folgt.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/  
DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort für eine persönliche Erklärung erteile ich dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Abg. Mappus.

**Abg. Stefan Mappus** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der CDU-Fraktion darf ich folgende Erklärung abgeben:

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ich denke, es ist eine persönliche Erklärung?)

Erstens: Dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die längste und größte demokratische Tradition in diesem Land hat, dass sie einen aus diesem Bundesland, wie es heute besteht, stammenden Politiker als ersten großen Präsidenten in der ersten Demokratie Deutschlands hervorgebracht hat –

(Stefan Mappus)

Friedrich Ebert – und dass sie entschieden bis hin zur Inkaufnahme persönlicher Repressionen gegen das Dritte Reich gekämpft hat – diese historische Tat ist als elementarer und immer bestehender Bestandteil der Geschichte Deutschlands völlig unbestritten.

Zweitens: Gerade deshalb – und dies war auch der Grund, diese heutige Debatte zu beantragen –, gerade aufgrund dieser großen demokratischen Tradition ist es unerklärlich – ich sage ganz bewusst: auch unerträglich –, wenn eben diese Partei mehr als 70 Jahre später in einer Demokratie durch die Zusammenarbeit mit Kräften, die diese Republik nicht wollen, im Prinzip ihre ursprünglich erkämpften Ideale verrät.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch keine persönliche Erklärung! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch keine persönliche Erklärung, was der abgibt! Das ist doch wieder einmal ausgekocht! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Persönliche Erklärung! – Unruhe bei der SPD)

Drittens: Man kann in Inhalten völlig unterschiedlicher Meinung sein. Ich habe auch keinerlei Probleme damit, wenn Sie dies drastisch zum Ausdruck bringen. Aber, meine Damen und Herren, den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg und den Vorsitzenden der Partei, die dieses Land seit über 50 Jahren erfolgreich regiert, in die Nähe des Nationalsozialismus zu bringen, ist völlig unerträglich.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat er nicht gemacht! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat er nicht gemacht! Das hätte gerügt werden müssen!)

Ich füge übrigens auch hinzu, dass man bei Reden im Deutschen Bundestag, die nicht annähernd diesen Grad an Entgleisung erreicht haben,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Persönliche Erklärung!)

schon die entsprechenden Konsequenzen ziehen musste.

Im Übrigen möchte ich auch sagen: Sie müssen sich irgendwann entscheiden. Sie werfen an einem Tag der CDU zu viel Nähe zur DDR und am anderen Tag exakt die andere Richtung vor. Ich glaube, dass sich hier manche fragen müssen, welchen Stil sie in dieses Haus bringen möchten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Geschichtslosigkeit! – Unruhe bei der SPD)

Viertens – jetzt kommen wir abschließend genau zu dem Punkt,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wo ist da eigentlich die persönliche Erklärung? Ist das eine Fraktionserklärung? – Weitere Zurufe von der SPD)

um den es uns bei der Beantragung der Debatte ging und um den es in diesem Parlament gehen muss –: Ein Parlament, das

irgendetwas auf sich hält, und Parteien, die irgendetwas auf sich halten, dürfen niemals

(Abg. Norbert Zeller SPD: So ist es!)

mit Extremisten, egal ob von rechts oder links, zusammenarbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn es politischen Parteien auch nur noch im Ansatz um politische Glaubwürdigkeit gehen muss –

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Persönliche Erklärung!)

ich glaube, dass in diesem Land mehr denn je Anlass dazu besteht, darüber nachzudenken, wie man dieses Stadium wieder erreicht –,

(Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

dann kann ich nur sagen: Auch wenn ich mit der Kollegin Vogt nicht immer einer Meinung bin,

(Oh-Rufe von der SPD)

dann hat sie recht,

(Zuruf von der SPD: Heuchler!)

wenn sie immerhin am Sonntagabend im Gegensatz zu ihrem Fraktionsvorsitzenden gesagt hat: Wenn man sich vor der Wahl eindeutig festlegt, darf man hinterher nicht einfach umschwenken. Deshalb lassen Sie uns zu diesem Stil zurückkehren, und unterlassen Sie vor allem unsinnige Vergleiche, die diesem Land schaden.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

**Präsident Peter Straub:** Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Abg. Schmiedel, das Wort.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Unruhe)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben sich in Ihren Ausführungen hinter die Agenda 2010 gestellt. Das ist okay. Die Agenda 2010 war richtig, denn in den langen Jahren der Regierungszeit von Helmut Kohl hat sich in diesem Land eine Arbeitslosigkeit verfestigt, die aufgebrochen werden musste.

(Lebhafte Unruhe bei der CDU)

Dass dies gelungen ist, sieht man am Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit und an der zunehmenden Beschäftigung auch von Älteren.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Nur: Wenn wir jetzt beobachten, dass zwar nicht alle, aber zu viele Unternehmen von den Möglichkeiten Gebrauch machen, die die Agenda 2010 eingeräumt hat – z. B. im Bereich der Leiharbeit, z. B. im Bereich geringfügiger Entlohnung, weil alle, die arbeitslos sind, eine ihnen angebotene Arbeit anneh-

(Claus Schmiedel)

men müssen, z. B. in der Zerlegung von guten Arbeitsplätzen in Minijobs –, dann ist es unsere Aufgabe, darauf zu reagieren und die Agenda 2010 weiterzuentwickeln, damit diese sozialen Fehlentwicklungen zurückgedreht werden. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold  
CDU: Thema, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Dr.  
Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Warum nehmen Sie nicht zur Kenntnis, dass Ihr eigener Parteifreund,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Zum Thema!)

der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft – er weiß doch, wo die Kolleginnen und Kollegen der Schuh drückt; er ist doch näher, als Sie und ich es sind, bei denen, die täglich in die Fabrik gehen –, den Zusammenhang herstellt zwischen den Wahlerfolgen der Linken und Ihrer Weigerung, in diesem Land Mindestlöhne einzuführen? Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dieter Hillebrand CDU:  
Das ist doch ein Schwachsinn!)

Sie machen es sich beim Umgang mit der DDR-Vergangenheit etwas zu einfach.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Heiderose Berroth  
FDP/DVP: Sie aber auch!)

Ich kann mich gut erinnern, weil ich nach der Wende über mehrere Wochen bei der ersten demokratischen Volkskammerwahl versucht habe mitzuhelfen, dass die SPD dort auf die Beine kommt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb haben die so schlecht abgeschnitten! – Oh-Rufe von der SPD)

– Ich kann Ihnen sagen, weshalb die so schlecht abgeschnitten haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Die SPD, die nach der Wende neu gegründet wurde, hat einen Grundsatz verfolgt: dass kein einziges früheres SED-Mitglied in diese Partei aufgenommen wird.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann  
GRÜNE – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Es waren mutige, gutwillige Menschen, aber sie hatten keinen Apparat, und sie hatten auch wenig politische Erfahrung.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Deswegen wollen Sie mit denen koalieren?)

Deshalb taten sie sich schwer.

(Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Wer sich nicht so schwertat,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Jetzt kommt die Wahrheit!)

waren die FDP und vor allem die CDU. Denn die hat sich die Funktionäre der CDU-Blockpartei, die CDU-Kommunisten mir nichts, dir nichts einverleibt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann  
GRÜNE – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Dietrich Birk: Geschichtsklitterung!)

Sie haben all diejenigen unbesehen in ihre Reihen aufgenommen, die zuvor Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl verteidigt haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU:  
Nachhilfeunterricht ist notwendig! – Abg. Stefan Mappus CDU: Sie reiten sich immer tiefer rein, Herr Schmiedel! Das ist unglaublich!)

Auch was die Abgrenzung nach rechts angeht, so sollten Sie sich keinen Heiligenschein aufsetzen. Denn immerhin habe ich keinen Protest aus Baden-Württemberg gehört, als in Hamburg

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Ole von Beust mit dem rechten „Spinner“ Schill koalierte und ihn sogar zum Polizeiminister machte.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Wo ist er denn? – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wo waren Sie in Sachsen-Anhalt? Wo waren Sie in Berlin und in Bremen? – Weitere Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Herrmann?

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Jetzt nicht.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Er hat Angst vor der Wahrheit! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Herr Kollege Mappus, ich habe den Ministerpräsidenten nicht in die Nähe der Nationalsozialisten gerückt.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Stefan Mappus: Dann war ich woanders! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Anscheinend schon! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die ganze Fraktion!)

– Sie können es ja im Protokoll nachlesen.

(Zuruf von der CDU: Ja, das machen wir!)

Vielmehr habe ich auf eines hingewiesen – und ich finde zwei Dinge bedauerlich –:

(Zurufe von der CDU)

Als ich wiederholt habe, was der Ministerpräsident in seiner Regierungspressekonferenz gesagt hat, haben Sie hier heftigst genickt und haben sich die Äußerungen damit sogar zu eigen gemacht.

Jetzt will ich Ihnen noch etwas sagen: Ihre Beschwörung der Anerkennung der SPD als einer Partei, die für Freiheit und Demokratie gestritten hat und die unter Verfolgung gelitten

(Claus Schmiedel)

hat, passt nicht damit zusammen, dass man gleichzeitig Worte in seinem eigenen Sprachgebrauch in der politischen Auseinandersetzung benutzt, die verdammt nah dran sind an den Worten derer, die die SPD verfolgt haben.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Es geht nicht an, Sozialdemokraten als Volksverräter und als Verräter am Landesinteresse Baden-Württembergs zu bezeichnen. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Nehmen Sie es doch zurück! Das ist peinlich! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Gerade weil wir als Sozialdemokraten verfolgt wurden, nehmen wir es nicht hin, dass man Sozialdemokraten als Verräter am Land bezeichnet.

(Beifall bei der SPD)

Man sollte in der politischen Auseinandersetzung auch politische Gegner nicht als Bazillen bezeichnen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: So ist es! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Hat das einer gemacht? Er hat vom Bazillus gesprochen, nicht von Bazillen! Das ist ein Unterschied! Sie richten sich selbst! Damit das klar ist! Diese Behauptung können Sie gleich zurücknehmen! Mein lieber Freund! Bitte keine Geschichtsklitterung! Das ist unglaublich! – Weitere Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

Ich habe gesagt: Er ist nah dran an diesem Sprachgebrauch. Wenn man die Gemeinsamkeit der Demokraten beschwört, dann sollte man solche Begriffe nicht verwenden.

(Abg. Reinhold Gall SPD zur CDU: Sie nehmen doch die Worte in den Mund! Er wiederholt doch eure Worte! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Oettinger?

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Ja.

**Abg. Günther Oettinger CDU:** Herr Kollege Schmiedel, Sie wissen, dass ich Sie schätze und seit vielen Jahren kenne. Sind Sie bereit, zu akzeptieren und zur Kenntnis zu nehmen, dass ich in keiner Form Sie als Bazille bezeichnet habe,

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

sondern von einem Virus sprach, den Sie nach Baden-Württemberg hereintragen?

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

Ich sprach davon, dass Sie mit Ihren Äußerungen die Linke hoffähig machen und den Virus aus Ostdeutschland und anderen Ländern nach Baden-Württemberg tragen.

(Unruhe bei der SPD)

Ich lege Wert darauf, dass ich Sie als Kollegen bezeichne und das Wort Bazille mir nie über den Mund gekommen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Schmiedel, entschuldigen Sie sich endlich!)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Oettinger, ich habe den Begriff – ob Virus oder Bazille – gar nicht auf mich bezogen.

(Widerspruch bei der CDU – Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck und Dr. Stefan Scheffold CDU)

Aber ich rate Ihnen, auch beim Umgang mit Vertretern der Linken aus Baden-Württemberg diese Begriffe nicht zu verwenden.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Völlige Überforderung, sonst gar nichts! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Peinlich!)

Denn diese Begriffe, ob Virus oder Bazillus, haben eine Rolle in der deutschen Geschichte gespielt. Wer Geschichtsbewusstsein hat, der sollte, zumal wenn er die Gemeinsamkeit der Demokraten beschwört, diese Begriffe nicht verwenden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gerade eben nicht in Abrede gestellt, dass Sie mich als Verräter am Land Baden-Württemberg bezeichnet haben. Wenn Sie den Oppositionsführer im Landtag von Baden-Württemberg als Verräter am Land Baden-Württemberg bezeichnen, dann halte ich das für eine unerträgliche Entgleisung – es tut mir leid.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wo ist die Entschuldigung? Das kann es ja wohl nicht sein! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich! So einen Vorsitzenden hat noch nicht einmal die SPD verdient!)

**Präsident Peter Straub:** Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion GRÜNE, Herrn Abg. Kretschmann, das Wort.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Na endlich! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gott sei Dank!)

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das einzige Ergebnis dieser Debatte und ähnlicher Debatten ist, fürchte ich, ein weiteres Sinken der Wahlbeteiligung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Birgit Arnold und Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Ihr Versuch, einfach nur mit einer Provokation der Sozialdemokraten hier eine Debatte zu organisieren, brachte im Ergebnis in einer wirklich schwierigen Situation nichts anderes, als dass Sie hier gegenseitig übereinander hergefallen sind. Das kann nichts anderes als Politikverdrossenheit erzeugen.

(Beifall bei den Grünen)

Genau das sind die Debatten, von denen die Bevölkerung die Schnauze gestrichen voll hat.

(Winfried Kretschmann)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Nein, so einfach ist das nicht! Das ist wieder typisch: Wenn es euch nicht gefällt, dann klappt es nicht! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Es ist haargenau so. Was sonst soll das Ergebnis dieser Debatte sein?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Unruhe)

Jetzt sieht jeder, der sich die hessischen Verhältnisse anschaut, dass so gut wie niemand irgendeinen vernünftigen Rat weiß,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Doch!)

wie man aus dieser Situation herauskommen soll.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Doch! Sie wissen ganz genau, dass das nicht stimmt! – Unruhe)

– Sie am allerwenigsten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Ministerpräsident Koch hat durch eine unsägliche Kampagne in Hessen diese Situation überhaupt erst ausgelöst. Die CDU in Hessen hat folgendes Plakat im Wahlkampf geklebt:

*Linksblock verhindern – Ypsilanti, Al-Wazir und Kommunisten stoppen!*

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Genau! Genau darum geht es! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau darum geht es! – Abg. Stefan Mappus CDU: Genau das ist es! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was heißt das jetzt? – Weitere Zurufe von der SPD, u. a.: Das ist ja unglaublich! – Unruhe)

Wer solche Kampagnen macht, für die er übrigens – das haben Sie vergessen – vom Wähler richtig abgestraft worden ist,

(Abg. Joachim Kößler CDU: Heute nicht mehr!)

der hinterlässt verbrannte Erde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sie verwechseln Ursache und Wirkung!)

Er kann nicht erwarten, dass diejenigen, gegen die er so angeht, hinterher noch mit ihm koalieren können. Das kann niemand erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber mit den Linken geht es!)

Glauben Sie allen Ernstes, wenn Frau Ypsilanti noch ihren Mädchennamen gehabt hätte und Al-Wazir nach seiner Mutter anstatt nach seinem Vater geheißt hätte,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

dass Koch dann plakatiert hätte:

(Zurufe von der CDU: Müller? Meyer?)

„Dill, Knirsch und die Kommunisten verhindern“? Glauben Sie das im Ernst?

(Zurufe von der CDU)

Diese subtile Demagogie, auf dem Rücken von Minderheiten

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist ja lächerlich! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Es ist doch die entscheidende Frage, ob Sie zusammen mit den Kommunisten die Frau Ypsilanti wählen! Wählen Sie zusammen die Frau Ypsilanti?)

solche Kampagnen zu führen, das hinterlässt verbrannte Erde. Das sage ich Ihnen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sagen Sie einmal, ob Sie zusammen mit den Kommunisten Frau Ypsilanti wählen! Das ist die Frage!)

– Nein, jetzt rede ich. Sie haben Ihre Zeit gehabt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Aber Zurufe sind doch erlaubt, Herr Kretschmann, sogar wenn Sie reden!)

Jetzt haben wir in Deutschland eine Situation, in der sich die Linke unter Umständen in diesem Parteiensystem festsetzt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Aber nur mit eurer Hilfe! Nur wenn Grün und Rot mitmachen! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ruhe! Hören Sie doch einmal zu! – Unruhe)

Das stellt uns vor Herausforderungen für zukünftige Koalitionen. Das weiß jeder. Das alles ist banal. Es ist in den letzten Wochen hundertmal besprochen worden, dass wir in Zukunft z. B. Dreierkoalitionen eingehen müssen, weil wir sonst nichts anderes als Große Koalitionen mehr hinbekommen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Dann macht es doch!)

Jetzt haben wir z. B. in Hamburg eine Situation, in der wir bereit sind, mit der CDU Gespräche zu führen und, wenn die Inhalte stimmen, unter Umständen auch mit ihr zu koalieren.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Um die Linke zu verhindern, richtig!)

Dazu gehört einfach ein Mindestmaß an gegenseitigem Respekt zwischen demokratischen Parteien. Dieses Mindestmaß haben Sie in Hessen verlassen, und dies haben Sie heute mit Ihrer Debatte auch verlassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist ja lächerlich! Das ist genau das Unerträgliche! Das ist eine Arroganz, die unerträglich ist! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich habe überhaupt keinen Grund, die Linke irgendwie zu verteidigen. Das liegt mir nun völlig fern.

(Winfried Kretschmann)

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie machen es halt! – Abg. Stefan Mappus CDU: Sie tun das aber! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt hört doch einmal zu! – Unruhe)

Jetzt kehren wir einfach einmal auf den Boden der Tatsachen zurück. Ich empfehle Ihnen, statt solche Debatten hier zu provozieren, die nichts außer Politikverdruss bringen, einmal Wahlanalysen zu lesen. Die Wahlforscher sagen uns: Die Linke ist die Partei des sozialen Protests.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Die Wähler sind zu 70 % der Ansicht, dass sie keine Probleme löse, aber die Dinge beim Namen nenne.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Bei den Reps war es genauso! – Zuruf von der CDU: Wie bei den Republikanern!)

Das stellen die Wahlforscher fest.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das haben sie damals auch festgestellt!)

Jetzt schauen wir uns einmal an, wie die zu ihren Ergebnissen kommen. Es ist die Partei der Arbeitslosen, der Arbeiter und der Gewerkschaften. Das ist der Kern. Das ist vorhin schon besprochen worden. Es ist wohl schwerlich nachzuvollziehen, warum jetzt der ehemalige Kollege Maurer zum Kommunisten mutiert haben soll.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hat doch niemand gesagt!)

Die niedersächsische Fraktion der Linken hat ihre Kommunistin gerade ausgeschlossen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Erst nach öffentlichem Protest!)

Das heißt, die ganze Kommunistenrhetorik, die Sie hier veranstalten, geht am Kern der Dinge vorbei. Das schadet der Linken nicht, das wird ihr nutzen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist eine Verharmlosung! Die Verharmlosung durch einen Geschichtslehrer! – Abg. Stefan Mappus CDU: Sie verharmlosen!)

– Ich verharmlose die überhaupt nicht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Er bereitet den Kurs der Grünen für die Kommunisten vor!)

Wenn Sie einmal die Wahlanalysen, z. B. über die Wählerwanderung, anschauen, dann stellen Sie fest: Die CDU verliert in Hessen immerhin halb so viel an die Linke wie die SPD.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört! – Abg. Ute Vogt SPD: Stimmt!)

In Niedersachsen liegt der Verlust der CDU an die Linken bei 30 % dessen, was die SPD an die Linken verliert. Es ist logisch, dass die SPD mehr verliert, aber Sie verlieren auch er-

heblich. Und auch wir verlieren in den Städten an die Linke. Da haben wir offensichtlich alle etwas zu tun, nämlich zu überlegen, wie wir das in Zukunft verhindern.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Genau das machen wir ja! Sind Sie jetzt dafür oder dagegen?)

Eine Debatte darüber macht Sinn, aber eine Debatte, wie Sie sie hier angezettelt haben, die ganz vordergründig nur dazu dient, andere vorführen zu wollen, führt zu überhaupt nichts.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Sie führen sich selbst vor!)

Wenn Sie nach Wahlen schon Debatten auf diesem Niveau anzetteln, was müssen wir dann in den Wahlkämpfen eigentlich erwarten?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das ist doch ein Vorgeschmack auf gnadenlose Schmutzkampagnen, die uns da erwarten. Davor, dass das kommt, möge uns Gott behüten.

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Wer wirft hier mit Schmutz? – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das wird die Politikverdrossenheit stärken und wird der Linken die Wähler in die Scheuer treiben. Man muss heute nur einmal die Zeitung aufschlagen, um zu sehen, wo die Probleme liegen.

Die Linke stößt doch mit ihren Fragen offensichtlich in Gerechtigkeitslücken. Heute können Sie in der Zeitung z. B. lesen: Der Daimler-Vorstand hatte im letzten Geschäftsjahr eine Steigerung seines Einkommens um 70 %. Man muss sich doch fragen, was jetzt die Leute, die in Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sind, eigentlich denken, wenn ihnen eine Lohnerhöhung von 5 % für fünf Jahre angeboten wird.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wo ist jetzt Ihr Vorschlag, das zu ändern? – Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist genau die Neiddebatte, die Sie dauernd führen! Das ist genau das Thema! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Nein, das ist das Thema, bei dem wir mit der Bevölkerung diskutieren müssen, wie es um diese Gerechtigkeitslücken steht, wie es jetzt mit dem Liechtenstein-Skandal steht, bei dem sich zeigt, dass sich ein Teil der Manager aus der Gesellschaft verabschiedet, mit ihr nichts mehr zu tun haben will und keine Steuern mehr zahlt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie weichen der Debatte aus, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Das ist alles Wasser auf die Mühlen der Linken.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Mit wem koalieren Sie in Hessen?)

Sich damit zu beschäftigen macht Sinn. Aber Ihr Versuch, andere einfach nur vorführen zu wollen, macht überhaupt keinen Sinn. Er ist schädlich, führt zu Politikverdruss und trägt

(Winfried Kretschmann)

zur Lösung der schwierigen Fragen nichts, aber auch gar nichts bei.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Ulrich Noll** FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man aufgrund von Geschäftsordnungsverfahren so lange zuhören darf, dann überlegt man sich, was die Menschen oben auf der Besuchertribüne, aber auch die, die uns in den Medien zuhören, bei dieser Debatte denken. Sie kriegen alles vorgeführt, was zu einer klassischen Talkshow gehört, einschließlich des Auszugs einer Fraktion aus dem Plenarsaal.

Jetzt sage ich einmal: Ich hätte gute Lust gehabt, auch hinauszu gehen. Nur: Wer auszieht, muss auch wieder hereinkommen.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Unruhe)

Ich hatte noch keine Gelegenheit, etwas dazu zu sagen. Lassen Sie mich daher als Allererstes sagen: Lieber Kollege Schmiedel, ich habe Sie im Verband Region Stuttgart als wirtschaftspolitischen Sprecher kennengelernt und schätzen gelernt. Ich habe Sie hier im Parlament kennengelernt, wo Sie unserem Wirtschaftsminister immer wieder einmal mit nach meiner Meinung zwar falschen, aber zumindest nachdenkenswertem Parolen entgegengetreten sind.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Selten! – Weitere Zurufe)

Leider muss ich das Wort des Ministerpräsidenten aufgreifen. Für uns hier im Land, für uns im Landtag und für die Bevölkerung, ist es schon wichtig, zu wissen: Welchen Kurs wird der Chef der SPD-Fraktion in diesem Land künftig fahren?

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Darum geht es! – Zuruf von der CDU: Das weiß er selbst nicht!)

Sie haben mit Ihren Äußerungen heute an dieser Stelle leider meine Einschätzung zunichte gemacht, übrigens auch im menschlichen Miteinander.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Und gestern auch!)

– Auch gestern schon, indem Sie nicht die Größe hatten wie der Kollege Kretschmann, der seinen DDR-Vergleich zurückgenommen hat. Sie haben Ihren indirekt verstärkt. Heute sehen Sie den Ministerpräsidenten in seiner Ausdrucksweise – wie haben Sie gesagt? – verdammt nah bei den Nationalsozialisten.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Den Sprachgebrauch! Die Sprache! Die Bilder! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist ja noch schlimmer! – Lebhaftige Unruhe)

– Sehen Sie: Jetzt kommen wieder die linguistischen Auslegungen.

(Unruhe – Zurufe von der SPD – Gegenruf von der CDU: Lesen Sie im Protokoll nach!)

Wenn Sie Parteien in Ihrer Wahlwerbung subtile Dinge vorwerfen und dann hinterher abstreiten, dass Sie gesagt haben, jemand befinde sich verdammt nah an der nationalsozialistischen Sprache, dann ist das noch viel heftiger und eindeutiger. Es ist der Versuch, jemanden in eine Ecke zu drängen, verweisend auf frühere Geschehnisse.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es! – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Unglaublich! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Unanständig! – Zurufe von der SPD)

Das ist nicht anständig. Ich wünsche mir, dass das in Zukunft nicht so bleibt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Darüber ist mehrfach debattiert worden. Das gab es bei den Repts in Sachen Ausländerpolitik. Das gibt es jetzt bei den Linken in Sachen sozialer Gerechtigkeit – ohne das gleichsetzen zu wollen. Wenn man die richtigen Fragen stellt, mag das in Talkshows und in der Öffentlichkeit möglicherweise schon wahrgenommen werden. Dann müssen wir uns einmal fragen, ob wir diese Fragen nicht auch stellen sollten, und vor allem, ob nicht wir im Unterschied zu diesen Linkspopulisten richtige Antworten darauf geben sollten. Das ist doch das Entscheidende.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die entscheidende Frage wird doch sein, ob wir gemeinsam – und dazu würde ich auch Sie zählen, bis heute –

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

daran arbeiten, die Linke zu entlarven. Zwar nimmt sie Stimmungen auf und formuliert Fragen, die wir alle auch kennen – jeder von uns, der draußen mit den Menschen redet –, aber sie suggeriert, dass es dafür, wenn man nur den rosa Elefanten endlich aus dem Urwald hereinholt, den die Linke da versteckt hat, eine überzeugende Lösung gäbe.

Heute Morgen haben Sie, Herr Schmiedel, an einigen Stellen wieder genau in dieses Horn geblasen; übrigens auch Herr Kollege Kretschmann. Was bringt es jetzt, wenn Sie wieder darauf verweisen – – Ich weiß schon, dass diese Fragen in der Bevölkerung gestellt werden. Es sind auch meine Fragen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber keiner von Ihnen bietet eine Lösung an und sagt: „Unsere Mitglieder im Aufsichtsrat von Daimler“ – von den Gewerkschaften – „setzen sich dafür ein, dass der Vorstand nicht so viel verdient.“ Warum sagen Sie nicht einfach, dass Ihre Leute dort mit drinsitzen und darüber entscheiden?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Noch etwas: Wenn das Ganze dazu führt, dass aus gefühlten Stimmungen heraus bestimmte Themen grundsätzlich gar nicht mehr angesprochen werden dürfen, weil man zwar weiß, dass dies ordnungspolitisch richtig wäre, es aber gerade nicht

(Dr. Ulrich Noll)

gut ankäme, dann hat die Linke genau das erreicht, was sie wollte, nämlich die Verschiebung der Grundachse dieser Republik nach links.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dann wird nämlich nicht mehr gefragt: Was bringt Arbeitsplätze? Bis vor Kurzem war man der Meinung – und Sie waren vorne mit dabei; ich kann mich noch gut daran erinnern –, dass aufstockende Hilfen bei Hartz oder Kombilöhne der Königsweg zur Existenzsicherung und zur Eröffnung von Chancen für Leute seien, die sich außerhalb des Arbeitsmarkts befinden. Sie haben das mit befürwortet. Jetzt stehen Sie ganz in vorderster Front und fordern Mindestlöhne als die Lösung, wobei jeder weiß, dass das ein Symbolthema ist, das eben keine Arbeitsplätze schafft, sondern Arbeitsplätze vernichten wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist nicht wahr!)

Dass das nicht nur die SPD erreicht, sondern auch andere Parteien und Fraktionen, sieht man daran, wie Teile in der CDU bei diesem Thema Mindestlöhne wackeln. Da lobe ich ausdrücklich den Ministerpräsidenten dieses Landes, dass er an dieser Stelle klar Flagge zeigt,

(Beifall bei der FDP/DVP)

dass er sagt, das werde keine Arbeitsplätze schaffen, sondern Arbeitsplätze vernichten.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Es ist falsch, was Sie sagen!)

Das ist ein Symbolthema, das Sie zu Ihrem Hauptthema machen. Von daher wünschte ich mir, dass wir alle gemeinsam da, wo wir Fragen der Menschen zu Recht aufgreifen, ihnen nichts vormachen, sondern versuchen, ihnen Lösungen anzubieten, die aber dann wirklich machbar sind. Dann würden wir wieder glaubwürdiger in der Bevölkerung, und dann könnten wir politisch dafür sorgen, dass die, die wir hier nicht haben wollen, nämlich die Linkspopulisten, hier nicht Einzug halten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie haben heute früh meiner Kollegin Arnold entgegengehalten: „Wenn man etwas sagt, dann steht es halt in der Zeitung.“ Sie haben heute zu Beginn zwei Dinge gesagt, die für zwei parlamentarische Debatten Anlass geliefert hätten. Ich hätte lieber mit Ihnen über das Nichtraucherschutzgesetz debattiert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die CDU will das ja nicht mehr!)

Wenn Sie hier über Fettnäpfchen reden: In so kurzer Zeit in so viele Fettnäpfchen zu treten wie Sie, lieber Kollege Schmiedel, das schafft, glaube ich, außer Ihnen eigentlich niemand, weder Ihre Vorgängerin noch andere.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD und Abg. Brigitte Lösch GRÜNE zeigen auf Ministerpräsident Günther Oettinger.)

Für mich war auch interessant zu lesen – ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren –, was ein nicht unmaßgebliches Mitglied Ihrer Fraktion zu diesen Themen gesagt hat. Das heißt, Sie sind ja gar nicht alleine.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sind Sie jetzt auch auf Kommunistenjagd?)

Das ist ja das Gefährliche, dass Sie letztendlich nur artikulieren, was offensichtlich viele bei Ihnen insgeheim denken. Jetzt zitiere ich einmal den „Gäuboten“ vom 26. Februar 2008, Wortinterview der Kollegin Kipfer:

*Frage: Die SPD liebäugelt immer mehr mit den Linken als politischem Partner. Sie auch?*

*Birgit Kipfer: Ja. Ich sehe nicht ein, weshalb man mit einer Partei, mit der wir Schnittmengen haben, nicht partiell zusammenarbeiten oder in einer Duldung leben soll.*

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist noch harmlos! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt wissen wir, woran wir sind! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist wenigstens ehrlich! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wo ist die große Tradition der SPD geblieben?)

Jetzt wissen wir, dass nicht nur der Fraktionsvorsitzende diese Meinung verbreitet hat, sondern dass er offensichtlich schon ganz erfolgreich in seiner Fraktion am Arbeiten ist.

Jetzt kommt ein Satz – Entschuldigung, Frau Kipfer, wenn ich das so zitiere –, der wirklich brutal ist, liebe Frau Kipfer. Zum Vorwurf des Wortbruchs des Herrn Beck befragt, sagen Sie:

*Man sollte vor einer Wahl nie sagen, was nach einer Wahl sein wird.*

(Lachen bei der FDP/DVP)

*Was wir brauchen, ist eine handlungsfähige Regierung.*

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Also wenn wir künftig in Wahlen ziehen und die Menschen nicht mehr sicher sein können, dass man vor der Wahl das sagt, was man hinterher macht, dann brauchen wir uns nicht mehr zu wundern, dass die Menschen von denen, von denen auch jeder weiß, dass die es nicht machen können, sagen: Wir wählen sie trotzdem, denn die anderen machen auch nicht, was sie gesagt haben.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau! Wasser auf die Mühlen der Radikalen ist das!)

Dass es dafür nach der letzten Bundestagswahl Beispiele gab, verknäufte ich mir jetzt näher auszuführen. Übrigens haben auch die, die über das geringe verfügbare Einkommen der Menschen, z. B. der Familien in diesem Land, jammern

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Null Prozent Mehrwertsteuererhöhung!)

und einmal davon geredet haben, die Mehrwertsteuer solle gar nicht erhöht werden, weil die Mehrwertsteuer gerade die Fa-

(Dr. Ulrich Noll)

milien trifft, dann aber der Erhöhung um drei Prozentpunkte zugestimmt. Das sind halt die thematischen Dinge, die wir einmal angehen sollten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt noch zur Frage: Ist Herr Maurer ein Kommunist oder nicht?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist irrelevant!)

Das ist irrelevant, weil er in der Führungsspitze einer Partei ist, die unbestreitbar auch heute noch bekennende Kommunisten in ihren Reihen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Schefold CDU: So ist es!)

Jetzt möchte ich noch etwas an uns alle sagen. Gysi und Lafontaine klingen ja immer so nett, charmant und manchmal lustig. Mancher kann da nicken.

Nur: Wer sagt eigentlich – warum nicht Sie? – den Leuten einmal,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Gysi im Schafspelz!)

dass der Herr Lafontaine z. B. regelmäßig Reisen nach Kuba oder nach Bolivien zu den „Helden“ des südamerikanischen Sozialismus macht?

(Lebhafte Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Reinhold Gall)

– Moment! In diesen Ländern gibt es Militäreinsätze im Inneren, gibt es die Verstaatlichung, gibt es Gewalt gegen Journalisten und, und, und. Jetzt mögen Sie das lächerlich oder lachhaft finden, aber ich finde, wenn man diese seitens des Herrn Lafontaine als Helden des Sozialismus preist, dann muss das die Bevölkerung schon einmal wissen. Das sind eindeutige Signale.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt will ich es noch genauer machen. Bei Plasberg habe ich zufällig noch das Ende der Sendung sehen können. Da wurde genau das gefragt: Teile Ihrer Partei fordern tatsächlich die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien? Das hat die Linke dann nicht dementiert. Wenn eine Partei die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, beispielsweise der Automobilindustrie, fordert, dann frage ich schon, ob wir hier eine solche Partei hoffähig machen wollen und damit dafür sorgen wollen, dass man den Menschen vormacht, mit Verstaatlichung könnten wir die Probleme der Globalisierung lösen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Vielleicht noch kurz am Rande: Wenn wir hier über überzogene Managerbezüge schimpfen, frage ich: Wer war denn bei Staatsbetrieben derjenige, der der gute Mensch war?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Landowsky!)

Das waren die Parteibonzen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Es wird immer primitiver!)

Da muss man doch auch einmal sagen: Die hatten ihr Geld in der Schweiz. Die SED/PDS war ja gezwungen, zum Ende der DDR ihre Vermögensverhältnisse darzulegen, und sie hat – man höre und staune – zugegeben, 11 Millionen DM auf Konten in der Schweiz zu haben. Die unabhängige Kommission sagt aber: Die SED/PDS verfolgte eine Strategie der Vermögensverschleierung. Das heißt: Was wäre denn besser, wenn wir in der Staatswirtschaft genau die hätten, die das Gleiche gemacht haben, und sogar noch viel übler, nämlich mit Verschleierung?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wie die hessische CDU!)

Da also den Menschen Sand in die Augen zu streuen und immer nur die eine Seite zu sehen halte ich für scheinheilig, und das ist genau die Strategie, die die Linken hoffähig macht.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Jetzt komme ich zu der Frage, die natürlich zu Recht auch die ganzen Diskussionen ausgelöst hat, welchen Rat wir unseren Kollegen in Hessen geben. Jetzt müssen wir das nicht unbedingt, aber jeder weiß natürlich, dass wir damit mit unserer Positionierung hier im Landtag schon ein Signal an die Bevölkerung gäben, was wir machen würden. Dann weiß sie, was ihr machen würdet, wenn es denn überhaupt zu der Situation käme, die ich für 2011 in Baden-Württemberg nicht vorhersehe.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt sind wir gespannt! Was würde die FDP/DVP machen?)

Da wird ja jetzt immer auf die FDP und die SPD, die Frau Ypsilanti, geschaut. Aber ich frage nach wie vor: Gilt eigentlich in einer Demokratie noch – unabhängig davon, ob man Personen mag oder nicht mag –, dass der, der die meisten Stimmen hat, zunächst einmal den Auftrag zur Regierungsbildung hat? Wenn ich mich nicht ganz täusche, liegt halt die CDU in Hessen zwar nicht viel, aber immerhin vor der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die soll doch bilden!)

Also gibt es da einen Auftrag.

Jetzt hat unser Ministerpräsident dankenswerterweise die denkbaren Koalitionen genannt – Koalitionen, nicht Duldung –: Die Große Koalition, die echt denkbar wäre, aber die wir auch nicht so furchtbar gern mögen. Aber eine andere wäre denkbar, nämlich Schwarz-Gelb-Grün.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Z. B.!)

Die wäre denkbar.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, die ist ausgeschlossen!)

Jetzt kommt die entscheidende Frage – Herr Kretschmann, das war schon entlarvend –, ob Sie springen. Sie werden ja vermutlich irgendwann die Wahl haben. Nicht die Frau Ypsilanti wird über eine Duldung durch die Linken entscheiden, sondern die Grünen werden über dieses Modell entscheiden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Ulrich Noll)

Wenn die Grünen sich von einer Duldung oder einer Regierungsbeteiligung der Linken klar distanzieren, dann kann die Frau Ypsilanti dieses Modell überhaupt nicht fahren. Wenn also von den Grünen ein klares Signal käme, nicht in eine Regierung unter Duldung der Linken oder gar eine Koalition mit den Linken einzutreten, käme dies nicht. Übrigens ist eine Duldung nichts anderes als eine Koalition. Denn jeder weiß, dass es nicht nur um die Wahl des Ministerpräsidenten oder der Ministerpräsidentin geht, sondern auch um die Aufstellung des Haushalts usw.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie müssten also regelmäßig mit den Linken in irgendwelchen Gesprächen alle Gesetzentwürfe, alle Haushaltsvorlagen usw. absprechen.

Der Knackpunkt liegt also im Moment bei den Grünen. Sie haben ja geschildert, Koch habe verbrannte Erde hinterlassen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber dann müssten Sie schon einmal abwägen, ob Sie all das, was wir gemeinsam den Linken als altkommunistisches Gedankengut vorwerfen können, für weniger schlimm halten als das, was möglicherweise im Wahlkampf passiert ist. Ich glaube schon: Man sollte nicht ständig auf die FDP zeigen und sagen: „Ihr müsst jetzt eine Regierung möglich machen.“ Der eigentliche Schlüssel liegt in Hessen bei den Grünen; so einfach ist es.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bei den Grünen!  
– Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So einfach ist es halt nicht!)

Unsere Partei hat klipp und klar erklärt, wofür sie zur Verfügung steht. Wir glauben, dass man in einer Jamaika-Koalition auch einiges an Inhalten verwirklichen können sollte. Ich bin nicht Herr Hahn. Aber ich kenne die Programme von Frau Ypsilanti und die Programme unserer Partei. Diese sind an vielen Stellen wie Feuer und Wasser.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Überall! –  
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das passt nicht!)

Wenn wir da in eine Koalition eintreten würden, dann wäre in der Tat der Vorwurf berechtigt: „Euch geht es nicht um Inhalte. Ihr reduziert euch auf eine Funktionspartei.“ Genau das ist doch die Strategie, die Sie verfolgen. Sie sagen: „Na ja, irgendwie kriegen wir die schon noch dazu.“

Ich bin sicher, dass die FDP in Hessen genauso wie Herr Westerwelle nach der letzten Bundestagswahl verfahren wird. Da war es ja genauso. Auch damals hätten wir die Große Koalition verhindern können. Aber wir haben gesagt: „Wir wollen die Verschiebung der Achse der Bundesrepublik nach links beenden.“ Da kann man nicht mit denen in eine Koalition treten, die dafür standen und stehen. So ist jetzt auch die Situation in Hessen: Frau Ypsilanti ist für ihre Zugehörigkeit zum linken Flügel bekannt, der gegen die Agenda 2010 agiert hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Wir sind uns einig mit der CDU, dass die Agenda 2010 zwar nicht an jeder Stelle handwerklich toll gemacht war, aber dass sie Erfolge gebracht hat. Diese Erfolge haben auch Sie noch begrüßt. Dass man jetzt anfängt, das rückabzuwickeln, kann man nicht von uns erwarten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir wollen nicht unser ordnungspolitisches Gewissen an der Garderobe zum Eingang zu einer Regierungsbeteiligung abgeben. Das werden wir nicht tun.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/  
DVP: Sehr gut!)

Deswegen sage ich klipp und klar: Der Schlüssel liegt an dieser Stelle bei den Grünen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Notfalls könnten  
die mit Schwarz-Gelb koalieren!)

Man mag gern zusammen mit der CDU überlegen, mit welchem Personal die Regierung gebildet wird. Wir haben unsere Position klar benannt – unabhängig von Personen. Uns geht es um die Programme. Wir sagen nicht: „Das Gesicht oder der Name gefällt uns nicht.“ Wir treten deswegen nicht in eine solche Regierung ein, weil uns das Programm nicht gefällt. Von daher wird man sehen, wie sich die Grünen da letztendlich verhalten werden.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Rot-Rot-  
Grün!)

Ich glaube, es wird noch schwieriger werden, wenn man in Hamburg die Schnittmengen so sieht, dass ein solches Bündnis denkbar ist. Ich vermute schon, dass Sie noch unter Erklärungsdruck kommen. Aber Sie werden gezwungen sein, Herr Kollege Kretschmann, zu zeigen, ob Sie die Kraft, den Mut und die Traute haben, ihr Verhältnis zu denen, die teilweise auch aus Ihrer ehemaligen Klientel bei den Linken gelandet sind, offenzulegen und ganz klar zu sagen: „Auch wir, die Grünen, wollen mit dieser linken Partei, so wie sie jetzt ist, nicht koalieren und wollen uns von ihr auch als Partner in einer Regierung Ypsilanti nicht dulden lassen.“

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich darf zum Ende kommen: Es ist viel über die Historie gesagt worden. Ihre Ausführungen zur Historie, Herr Kollege Schmiedel, waren beeindruckend; das ist überhaupt keine Frage. Ich selbst habe hierzu in familiärer Hinsicht oder aus der Zeit der Wende keine Erfahrungen zu bieten. Deswegen erlauben Sie mir, dass ich abschließend aus einem Interview des Deutschlandfunks mit dem Liedermacher Wolf Biermann – vielen bekannt, Sozialdemokrat – zitiere.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Woher wissen Sie denn,  
dass er Sozialdemokrat ist?)

Jetzt bitte ich wirklich die Sozialdemokraten noch einmal, zuzuhören, falls sie das Interview nicht kennen:

*Diese Linken da, mit denen jetzt die SPD ins Bett gehen will, das sind meine treuen alten Todfeinde. Was ich von denen halte, das können Sie sich an einem Finger aus-*

(Dr. Ulrich Noll)

*rechnen. Aber das ist die Vergangenheit. Man muss die Linken, die sich jetzt so nennen, auch beurteilen nach dem, was sie realistisch tun. Da sind sie nun wirklich*

– das stammt nicht von mir –

*die schäbigste, die ordinärste Form des Populismus, zu dem alle Leute neigen, wenn sie gewählt werden wollen.*

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

An anderer Stelle heißt es dann:

*Wenn Sie sich vorstellen:*

– jetzt hören Sie gut zu –

*Die haben schon mal die SPD gefressen, nach dem Krieg, das hieß dann SED, Sozialistische Einheitspartei. Da haben die Kommunisten damals – die Stalinisten, würde ich besser sagen – unter dem Machtschild der Sowjetunion, der Besatzungsmacht, die SPD gefressen.*

Und jetzt zieht er seine Conclusio:

*Die Tragödie der damaligen Zwangsvereinigung nach dem Krieg – SPD, KPD in SED –, die wiederholt sich jetzt als Farce,*

(Widerspruch bei der SPD)

*und wir sitzen wie das Publikum dabei. Nur: Wir sind nicht das Publikum. Es geht um unser eigenes Leben.*

So Wolf Biermann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt rufe ich Ihnen zu: Sie sind nicht das Publikum draußen, sondern Sie sind die, die verhindern können, dass diese Farce gespielt wird. Tun Sie das gemeinsam mit allen Demokraten!

(Anhaltender Beifall bei der FDP/DVP und der CDU  
– Bravo-Rufe von der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Mappus das Wort.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Noch eine Erklärung?)

**Abg. Stefan Mappus** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schmiedel, Sie haben ausweislich des Protokolls an den Ministerpräsidenten dieses Landes gerichtet gesagt – ich zitiere –:

*Sie sind mit Ihrem Sprachgebrauch verdammt nahe an dem der Nationalsozialisten ...*

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Pfui!)

Ich fordere Sie im Interesse einer weiterhin gedeihlichen Zusammenarbeit in diesem Haus auf:

(Abg. Thomas Blenke CDU: Zurückzutreten!)

Nehmen Sie diese Äußerung jetzt zurück! Sie haben jetzt noch die Gelegenheit hierzu. Wenn Sie dies nicht können, dann treten Sie zurück!

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP  
– Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch lächerlich!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die Aktuelle Debatte ist damit beendet und Punkt 2 der Tagesordnung abgeschlossen.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein.

(Abg. Hans Heinz CDU: Und Schmiedel tritt zurück!)

Ich unterbreche die Sitzung bis 13:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 11:52 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:01 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Fragestunde – Drucksache 14/2385**

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Krankenhausfinanzierung

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Ich bin da. Ich bezweifle aber, dass die Landesregierung da ist.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Wenn die Landesregierung nicht da ist, dann – –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die Frau Gönner kann doch die Antwort geben!)

– Nein, das geht nicht.

(Ministerin Tanja Gönner: Ich kann zwar viel, aber das mache ich nicht!)

Wir trauen Frau Gönner alles zu, aber das muss sie in der Landesregierung nicht unbedingt auch noch machen.

(Ministerin Tanja Gönner: Danke schön! Ich danke Ihnen! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich dachte, du bist eine Generalistin! – Gegenruf der Ministerin Tanja Gönner: Das mag sein! – Abg. Ingo Rust SPD: Gut, dann würde ich vorschlagen, wir zitieren die Landesregierung herbei!)

Dann schieben wir die Anfrage unter Ziffer 1 nach hinten.

Wir könnten jetzt den Staatssekretär herbeizitieren, aber der wird wahrscheinlich schon unterwegs sein. Vielleicht kann man ihn telefonisch herbeirufen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Dann fangt doch mit dem Gustav-Adolf seiner Frage an! Der Richie ist da!)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Rita Haller-Haid SPD – Strategien gegen eine DHL-Standortschließung

Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abg. Rita Haller-Haid** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie beurteilt die Landesregierung die Schließung des Standorts Rottenburg/Neckar der Firma DHL Exel Supply Chain GmbH im Hinblick auf die Folgen für den Wirtschaftsraum Rottenburg, die betroffenen Beschäftigten und auch die betroffenen kleinen und mittelständischen Speditionen?
- b) Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die oben angesprochenen Folgen dieser Standortschließung zu vermeiden?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Drautz das Wort.

**Staatssekretär Richard Drautz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Frage von Frau Abg. Rita Haller-Haid wie folgt:

Erstens: Die DHL Exel Supply Chain GmbH ist ein Tochterunternehmen der Deutschen Post AG und betreibt in Rottenburg ein Logistikzentrum. Nach deren Angaben sind dort 179 Menschen beschäftigt. Mit dem Standort unterstützt die DHL die Logistikaktivitäten der Deutschen Telekom AG. Das Logistikzentrum dient insbesondere dazu, die Versorgung der Deutschen Telekom AG im Bereich der internen Logistik sowohl bei der Technikerversorgung als auch bei der Baustellenbelieferung sicherzustellen.

Die DHL liefert insbesondere fertig konfektionierte Kabel aus. Diese werden durch örtlich ansässige Speditionsunternehmen an die Telekom-Shops ausgeliefert.

Der Wirtschaftsraum Rottenburg am Neckar mit über 8 000 versicherungspflichtig Beschäftigten, von denen ca. zwei Drittel mit der Erbringung von Dienstleistungen beschäftigt und nur 33 % im sogenannten produzierenden Gewerbe tätig sind – im Land sind es im Schnitt 41 % –, musste in den Jahren von 1999 bis 2006 einen Rückgang bei der Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten um 5,9 % verkraften, der ausschließlich auf einen starken Beschäftigungsabbau im produzierenden Gewerbe zurückging.

Die Expansion der Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich hat in diesen Jahren die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt abgefedert, sodass die Arbeitslosenquote im Januar 2008 im Bereich der Geschäftsstelle Tübingen mit 4,4 % unter dem Landesdurchschnitt von 4,6 % lag.

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels, der bereits stattgefunden hat, ist der gegenüber dem Landeswert deutlich un-

terdurchschnittliche Anteil von 33 % der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe besonders augenfällig. Die hohe Beschäftigungsquote von ca. 66 % im Dienstleistungsbereich bildet eine stabile Grundlage, um konjunkturelle Schwankungen abzufangen.

Ein weiterer Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze durch Schließung der DHL-Tochter wird den Arbeitsmarkt kurzfristig sicherlich belasten. Jedoch deutet die derzeitige Nachfrage nach qualifizierten Arbeitnehmern durch die Wirtschaft darauf hin, dass mit einer gewissen Aufnahmefähigkeit bei anderen Unternehmen im Wirtschaftsraum zu rechnen ist, zumal der Wirtschaftsraum durch rege Pendlerverflechtungen geprägt ist und nach Angaben der Branche derzeit Mitarbeiter gesucht werden.

Der Wirtschaftsraum Rottenburg kann diese angekündigte betriebliche Entwicklung von einer insgesamt vergleichsweise robusten regionalen Lage aus angehen, die sich in der Bevölkerungsexpansion sehr eindrücklich bemerkbar macht. So nahm die Bevölkerungszahl zwischen 1980 und 2006 um rund 39 % zu. Diese Steigerung betrug mehr als das Doppelte des Bevölkerungszuwachses von 16 % im übrigen Land.

Bei den Verteilverkehren handelt es sich um ein Marktsegment, in dem ein sehr ausgeprägter Wettbewerb vorhanden ist. Die Mehrzahl der Transportdienstleistungen wird an Speditionen im Umfeld des Standorts vergeben. Diesen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die als Dienstleister in Anspruch genommen werden, gehen bei der geplanten Schließung des DHL-Standorts Aufträge verloren. Inwieweit die betroffenen Unternehmen diese durch die Gewinnung neuer Kunden kompensieren können – so ist z. B. bekannt, dass ein anderes Logistikunternehmen derzeit in den Standort Rottenburg investiert und Arbeitsplätze geschaffen hat –, kann nicht abschließend beurteilt werden.

Nach Angaben von DHL wurde vereinbart, dass für die Mitarbeiter die Möglichkeit einer Weiterbeschäftigung geprüft werden soll. Vorschläge dazu sollen bis zum 26. März 2008 erfolgen. Erst daraufhin können betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden.

Zu Buchstabe b: Der Wirtschaftsminister hat Anfang Dezember 2007 den damaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Post AG, Herrn Dr. Klaus Zumwinkel, angeschrieben,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nach Liechtenstein, oder wo hat er das hingeschickt?)

um seiner Besorgnis über die mögliche Schließung der DHL-Niederlassung Rottenburg am Neckar zum Ende des ersten Quartals 2008 Ausdruck zu geben. Im Interesse der von der geplanten Maßnahme betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch des Standorts Rottenburg am Neckar hat er die dringende Bitte an den Vorstandsvorsitzenden gerichtet, die Entscheidung noch einmal zu überdenken.

Auch Herr Ministerpräsident Oettinger setzt sich intensiv für den Standort Rottenburg ein.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da kann ja nichts mehr schiefgehen!)

(Staatssekretär Richard Drautz)

So war Ende Februar ein Gespräch mit Herrn Dr. Klaus Zumwinkel geplant. Aufgrund des Rücktritts von Dr. Zumwinkel

(Heiterkeit)

wurde der Termin vonseiten der DHL abgesagt.

(Zurufe von der SPD und den Grünen: Aha!)

Es wird derzeit ein neuer Termin mit dem Vorstandsvorsitzenden der DHL, Dr. Appel, vereinbart.

(Zuruf des Abg. Hans-Martin Haller SPD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Treffen die sich in Vaduz, oder wo treffen die sich?)

Nach Angaben der Deutschen Post AG vom 14. Dezember 2007 befindet sich die Deutsche Telekom AG in einem wettbewerbsintensiven Marktumfeld. Daraus resultierende Rückgänge bei der Produktmenge fallen schon seit Längerem so deutlich aus, dass die DHL als Logistikpartner den Lager- und Transportbereich dieser neuen Situation anpassen muss. In Absprache mit der Deutschen Telekom AG hat die DHL daher eine neue, zukunftsorientierte Logistikstruktur für die Bedürfnisse der Deutschen Telekom AG entwickelt.

Das Konzept sieht vor, die Logistikaktivitäten der Deutschen Telekom AG zu zentralisieren. Infolgedessen ist geplant, den Standort Rottenburg am Neckar aufzugeben. Das Logistikzentrum soll zum 1. Oktober 2008 geschlossen werden. Trotz massiver Anstrengungen in den letzten Jahren sei es nicht gelungen, nennenswertes Drittkundengeschäft für den Standort zu gewinnen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage der Frau Abg. Rita Haller-Haid.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Es ist doch jetzt alles beantwortet! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Da kann nichts mehr kommen!)

**Abg. Rita Haller-Haid SPD:** Herr Staatssekretär, Sie haben ausgeführt, dass der Herr Ministerpräsident noch ein Gespräch mit Herrn Appel führen will. Ist Ihnen bekannt, dass der Betrieb in Rottenburg kurzfristig stillgelegt wird und gerade morgen dort der letzte Arbeitstag ist? Zwischenzeitlich hat ja bereits ein Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten und Herrn Zumwinkel kurz vor dessen Rücktritt stattgefunden. Der Ministerpräsident hat danach ausgeführt, dass über dieses Gespräch Stillschweigen vereinbart worden ist. Aber natürlich würde mich interessieren, was in dem Gespräch bezüglich des Standorts vereinbart worden ist.

Meine zweite Frage: Sie wissen vielleicht, dass bei der DHL ja auch Beamte der Post AG beschäftigt sind. Diesen Beamten wird kein neues Arbeitsangebot gemacht, sondern denen werden Büros zugewiesen. Sie bekommen aber kein Arbeitsangebot, sondern sie müssen dort Däumchen drehen. Mich würde jetzt interessieren, wie Sie dies aus arbeitsrechtlicher Sicht beurteilen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Richard Drautz:** Vielen Dank für die Nachfragen. Sie werden schriftlich beantwortet.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Damit ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 erledigt.

Herr Kollege Theurer, zu Ihrer Mündlichen Anfrage: Wir haben ermittelt, dass das Sozialministerium diese Frage bisher überhaupt nicht im Fokus hatte. Ich weiß nicht, warum.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das gibt es aber nicht!)

– Ich sage nur, dass wir das gerade vernommen haben. Sie haben draußen ja gerade mit dem Herrn Staatssekretär gesprochen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Er versucht, die Antwort noch zu bekommen!)

– Dann stellen wir Ihre Frage zurück.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ich würde die Frage nachher schon gern stellen!)

– Ja, kein Problem. Wir könnten den Herrn Staatssekretär auch herbeizitiieren. Wenn er allerdings die Frage jetzt nicht beantworten kann, soll er sich erst einmal erkundigen. Das wäre besser.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dann soll er sagen, warum er sie nicht beantworten kann!)

Verbleiben wir so? – Gut.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Johannes Stober SPD – Kommunale Abfallentsorgung nach VGH-Urteil

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Johannes Stober SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

- Sieht die Landesregierung angesichts des Urteils des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 11. Februar 2008 zur „Blauen Tonne“, nach dem es derzeit zulässig ist, dass private Entsorgungsunternehmen nur solche Abfälle entsorgen, die sich wirtschaftlich rechnen, während die anderen, „wertlosen“ Abfälle weiterhin den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern überlassen bleiben, auch unterhalb der Ebene von Gesetzesänderungen Möglichkeiten, diesem Problem Einhalt zu gebieten?
- Hält die Landesregierung in diesem Zusammenhang eine Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes für wünschenswert?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Umweltministerin Gönner.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Herr Präsident! Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Landesregierung sieht derzeit als vorzugswürdige Reaktion auf das zitierte Gerichtsurteil die Möglichkeit für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, den Entsorgungsservice für die Bürgerinnen und Bürger weiter zu optimieren. Es gibt in vielen anderen Bundesländern Beispiele dafür, dass dort durch die Kommunen eine kommunale blaue Tonne zur Altpapierentsorgung eingeführt wurde und sehr gut angenommen wird.

Im Übrigen gibt es zwischenzeitlich auch in diesem Land entsprechende Beispiele dafür, dass blaue Tonnen durch die Kommunen, also durch die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, eingeführt wurden. Dadurch wird privaten Unternehmen weniger Raum für eine erfolgreiche Betätigung geboten, und die Kommunen sind nicht aufgrund sinkender Verwertungserlöse zu einer Erhöhung der Abfallgebühren gezwungen.

Zu Frage b: Nach der derzeitigen Lage der Dinge erscheint eine Bundesratsinitiative zur Änderung des § 13 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, mit der die rechtlichen Hürden für die Zulässigkeit gewerblicher Abfallsammlungen höher gelegt werden, aus rechtlichen und umweltpolitischen Gründen nicht erfolgversprechend.

Einerseits der Bundesgesetzgeber und andererseits eine große Mehrheit der anderen Bundesländer sehen keinen entsprechenden Regelungsbedarf, weil die Kommunen, wie ich zuvor bereits ausgeführt habe, in vielen Bundesländern in größerem Umfang als in Baden-Württemberg bereits die kommunale blaue Tonne eingeführt haben, also quasi überhaupt kein Anlass besteht, dort rechtlich tätig zu werden.

Zum anderen bestehen EG-rechtliche Bedenken gegen eine solche Gesetzesänderung, die möglicherweise gegen den Grundsatz der Wettbewerbs- und Warenverkehrsfreiheit verstoßen würde. Wir befinden uns zu dieser Frage allerdings – sowohl was den Bundesgesetzgeber und die Bundesländer angeht als auch in Bezug auf das Thema EG-Recht – in einem Abstimmungsprozess und einem Meinungsaustausch mit den Bundesländern und dem Bund.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage, bitte, Herr Abg. Stober.

**Abg. Johannes Stober** SPD: Zwei Zusatzfragen. – Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben ja zu Frage a geantwortet, dass die blaue Tonne in vielen Landkreisen schon von den Kommunen angeboten werde. Ich halte das auch für eine gute Möglichkeit. Ist Ihnen aber bewusst, dass z. B. im Neckar-Odenwald-Kreis dort, wo es eine kommunale blaue Tonne und eine blaue Tonne eines privaten Unternehmers gibt, ein leichtes Chaos entsteht, das auch nicht unbedingt für eine Vereinfachung der Situation sorgt? Ich bin mir natürlich bewusst, dass Ihre Antwort auf die erste Frage war, die Kommunen sollten ihre Möglichkeit im Bereich des Services nutzen und die Chancen nutzen, die sich da bieten. Da stimme ich auch völlig mit Ihnen überein.

Die zweite Frage betrifft die Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes. Sie haben ausgeführt, dass das

aus verschiedenen Gründen schwierig würde. Für mich stellt sich nichtsdestotrotz die Frage, ob Sie bereit wären, eine Änderung dieses § 13 Abs. 3 Satz 3 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, der der entscheidende ist und auf dessen Grundlage dieses Urteil zustande kam – vorausgesetzt, die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Sie beschrieben haben, könnten geändert und die Probleme gelöst werden –, mitzutragen und diesen Absatz einfach zu streichen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Ministerin.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Zu Ihrer ersten Frage: Zunächst einmal gehen wir davon aus – im Übrigen kenne ich zu diesem Punkt aus eigener Erfahrung Beispiele in meinem eigenen Landkreis –: In dem Moment, in dem der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger in einem Landkreis flächendeckend die blaue Tonne anbietet, wird sich jeder Private überlegen, ob er zusätzlich dazukommt.

Wir haben heute die Problematik, dass dort, wo keine Entsorgung direkt am Haus stattfindet, der Private ein Angebot für die Bürgerinnen und Bürger macht, das sie dann annehmen. Das heißt, ich bin der Überzeugung, dass sich die Frage der Konkurrenz in diesem Falle nicht in der Deutlichkeit stellt, wie Sie das jetzt am Beispiel des Neckar-Odenwald-Kreises gezeigt haben.

Ich kann aus meinem eigenen Landkreis berichten, dass zum 1. Januar dieses Jahres eine blaue Tonne eingeführt wurde. Weil klar war, dass sie zum 1. Januar dieses Jahres eingeführt würde, sind die Versuche Privater im vergangenen Jahr in einigen wenigen großen Städten des Kreises – soweit man dort von großen Städten sprechen kann – gescheitert, weil man sich bewusst war, dass der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger das in seinem Gesamtsystem einführt. Das heißt, es ist eine Frage des Services und eine Frage danach, wie ich diesen Service ausgestalte, um dann in den Wettbewerb einzutreten.

Zur zweiten Frage. Ich bitte um Verständnis, dass die Landesregierung hier im Moment zunächst einmal die Diskussion mit den übrigen Bundesländern und dem Bund führt, um zu schauen: Gibt es Mehrheiten, wird die Notwendigkeit gesehen, etwas zu ändern, bevor ich Festlegungen treffe, gehe ich diesen Weg, oder gehe ich ihn nicht? Das sollte geklärt sein, bevor ich initiativ werde.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage, Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Frau Ministerin, ich frage Sie erstens: Ist der Landesregierung bewusst, dass es in diesem Bereich bisher in vielen Fällen ehrenamtlich Tätige sind, die durch solch ein Vorgehen künftig Einnahmemöglichkeiten und ehrenamtliche Einsatzbereiche verlieren?

Zweitens frage ich bezugnehmend auf ein Zitat aus Ihrer eben abgegebenen Stellungnahme: Hält es die Landesregierung für eine Aufgabe des Staates bzw. der Kommunen, Maßnahmen zu ergreifen, durch die – ich zitiere – „privaten Unternehmen weniger Raum gegeben wird“? Wie verträgt sich das insbesondere mit dem Gemeindeförderungsgesetz in Baden-Württemberg?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Ministerin, bitte.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Ich beginne mit der ersten Frage. Sehr geehrte Frau Berroth, gerade die Tatsache, dass die Organisation über die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger vorgenommen wird – ich sage ganz bewusst: die Organisation –, gibt die Möglichkeit, hier Vereinbarungen mit Vereinen zu treffen, damit tatsächlich in Zukunft die Möglichkeit besteht, einige wenige Sammlungen auch durch Vereine zu gewährleisten.

Auch da – es tut mir leid, dass ich jetzt wieder meinen eigenen Kreis anführe, aber ich habe es dort entsprechend erlebt – wird die Möglichkeit eingeräumt, regelmäßig Vereinssammlungen zu machen und hier zu Einnahmen zu kommen. Das können Sie dann, wenn die Organisation im öffentlich-rechtlichen Bereich liegt.

Damit leite ich zur zweiten Frage über. Die Stärke des Systems in Baden-Württemberg und die Stärke der privaten mittelständischen Entsorgungswirtschaft in Baden-Württemberg rührt daher, dass die Organisation öffentlich-rechtlich ist, die Entsorgung selbst dann aber mit wenigen Ausnahmen privat ausgeschrieben wird.

(Abg. Johannes Stober SPD: Ja!)

Das ist eine Stärke, und ich glaube, hier sollten wir auch vorgehen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Jede Kommune kann das!)

Es geht um die Organisationsform und dann um die Frage „Wie gehen wir damit um?“, und weniger um die Frage „Wer holt es tatsächlich ab?“. Die Frage ist nur: Biete ich als öffentlich-rechtliche Einrichtung dieses Angebot an, ja oder nein, und schreibe ich es dann im Rahmen dessen, was ich sowieso in der Abfallwirtschaft ausschreibe, mit aus?

Ich glaube, wir wären mit der privaten Entsorgungswirtschaft in Baden-Württemberg nicht so gut aufgestellt, wenn sich nicht zeigen würde, dass dieses Zusammenwirken zwischen Öffentlich-Rechtlichen und Privaten hier sehr gut funktioniert.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Theurer.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Eine Nachfrage, Frau Staatssekretärin.

(Heiterkeit)

Frau Ministerin, Entschuldigung. Es war keine Absicht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Er meint wohl den Staatssekretär aus dem Sozialministerium!)

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Dann war es aber doppelt falsch, denn der ist eindeutig männlich. Insofern ist es dann schwierig. Jetzt hoffe ich nicht, dass der Wunsch der Vater des Gedankens war.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Ich habe mich in aller Form entschuldigt und bitte die Frau Ministerin, die Entschuldigung anzunehmen.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Die nehme ich natürlich an.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Frau Ministerin, wie ist es denn in Fällen, in denen nicht ausgeschrieben wurde?

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Zunächst einmal geht es darum, dass jeweils vor Ort die kommunalen Träger entscheiden, in welcher Form sie die Abfallentsorgung durchführen. Wenn Sie Baden-Württemberg anschauen, stellen Sie fest, dass es ganz wenige öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger gibt, die mit Eigenbetrieben oder Ähnlichem arbeiten, und dass der Großteil ausgeschrieben hat. Im Endeffekt bewegt es sich in diesem Rahmen.

Es kann natürlich sein – deswegen gab es auch dieses Urteil in Karlsruhe –, dass es dort in Teilen auch durch Eigenbetriebe gemacht wird. Dann besagt dieses Urteil, dass die Frage der Gebühren allein nicht für die Beantwortung der Frage der Zuständigkeit herangezogen werden kann. Das Entscheidende ist allerdings, dass jeweils die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger entscheiden können, wie viel Bürgerservice sie bieten und wie viel nicht. Das ganz Entscheidende für diese Frage wird sein: Wie viel Bürgerservice bietet ich dem Bürger bei der Entsorgung?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Keine weiteren Fragen. – Vielen Dank, Frau Ministerin.

Die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 ist erledigt.

Der Herr Staatssekretär im Sozialministerium ist jetzt zwar anwesend, aber er muss erst einmal die Akten anschauen, um die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Theurer beantworten zu können. Ich rufe also die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Personalrotation im Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg

Bitte, Herr Abg. Haas, Sie haben das Wort.

**Abg. Gustav-Adolf Haas** SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

- a) Sind Pressemeldungen vom 24. Februar 2008 zutreffend, dass die im Sommer 2007 erfolgte Personalrotation im Wirtschaftsministerium ursächlich dafür ist, dass die Information über den beabsichtigten Verkauf „Mittelalterlicher Handschriften aus dem Hause Waldburg“ drei Monate im zuständigen Wirtschaftsministerium unbearbeitet und unbeachtet „herumlag“?
- b) Wer trägt im Wirtschaftsministerium gegebenenfalls die persönliche Verantwortung dafür, dass der angekündigte Verkauf von Kulturgütern dieser Art wegen einer einfachen Organisationsmaßnahme im Personalbereich keinerlei Interesse bei der zuständigen Amtsleitung gefunden hat, obwohl diese durch meine Mündliche Anfrage vom 27. Juli 2007 (Drucksache 14/136 Ziffer 1) und meine Kleine Anfrage vom 25. Oktober 2007 (Drucksache 14/1922), die sich beide auf die Personalrotation im Wirtschaftsministerium bezogen, hätte sensibilisiert sein müssen?

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das war aber eine lange Frage! Die kriege nicht einmal ich hin! – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp SPD: Aber wichtig!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Danke, Herr Abgeordneter.

Ich erteile Herrn Staatssekretär Drautz vom Wirtschaftsministerium das Wort.

**Staatssekretär Richard Drautz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Mündliche Anfrage des sehr geehrten Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas wie folgt:

Sie gehen in Ihrer Anfrage von unzutreffenden Annahmen aus.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Thomas Knapp SPD:  
Das gibt aber Nachfragen! – Heiterkeit)

Zu a: In Ihrer Frage sprechen Sie von einem „beabsichtigten Verkauf“ und einem „angekündigten Verkauf“. Dies entspricht nicht dem wirklichen Geschehen. Das Wirtschaftsministerium wurde nicht über einen beabsichtigten Verkauf informiert. Dem Wirtschaftsministerium wurde auch kein Verkauf angekündigt.

Es wurde damals erstmals darüber informiert, dass das Hausbuch bereits im Vormonat verkauft worden sei. Das ist ein deutlicher Unterschied. Denn die Verfügung benötigt die Zustimmung des Regierungspräsidiums Tübingen, die bis heute nicht erteilt worden ist.

(Zuruf von der SPD: Habt ihr die nicht im Griff?)

Ohne diese Zustimmung ist die Veräußerung unwirksam. Auch ist meinem Haus der Kaufvertrag bis heute nicht vorgelegt worden.

Ursache für den Personalwechsel im Denkmalschutzreferat war das Erreichen der Altersgrenze des bisherigen Referatsleiters. Der neue Referatsleiter setzte dann im November die erforderlichen Maßnahmen in Gang.

Zu b: Das Liegenbleiben des Schreibens ist ein bedauerliches Versehen im Referat, das der neue Referatsleiter dann aber unverzüglich auf das richtige Gleis brachte.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Es war keine Gefahr im Verzug, weil das Hausbuch zum Zeitpunkt der Kenntnisgabe durch den Brief bereits verkauft war,

(Heiterkeit)

es aber durch die Unwirksamkeit der Veräußerung und den Eintrag in der Kulturgüterliste gesichert ist. Diese Sicherung hat jetzt offensichtlich gegriffen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage des Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas.

(Zuruf von der SPD: Wird schriftlich beantwortet! – Heiterkeit)

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Staatssekretär, Ihren Äußerungen und Antworten entnehme ich, dass die Pressedar-

stellung offenbar nicht dem entsprach, was Sie gerade vorge-  
tragen haben.

Ich habe eine Nachfrage zu stellen. Ich frage: Welche weiteren Vorgänge zu nationalen Denkmälern von höchstem Rang liegen in welchen Landesministerien als Leichen in den dortigen Kellern und warten dort auf eine zeitnahe Erledigung?

(Heiterkeit bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär, diese Frage können Sie auch schriftlich beantworten.

(Große Heiterkeit)

**Staatssekretär Richard Drautz:** Danke für den Hinweis, Herr Präsident. Diese Frage, was in Ministerien in anderen Ländern noch in den Kellern liegt, kann von hier aus wirklich nicht beantwortet werden. Deshalb wird das schriftlich beantwortet.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das habe ich schon vermutet.

Für eine Zusatzfrage erhält Herr Abg. Gustav-Adolf Haas das Wort.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Staatssekretär, können Sie uns den derzeitigen Aufenthaltsort dieses wertvollen Hausbuchs nennen? Wo befindet es sich?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Im Keller des Hauses! – Zuruf: In Baden-Württemberg! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Schriftlich!)

**Staatssekretär Richard Drautz:** Zu diesem Buch – das ist klar – wurde versichert, dass es in nächster Zeit vorgelegt wird.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wohin?)

Deshalb wird es zur Vorlage auf jeden Fall da sein.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: In Bayern oder in Baden-Württemberg?)

Wo es jetzt im Moment liegt, ist eine Frage, die ich heute nicht beantworten werde, sondern deren Antwort ich schriftlich nachreiche.

(Heiterkeit bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank.

Gibt es weitere Zusatzfragen? – Keine. Herr Abg. Gustav-Adolf Haas ist voll zufriedengestellt mit den Antworten auf seine Fragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Krankenhausfinanzierung

Bitte, Herr Abg. Theurer.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wurden für das Kreiskrankenhaus Freudenstadt Mittel nach dem Landeskrankenhausfinanzierungsgesetz bewilligt und gegebenenfalls in welcher Höhe?
- b) Wurden auch Mittel für den Ausbau des Krankenhauses in Horb vom Träger beantragt, und können solche gegebenenfalls in Aussicht gestellt werden?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär Hillebrand.

**Staatssekretär Dieter Hillebrand:** Herr Präsident, lieber Kollege Theurer! Ich darf Ihre Mündliche Anfrage wie folgt beantworten:

Zu a: Die Krankenhäuser Landkreis Freudenstadt gGmbH plant seit einigen Jahren die Sanierung des Krankenhauses Freudenstadt. Der erste Bauabschnitt wurde im Rahmen des Jahreskrankenhausprogramms 2006 mit 8,7 Millionen € gefördert. Seit 1983 wurden für das Krankenhaus Freudenstadt insgesamt rund 15 Millionen € Einzelförderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz bewilligt. Hinzu kommt eine jährliche Pauschalförderung von rund 1,2 Millionen €. Hierbei ist die Betriebsstelle Krankenhaus Horb ausgeschlossen.

Ihre Frage zu b beantworte ich wie folgt: Die Krankenhäuser Freudenstadt und Horb wurden zum 1. Januar 2006, wie Sie sicherlich wissen, zum einheitlichen Krankenhaus Freudenstadt zusammengefasst. Das Krankenhaus Freudenstadt besteht aus den beiden Betriebsstellen Freudenstadt und Horb. Seit 1983 wurden für das Krankenhaus Horb Fördermittel im Wege der Einzelförderung in Höhe von rund 3,1 Millionen € bewilligt. Für das Krankenhaus Horb liegt dem Land derzeit kein Förderantrag vor. Bauliche Maßnahmen am Krankenhaus Horb können grundsätzlich, soweit sie förderfähige Aufwendungen beinhalten, entsprechend dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert werden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage, Herr Abg. Theurer.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Wie beurteilen Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, Pressemeldungen, in denen behauptet wird, dass die Einrichtung von Gesundheitszentren mit Notfallversorgung wie beispielsweise des Hegau-Bodensee-Klinikums in Engen einen Krankenhausstandort wie Horb sichern könnten, dass dies jedoch von der Landesregierung die Erhöhung der Investitionsförderung voraussetze, um die Umsetzung solcher Projekte auch in ländlichen Regionen zu ermöglichen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Dieter Hillebrand:** Lieber Kollege Theurer, der Fall in Engen, den Sie jetzt ansprechen, ist mir nicht bekannt. Sie werden das verstehen. Ich kann dem nachgehen

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Schriftlich!)

und Ihnen das schriftlich beantworten. Aber das Thema Gesundheitszentren mit Notfallversorgung, um das es ja letztlich

geht, wird nicht – jedenfalls nicht im Rahmen der Krankenhausförderung – finanziert.

Das müsste aus einem anderen Topf stammen, vielleicht aus dem Rettungsbereich. Ich weiß es jetzt nicht. Ich beantworte Ihnen das gern schriftlich.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Keine weiteren Fragen? – Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Wir kommen zur Mündlichen Anfrage unter Ziffer 5:

Mündliche Anfrage des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE – EBS-Kraftwerk der Projektgemeinschaft „Energiezentrale Schelklingen“

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Thomas Oelmayer** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage die Landesregierung:

- a) Wie ist der derzeitige Stand des Planungs- und Genehmigungsverfahrens für das von der Projektgemeinschaft „Energiezentrale Schelklingen“ geplante EBS-Kraftwerk?
- b) Welche Materialien sollen als Ersatzbrennstoffe für das mit welcher Kapazität geplante Kraftwerk am Standort Schelklingen eingesetzt werden?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Frau Umweltministerin Gönner, bitte.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Sehr geehrter Herr Präsident! Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage a: Das Projekt befindet sich in einem sehr frühen Stadium. Als ersten Schritt hat die Projektgemeinschaft „Energieversorgung Schelklingen“, die aus den Partnern Heidelberg Cement und Vattenfall besteht, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Das Vorhaben wurde gleichzeitig u. a. dem Regierungspräsidium Tübingen, ferner in mehreren Veranstaltungen in Schelklingen und Blaubeuren vorgestellt. Ein immissionsschutzrechtlicher Antrag auf Einleitung eines Genehmigungsverfahrens liegt nicht vor. Eine vorläufige Prüfung durch das Regierungspräsidium Tübingen hat ergeben, dass ein Raumordnungsverfahren nicht notwendig ist. Allerdings muss wohl ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Auch insofern sind die notwendigen Maßnahmen noch nicht eingeleitet.

Zu Frage b: Derzeit ist noch nicht zuverlässig bekannt, welche Abfälle eingesetzt werden sollen. Allerdings wurde im Rahmen der Informationsveranstaltungen durch die Projektgemeinschaft angegeben, dass weder unaufbereiteter Hausmüll noch gefährliche Abfälle eingesetzt werden sollen. Die Kapazität der Anlage soll bis zu 190 000 t betragen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage, Herr Abg. Oelmayer.

**Abg. Thomas Oelmayer** GRÜNE: Ich habe zwei Zusatzfragen.

Zur ersten Zusatzfrage: Schon im bisherigen Zementwerk werden ja Ersatzbrennstoffe eingesetzt. Dazu frage ich: In

(Thomas Oelmayer)

welchem Umfang ist das der Fall, und um welche Stoffe handelt es sich?

Die zweite Frage lautet: Ist das Kraftwerk oder das Vorhaben in irgendeiner Landesplanung – in einem Landesabfallplan oder im Umweltplan – enthalten? Das wäre die zweite Frage, die sich jetzt noch stellt.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Ministerin.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Ich würde gern mit der Beantwortung der zweiten Zusatzfrage beginnen.

Soweit es sich um Ersatzbrennstoffe handelt, sind dies Abfälle zur Verwertung, die nicht im Abfallplan enthalten sind. Dort haben wir hauptsächlich den Hausmüll. Für Hausmüllanlagen gibt es die entsprechenden Planungen. Die Frage, wie eine Verwertung stattfindet, wird dort nicht entsprechend aufgeführt.

Zweite Anmerkung: Derzeit gibt es im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg ein Projekt, in dem es um das Thema „Abfall als Ressource“ geht, in dessen Rahmen grundsätzlich über die Frage der Nutzung der Ersatzbrennstoffe gesprochen wird, bei dem allerdings ebenfalls im Sinne der Nachhaltigkeit der Wunsch geäußert wird, dass eine Nutzung von Wärme stattfindet.

Zur ersten Zusatzfrage bitte ich um Verständnis, dass ich die zur Beantwortung notwendige Zahl, wie viel heute genehmigt ist, nicht auswendig kenne. Für die Zementwerke gibt es unterschiedliche Ersatzbrennstoffe, unterschiedliche Brennstoffe, die eingesetzt werden können, und das ist von Standort zu Standort unterschiedlich. Ich bin gern bereit, eine schriftliche Antwort auf diese Frage nachzureichen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Danke!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Keine weiteren Fragen? – Vielen Dank, Frau Ministerin.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 5 – Fragestunde – beendet.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen, möchte ich kurz bekannt geben, dass nach einer Absprache der parlamentarischen Geschäftsführer Punkt 10 der Tagesordnung – Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Bodenseeraum –, Drucksache 14/1633, abgesetzt worden ist.

Wir kommen jetzt zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

**a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – Sicherheit der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg – Übertragung von Strommengen von alten auf neue Kraftwerke – Drucksache 14/1557**

**b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Umweltministeriums – Konsequenzen aus der unzureichenden Absicherung der Kernkraftwerke Philippsburg 1 und Neckarwestheim I gegen terroristische Angriffe – Drucksache 14/1590**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b jeweils fünf Minuten, in der Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Als erstem Redner darf ich Herrn Abg. Knapp für die SPD-Fraktion das Wort erteilen.

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor wir in die Debatte zur Situation in Baden-Württemberg einsteigen, möchte ich noch zwei, drei Zahlen zur Kernenergie nennen.

Es wird immer gesagt, Kernenergie sei notwendig für den Klimaschutz. Wenn man aber weiß, dass von den 435 Kernkraftanlagen, die weltweit laufen, nur etwa 2,5 % des weltweiten Energieverbrauchs gedeckt werden, kann man feststellen, dass wir Kernenergie für den Klimaschutz nicht brauchen.

Zum Zweiten sollte man wissen, dass der Wirkungsgrad in den bestehenden und den geplanten Kernenergieanlagen im Bereich von 40 % liegt. Wenn man dann auf GuD-Kraftwerke – wenn man schon bei fossilen Energieträgern bleibt – oder zumindest in allen Bereichen auf Kraft-Wärme-Kopplung setzt, um dann ungefähr 70 bis 80 % des Einsatzstoffs auszunutzen, kann man auch feststellen: Kernenergie ist für den Klimaschutz nicht notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Um einen Anteil an der weltweiten Energieversorgung von etwa 15 % zu erreichen, müsste man in den nächsten 25 Jahren ungefähr 2 100 Kernkraftwerke bauen. Das wären 80 Kernkraftwerke pro Jahr. Ich glaube, niemand hier im Raum – auch nicht der frühere Umweltminister und die heutige Umweltministerin – glaubt daran, dass wir weltweit pro Jahr 80 Kernkraftwerke bekommen werden.

(Beifall des Abg. Gunter Kaufmann SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das Argument, Kernenergie sei notwendig für den Klimaschutz, ist also völlig indiskutabel.

In einer dritten Bemerkung möchte ich, bevor ich zur Situation im Land Baden-Württemberg komme, noch etwas zum Atomausstiegsgesetz sagen. Das Atomausstiegsgesetz wurde unter Rot-Grün am 14. Juni 2000 vereinbart. Es wurde 2001 in den Bundestag eingebracht und ist Ende April 2002 in Kraft getreten. In diesem Gesetz wurde festgeschrieben, dass die Übertragung von Strommengen von neuen auf alte Anlagen nur mit der expliziten Zustimmung des Bundesumweltministers möglich ist.

Als nun im September 2002 die Bundestagswahl anstand, hat die Kernenergiebranche, die Energiebranche allgemein – die vier großen Anbieter – gedacht, die rot-grüne Bundesregierung werde abgelöst. Fehlanzeige! Als dann im Jahr 2005 die nächste Bundestagswahl anstand, hat die Kernenergiebranche gedacht: „Wir retten uns über die Bundestagswahl hinüber.“ Nach dieser Wahl wurde jedoch die Große Koalition gebildet, bei der die SPD-Fraktion im Bundestag und der Bundesumweltminister dafür stehen, dass am Kernenergieausstieg, am Atomausstiegsgesetz festgehalten wird. Wiederum Fehlanzeige für die Kernenergielobby!

(Thomas Knapp)

Im September 2009 – jetzt komme ich zu Baden-Württemberg – steht die nächste Bundestagswahl an. Um den Zeitpunkt dieser Wahl herum müsste eigentlich der Block I des Kernkraftwerks Neckarwestheim abgeschaltet werden. Nun erreicht uns heute Morgen eine Mitteilung der „Ludwigsburger Kreiszeitung“, die recherchiert hat, dass für GKN I noch eine Reststrommenge von 10,2 Terawattstunden zur Verfügung steht und dass im Jahr 2005 6,3 Terawattstunden und im Jahr 2006 6,7 Terawattstunden abgefahren wurden. Das GKN I müsste also ungefähr zu der Zeit, zu der die nächste Bundestagswahl stattfindet, abgeschaltet werden.

Jetzt wird folgender Trick angewendet – Frau Umweltministerin, dagegen müssten Sie und Ihr Haus als Atomaufsichtsbehörde eigentlich vorgehen; Sie müssten sich dagegen verwahren, dass in diesem Bereich getrickst wird –: Im Jahr 2007 hat man nur noch ca. 5 Terawattstunden im Block I des Kernkraftwerks Neckarwestheim abgefahren, sodass man sich auf Ende 2009, vielleicht Anfang 2010 retten kann in der Hoffnung: Es gibt dann eine der Kernenergie freundlicher gesinnte Regierung, die einen Weiterbetrieb des Blocks I ermöglicht. Da sage ich: Ich bin mir hundertprozentig sicher, dass es diese Mehrheit nicht geben und dass am Atomausstiegsgesetz festgehalten wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte aber auch das Wirtschaftsministerium, was das Thema Kernenergie angeht, nicht ganz außen vor lassen. Herr Staatssekretär, ich würde mich nie trauen, Sie „Minister“ zu nennen – um die Verwechslung von vorhin noch einmal aufzugreifen. Ich möchte Sie aber trotzdem bitten, die folgende Frage ins Ministerium mitzunehmen: Wie kann das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg ein Energiekonzept 2020 herausgeben, das auf völlig ungesetzlichen Daten basiert?

Sie haben in Ihrem Energiekonzept geschrieben, Sie wollten 2020 bei der Stromproduktion einen Anteil von 50 % durch Kernkraft haben. Wenn man nach der heutigen Gesetzeslage geht, dann wird 2020 ausschließlich GKN II noch am Netz sein, das laut Atomausstiegsgesetz etwa 15 % der aus Kernenergie gewonnenen Strommenge in Baden-Württemberg produziert. Sie konterkarieren wirklich die aktuelle Gesetzeslage für Ihr Energiekonzept 2020. Aus meiner Sicht ist es indiskutabel, dass ein Ministerium Zahlen nennt, die auf einer ungesetzlichen Basis stehen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Kommen wir nun zur Sicherheit, dem eigentlichen Thema dieser Debatte. Es wird ja immer gesagt – so steht es auch in der Stellungnahme zu unserem Antrag –, die alten Kernkraftwerke würden mit Millionenaufwand nachgerüstet. Glücklicherweise wird nicht behauptet, sie seien genauso sicher wie die neuen. Das wäre ja noch schlimmer, so etwas zu behaupten.

Ich möchte einfach noch einmal nur zu den vier noch am Netz befindlichen Kernkraftwerken in Baden-Württemberg vortragen, wie viele Störfälle sich dort in den viereinhalb Jahren zwischen Anfang 2003 bis Juni 2007 ereignet haben.

Beginnen wir mit dem einigermaßen „positiven“ Beispiel: Neckarwestheim II, also das modernste der vier Kraftwerke,

hat in diesen viereinhalb Jahren 14 meldepflichtige Ereignisse gehabt. Philippsburg 2, das zweitälteste Kraftwerk, hat 18 meldepflichtige Ereignisse gehabt. Neckarwestheim I – also GKN I –, das Kraftwerk, das vom Netz gehen soll, weist immerhin schon 24 meldepflichtige Ereignisse in diesem Zeitraum auf.

Kommen wir nun zu Philippsburg 1, das 2011 vom Netz gehen soll – das wird auch Zeit –: In diesen viereinhalb Jahren gab es dort 36 meldepflichtige Ereignisse. Darunter ist auch eine Eilmeldung von Anfang 2007, bei der man sagen muss: Das war nicht nur ein meldepflichtiges Ereignis, sondern das war ein Ereignis, das sich schon in einem etwas kritischeren Bereich bewegte.

Vor diesem Hintergrund fordere ich Sie, Frau Ministerin, auf, es nicht zuzulassen, es nicht gutzuheißen und als baden-württembergische Atomaufsicht hierzu auch nicht zu schweigen, dass die EnBW nun versucht, sich über den Zeitraum bis zur nächsten Wahl zu retten, indem sie sagt: „Wir übertragen Restmengen von einem neuen Kraftwerk“ – das angeblich sicherer ist – „auf ein altes, oder wir übertragen Mengen von anderen Kraftwerken auf ein altes.“ Denn damit hätten wir die Probleme in den alten Kraftwerken vorprogrammiert.

Frau Ministerin, Sie müssten doch auch gelesen haben, dass der Hessische Verwaltungsgerichtshof gestern in einem Urteil zu Biblis A klar das bestätigt hat, was das BMU entschieden hat, nämlich dass Reststrommengen nicht auf Biblis A – auch so eine alte „Kiste“, die vom Netz gehört – zu übertragen sind. Dieser Streitfall geht jetzt sicherlich vor das Bundesverwaltungsgericht. Aber ich gehe davon aus, dass das Urteil auch dort nicht gekippt wird, denn das BMU liegt mit seiner Entscheidung auf der gesetzlichen Linie, wonach jede Übertragung von Mengen von neuen Kraftwerken auf alte Kraftwerke ausdrücklich die Zustimmung des Bundesumweltministeriums erfordert.

Vor diesem Hintergrund fordere ich Sie entschieden auf, dieser Trickerei Einhalt zu gebieten, sich ganz klar an die Gesetzeslage zu halten und die Atomaufsicht, die Sie im Land wahrzunehmen haben, wirklich ernst zu nehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Untersteller das Wort.

**Abg. Franz Untersteller GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich zu den Sicherheitsaspekten komme, die im Zentrum der beiden heute vorliegenden und zu diskutierenden Anträge stehen, möchte ich zunächst ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu der aktuellen Debatte im Zusammenhang mit der Frage nach einer Laufzeitverlängerung machen.

Die Gründe und Argumente, die angeführt werden, wechseln, das Ziel der Energiewirtschaft bleibt aber das gleiche, nämlich mit aller Gewalt eine Verlängerung der Laufzeiten für die Atomkraftwerke in Deutschland durchzusetzen. In den letzten beiden Jahren kam das Argument Klimaschutz, neuerdings kommt das Argument Versorgungssicherheit.

(Franz Untersteller)

Zum Argument Klimaschutz will ich nur jemanden zitieren. Am 31. Januar 2008 gab es einen Beitrag in den „Stuttgarter Nachrichten“, welcher mit einem Zitat von demjenigen überschrieben ist, der in dem Bericht erwähnt wird. Die Überschrift lautet: „Atomkraft behindert Klimapolitik“. In dem Beitrag heißt es dann:

*Längere Laufzeiten für die deutschen Atommeiler sind nach Ansicht ...*

– ich nenne jetzt nicht den Namen desjenigen, der in dem Bericht zitiert wird –

*geradezu schädlich. Werden die Laufzeiten der abgeschriebenen Atomkraftwerke verlängert, haben es die erneuerbaren Energien schwerer, konkurrenzfähig zu werden.*

Derjenige, der das gesagt hat, ist Mitglied der CDU und Präsident des Umweltbundesamts. Ich finde, dass es an der Zeit ist, dass Sie sich dieser Argumentation Ihrer eigenen Leute öffnen und ernsthaft darüber diskutieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich komme zu dem zweiten Argument, das in den letzten Tagen verstärkt angeführt wird. Es war auch gestern vom neuen Vorstandsvorsitzenden der RWE, Großmann, zu lesen, und auch der neue Vorstandsvorsitzende der EnBW, Villis, wurde am 21. Januar 2008 im „Handelsblatt“ mit der Aussage zitiert:

*Wir sind einfach nicht dazu in der Lage, den Wegfall von 17 Kernkraftwerken kurzfristig zu kompensieren.*

Da muss man doch auch fragen: Wo steht denn, dass wir diese 17 Kernkraftwerke kurzfristig ersetzen wollen? Nirgendwo, weder im Atomgesetz noch anderswo! Wir haben vielmehr einen Zeitplan, nach dem wir die Anlagen vom Netz nehmen wollen. Es hat einen guten Grund, warum wir das damals unter Rot-Grün so gemacht haben. 17 Anlagen auf einen Schlag vom Netz zu nehmen wäre selbstverständlich nicht möglich. Gleichzeitig muss man aber auch einmal Folgendes sehen: Die Anlagen vom Netz zu nehmen, die in den kommenden Jahren anstehen, ist überhaupt kein Problem.

Der Verband der Elektrizitätswirtschaft hat kürzlich Zahlen für das Jahr 2007 vorgelegt, die wie folgt aussehen: Die Bundesrepublik hat im Jahr 2007 14 Milliarden Kilowattstunden exportiert. Auch in den Jahren davor hatten wir Exporte in ähnlicher Größenordnung in die Nachbarländer. Im vergangenen Jahr waren es 14 Milliarden Kilowattstunden. Diesen Exportüberschuss hatten wir, obwohl im Jahr 2007 mit Biblis A, Biblis B, Krümmel und Brunsbüttel vier Anlagen entweder das ganze Jahr oder zeitweise stillgestanden sind und Neckarwestheim I mit gedrosselter Leistung gelaufen ist. Im August haben fünf Kernkraftwerke in Deutschland stillgestanden. Wir haben unterm Strich 27 Milliarden Kilowattstunden weniger produziert als im Jahr 2006 und gleichzeitig 14 Milliarden Kilowattstunden an Exportüberschuss.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Da kann man doch nicht so wie Villis und Großmann davon reden, dass hier jetzt das Licht auszugehen droht. Das haben wir schon einmal erlebt,

(Abg. Michael Föll CDU und Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Gestern! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Doch! Gestern!)

nämlich damals bei Wyhl. Das ist nun wirklich Panikmache sondergleichen, für die es überhaupt keine Rechtfertigung gibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Stilllegungen der Kraftwerke, die in den kommenden Jahren anstehen, können wir ohne Probleme bewältigen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist doch Quatsch! – Abg. Hans Heinz CDU: Quatsch!)

– Das zeigen diese Zahlen einfach, Herr Kollege Zimmermann. Sie müssen einfach einmal Realitäten wahrnehmen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Lesen Sie sich die Zahlen vom VDEW einmal durch.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und wie sieht es mit den Importen aus? – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp SPD: Wo haben wir denn Importe?)

Ich komme jetzt zu der Frage nach der Sicherheit der kerntechnischen Anlagen. Wenn man sich einmal die Störfälle in den vergangenen Jahren in Deutschland anschaut, dann stellt man fest, dass diese Störfälle verstärkt in den alten Anlagen aufgetreten sind. Ich habe bereits Brunsbüttel erwähnt, ich habe Biblis A und Biblis B erwähnt. Wir haben das Problem, dass die Störfälle vor allem verstärkt in den Altanlagen auftreten. Wenn man in dieser Situation auch noch dem Antrag der EnBW zustimmen würde, nämlich von der neuesten Anlage GKN II Strommengen auf eine der ältesten Anlagen, die in den Sechzigerjahren konzipiert wurde – mit all ihren Schwächen, die man auch nicht durch Nachrüstungen alle kompensieren kann; Kollege Knapp hat bereits darauf hingewiesen –, zu übertragen, dann müsste man doch mit dem Klammeraffen gepudert sein.

So etwas kommt für uns nicht infrage.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Neben der Tatsache, dass die Störfälle vor allem in den alten Anlagen aufgetreten sind, ist es einfach Fakt, dass in diesen Anlagen eine Reihe von sicherheitstechnischen Defiziten bestehen. Diese können auch nicht durch Nachrüstung behoben werden. Wir haben zum einen das Problem, dass in den Anlagen Werkstoffe verwendet wurden, die heute gar nicht mehr verwendet werden dürfen. Wir haben zum anderen das Problem von Längsschweißnähten in Rohrleitungen, die man heute nicht mehr macht. Das reicht bis hin – das sind jetzt alles Fachdiskussionen – zu dem Punkt, dass die älteren Anlagen nicht gegen Einwirkung von außen – so nennt man es; ich nenne es „Terrorangriff“ – ausgelegt sind, während neuere Anlagen dagegen wesentlich besser ausgelegt sind.

Es ist nun einmal so – das besagt auch ein Gutachten der GRS, das bereits vor Jahren vorgelegt wurde –, dass ältere Anlagen – dazu zählt Philippsburg 1 genauso wie Neckarwestheim 1 – gegen einen Terrorangriff in der Form, dass ein Flugzeug ent-

(Franz Untersteller)

führt wird und absichtlich auf eine solche Anlage gelenkt wird, nicht ausgelegt sind.

Jetzt sagt das Umweltministerium: „Das stimmt zwar, aber das gilt natürlich auch für andere Infrastrukturanlagen.“ Richtig, das gilt auch für andere. Nur: Wir sind uns doch hoffentlich einig, dass die Probleme, die mit einem Terrorangriff auf ein Kernkraftwerk verbunden wären, in keinem anderen Fall auch nur vergleichbar groß wären.

Meines Erachtens sprechen alle Gründe dafür, die Möglichkeiten, die das Atomgesetz bietet, zu nutzen, um Strommengen von Anlagen, die diese Defizite aufweisen, auf neuere Anlagen zu übertragen. Es ist Aufgabe der Politik, Risiken zu minimieren. Hier hat man eine Möglichkeit dazu. Ich kann Sie nur bitten, dem Antrag, den wir hier vorgelegt haben, zuzustimmen, um damit einen Beitrag dazu zu leisten, die Risiken, die aus unserer Sicht mit einem Weiterbetrieb der alten Anlagen zusammenhängen, zu minimieren.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Müller das Wort.

**Abg. Ulrich Müller** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich habe jetzt nicht mit einer Grundsatzdebatte über die Kernkraft gerechnet. Vielmehr orientiere ich mich an den beiden Anträgen, die vorgelegt worden sind.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das ist in Ordnung! Das haben wir auch gemacht!)

Ich beziehe mich also auf Sicherheitsaspekte, die Sie hier als Problem vorgetragen haben. Ich zögere bei der Formulierung etwas, weil ich mir nämlich nicht ganz sicher bin, ob hinter den beiden Anträgen wirklich eine seriöse Sorge um die Sicherheit steht oder ob sie nicht dazu instrumentalisiert werden, um immer wieder neu ein bisschen Stimmungsmache gegen die Kernkraft zu betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Knapp SPD: Die sind wegen eines konkreten Störfalls entstanden! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

– Ich belege meinen Verdacht schon noch etwas genauer. So pauschal mache ich es nicht; davon können Sie ausgehen.

(Lachen der Abg. Thomas Knapp und Peter Hofelich SPD)

Zu beliebigen Zeitpunkten ziehen Sie, meine Damen und Herren von den Roten und den Grünen, weiße Kaninchen aus den Zylindern. Das eine Kaninchen heißt: Ältere Kernkraftwerke sind grundsätzlich unsicher, unsicherer als neue. Und zweitens: Es gibt eine Terrorismusgefahr.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Das tun Sie zu beliebigen Zeitpunkten und heute, ohne Anlass.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wir hatten am 11. September 2001 Fraktionsklausur in Ulm und haben das mitbekommen! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Okay. Der 11. September 2001 liegt jetzt über sechs Jahre zurück. Man kann sich schon fragen, weshalb wir eigentlich gerade heute darüber debattieren. Aber sei's drum. Ich will nur sagen: Sie instrumentalisieren das zu beliebigen Zeitpunkten.

Die beiden Thesen, nämlich dass die alten Anlagen unsicher seien und dass es eine Terrorismusgefahr gebe, müssten Sie, wenn Sie sie vortragen wollen, eigentlich im Deutschen Bundestag vortragen. Denn wenn es sich erstens wirklich um Probleme handelt, muss der Bund abschalten.

Zweitens: Speziell die Laufzeitverlängerung ist nicht eine Sache der Atomaufsicht des Landes, sondern obliegt ausschließlich der Bundesregierung.

Zunächst einige ganz kurze Bemerkungen zum Thema Terrorismus. Ich verweise pauschal auf die gute Stellungnahme der Landesregierung zu dem betreffenden Antrag und will von meiner Seite aus unterstreichen: Terrorismusbekämpfung ist die richtige Antwort auf Terrorismusgefahren. Terrorismusbekämpfung hat auf vielen Feldern zu geschehen – mit den Instrumentarien des Verfassungsschutzes, der Polizei usw. usf. Dazu können wir alle einen Beitrag leisten. Die Terrorismusbekämpfung ist heute sicher besser, als sie es in der Vergangenheit war. Das gilt vor allem für jene terroristischen Gefahren, die von Flugzeugen, die als Waffe eingesetzt werden, ausgehen. Es hat sich hier in den letzten Jahren einiges getan. Vielleicht muss man noch mehr tun. Aber auch das ist Sache des Bundes.

Zweitens: Das Bundesumweltministerium hat seinerzeit sehr schnell – Trittin war das damals; er war ja auch gern dabei, Gefahren zu instrumentalisieren – gesagt, da müsse etwas geschehen, hat dieses Thema aufgegriffen und alsbald fallen lassen wie eine heiße Kartoffel.

Ich kann mich erinnern, dass ich selbst als Umweltminister als einer der Ersten die Idee mit der Vernebelung von Kernkraftwerken eingebracht habe – unter allgemeinem Protest der Opposition dieses Hauses. Später hat sich das Bundesumweltministerium dann genau dieser Strategie bedient, ist von ihr aber wieder abgerückt, behandelt sie dilatorisch und hat bis heute keine Alternativkonzeption vorgelegt. Das heißt, der, der handeln müsste, wenn es eine Gefahr gibt – und völlig in Abrede stellen würde ich die Gefahr gar nicht –, sitzt in Berlin und nicht in Stuttgart. Gabriel statt Gönner, kann ich nur sagen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und tut es nicht!)

– Und tut es nicht. So ist es.

Das gilt natürlich vor allem auch für die Konsequenz der Laufzeitverkürzung oder gar der Abschaltung.

Drittens, „Alt schlechter als neu“: Weil alte Kernkraftwerke unsicherer seien als neue – das ist ja Ihre These –, müsse man jetzt die Laufzeiten von alten Kernkraftwerken auf neue übertragen.

(Ulrich Müller)

(Abg. Thomas Knapp SPD: So war es einmal vorgesehen!)

Dazu nur zwei ganz abstrakte Bemerkungen.

Wenn es richtig wäre, dass alte Kernkraftwerke unsicherer sind als neue, dann müssten Sie eigentlich an einer möglichst gleichmäßigen Laufzeit interessiert sein. Denn wir haben ja heute im Atomgesetz die Regelung: 32 Jahre Laufzeit im Schnitt. Wenn Sie jetzt die Laufzeit eines heute alten Kernkraftwerks durch Übertragung auf ein heute noch neueres Kernkraftwerk verkürzen wollen, dann heißt das, dass irgendein Kernkraftwerk beispielweise 32 minus vier Jahre läuft. Aber das heißt umgekehrt, dass ein anderes 32 plus vier Jahre läuft.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Plus drei, wenn es größer ist!)

Wenn es also das Problem gibt, dass die älteren Kraftwerke unsicherer werden, dann müssten Sie ein Interesse daran haben, dass Kraftwerke nicht länger als 32 Jahre laufen. Das zeigt offenkundig, dass dieses Argument wirklich instrumentalisiert ist.

Aber ich spitze es noch zu und verweise Sie auf einen anderen Tatbestand im Atomgesetz. Wenn ein Kernkraftwerk, und zwar ein neues, abgeschaltet würde, könnte die gesamte Strommenge ohne Genehmigung des Bundes auf ein altes übertragen werden.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das stimmt nicht!)

Das muss man sich jetzt einmal am Beispiel von Baden-Württemberg vorstellen. Wenn Neckarwestheim II, das neuere Kernkraftwerk, heute abgeschaltet würde, dann könnte man die Strommenge auf GKN I, auf das alte Kernkraftwerk, übertragen, und dieses GKN I würde bis zum Jahr 2040 laufen. Das geht ohne eine Genehmigung des Bundes. Das ist doch grotesk!

Man sieht daran, dass man seinerzeit beim Atomgesetz eines gewollt hat: einen Skalp. Man wollte abgeschaltete Kernkraftwerke, und Sicherheit hat keine Rolle gespielt. Deswegen ist das Sicherheitsargument, man müsse alte Kernkraftwerke eher abschalten als neue, ein vorgeschobener Grund.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Winfried Scheuermann CDU)

Nun einige kurze Bemerkungen zu dem Antrag der SPD. Die SPD hat da ja alles zusammengekratzt, was man an Einwänden bringen kann.

Da heißt es beispielweise: Ereignisse in den Kernkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel als auslösende Faktoren; Sie haben es ja vorhin noch einmal erwähnt. Ich kann dazu nur sagen: Das waren Meldungen von Ereignissen der INES-Stufe 0, Normalmeldung. Es war ein Störfall in Sachen Kommunikation, aber es war kein wirklicher Störfall. Es war ein ganz stinknormales meldepflichtiges Ereignis.

Zweitens: Erdbeben. Unsere Anlagen sind auf die uns heute bekannten und maximal zu vermutenden Erdbeben ausgelegt.

Drittens: Hinweise auf Fessenheim und die Schweiz. Was soll das beim Thema „Laufzeit in Deutschland“? Wenn es so wä-

re, dass wir abschalten, dann werden diese Kraftwerke logischerweise länger laufen als unsere.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Vermutlich!)

Viertens: meldepflichtige Ereignisse. Ich stelle fest, dass die Zahl der meldepflichtigen Ereignisse u. a. durch Verbesserungen bei den Kernkraftwerken und vielleicht auch durch Verbesserungen aufseiten der Atomaufsicht – damit hatte ich ja einige Erfahrung – im Laufe der Jahre eine rückläufige Tendenz aufweist. Die Zahl der meldepflichtigen Ereignisse hat sich verringert.

Was das Nachrüsten anbelangt, so muss man sich folgende Zahl auf der Zunge zergehen lassen: Pro Jahr werden in baden-württembergischen Kernkraftwerken zwischen 350 Millionen und 400 Millionen € zur technischen Ertüchtigung ausgegeben.

Meine Damen und Herren, deswegen ist die Schlussfolgerung für mich: Sie wollen, dass Mitte 2009 GKN I abgeschaltet wird, und Sie versuchen, die Öffentlichkeit mit immer wieder neuen Szenarien auf diese Demontage vorzubereiten. Sie suchen Probleme, statt Probleme zu lösen. Ich will Ihnen auch das in ganz wenigen Strichen vor Augen führen. Sie suchen Probleme, ohne Probleme zu lösen, das heißt konkret:

Erstens: Der Ausstieg aus der Kernkraft ist ein Ausstieg aus unserer weltweiten Benchmarkrolle, die wir gehabt haben, und das in einer Zeit der weltweiten Renaissance der Kernkraft – mit Ausnahme der Bundesrepublik.

Zweitens: Sie sind ausgestiegen aus der Sicherheits- und Alterungsforschung.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Müller, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

**Abg. Ulrich Müller CDU:** Jawohl, sofort. – Zum Dritten: Sie haben gezielt die Lösung der Endlagerfrage behindert, u. a. durch das Moratorium.

Viertens: Sie betreiben eine gezielte Verunsicherungsstrategie. Sie sprechen beispielsweise über die Kinderkrebsstudie, aber über die Tatsache, dass es durch natürliche Radonemissionen – das wäre die einzige Radioaktivitätsgefahr, die wir wirklich haben – in Deutschland mehrere Tausend Tote gibt, wird komischerweise nie gesprochen.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Fünftens: Sie beeinträchtigen den Energiestandort Deutschland und Baden-Württemberg und tragen damit dazu bei, dass wir unsere CO<sub>2</sub>-Minderungsziele nicht erreichen.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich sage ganz einfach einmal: Sie können Herrn Clement wegen seines atomfreundlichen Kurses aus der SPD ausschließen. Aber Sie können nicht auf Dauer die Fakten aus der SPD ausschließen. Sie werden sich diesen Fakten stellen müssen.

Ich bedanke mich vielmals.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ulrich Lusche CDU: Bravo! – Zurufe des Abg. Thomas Knapp SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Chef das Wort.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Chefsache! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ihr wärt froh, ihr hättet so einen Chef!)

**Abg. Monika Chef FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte für die FDP/DVP-Landtagsfraktion zunächst feststellen, dass die Sicherheit der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg so ausgelegt ist, dass sowohl ältere als auch neuere Kraftwerke gleiche sicherheitstechnische Standards haben. Auch SPD und Grüne sollten bei ihrer generellen Ablehnung der Kernkraft nicht Fakten unterschlagen. Herr Müller hat das gerade auch schon sehr gut dargestellt.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wir haben nichts unterschlagen!)

Fakt ist: Die Sicherheit aller kerntechnischen Anlagen in Baden-Württemberg ist nicht nur gewährleistet, sondern die Sicherheit der Anlagen ist sowohl bei älteren als auch bei den neueren Anlagen jeweils auf dem technisch höchsten Stand.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, auch aus meiner Tätigkeit als Bürgermeisterin von Gemmingen – übrigens der Markung, auf der das Kernkraftwerk Neckarwestheim I steht –, dass der Block I stets mit größtem Aufwand sicherheitstechnisch ausgerüstet wurde und dass GKN I und Neckarwestheim II in puncto Sicherheit absolut gleichwertig sind. Beide Kraftwerke können die gleichen hohen Standards nachweisen.

Sollten wir uns bei älteren Kraftwerken tatsächlich über sicherheitstechnische Mängel unterhalten müssen, so wäre nicht die Übertragung von Strommengen, sondern das sofortige Abschalten die Konsequenz.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ja! Aber das war ein Kompromiss!)

– Wir unterhalten uns aber heute gerade nicht darüber.

Zu Recht weist die Landesregierung in ihrer Stellungnahme zum Antrag Drucksache 14/1557 auf die hohen Sicherheitsstandards aller Kraftwerksanlagen in Baden-Württemberg hin. Weiterer Fakt ist, dass die Übertragung von Strommengen nicht nur von älteren auf neue Kraftwerke erfolgen kann, sondern bei gleichen Standards logischerweise natürlich auch umgekehrt. Dies sieht das Atomgesetz, aus dem Sie vorhin zitiert haben, ausdrücklich vor.

Die SPD im Land sollte jetzt nicht beklagen – Herr Knapp, es wäre nett, wenn Sie zuhören würden –,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ja!)

was ihre Genossen auf Bundesebene selbst so festgelegt haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ulla, da kennt sie sich aus!)

Die Frage von scheinbaren Terrorismusgefahren, aber auch die Frage, inwieweit Kraftwerke insgesamt vor Erdbebenge-

fahren geschützt sind, haben wir hier in diesem Plenum und im Ausschuss ausführlich diskutiert. Ich finde es unredlich, wenn – wie beim Antrag der Grünen – unnötigerweise wieder Ängste geschürt werden, um damit politische Ziele zu erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Fakt ist in jedem Fall, dass die Frage der Übertragung von Strommengen in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Frage von Terrorismusgefahren steht.

Die FDP/DVP unterstützt die Überlegungen der EnBW, Elektrizitätsmengen von verschiedenen Kraftwerken entsprechend den Möglichkeiten des Atomgesetzes zu übertragen, wie es im Moment vorgesehen ist.

Wir treten nicht nur für eine sichere Energieversorgung ein. Die FDP/DVP tritt dafür ein, dass die Energieversorgung vor allem auch wirtschaftlich erfolgt. Wir werden alle Möglichkeiten dafür einsetzen, dass der Bezug von Energie und dabei insbesondere von Strom nicht unnötig weiter verteuert wird.

Die Diskussion um den Biosprit z. B. zeigt die aktuellen Probleme, die wir haben. Die damit verbundenen Preissteigerungen für den Verbraucher, die vielen Fragen, die sowohl in technischer als auch in ökologischer Hinsicht entstehen, zeigen deutlich: Zu den regenerativen Energien, deren Ausbau wir alle wünschen und fördern

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

– ich denke, da sind wir uns in diesem Hause alle einig; das zeigt sich immer wieder einmal –, besteht noch Forschungsbedarf. Der Weg vom Atomzeitalter ins Solarzeitalter geht aber leider nicht ohne gewisse Übergänge.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Die haben wir jetzt ja! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Die haben wir schon! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir sind schon beim Übergang! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es! – Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Deshalb wollen wir auch, dass Gewinne aus längeren Laufzeiten der Kraftwerke abgeschöpft und zum Ausbau der regenerativen Energien genutzt und eingesetzt werden. Vor allem im Forschungsbereich wären diese Gelder bestens eingesetzt und würden uns allen helfen, das Ziel einer sicheren, nachhaltigen und wirtschaftlichen Energieversorgung schneller zu erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Schließen möchte ich

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Oh! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist eigentlich schade!)

mit einem kurzen letzten Satz zum Thema Kompromisse – wir müssen nämlich in dieser Energiepolitik Kompromisse eingehen –: Kompromisse sind besser als nichts, solange ihr Ergebnis besser ist als der Zustand, der bestünde, wenn es zu

(Monika Chef)

gar keiner Entscheidung kommt. Deshalb werden wir Ihre Anträge mehrheitlich ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Gönner das Wort.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Jetzt geht es zur Sache!)

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich ausdrücklich bei Herrn Müller, meinem Vorgänger im Amt, für seine Ausführungen, die durch seine langjährige Erfahrung als Atomaufsicht geprägt waren, bedanken.

(Oh-Rufe von der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Seine Ausführungen waren auch dadurch geprägt, dass er derjenige war, der die Diskussion über die Entscheidungen von Rot-Grün im Bund damals miterlebt und mitgestaltet hat und sie so führte, wie die Landesregierung sie heute noch führt, und der deswegen auch sehr gute Kenntnisse über die Verantwortung hat, die eine Atomaufsicht hat, aber auch vermag, Dinge in Teilen aus hektischen Debatten herauszunehmen – ich glaube, dass es ihm sehr gut gelungen ist, diese darzustellen – und klarzumachen, dass wir entweder offen und ehrlich über Sicherheit und im Interesse dessen, dass wir dort etwas verbessern wollen, diskutieren oder aber zu politischen Auseinandersetzungen kommen.

Deswegen freue ich mich, dass ich mich auf einige Punkte konzentrieren kann, da seine Ausführungen auch inhaltlich so gut waren und er im Endeffekt das, was wir auch in den Stellungnahmen der Landesregierung ausgeführt haben, noch einmal dargestellt hat.

Ich will mit den grundsätzlichen Bemerkungen beginnen, die von Herrn Knapp und von Herrn Untersteller angesprochen wurden.

Zunächst einmal ist es wichtig, dass wir uns bei aller Diskussion über die Frage, welchen Anteil die Kernenergie weltweit hat, trotzdem – das ist die Aufgabe einer Landesregierung – wieder auf das fokussieren, was das für Baden-Württemberg bedeutet.

Jetzt sagen Sie, dass die 435 Anlagen, die es weltweit gibt, 2,5 % des Weltenergiebedarfs decken. Das ist schön für Ihre Argumentation, ist aber etwas schwierig, wenn man bedenkt, dass die vier noch laufenden Anlagen in Baden-Württemberg ungeschickterweise 50 % der Stromerzeugung ausmachen. Deswegen kommt Ihre Argumentation da nicht zum Tragen.

Zweitens lege ich Wert darauf – das sage ich nicht zum ersten Mal in dieser Debatte –, dass wir, wenn wir über das Thema Klimaschutz sprechen, nicht darüber sprechen, dass Kernenergie – also der Neubau vieler solcher Kraftwerke – die Lösung wäre, und auch nicht solche theoretischen Rechnungen machen, wie Sie sie gemacht haben – „wenn ich 15 % will, dann müsste ich folgende bauen“ –, sondern dass wir aus der Situation Baden-Württembergs heraus sagen: 50 % der Stromerzeugung in Baden-Württemberg erfolgt aus Kernkraft; die-

se Strommenge muss anders erbracht werden. Diese kann aber – selbst dann, wenn man die günstigsten Prognosen der früheren rot-grünen Bundesregierung oder der heutigen schwarz-roten Bundesregierung, also der Großen Koalition, zugrunde legt – nicht durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Auch das sind Fakten, die wir sehen müssen.

Als Ergebnis bleibt also, dass wir zunächst Kraftwerke bauen müssen – unabhängig davon, ob mit oder ohne Kraft-Wärme-Kopplung; KWK wäre natürlich wünschenswert –, die einen deutlich höheren Ausstoß an CO<sub>2</sub> haben werden als die derzeit laufenden Kernkraftwerke.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Leider!)

In diesem Rahmen, Herr Knapp, führen wir die Diskussion über Klimaschutz. Wenn wir die heute noch laufenden vier Kernkraftwerke in Baden-Württemberg abschalten, haben wir im Land einen CO<sub>2</sub>-Anstieg, der voraussichtlich zwischen 16 und 20 Millionen t pro Jahr liegt. Das ist etwa ein Viertel dessen, was heute in Baden-Württemberg ausgestoßen wird – und das in Zeiten, in denen wir uns ansonsten viele Gedanken darüber machen, wie wir diesen Ausstoß reduzieren können.

Zweitens: Sie sagen ganz bewusst, wir sollten doch gegen einen Trick beim Fahren der Kraftwerke vorgehen. Sie weisen darauf hin, dass sich Herr Kollege Gabriel genau an das Gesetz halte. Ich verweise darauf, dass wir als Atomaufsicht uns an das Gesetz halten. Dieses Gesetz gibt uns keinerlei Handhabe in der Frage, wie Kraftwerke gefahren werden. Also bitte: Wir als Atomaufsicht können nicht in das Fahren von Kraftwerken durch die entsprechenden Betreiber eingreifen. Dafür gibt es keine rechtliche Grundlage.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Es gibt auch Gespräche!)

– Selbst dann. Entschuldigen Sie bitte, Sie legen Wert darauf, dass sich die einen auf rechtliche Grundlagen beziehen. Aber auch die anderen können sich auf rechtliche Grundlagen beziehen. Wenn man damals eben nicht darüber nachgedacht hat, dass es noch andere Aspekte geben könnte, dann müssen wir jetzt damit umgehen.

Hinzu kommt im Übrigen, dass die Vereinbarung damals in gegenseitigem Einvernehmen getroffen wurde.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Seien wir froh, sonst wäre es nie passiert!)

Nicht wir haben sie geschlossen. Darauf lege ich Wert. Unsere Unterschriften stehen nicht darunter.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Darauf weisen wir im Übrigen auch immer wieder diejenigen, die Gespräche mit uns suchen, hin, auch was die Energieversorger angeht. Fakt ist aber, dass es eine gegenseitige Vereinbarung war, in der damals auch vonseiten der rot-grünen Bundesregierung Aussagen in Gegenseitigkeit getroffen wurden.

Als Letztes eine grundsätzliche Bemerkung, Herr Untersteller, weil Sie Herrn Troge zitiert haben, der äußerte, Laufzeitverlängerungen machten es den erneuerbaren Energien nicht leichter. Ich glaube, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg einen Vorschlag unterbreitet hat, der getragen ist von dem Bemühen, vom Zeitalter der Kernkraft in das Zeit-

(Ministerin Tanja Gönner)

alter erneuerbarer Energien zu kommen. Das schaffen wir unter den derzeit gegebenen Bedingungen aber nicht; Frau Chef hat es ebenfalls gesagt.

Genau deswegen machen wir den Vorschlag, die Laufzeitverkürzung entlang der Sicherheit der Kernkraftwerke zurückzunehmen und 50 % dessen, was dann an Mehrgewinnen erwirtschaftet wird, in den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien und in die weitere Forschung zu investieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr vernünftig!)

Ich meine, dies ist ein Angebot, um alles zusammenzubekommen:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

erneuerbare Energien, Klimaschutz und Ablösung der Kernkraft.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Hinblick auf die Redezeit und auch auf die Ausführungen von Herrn Müller, der zur Sicherheit das Notwendige gesagt hat, will ich mit wenigen Bemerkungen enden.

Es geht uns nicht darum – und darauf lege ich für die Landesregierung von Baden-Württemberg Wert –, unreflektiert am Weiterbetrieb von Kernkraftwerken festzuhalten. Wir sind froh darüber, dass wir regelmäßig bestätigt bekommen und erst vor Kurzem wieder auch durch die internationale Aufsicht bestätigt bekommen haben, dass die Kernkraftwerke in Baden-Württemberg weltweit zu den sichersten gehören.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Sicherheit ist uns wichtig – auch das muss klar gesagt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deswegen geht es uns darum, uns den Realitäten zu stellen und dann darüber nachzudenken, wie wir auf dem Weg zu einer alternativen Entwicklung und zu einem weiteren Ausbau alternativer Stromerzeugungstechnologien schneller vorankommen. Deswegen plädieren wir für das Konzept, das ich zuvor dargestellt habe.

Ich glaube, die Landesregierung kann zu Recht darauf verweisen, dass die Interessen unserer Bevölkerung für uns wichtig sind, und zwar sowohl im Hinblick auf die Sicherheit als auch im Hinblick auf den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit. Davon ist unsere Diskussion geprägt. Ich freue mich, wenn man sich dieser Diskussion anschließt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Knapp das Wort.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber knapp!)

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, man muss Ihnen eines sagen: Es war ein Kompromiss, aber Sie hätten in Berlin nicht einmal diesen Kompromiss gemacht. Sie hätten ihn nicht gemacht. Ich muss sagen, da haben wir wirklich etwas erreicht. Es gab einige Dinge, bei denen Trittin und auch die SPD in Berlin damals fast in den Tisch gebissen hätten. Man hat aber gesagt: Man muss, um etwas zu erreichen, etwas machen. Sie haben im Grunde die Rede Ihres Vorgängers Müller gelobt. Aber gerade dieser Müller

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Müller!)

– Kollege Müller, Entschuldigung –, gerade dieser frühere Umweltminister Müller,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „Müller“ ist eine Berufsbezeichnung!)

der heute hier zum Thema Terrorismus gesagt hat, wir würden dieses Thema immer hochziehen, hat wörtlich – das ist wahrscheinlich im Protokoll nachzulesen – gesagt: „Völlig abwegig ist diese Gefahr nicht.“

(Zustimmung des Abg. Ulrich Müller CDU)

Im gleichen Atemzug sagen Sie, wir würden eine Gefahr hochziehen. Gleichzeitig sagen Sie – so Ihre Worte –: „Völlig abwegig ist diese Gefahr nicht.“

Jetzt möchte ich einmal ausführen, was es für Baden-Württemberg bedeuten würde, wenn ein solcher Fall tatsächlich einträte. Frau Chef, ich weiß nicht, ob Sie noch in der Gemeinde, in der Sie Bürgermeisterin sind, wohnen;

(Abg. Monika Chef FDP/DVP: Ich wohne noch dort!)

möglicherweise leben Sie aber in einem Umkreis von 30 km zum Kernkraftwerk. Ich gehe bei einem solchen Fall immer von einem Radius von 30 km aus. Wenn etwas passieren würde wie in Tschernobyl – auch mit Blick auf den Terrorismus – und wir von einem Umkreis von 30 km ausgehen, müssten wir bei beiden Standorten – sowohl Neckarwestheim als auch Philippsburg sind von bevölkerungsstarken Regionen umgeben – 20 % der Bevölkerung von Baden-Württemberg umsiedeln.

Wer begibt sich denn gezielt in diese Gefahr, nur um das auf Dauer zu halten und so alte „Kisten“ noch am Netz zu lassen?

(Abg. Monika Chef FDP/DVP schüttelt den Kopf.)

Gleichzeitig wird gesagt: „Völlig abwegig ist die Gefahr, dass mit einem Flugzeug etwas passiert, nicht.“ Ich halte solche Diskussionen für absolut inakzeptabel.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Winfried Scheuermann CDU)

– Kollege Scheuermann, wir sehen das auch bei uns. Wir sehen immer den Pilz – das ist jetzt ja nur Dampf – von Neckarwestheim, und wir sehen bei guter Sicht auch den Pilz von Philippsburg. Wir wären von beiden betroffen, weil wir dazwischen liegen.

(Thomas Knapp)

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP –  
Unruhe)

Da muss man einfach sagen: Herr Kollege Müller, Ihre Argumentation – –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es gibt alte!)

– Ja, alte, dann lässt man alle gleich lange laufen, oder man würde schauen, dass man das gleich hinkriegt. Wir sprechen von 30, 32 Jahren Laufzeit. Ich nehme ein Beispiel aus der Autoindustrie. Nehmen Sie ein Auto aus den Sechzigerjahren und versuchen Sie, da eine Laufzeit von 30 Jahren hinzubekommen. Da müssen Sie wirklich nachrüsten. Sie müssen permanent reparieren. Nehmen Sie ein modernes Auto – und wir haben eben auch modernere Kraftwerke –; dann müssen Sie deutlich weniger machen, damit es 30 Jahre lang durchhält. Das ist doch das beste Beispiel. Wir müssen die alten „Kisten“ wegbekommen.

Sie fallen auf einen Trick herein, nämlich dass – in diesem Fall ist es die EnBW, aber das gilt für die anderen wie RWE genauso – die sagen: Wir nehmen von der Strommenge der neuen Kraftwerke etwas herunter aufs alte Kernkraftwerk und lassen sie miteinander laufen. Dann gehen z. B. in Neckarwestheim 2015/16 nicht 5, 8 oder 10 % vom Netz, sondern dann gehen auf einen Schlag 30 % vom Netz. Vorher macht man nichts, und dann sagt man: Jetzt ist es nicht machbar. Sie sind doch die Wasserträger der Atomlobby.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie, Herr Kollege Müller, haben in Ihrer aktiven Amtszeit als Minister den Untersuchungsausschuss zu Philippsburg mitbekommen. Sie haben mitbekommen, dass die EnBW, die Betreiber, in Philippsburg neben den ganzen technischen Problemen auch noch den Human Factor berücksichtigen müssen.

Es wurde ein Kraftwerk angefahren, obwohl vier Behälter nicht ausreichend mit Borwasser gefüllt waren. In allen vier Behältern war nicht die richtige Borkonzentration vorhanden. Auf dem Leitstand, den wir gemeinsam besichtigt haben, ist uns die Lampe gezeigt worden, die rot geleuchtet hat. Es haben vier Lampen rot geleuchtet und damit angezeigt, dass man das Kraftwerk nicht anfahren darf. Diese Meldung wurde jedoch durch Menschenhand überbrückt, und das Kraftwerk wurde angefahren.

Sie wissen doch aus Ihrer aktiven Zeit, was da für Probleme drinstecken. Das ist keine beherrschbare Technik. Ich sage es noch einmal: Wir müssten bei einem großen Störfall in einem dieser vier Kraftwerke 20 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg umsiedeln. Das ist völlig indiskutabel.

(Beifall bei der SPD – Abg. Gundolf Fleischer CDU:  
Dann müssen Sie gleich abschalten!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich habe mich gefreut, dass Sie Herrn Clement angesprochen haben. Ich habe diese Meldung vorhin noch auf die Seite gelegt. Ich freue mich darauf, zu verfolgen, wie die CDU zukünftig mit manchem ihrer Mitglieder umgeht. Neben der klaren Aussage „Mehrheit der CDU-Wähler will Atomausstieg“ – es sind 52 %; jetzt können Sie sagen, das sei knapp über dem Durst –

(Zuruf von der SPD: Knapp!)

steht auch drin, dass nur 19 % der CDU-Wähler – nicht unserer Wähler, sondern der CDU-Wähler – einen weiteren Ausbau oder eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke wollen. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

Ich bin gespannt, wie Sie – in Richtung Parteiausschlussverfahren, in Richtung interner Kritik – z. B. mit solchen Menschen wie Töpfer umgehen,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

den Sie im Jahr 2007 noch zur Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg eingeladen haben und der Ihnen schon damals die Leviten gelesen hat. Er sagte in einem Interview der „Zeit“ – sicherlich kein ganz linkes Revolverblatt –:

(Heiterkeit des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

*Ich sage Ihnen schon heute, dass ein wesentlicher Schritt getan wäre, wenn wir die alten nuklearen Technologien hinter uns ließen. Die gegenwärtig Strom produzierenden Kernkraftwerke in einem vereinbarten Zeitraum*

– in Deutschland geschehen –

*abzuschalten halte ich für sehr sinnvoll.*

Dann gibt es einen Ole von Beust.

(Abg. Ulrich Müller CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Gleich. Sie dürfen danach gern fragen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ob eine Frage zugelassen wird oder nicht, Herr Kollege Knapp, entscheidet der Präsident!

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Entschuldigung.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte.

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Wollen Sie mich jetzt fragen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Nein. Sie haben weiter das Wort.

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Dann gibt es einen Ole von Beust – ich weiß nicht, ob Sie den in der nächsten Zeit aus der Partei ausschließen wollen –, der klipp und klar sagt, es solle beim Atomausstieg bleiben.

Dann gibt es einen Friedbert Pflüger, der sagt: „Kein Ausstieg aus dem Ausstieg“. Und er sagt dazu – und das ist das Fatale, was man beachten muss –, wir würden damit die führende Position der Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien aufs Spiel setzen. Dem, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nichts hinzuzufügen. Ich warte darauf, wie Sie mit solchen Kollegen in Richtung Partei umgehen. Ich freue mich auf die Parteiausschlussverfahren gegen diese Mitglieder der CDU.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Knapp, lassen Sie zum Schluss noch eine Frage des Kollegen Müller zu?

**Abg. Thomas Knapp** SPD: Herr Präsident, nachdem Sie das entscheiden dürfen, ob er fragen darf, sage ich ja.

(Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte schön, Herr Kollege Müller.

**Abg. Ulrich Müller** CDU: Herr Kollege Knapp, Sie haben jetzt dargestellt: Es gibt in beiden Parteien sottige und sottige.

**Abg. Thomas Knapp** SPD: Ja.

**Abg. Ulrich Müller** CDU: Aber Sie schließen aus. Wir nicht. Was halten Sie davon?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr gut!)

**Abg. Thomas Knapp** SPD: Wir schließen im Moment nicht aus.

(Lachen bei der CDU)

– Ja! Sie haben konkret Clement angesprochen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er hat damals recht gehabt und hat es jetzt noch!)

Aber das ist kein Verfahren, das ich angestrengt habe. Wenn ich es richtig weiß, wird Clement deshalb angegangen, weil er vor der Hessen-Wahl, sage ich einmal, ganz eindeutig gegen die SPD in Hessen und deren Programm etwas gesagt hat. Aber ausgeschlossen ist er noch nicht, und wie das Verfahren weitergeht, weiß ich nicht. Aber ich bin gespannt, wie es bei Ihnen weitergeht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hans Heinz CDU: Wie lange dauert bei Ihnen ein Moment?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Untersteller das Wort.

**Abg. Franz Untersteller** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit den sottigen und sottigen sollten wir heute vorsichtig sein. Schräge Vergleiche sind heute schon genug gemacht worden, finde ich.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Zu dem, was die Ministerin angesprochen hat, nämlich das Szenario „Übergang in ein neues Zeitalter“, und zu der Aussage, wir nähmen einen Teil des Geldes, möchte ich kurz etwas sagen: Frau Ministerin, Sie haben im Kabinett das Energiekonzept Baden-Württemberg verabschiedet und es im Januar dann der Öffentlichkeit vorgelegt. Darin heißt es:

*Im liberalisierten Strommarkt ist es ... notwendig, dass Investoren bereit sind, ihr Kapital für Investitionen in Netze und Kraftwerke zur Verfügung zu stellen. Dies wird nur dann der Fall sein, wenn diese Investitionen angemessene Renditen erzielen können.*

Das stimmt. Nur frage ich Sie einmal: Wenn Sie die Laufzeiten von Anlagen verlängern, die Stromgestehungskosten von 1 Cent pro Kilowattstunde haben, und gleichzeitig an der Strombörse in Leipzig um die 6 Cent pro Kilowattstunde er-

wirtschaftet werden können, wie wollen Sie denn Investoren gewinnen, die dann in neue Anlagen investieren? Eine Laufzeitverlängerung führt dazu, dass sich der deutsche Kraftwerkspark nicht modernisiert. Das wird die Folge davon sein. Diesen Effekt blenden Sie in Ihrer ganzen Argumentation völlig aus.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein Zweites, und zwar mit Blick auf Baden-Württemberg: Sie tun so, als hätten wir in Baden-Württemberg nach wie vor eine Monopolsituation. In Wirklichkeit ist es aber so, dass wir seit 1998 einen liberalisierten Markt haben und die Betreiber von Kraftwerken sich heute entlang der Frage entscheiden, wo es sich für sie rentiert. Danach entscheiden sie, wo sie investieren, und nicht entlang der Frage, wo welche Landesfahne hängt. Das hat z. B. zur Folge, dass Südweststrom, ein Zusammenschluss von Stadtwerken, mittlerweile überlegt, in Brunsbüttel zu investieren. Das hat auch zur Folge, dass die EnBW mittlerweile überlegt, ob sie in Stade investiert. Das hat auch zur Folge, dass manch anderer heute auch seine Kraftwerksinvestitionen eher in Norddeutschland als in Süddeutschland macht.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

– Wenn wir schon damals einen liberalisierten Markt gehabt hätten, Herr Kollege Scheuermann, hätten wir entlang des Neckars nicht die Kraftwerke, die da heute stehen; das ist einfach die Konsequenz daraus. Das muss man endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

Das wird schließlich auch zur Folge haben, dass Baden-Württemberg zukünftig ein Importland für Strom aus anderen Bundesländern wird.

Und dann stellt sich die Frage: Wie bekommen wir die Netze für den Transport von 20 000 Megawatt Strom aus Windkraftkapazitäten von Norddeutschland nach Süddeutschland? Das ist eine entscheidende Frage. Da wird bislang zu wenig gemacht.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deshalb kann ich Sie nur auffordern, dass sich alle gemeinsam in den nächsten Jahren dafür einsetzen, dass die Netze endlich ausgebaut werden.

Noch kurz etwas zu dem, was die Kollegin Chef angesprochen hat. Sie hat gesagt, die Sicherheit der Anlagen sei gleichwertig. Das ist einfach Nonsense; um es einmal so deutlich zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Eine Anlage wie Neckarwestheim I und Philippsburg 1 – Sie brauchen es nicht mir zu glauben; gehen Sie einmal zu den Fachleuten des Ministeriums und lassen es sich von denen erklären –

(Abg. Monika Chef FDP/DVP: Das brauche ich nicht!)

wäre heute nicht einmal mehr ansatzweise genehmigungsfähig, und zwar aus gutem Grund, weil sich mittlerweile das

(Franz Untersteller)

ganze kerntechnische Regelwerk weiterentwickelt hat, weil verschärfte Anforderungen an Werkstoffe gestellt werden, weil z. B. heute nicht mehr so viele Schweißnähte in den Anlagen sein dürfen, wie das früher der Fall war, und weil heutzutage eine Anlage in bestimmtem Umfang gegen einen Flugzeugabsturz ausgelegt sein muss, was früher nicht der Fall war.

Aus diesen Gründen argumentieren wir: Lasst uns überlegen, ob wir angesichts von Terrorgefahren – die sind nun einmal seit dem 11. September 2001 gegeben; das wissen wir doch alle; die reden wir doch nicht herbei – Strommengen von älteren auf neuere Anlagen übertragen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir haben nun einmal die Situation, dass die Betreiber nicht dafür gesorgt haben, dass die Anlagen gegen Flugzeugabstürze ausgelegt sind, und wir haben auch die Situation, dass das Bundesverfassungsgericht im Februar 2006 entschieden hat, dass die vom Bundesinnenministerium geplanten Änderungen des Luftverkehrsgesetzes dergestalt, dass Flugzeuge abgeschossen werden können, wenn Gefahr im Verzug ist, nicht umgesetzt werden dürfen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Gott sei Dank! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Hätten Sie das gern gehabt?)

Aus diesen Gründen ist es Aufgabe der Politik, Risiken zu minimieren. Eine Risikominimierung wäre dadurch erreichbar, dass man Strommengen von solchen höher gefährdeten Anlagen auf weniger gefährdete Anlagen wie Neckarwestheim II oder Philippsburg 2 übertragen würde.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Untersteller, lassen Sie noch eine Frage des Herrn Abg. Zimmermann zu?

**Abg. Franz Untersteller** GRÜNE: Selbstverständlich, Herr Kollege Zimmermann.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abg. Zimmermann.

**Abg. Karl Zimmermann** CDU: Herr Kollege Untersteller, Sie haben in der Begründung zum unter Tagesordnungspunkt 3 b aufgeführten Antrag Drucksache 14/1590 ausgeführt, bundesweit seien 14 Milliarden Kilowattstunden verkauft worden.

**Abg. Franz Untersteller** GRÜNE: Nein, da haben Sie mich falsch verstanden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da hat er wieder nicht richtig zugehört!)

**Abg. Karl Zimmermann** CDU: Doch. – Weiter argumentierten Sie, dies würde bedeuten, wir hätten mehr Strom produziert, als wir tatsächlich benötigen.

**Abg. Franz Untersteller** GRÜNE: Nein. Da haben Sie mich falsch verstanden.

(Zuruf von der CDU: Genau so hat er es erzählt!)

**Abg. Karl Zimmermann** CDU: Damit haben Sie begründet, wir benötigten soundsoviele Kraftwerke nicht.

(Zurufe von der SPD: Frage!)

Ich frage Sie, Herr Kollege – ich habe die Bundeszahlen nicht erheben können; aber ich kann sie Ihnen bezogen auf Baden-Württemberg für das Jahr 2007 sagen –: Ist Ihnen bekannt, wie viele Kilowattstunden Baden-Württemberg im Jahr 2007 benötigt hat und wie viel davon Baden-Württemberg an Strom von außen einführen musste?

**Abg. Franz Untersteller** GRÜNE: Herr Kollege Zimmermann, ich versuche es noch einmal zu erklären.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber kurz!)

In den deutschen Kernkraftwerken wurden im Jahr 2007 133 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt – in allen 17 deutschen Kernkraftwerken. Dies waren 27 Milliarden Kilowattstunden weniger als im Jahr 2006. Trotzdem hatte die Bundesrepublik einen Exportüberschuss zu den Nachbarstaaten von 14 Milliarden Kilowattstunden. Diese Zahlen sind nicht von mir, sondern vom Bundesumweltministerium.

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Man muss einfach einmal diese Zahlen als Realität zur Kenntnis nehmen.

Wenn man gleichzeitig weiß – –

**Abg. Karl Zimmermann** CDU: Herr Kollege, können Sie mir die gestellte Frage nicht beantworten?

**Abg. Franz Untersteller** GRÜNE: Die habe ich Ihnen beantwortet.

**Abg. Karl Zimmermann** CDU: Dann beantworte ich sie Ihnen.

(Heiterkeit bei der CDU – Unruhe)

Baden-Württemberg – –

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Zimmermann, das geht nicht. Sie dürfen hier nur eine Frage stellen. Sie dürfen aber nicht selbst die Antwort auf die Frage geben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber er beantwortet meine Frage nicht!)

– Er weiß es nicht; das hat er doch gesagt.

**Abg. Franz Untersteller** GRÜNE: Herr Zimmermann, ich habe Ihnen gesagt, dass wir im Jahr 2006 157 Milliarden und im Jahr 2007 133 Milliarden hatten

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

und dass wir trotzdem einen Exportüberschuss hatten.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Karl Zimmermann CDU: 12,6 Milliarden Kilowattstunden sind eingeführt worden, allein in Baden-Württemberg!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gibt es noch eine Zusatzfrage?

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Herr Kollege Zimmermann, Sie haben nicht das Wort. Auch der Kollege Untersteller hat seine Redezeit bereits überschritten.

Wollen Sie eine Zusatzfrage stellen, Herr Abg. Dr. Bullinger?  
– Bitte.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Ist es möglich, dass Herr Kollege Untersteller – so, wie es die Landesregierung mitunter macht – die Antwort auf die Frage des Kollegen Zimmermann schriftlich nachreicht?

(Heiterkeit)

**Abg. Franz Untersteller** GRÜNE: Das kann ich gern machen. Über den Herrn Staatssekretär mache ich das.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das kann er jederzeit tun.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge. Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/1557, ist als Berichtsantrag durch die Aussprache erledigt.

Über den Abschnitt II, der ein Handlungsersuchen beinhaltet, muss das Parlament abstimmen. Wer für diesen Abschnitt II ist, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/1557 mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/1590, ist mit der Ablehnung von Abschnitt II des Antrags Drucksache 14/1557 erledigt.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dann sind die Grünen nicht beteiligt worden! – Gegenruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wir haben dem Antrag der Fraktion der SPD zugestimmt!)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Nutzung der Möglichkeiten aus der Reform des Berufsbildungsgesetzes – Drucksache 14/1586**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Ich darf das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Kaufmann geben.

**Abg. Gunter Kaufmann** SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute über die Möglichkeiten aus der Reform des Berufsbildungsgesetzes. Ich darf in diesem Zusammenhang zunächst daran erinnern,

was seinerzeit die Gründe für diese im Jahr 2005 beschlossene Reform waren.

2005 wurde es immer klarer, dass das duale System der Berufsausbildung, das sehr viele Vorteile hat, auch mit erheblichen Nachteilen behaftet ist. Es ist weder verlässlich, noch ist es zeiteffizient, und es ist auch nicht immer zielführend. Das sieht man schon allein daran, dass der Zeitpunkt des Beginns einer normalen Lehre für die Jugendlichen im Durchschnitt erst im 19. Lebensjahr liegt. Früher betrug das Alter bei der Aufnahme einer Ausbildung 14, 15 oder 16 Jahre.

Ein zweiter Punkt war, dass Bund und Länder mit massiven Entlastungsmaßnahmen im Bereich der Berufsbildung einspringen mussten und gewaltige Summen für Übergangssysteme – man könnte auch sagen: für die Warteschleifen – ausgeben mussten. Was lag da näher, als zumindest vorübergehend einen Weg anzubieten, der größere Möglichkeiten des Zugangs zu einer beruflichen Ausbildung schafft? Dieser Ansatz des Gesetzes wurde von uns immer unterstützt.

Wir stehen auch dafür, dass den Jugendlichen in dieser angespannten Situation auf dem Ausbildungsmarkt ein Recht auf berufliche Erstausbildung zugebilligt wird. Damit meine ich nicht ein Recht im Sinn eines individuell einklagbaren Anspruchs, sondern eine Art Ausbildungsplatzgarantie. Es kann unseres Erachtens nicht sein, Ausbildung nach Konjunkturlage zuzulassen, sodass diejenigen, die in eine schlechte Konjunkturlage hineinkommen, schlechtere Ausbildungsbedingungen erhalten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Das seit 2005 geltende Berufsbildungsgesetz eröffnet nun ein Zeitfenster für die Länder, in dem sie in eigener Verantwortung einen Beitrag zu einem erleichterten Zugang zu einer beruflichen Ausbildung schaffen können, damit mehr junge Menschen die Möglichkeit erhalten, einen Beruf zu erlernen. Die Landesregierung hat sich – das muss man klar und deutlich sagen – diesen Möglichkeiten verweigert.

(Oh-Rufe von der CDU)

Es war auch Ziel des Berufsbildungsreformgesetzes, die bestehende Situation mit der Knappheit der Lehrstellen sowie die unbefriedigende Situation, dass zwar die berufsbildenden Schulen im Wesentlichen die negativen Effekte auf dem Ausbildungsmarkt mit teuren Maßnahmen kompensieren, es jedoch keine Mitgestaltungskompetenz in der beruflichen Erstausbildung gibt, zu beenden.

Genau aus diesem Grund erhielten die Bundesländer die Möglichkeiten, Zeiten einer schulischen beruflichen Ausbildung anrechnen zu lassen sowie die Zulassung von Absolventen von Bildungsgängen berufsbildender Schulen zur Kammerprüfung zu erlauben. Dies beinhaltet einen erheblichen Entlastungseffekt; denn kürzere Lehrzeiten bedeuten natürlich auch, dass mehr junge Menschen eine Lehre durchlaufen können, dass das Ausbildungsangebot insgesamt erhöht wird. Das haben wir uns aus dieser Reform erhofft. Wir stellen mit Bedauern fest, dass die Landesregierung diese Optionen nicht genutzt hat.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Oh!)

(Gunter Kaufmann)

Die vorliegende Verordnung über die Anrechnung des Besuchs der einjährigen Berufsfachschule, die in der Drucksache dargestellt wird, ist nichts Neues. Das gab es schon immer. Das ist lediglich die Fortschreibung der alten Berufsbildungsjahr-Anrechnungsverordnung. Die Landesregierung hat sie leider sogar noch verschärft. Sie hat nämlich einen Numerus clausus eingeführt, indem plötzlich die Noten auch eine Rolle dabei spielen sollen, ob dieses Jahr angerechnet wird oder nicht. Das bedeutet, dass der Anrechnungszugang noch enger gefasst wird. Das war früher nicht der Fall. Es hat eigentlich gereicht, die Prüfung zu bestehen. Damit war die Anrechnung möglich.

Bei den zweijährigen Berufsfachschulen und den Berufskollegs herrscht ebenfalls absolute Fehlanzeige. Sie haben sich geweigert, irgendwelche Möglichkeiten zu schaffen und die enorme Ausbildungsleistung der beruflichen Schulen und Berufsfachschulen, die auf einem mittleren Bildungsabschluss aufbauen oder zu einem mittleren Bildungsabschluss führen, einzubringen. Das ist absolut unverständlich. In der gesetzlichen Regelung steht lediglich drin: „... geeignet, auf die Ausbildungszeit ... angerechnet zu werden“. Das ist unseres Erachtens unmöglich, wird der Sache nicht gerecht, hilft den jungen Leuten nicht und bringt es mit sich, dass die Ausbildungszeit in erheblichem Umfang verlängert wird.

Meine Damen und Herren, mit dem Inkrafttreten des Berufsbildungsreformgesetzes können die Länder festlegen, dass Absolventen bestimmter Bildungsgänge berufsbildender Schulen einen Rechtsanspruch auf die Zulassung zur Kammerprüfung haben. Ich weiß, dass erhebliche Einwände seitens der Kammern und der Betriebe gegen die von ihnen als vollzeitschulisch abqualifizierten Ausbildungsgänge erhoben werden. Auch im Text der vorliegenden Drucksache 14/1586 wird von vollzeitschulischer Ausbildung gesprochen. Das ist nicht richtig. Das ist eine irrige Auffassung.

Denn dabei wird die wesentliche Botschaft des Gesetzes übersehen, dass nämlich auch die schulische Ausbildung mit einem der klassischen dualen Ausbildung vergleichbaren Anspruch durchgeführt wird. Das heißt, es ist eine andere Abfolge, aber im Prinzip ist es gleichwertig. Deshalb ist es eigentlich unverständlich, dass man diese Möglichkeit hier in Baden-Württemberg nicht einführt. Sie ist eh bis zum Jahr 2011 begrenzt. Man sollte sich überlegen, ob man dies nicht zur vorübergehenden Entlastung des Ausbildungsmarkts einführt.

Unseres Erachtens hat die Landesregierung die Spielräume für die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen junger Menschen verschenkt. Das bedauern wir. Die Hoffnungen und die Erwartungen, die in den Schulen und bei den Betroffenen bestanden haben, wurden nicht erfüllt. Unser Antrag verlangt eine Revision Ihrer bisherigen Haltung. Ich sage noch einmal: Es geht um die Lebensperspektiven junger Menschen und um die Sicherung des Fachkräftebedarfs der Wirtschaft – Handlungsfelder, die den Schweiß der Edlen lohnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Frau Abg. Schütz das Wort.

**Abg. Katrin Schütz CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist seit jeher das Ziel der CDU-Fraktion, möglichst allen Jugendlichen einen erfolgreichen Start in ein eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: So ist es!)

Die duale Ausbildung spielt dabei eine herausragende Rolle. Denn sie stellt nicht nur für ein Drittel aller Jugendlichen den Übergang zwischen Schule und Beruf dar, sondern sie ist damit auch der erste Schritt in die eigene Verantwortung.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Ganz wichtig!)

Im Rahmen der letzten Novellierung des Berufsbildungsgesetzes wurden den Ländern Kompetenzen in der Berufsbildung eingeräumt, die der Landesregierung Handlungsspielräume eröffnet haben.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Die sie nicht genutzt hat!)

Die Landesregierung hat diese Kompetenzen genutzt, um insbesondere den Problemgruppen am Arbeitsmarkt, nämlich Jugendlichen, die noch keinen Ausbildungsplatz haben, zu helfen. Im Rahmen der genannten Anrechnungsverordnung hat die Landesregierung im Konsens mit der Wirtschaft die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um den Besuch einer Berufsfachschule auf die Ausbildungszeiten in gewerblichen Berufen anzurechnen. Damit ist sichergestellt, dass die Teilnahme an vollzeitschulischen Maßnahmen für die Jugendlichen keine verlorene Zeit ist. Das entscheidende Merkmal der dualen Ausbildung ist, dass Jugendliche im Rahmen ihrer Ausbildung die betriebliche Praxis kennenlernen

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr richtig!)

und damit alle aktuellen Veränderungen auch zeitnah mitbekommen. Erst dadurch gewinnt die duale Ausbildung ihren Wert für den Jugendlichen, für die Wirtschaft und für den Standort Deutschland.

Aus ebendiesem Grund sind einer Anrechnung auch Grenzen gesetzt. Deshalb wird der Besuch einer ein- oder einer zweijährigen Berufsfachschule maximal mit einem Jahr auf die Ausbildungszeit angerechnet. Eine weiter gehende Anrechnung, beispielsweise auf der Basis von § 43 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes, würde im Ergebnis zu einer Verschulung unseres erfolgreichen Ausbildungssystems und damit zu einer Aushöhlung des Standortvorteils führen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU:  
So ist es! Richtig! – Abg. Gundolf Fleischer CDU:  
Sehr gut!)

Das Beispiel unseres französischen Nachbarn zeigt, dass dies der falsche Weg ist. Dort ist die vollzeitschulische Ausbildung die Regel und die Jugendarbeitslosigkeit deutlich höher als bei uns. Wegen dieser Praxisnähe der dualen Ausbildung wollen sich auch Tschechien und Großbritannien an der dualen Ausbildung, wie sie in Deutschland betrieben wird, orientieren.

Die Tatsache, dass Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden, obwohl die Wirtschaft in ausreichender Zahl Stellen zur Verfügung stellt, zeigt, dass manche Jugendlichen noch nicht

(Katrin Schütz)

ausbildungsreif sind. Diese Jugendlichen haben, weil sie – aus welchen Gründen auch immer – mit der Lernsituation in der Schule nicht zurechtkommen, in ihrer Schulkarriere einen Misserfolg erlebt. Deshalb ist ihnen wenig damit gedient, sie weiter in dieser Situation zu belassen.

Die Erfahrung zeigt nämlich, dass gerade solche Jugendlichen deutlich mehr aufblühen, wenn sie in einem betrieblichen Umfeld lernen und auch den konkreten Nutzen des Gelernten erkennen. Hier spreche ich aus eigener Erfahrung. Ich habe in unserem Unternehmen 17 Jahre lang ausgebildet.

Vor diesem Hintergrund hat die Ausbildung im dualen System mit den Lernorten Betrieb und Schule für die CDU oberste Priorität. Wir würden ebendiesen Jugendlichen einen Bären dienst erweisen, wenn man sie auf der Grundlage vollzeitschulischer Maßnahmen zur Kammerprüfung zulassen würde. Selbst wenn sie diese bestehen würden, was wenig aussichtsreich erscheint, hätten sie am Ende ein Zeugnis, ohne dass sie einen Betrieb von innen gesehen haben. Dieses Zeugnis hätte für die nachfolgenden Bewerbungen gar keinen praktischen Wert. Denn die Betriebe wollen Mitarbeiter mit betrieblicher Nähe haben.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr richtig! – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Jawohl!)

Mit der geschilderten Ausgestaltung der Anrechnungsverordnung und dem Verzicht, von der Ermächtigung gemäß § 43 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes Gebrauch zu machen, haben wir eine Lösung gefunden, die sowohl im Interesse der Jugendlichen als auch der Wirtschaft liegt. Die Lösung liegt auch im Interesse des Arbeitsmarkts, weil wir damit zugleich sichergestellt haben, dass auch die Jugendlichen, die sich derzeit in einer Warteschleife befinden, dem Arbeitsmarkt zügig als Fachkräfte zur Verfügung stehen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Abg. Schütz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Abg. Katrin Schütz** CDU: Im Anschluss gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Im Anschluss, Herr Winkler.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

**Abg. Katrin Schütz** CDU: Damit haben wir einen Beitrag zur Verkürzung der Ausbildungszeit geleistet. Darüber hinaus wird die Kooperation zwischen den Lernbetrieben und den Schulen gestärkt. Mit der geregelten Übertragung der Zuständigkeiten für eine Aberkennung der Ausbildungsbefähigung vom Regierungspräsidium Stuttgart auf die Kammern als zuständigen Stellen haben wir zudem noch einen Schritt in Sachen Deregulierung unternommen.

Als Fazit ist daher festzuhalten, dass die Landesregierung die Möglichkeiten, die sich aus der Reform des Berufsbildungsgesetzes ergeben haben,

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Nicht genutzt hat!)

konsequent genutzt hat, wo diese im Interesse der betroffenen Jugendlichen und der Wirtschaft in Baden-Württemberg lie-

gen. Deshalb lehnen wir als CDU-Fraktion den Beschlussteil Ihres Antrags entschieden ab.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Jetzt die Frage des Herrn Abg. Winkler.

**Abg. Alfred Winkler** SPD: Frau Kollegin, Sie haben gesagt – ich habe mitgeschrieben –: Die Betriebe wollen Mitarbeiter mit betrieblichen Kenntnissen haben.

**Abg. Katrin Schütz** CDU: Mit praxisnahen.

**Abg. Alfred Winkler** SPD: Mit praktischen Kenntnissen. Tatsache ist aber, dass die Betriebe und deren Verbände darüber klagen,

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Eine Frage! Wo ist die Frage?)

dass ihre Auszubildenden zu wenig theoretische Fähigkeiten haben. Bedeutet das nicht automatisch, dass Lehrlinge mehr schulische Ausbildung als Vorbereitung oder in der Lehre haben müssen, um dann diese betriebliche Ausbildung überhaupt machen zu können? Brauchen sie nicht mehr schulische Ausbildung?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Nein!)

**Abg. Katrin Schütz** CDU: Nein.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Nein? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht mehr, sondern bessere Ausbildung!)

Die Frage war jetzt, ob sie mehr schulische Ausbildung brauchen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Die Sie ja verneint haben!)

Die Jugendlichen stehen in einem Ausbildungsbetrieb und machen eine Ausbildung. Bei einer Verschulung der Ausbildung würden wesentliche Elemente fehlen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Sehen Sie sich einmal in Werkstätten um. In einem Betrieb ist man auf dem modernsten Stand. Eine Schule kann diesen Stand über Jahre hinweg niemals so halten wie ein Betrieb. Deswegen braucht man die Praxisnähe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das kommt aus der Praxis!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lehmann das Wort.

**Abg. Siegfried Lehmann** GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Manchmal ist es ja besser, man hört sich erst einmal an, was an Argumenten kommt.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Dann kann man auch entsprechend darauf reagieren.

(Siegfried Lehmann)

Ich muss Ihnen sagen, Frau Schütz, ich war ganz überrascht, dass Sie jetzt gesprochen haben. Denn ich erlebe jetzt, dass zum Bereich der beruflichen Bildung und zu all diesen Themen immer wieder jemand anders von Ihnen redet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die verstehen halt etwas davon!)

Das ist auch eine interessante Erfahrung.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wir haben halt mehrere Fachleute!)

Sie haben gesagt, Sie hätten konsequent die Handlungsspielräume genutzt.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Völlig falsch! – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Weil wir sorgfältig sind!)

Zunächst muss man sagen: Wie ambitioniert, wie engagiert die Landesregierung dieses Thema behandelt, sieht man daran, dass Sie zwei Jahre gebraucht haben, um die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass Sie überhaupt eine Verordnung erlassen können.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: So ist es! Genau!)

Man hätte noch sagen können: Sie bereiten das gut vor; dazu braucht man Zeit, damit hier wirklich etwas Großes entstehen kann. Das hätte ich verstehen können. Aber als ich dann – Herr Drautz, Sie reden ja wahrscheinlich nachher – diese Verordnung gelesen habe, habe ich gedacht: Ich falle vom Glauben ab.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Da steht drin: Für den Besuch der einjährigen Berufsfachschule soll eine Anrechnungspflicht bestehen. Das haben wir im Prinzip heute schon. Wir wissen, der Besuch einjähriger Berufsfachschulen wird in der Regel nur mit Vorverträgen genehmigt. Das heißt, alle Jugendlichen, die da hineingehen, können das eigentlich nur, wenn sie einen Vorvertrag bei einem Betrieb haben.

(Abg. Alfred Winkler SPD: So stimmt es nicht!)

Das Handwerk nutzt das übrigens sehr intensiv, weil die Betriebe sagen: „Wir sparen uns ein Ausbildungsjahr. Die Jugendlichen haben das in den Ausbildungswerkstätten mit einem berufspraktischen Teil im ersten Jahr an der Berufsfachschule vernünftig gelernt, und wir können sie direkt auf der Baustelle einsetzen.“ Warum auch nicht, wenn man nicht ideologisch verbrämt ist, wie es die IHK in diesem Fall oft ist?

Der zweite Punkt: Sie haben auch noch in die Verordnung geschrieben, der Besuch einer zweijährigen Berufsfachschule sei dafür geeignet – „geeignet“ ist ein schöner Ausdruck –, auf die Ausbildungszeiten angerechnet zu werden. Die Jugendlichen absolvieren zwei Ausbildungsjahre. Die haben die gleichen Ausbildungsinhalte, auch was die praktische Ausbildung im ersten Ausbildungsjahr angeht. Das ist „geeignet“, sagen Sie, und da kann der Betrieb die Ausbildungszeit anerkennen oder auch nicht. Das ist genau das Gleiche.

Wir haben diese Situation in Baden-Württemberg schon seit sehr vielen Jahren. Ich muss Ihnen sagen: Durch die Berufsfachschulen wird hier in Baden-Württemberg eine sehr gute Ausbildung gemacht. Darum beneiden uns, denke ich, auch manche anderen Bundesländer. Aber ich frage Sie: Warum geht man nicht hin und sagt: „Diese Ausbildung hat diesen Wert, und wir wollen sie auch nicht unter Wert verkaufen“? Der Jugendliche – darüber muss man natürlich ernsthaft mit den Kammern reden – muss den Anspruch erhalten, dass ihm die Ausbildungszeit um ein Jahr verkürzt wird.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das ist das, was wir brauchen. Ich denke, Sie wissen nicht, welche Dimension das Ganze eigentlich hat. Nur 47 % der Hauptschulabgänger schaffen es überhaupt, anschließend direkt in eine berufliche Ausbildung zu gehen. Von 46 000 sind das gut 21 000. Was machen die? Sie gehen in eine Berufsfachschule oder in ein Berufsvorbereitungsjahr. Was geschieht danach mit ihnen? Von denen, die die zweijährige Berufsfachschule besucht haben, geht anschließend ein großer Teil ins Berufskolleg. Sie durchlaufen die ganzen schulischen Ausbildungsgänge. Jetzt können Sie sagen: „Gut, dann sind sie schon weg von der Straße.“ Das ist auch ein Argument. Aber was passiert wirklich mit ihnen?

Sie kommen heute schließlich – Herr Kaufmann hat das gesagt – im Schnitt mit 19,3 Jahren in eine berufliche Ausbildung. Hier debattieren wir über G 8. Da sagt man: „Die jungen Leute müssen früher mit dem Studium beginnen.“ Aber offensichtlich spielt es keine Rolle, wie lange junge Menschen heute in irgendwelche Maßnahmen gedrückt werden, bis sie überhaupt eine Chance haben, eine berufliche Ausbildung machen zu können. Das zeigt auch die Wertigkeit der beruflichen Ausbildung in der gesellschaftlichen Diskussion.

Der große gesellschaftliche Fortschritt war die Einführung der Schulpflicht. Heute brauchen wir ein Recht eines jungen Menschen, auch eine qualifizierte berufliche Ausbildung zu absolvieren. Dafür haben wir als Staat zu sorgen. Diese Ausbildung muss auch in angemessenen Zeiten erfolgen. Wir dürfen diese Politik, wie sie hier weiter betrieben werden soll, so nicht weiterführen. Herr Drautz, Sie werden ja nachher qualifiziert darauf eingehen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wie immer!)

Sie haben gesagt, mit dieser Anrechnungsverordnung könne die Gesamtausbildungszeit junger Menschen verkürzt und ein rascher Berufseinstieg ermöglicht werden. Sie machen aber in diesem Bereich nichts. Sie beklagen, dass Sie zu wenig Handlungskompetenzen hätten. Aber wenn Sie solche Kompetenzen einmal haben, dann machen Sie nichts. Das ist wirklich traurig, muss ich Ihnen sagen. Sie lassen die jungen Leute mit ihren ganzen Problemen letztlich allein. Das ist die große Tragik in dieser ganzen Angelegenheit.

Ich möchte mich jetzt gar nicht auf die Diskussion einlassen, in der Sie über eine vollschulische Ausbildung gesprochen haben. Da stimme ich mit Ihnen überein. Das sehe ich auch kritisch. Aber dass Sie nicht bereit sind, das Berufskolleg zu reformieren, in dem 55 000 Jugendliche sind, und dafür zu sorgen, dass ihnen wenigstens ein Jahr auf eine berufliche Ausbildung angerechnet wird, und dass Sie nicht bereit sind, da-

(Siegfried Lehmann)

für zu sorgen, dass die immerhin 65 000 jungen Menschen, die in der zweijährigen Berufsfachschule sind, einen Anspruch darauf haben, ein Jahr Ausbildungszeitverkürzung zu bekommen, ist ein Armutszeugnis in unserer heutigen Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP darf ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort erteilen.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon im vergangenen Jahr ausführlich über das Berufsbildungsreformgesetz debattiert. Einige Kollegen, insbesondere von der Opposition, haben ja schon Vorfreude darauf geäußert, dass der Herr Staatssekretär anschließend die Dinge noch einmal klarrückt. Ich kann mich voll hinter das stellen, was er in der Diskussion im vergangenen Jahr gesagt hat. Wir haben ja sowohl im Ausschuss als auch dann hier im Plenum im Einzelnen über die Verästelungen dieses Gesetzes diskutiert.

Das Ziel der Deregulierung wurde voll erreicht.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Das war kein Ziel des Berufsbildungsgesetzes!)

– Doch, es war durchaus ein Ziel, diese Deregulierung hinzubekommen. Das haben wir geschafft.

Ich kann mich deshalb auf drei wesentliche Einwände der Opposition konzentrieren, die Sie am heutigen Tag vorgebracht haben, nachdem man ja nun schon gewisse Erfahrungen hat, abgesehen von dem, was die Kollegin Schütz schon widerlegt hat. Beispielsweise hat sie deutlich gemacht, warum wir nicht wollen, dass über eine vollzeitschulische Ausbildung der direkte Zugang zur Kammerprüfung eröffnet wird.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Sie, Herr Kaufmann, haben einen Angriff auf das duale System gefahren. Ich glaube, dieser Angriff ist völlig unangebracht. Dieses duale System hat sich über Jahrzehnte bewährt. Wir haben es auch fortentwickelt. Es ist nach wie vor ein Exportschlager Deutschlands.

(Zuruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Es gibt genügend Länder, die uns um dieses duale System beneiden. Es gibt überhaupt keinen Anlass, dieses duale System durch ein vollzeitschulisches System zu ersetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Gundolf Fleischer CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Das hat bisher noch niemand gefordert!)

In der Vergangenheit ist es immer gelungen, einen Ausgleich zwischen beruflicher Bildung und schulischer Bildung zu schaffen. Dieses duale System hat diesen Ausgleich bisher immer wieder geschaffen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Nein, den hat es nicht geschaffen! Eben nicht geschaffen!)

Das wollen wir auch weiterhin tun.

Der zweite Punkt, den Sie angesprochen haben, waren die Anrechnungen. Es hat seinen guten Grund, warum wir diese An-

rechnungen nicht ins Uferlose treiben lassen wollen. Diese Anrechnungen sollen ein Anreiz sein,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wofür?)

aber nicht ein Anreiz dafür, im Bereich der schulischen Bildung sozusagen zu parken,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wofür denn?)

sondern ein Anreiz dafür, sich in dem Bereich, in dem man das tut, auch anzustrengen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist doch Schwachsinn!)

Deshalb sind doch diese Anrechnungen bis zu einem bestimmten Punkt auch begrenzt.

Was solche Begriffe wie „Schwachsinn“ anbelangt, Herr Winkler, komme ich gleich auf den Stil, den Ihre Fraktion am heutigen und am gestrigen Tag in dieses Parlament eingeführt hat.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Ich gestatte anschließend eine Nachfrage des Kollegen Winkler. Denn ich gehe davon aus, dass er zunächst einmal ein Statement hält und dann eine Frage stellt. Das kostet mich zu viel Zeit.

(Zuruf)

Ich möchte zunächst nur noch auf einen Punkt eingehen, bevor Herr Winkler mit seinem „Schwachsinn“ kommt, den er mir vorgeworfen hat,

(Heiterkeit)

nämlich auf den Punkt Ausbildungsplatzgarantie. Das wurde sowohl von Herrn Kaufmann als auch von Herrn Lehmann angesprochen. Es wurde aber nicht recht deutlich, wie diese Ausbildungsplatzgarantie denn organisiert werden soll. Da lugt zwischen den Zeilen schon wieder die Ausbildungsplatzzwangsabgabe hervor. Das ist doch eigentlich das, was Sie wollen, weil Sie glauben, dass Sie die Wirtschaft mithilfe dieser Zwangsabgabe dazu zwingen könnten, für jeden einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

Wir haben doch gezeigt – wie auch die äußerst geringe Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land belegt –, dass es bessere Systeme und bessere Wege als diese Ausbildungsplatzabgabe gibt, um die Jugendlichen in eine Ausbildung zu bringen. Über diese Wege haben wir dafür gesorgt, dass wir in Baden-Württemberg die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit bundesweit haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie äußern sich, was diese Ausbildungsplatzabgabe anbelangt, unklar – genauso unklar wie zu Ihrem Verhältnis zu den Linken.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Abg. Norbert Zeller SPD: Ist das für Sie ein Problem?)

Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit auch auf die Gefahr hin, wechselweise entweder in die Nähe der DDR oder des Nationalsozialismus gerückt zu werden. In dieser Gefahr ist man in diesem Hause ja häufiger.

Jetzt, Herr Winkler, dürfen Sie Ihren „Schwachsinn“ begründen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Dr. Rülke, ich weise noch einmal darauf hin: Wenn sich ein Abgeordneter zu einer Zwischenfrage meldet, dann erteilt der Präsident das Wort. Dann können Sie entscheiden, ob Sie die Frage beantworten.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Wenn er eine Frage stellt, ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Sie gehen jetzt davon aus, dass Sie eine Frage beantworten sollen.

Herr Abg. Winkler, wollen Sie eine Frage stellen? – Dann stellen Sie bitte die Frage.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Parlamentarische Erziehungsmaßnahmen!)

**Abg. Alfred Winkler** SPD: Lieber Kollege Rülke, ich meine damit den schwachen Sinn hinter Ihrer Behauptung, es bestünde ein „Anreiz“. Ist es nicht so, dass in unserem Bildungssystem ein Abschluss die Qualifikation bedeutet? Entweder ich schaffe den Abschluss oder nicht. Aber wenn ich den Abschluss habe, ist das doch die Qualifizierung für eine Anerkennung. Warum lassen Sie es bei einer freiwilligen Anerkennung, unbeschadet des Abschlusses, der geschafft wurde? Das meine ich mit einem schwachen Sinn, nur einen Anreiz zu sehen, etwas zu machen, statt den Abschluss als Bestätigung der Qualifikation zu sehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Alles klar?)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Kollege Winkler, ich bemühe mich, den schwachen Sinn Ihrer Frage zu verstehen, und komme dann zu dem Ergebnis, dass es doch einen starken Sinn hat, nicht nur auf einen Abschluss zu setzen, sondern durchaus auch auf eine möglichst hohe Qualifikation dieses Abschlusses.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist doch Bestandteil des Abschlusses! – Abg. Katrin Schütz CDU: Aber Erfahrung braucht man auch! – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Drautz das Wort.

**Staatssekretär Richard Drautz:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Anfrage zielt darauf ab, zu erfahren, wie die Landesregierung die Möglichkeiten des neuen Berufsbildungsgesetzes genutzt hat. Dazu will ich jetzt gern Stellung nehmen.

Das neue Berufsbildungsgesetz hat den Ländern im Wesentlichen in drei Bereichen Kompetenzen eingeräumt. Zum Ersten können Länder nach § 105 des Berufsbildungsgesetzes hoheitliche Aufgaben, die bisher von Landesbehörden wahrgenommen wurden, auf die zuständigen Stellen – das sind in der Regel die berufsständischen Kammern – übertragen. Das hat die Landesregierung gemacht, und zwar konkret in § 3 Abs. 2 der Berufsbildungsgesetz-Zuständigkeitsverordnung.

Zum Zweiten können die Länder nach § 7 des Berufsbildungsgesetzes befristet bis zum 31. Juli 2009 sogenannte Anrechnungsverordnungen erlassen. Das hat das Wirtschaftsministerium in Abstimmung mit dem Kultusministerium auch gemacht.

In der Verordnung über die Anrechnung des Besuchs einer Berufsfachschule auf die Ausbildungszeit in Berufen der gewerblichen Wirtschaft ist geregelt, dass Absolventen der einjährigen Berufsfachschule einen Anspruch auf Anrechnung von einem Jahr auf eine sich anschließende einschlägige duale Ausbildung haben.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ist das neu? Ist das etwas Neues?)

Der Besuch einer zweijährigen Berufsfachschule ist geeignet, mit einem Jahr auf die Ausbildungszeit angerechnet zu werden.

Auf die einzelnen Voraussetzungen möchte ich hier nicht weiter eingehen. Jedenfalls kann mit der Anrechnungsverordnung die Gesamtausbildungszeit junger Menschen verkürzt werden, was ja in unser aller Interesse liegt.

Drittens wurden die Länder ermächtigt, befristet bis zum 1. August 2011 Rechtsverordnungen nach § 43 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes zu erlassen. Das haben wir bisher nicht gemacht. Es ist auch nicht beabsichtigt, dies zu tun, und zwar aus guten Gründen.

Was würde eine solche Rechtsverordnung denn dann regeln? Sie würde, verkürzt dargestellt, bestimmen, dass ein vollzeitschulischer Bildungsgang an einer berufsbildenden Schule der Berufsausbildung in einem anerkannten Beruf mit dualer Ausbildung entspricht. Das wollen wir nicht. Damit hätten die Absolventen, also die Schüler dieses Bildungsgangs, nämlich einen Anspruch auf die Zulassung zur Abschlussprüfung in einem Beruf mit dualer Ausbildung. Diese vollzeitschulische Ausbildung wäre dann der dualen Ausbildung quasi gleichgestellt.

Diese vollzeitschulischen Bildungsgänge enthalten natürlich Praktikumsanteile. Aber eine herkömmliche duale Ausbildung in Betrieb und Schule vermag doch die Praxis in einem ganz anderen Umfang und auf ganz andere Weise zu vermitteln. Bei der dualen Ausbildung können die Jugendlichen in die laufend anfallenden, vielfältigen Aufgaben des Betriebs ganz anders mit einbezogen werden. Wir sind deshalb nach wie vor der Auffassung, dass die duale Ausbildung den notwendigen Praxisbezug am besten herstellen kann.

(Zuruf von der SPD: Wir auch! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja natürlich! Das ist selbstverständlich! – Abg. Norbert Zeller SPD: Wer bezweifelt das? – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

(Staatssekretär Richard Drautz)

Mit einer Verordnung nach § 43 wäre außerdem die Gefahr verbunden, dass am Arbeitsmarkt vorbei ausgebildet würde. Die Jugendlichen hätten schlechtere Abschlussperspektiven, was der ursprünglichen Absicht der Verkürzung von Ausbildungszeiten womöglich zuwiderlaufen würde. Dies wäre nicht nur für die Jugendlichen frustrierend, sondern auch eine Verschwendung öffentlicher Gelder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Eine zunehmende Verschulung der Ausbildung wollen wir nicht unterstützen. Dies würde nach Auffassung der Landesregierung zu einer Aushöhlung des dualen Systems führen. Das wollen wir vermeiden. Die Ausbildung im dualen System hat für die Landesregierung oberste Priorität.

Im Übrigen werden die Kammern – wie bisher auch – von der Möglichkeit der Einzelfallzulassung zur Kammerprüfung Gebrauch machen.

Mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Zufallsprinzip!)

Auch die meisten anderen Bundesländer – hören Sie genau zu, Herr Winkler – haben keine Verordnung nach § 43 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes erlassen, sondern handeln wie wir.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD – Glocke des  
Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

**Staatssekretär Richard Drautz:** Sekunde. Ich habe noch einen kleinen Absatz. Als Nachfrage dann.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gut.

**Staatssekretär Richard Drautz:** Heute ist es ja Mode, dass man Nachfragen hat.

Die Landesregierung hat die Möglichkeiten des neuen Berufsbildungsgesetzes sinnvoll und damit auch zielführend genutzt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

**Staatssekretär Richard Drautz:** Gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE:** Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, dass das Land Baden-Württemberg für das Berufsvorbereitungsjahr, das Berufseinstiegsjahr – einjährige und zweijährige Berufsfachschule und Berufskollegs – jährlich ca. 350 Millionen € ausgibt, ohne dass die Jugendlichen eine Anerkennung ihrer Ausbildungszeit erhalten?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja oder nein?)

Ist Ihnen das nicht bekannt?

**Staatssekretär Richard Drautz:** Doch, es ist mir bekannt. Aber ich muss Ihnen eines klar sagen, was die Ausbildung angeht. Ich selbst bin von Beruf Weinbaumeister.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich selbst habe 48 Lehrlinge ausgebildet. Der Betrieb hat sechs Mitarbeiter, davon zwei Auszubildende. Ich habe intensiv ausgebildet. Ich habe auch Berufswettkampfsieger ausgebildet. Ich war selbst Berufswettkampfsieger im Land. Ich sage Ihnen dazu: Was die Ausbildung angeht, spreche ich hier nicht nur in der Theorie, sondern bringe auch meine praktischen Erfahrungen mit der dualen Ausbildung ein.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das hat doch mit der Frage nichts zu tun! – Gegenruf der Abg. Elke Brunner CDU: Seid doch tolerant!)

Eine duale Ausbildung soll – darum haben wir uns im Land entschieden, es so zu machen – eine praktische Ausbildung bleiben. Sie soll nicht total verschult sein und nicht zu einer theoretischen Ausbildung werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Darum geht es nicht!)

Dagegen werde ich ständig kämpfen und mich wehren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kaufmann das Wort.

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst mit Bedauern feststellen, dass bei diesem wichtigen Thema der beruflichen Bildung das Kultusministerium nicht anwesend ist. Dies wird von unserer Seite ausdrücklich bedauert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was die Beiträge meiner Vorredner aus den Regierungsfraktionen betrifft, möchte ich es sehr freundlich formulieren: Sie haben die Problemlage absolut nicht erkannt. Wenn Sie sagen „die Möglichkeiten des Berufsbildungsgesetzes konsequent genutzt“, dann muss ich fragen: Wie nehmen Sie die Realität wahr?

(Beifall bei der SPD – Abg. Katrin Schütz CDU: Im Interesse der Jugendlichen!)

Nichts, gar nichts ist passiert.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Stimmt gar nicht!)

Die Anrechnung von einem Jahr, auf die Sie verweisen, gibt es seit eh und je. Das ist nichts Neues.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Selbst die kann man umgehen!)

Sie haben das Ganze sogar noch verschärft, indem Sie Anrechnungsmöglichkeiten zurückgenommen haben, statt Anrechnungsmöglichkeiten aufzubauen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

(Gunter Kaufmann)

Was nehmen Sie denn wahr? Es ging bei dieser Gesetzeslage darum, die Anrechnungsmöglichkeiten nicht nur für die einjährige Berufsfachschule, sondern für die vom Bildungsabschluss her höherwertigen, auf einer mittleren Reife oder einem mittleren Bildungsabschluss aufbauenden Berufsfachschulen auszuweiten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Richtig!)

Nichts, absolut nichts wurde hier getan.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Was meinen Sie mit „konsequenter Nutzung“? Da haben Sie die Realität verkannt. Es wird nichts angerechnet. Es gibt keine entsprechenden Vorschriften. Sie sagen, diese Schulzeiten seien zwar geeignet, um angerechnet werden zu können. Natürlich, die sind immer geeignet, weil die staatliche Ausbildungsleistung mit einem enormen finanziellen Aufwand vorangetrieben wurde. Da wurden öffentliche Gelder eingesetzt. Aber die verschwenden Sie, weil das ja nicht angerechnet werden muss. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann  
GRÜNE)

Wo bleiben Sie mit Ihrer Auffassung? Und dann bauen Sie einen Pappkameraden auf. Sie reden nämlich immer von vollzeitschulischer Ausbildung. Die will niemand.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Die Zulassung zur Kammerprüfung setzt voraus, dass eine vergleichbare betriebliche Praxis vorhanden ist. Sie besagt nicht, dass man einen Lehrvertrag haben muss. Das ist der Unterschied.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist der Unterschied!)

Sie besagt aber nicht, dass man keine praktische Ausbildung haben muss, sondern die Praxis muss gleichwertig sein mit dem, was auch in der dualen Ausbildung gefordert wird. Nur dann ist überhaupt eine Zulassung zur Kammerprüfung möglich. Man muss das eben anders organisieren. Das sind ja die Möglichkeiten des § 43 des Berufsbildungsgesetzes.

Aber dass man nur die Schule besucht und zur Kammerprüfung zugelassen wird, wie Sie das dargestellt haben, ist absurd. Das gibt es gar nicht.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Nein, das gibt es nicht!)

Da bauen Sie Pappkameraden auf, auf die Sie hier schießen.

(Beifall bei der SPD)

Niemand sieht so etwas vor, sondern es heißt im Gesetz: die schulische Ausbildung mit entsprechenden betrieblichen Anteilen verbinden. Nur dann ist das möglich, und dann ist es auch vernünftig. Dass man das bis zum Jahr 2011 begrenzt hat, kann man ja auch so akzeptieren, weil es in der gegenwärtigen Situation, in der es eben nicht ausreichend Ausbildungsplätze im dualen System gibt, eine gewisse Luft für die jungen Menschen schafft, auch hier noch etwas zu erreichen.

So ist es. Wir haben doch zurzeit auf 100 Bewerber nur 81 Ausbildungsplätze. So sind die Zahlen im letzten Jahr, im Jahr 2007, gewesen. Da muss einem doch etwas einfallen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Die Debatte haben wir doch schon im letzten Herbst geführt!)

Da können Sie sich hier nicht hinstellen und sagen: Wir haben alle Möglichkeiten konsequent genutzt.

Im Übrigen muss ich Ihnen noch sagen: Wo wird bei der beruflichen Ausbildung noch in den Mangelberufen ausgebildet? Schauen Sie sich doch einmal die Statistik an. Was uns fehlt, sind beispielsweise die Ausbildungen im industriellen Sektor. Bei Industriemechanikern findet fast gar keine Ausbildung mehr statt.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Diese Fachkräfte werden fehlen. Kaum ein Betrieb – ich habe in die letzte Statistik hineingeschaut – bildet noch Industriemechaniker aus. Um also diese Lücke zu füllen und den absehbaren Fachkräftebedarf zu befriedigen, müssen Sie natürlich das, was im schulischen, im staatlichen, im beruflichen Bereich an Ausbildungsmöglichkeiten vorhanden ist, nutzen, um einem Fachkräftemangel vorzubeugen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Fehlanzeige! Ich kann von konsequenter Vorgehensweise nichts sehen. Sie nutzen die gegebenen Möglichkeiten des Gesetzes nicht. Sie verweigern die Möglichkeiten. Das muss man hier eben feststellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann  
GRÜNE – Zurufe der Abg. Claus Schmiedel und Alfred Winkler SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Jetzt kommen wir zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/1586, ist ein Berichtsteil. Er ist durch die Debatte erledigt.

Abschnitt II des Antrags beinhaltet ein Handlungersuchen. Darüber lasse ich abstimmen. Wer für Abschnitt II des Antrags der Fraktion der SPD ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II knapp, aber immerhin mit Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie selbst haben ja gar nicht abgestimmt!)

– Herr Kollege Zimmermann, Kritik am Präsidenten ist während der Sitzung nicht gestattet.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sie können mich anschließend darauf ansprechen.

(Heiterkeit)

Punkt 4 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Sportförderung und Sportstätten in Baden-Württemberg – Drucksache 14/1587**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion darf ich Frau Abg. Queitsch das Wort erteilen.

**Abg. Margot Queitsch SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben ja gestern sehr lange über das Thema Bildung diskutiert. Während dieser Diskussion ging es auch um das Thema Hausaufgaben. Ich habe mich schon des Öfteren gefragt, ob auch der Kultusminister in Sachen Sport seine Hausaufgaben gemacht hat, und muss sagen: Ich setze da ein ganz großes Fragezeichen und werde am Schluss auch begründen, warum ich der Auffassung bin, dass er bei seinen Hausaufgaben, die er von uns eigentlich schon seit Langem aufbekommen hat, einiges verpasst hat.

Wir hatten hier im Plenum vor einem Jahr eine Diskussion zum Thema „Sportland Baden-Württemberg“. Bereits damals hat die SPD-Landtagsfraktion genauso wie die Grünen eine ganze Reihe von Fragen gestellt, die vom Kultusminister jedoch nicht beantwortet wurden. Wir haben daraufhin die aktuelle Lage hinsichtlich der Sportförderung in Baden-Württemberg noch einmal abgefragt, und über diese Drucksache unterhalten wir uns heute.

Beim Durchlesen dieser Drucksache stellen wir fest, dass sich nichts Wesentliches geändert und schon gar nichts verbessert hat.

Bei uns allen ist unbestritten, dass dem Sport gerade bei jungen Menschen eine große Bedeutung zukommt. Wir wissen, dass sich das Freizeitverhalten junger Menschen ändert, dass sie in ihrem Alltag immer bewegungsärmer werden. Daher ist es umso wichtiger, dass sowohl an den Schulen als auch bereits in den Kindertageseinrichtungen Sportunterricht bzw. eine Heranführung an den Sport erfolgt. Wenn wir uns das Ganze dann auch noch unter dem finanziellen Aspekt der Gesundheitsvorsorge anschauen, ist es umso dringender, dass hier wirklich auch entsprechende Taten folgen, und zwar mehr Taten als die, die Sie bereits vorzuweisen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen an einigen Punkten aufzeigen, dass wir vom Sportland Baden-Württemberg schon noch ein bisschen entfernt sind. Dies ist zu erkennen, wenn wir nicht nur den Leistungssport, sondern auch den Breitensport und die Wirklichkeit in den Schulen und in den Kindertageseinrichtungen in unserem Land betrachten. Die Realität in den Kindertageseinrichtungen ist doch: Die Heranführung der kleinen Zwerge an den Sport ist in hohem Maße ein Verdienst der Erzieherinnen und Erzieher.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und vieler Eltern, die darauf achten, dass ihre Kleinen in den Sportunterricht gehen!)

– Und vieler Eltern natürlich auch. Aber es geht mir jetzt in erster Linie um das, was in den Kindertageseinrichtungen passiert. Wir wissen natürlich auch, dass es, wenn die Erzieherinnen und Erzieher mit den Kindern Sport ausüben sollen, ganz wesentlich darauf ankommt, dass genügend Personal da ist. Sie können nicht mit einer Gruppe von 20 kleinen Zwergen in eine Halle oder einen Bewegungsraum gehen, um dann mit ihnen gemeinsam Bewegungsübungen zu machen. Das funktioniert im Allgemeinen nicht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: In China geht das!)

Sie müssen nämlich auch diejenigen mitnehmen, die von Haus aus pummelig sind, die von Haus aus ängstlich sind. Denen müssen sie das Gefühl vermitteln: „Du lernst das auch noch, du kannst das auch noch. Lass dir Zeit. Wir geben dir auch diese Zeit.“ Ich habe öfter einmal Kindertageseinrichtungen besucht. Ich muss einfach sagen: Es ist schon ein Erlebnis, wenn man sieht, wie ein vierjähriges kleines Mädchen einfach nur dasetzt und weint, weil es Angst hat, weil es von zu Hause aus sportliche Betätigung nicht kennt. Es hat lange gedauert, bis das Mädchen erst einmal bereit war, an meiner Hand die ersten kleinen Sportübungen zu machen. Deswegen ist es ganz wichtig, dass mehr Personal da ist.

Der Herr Minister geht in der Stellungnahme auch auf die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ein. Auch das ist schön und gut. Aber wenn Sie die personelle Situation in vielen Einrichtungen kennen, dann wissen Sie, dass es oft ganz schwierig für die Erzieherinnen und Erzieher ist, diese Weiterbildungsangebote überhaupt in Anspruch zu nehmen, weil die Personalkapazität nicht ausreicht. Da besteht, denke ich, auf jeden Fall noch Handlungsbedarf.

Gleichzeitig möchte ich aber noch einmal betonen, dass wir wissen, wie viel die Erzieherinnen und Erzieher in diesem Bereich leisten und dass alles, was in diesem Bereich passiert, in erster Linie das Verdienst der Erzieherinnen und Erzieher ist.

Ich komme zu einem Punkt, über den wir hier schon sehr häufig diskutiert haben, bei dem ich aber feststellen muss, dass sich da so gut wie gar nichts tut. Man kann hierfür den Begriff „Baustelle Sportunterricht“ nehmen. Wir alle wissen, dass sich seit Jahren die Klagen der Eltern mehren, die immer wieder darauf hinweisen, dass der Sportunterricht in der Regel als Erstes ausfällt, wenn es irgendwo ein bisschen eng wird. Dann fällt der Sportunterricht an vielen Schulen fast regelmäßig aus.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP schüttelt den Kopf.)

– Frau Berroth, Sie können zwar den Kopf schütteln, aber das stimmt schon.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt nicht! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich stimmt es!)

– Das ist immer noch so. Es stimmt schon. Fragen Sie doch einmal die ganzen Verbände. Fragen Sie einmal den Sportlehrerverband. Der wird Ihnen sagen, was passiert.

(Margot Queitsch)

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Gehen Sie einmal in die Schulen und gucken, wie Sportunterricht aussieht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Zehn Stunden in 14 Tagen!)

– Ich kann Ihnen eines sagen: Ich gehe regelmäßig in die Schulen. Ich nehme allerdings im Gegensatz zu Ihnen die Klagen der Eltern sehr ernst.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir auch! Das brauchen Sie uns nicht vorzuwerfen!)

Ich kümmere mich auch darum. Die Klagen sind einfach da. Die können Sie nicht wegreden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das sind jetzt wieder einmal Unterstellungen, die überhaupt nicht begründet sind! Aber null begründet!)

– Natürlich. Da müssten Sie ja glauben, dass die Verbände alle lügen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie sagen, ich hätte Klagen von Eltern nicht ernst genommen!)

– Sie sollten, wenn Sie die Klagen von Eltern ernst nehmen, Taten folgen lassen. Wo ist das Konzept des Kultusministers zum fachfremden Unterricht?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Er heißt nicht Berroth!)

Wo ist das Konzept, mit dem dafür gesorgt wird, dass der Sportunterricht nicht weiter ausfällt? Jetzt gucke ich gerade Sie an, aber ich könnte auch genauso gut auf die andere Seite schauen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bei persönlichen Anwürfen sollten Sie sich überlegen, was Sie sagen!)

Ich möchte unsere Forderung, die wir schon vor einem Jahr gestellt haben, erneuern. Wir fordern ein Konzept des Kultusministeriums, nach dem weniger fachfremder Unterricht stattfindet und der Sportunterricht nicht so oft ausfällt. Ich habe große Hochachtung vor den Lehrern und Lehrerinnen, die fachfremd Sportunterricht geben. Aber es kann nicht sein, dass der Kultusminister diese Lehrer und Lehrerinnen einfach im Regen stehen lässt. Da ist ein Konzept dringend erforderlich. Das mahnen wir an.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Aus der Stellungnahme des Kultusministeriums zu unserem Antrag „Schwimmunterricht an Schulen im Land“ – das können Sie unter der Drucksache 14/2238 noch einmal nachlesen – geht für mich sehr klar hervor, dass der Herr Minister nicht so richtig weiß, was Tag für Tag an baden-württembergischen Schulen eigentlich so vor sich geht. Er kann uns nicht sagen, wie viel Schwimmunterricht angeboten wird, an welchen Grundschulen er überhaupt angeboten wird. Er kann nicht sagen, ob Schwimmunterricht ausfällt, wie viel Lehrer für Schwimmunterricht eingesetzt werden. Seine Bilanz lautet im

Grunde genommen: „Ich weiß einfach gar nichts.“ Das halte ich für höchst bedenklich.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Darüber haben wir doch im Ausschuss diskutiert!)

– Wir haben im Ausschuss darüber diskutiert, aber ich denke, es gehört genauso gut in die Öffentlichkeit. Jeden Sommer wieder sind wir sehr erschrocken – und das kann ich bestimmt für alle von uns sagen –, wenn wir immer wieder lesen müssen, dass Kinder bei Badeunfällen tödlich verunglücken. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass der Schwimmunterricht häufig zu kurz kommt. Im Regierungsbezirk Freiburg etwa bieten 50 % der Grundschulen gar keinen Schwimmunterricht an.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Weil die Kommunen die Schwimmbäder schließen!)

– Nicht nur deswegen. Wir wissen, dass Schwimmunterricht teilweise nicht mehr angeboten wird, dass Kinder häufig nicht mehr schwimmen lernen. Daher haben wir die Verantwortung, nicht zu warten, bis das Kind tatsächlich im Wortsinn mit dem Bade ausgeschüttet ist, sondern bereits jetzt auf diese Tatsachen zu reagieren. Ich denke, das gehört sich auch.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt, über den wir gestern ebenfalls sehr lange diskutiert haben, ist die Ganztagschule. Ich denke, dass noch immer bei sehr vielen von Ihnen und insbesondere auch im Kultusministerium der Eindruck besteht, die Ganztagschule könnte man fast zum Nulltarif haben. Da gibt es die Auffassung: „Wir brauchen nur die Ehrenamtlichen, und dann wird es schon reichen.“ Ich denke jedoch, die Sportvereine, die sich schon jetzt engagieren und die sich gern noch weit mehr engagieren würden, brauchen hierzu auch eine finanzielle Unterstützung. Man kann nicht einfach sagen: „Okay, die kommen und machen das.“ Zum Nulltarif kann so etwas einfach nicht funktionieren.

Bei der letzten Debatte habe ich bereits darauf hingewiesen, dass die Schulen finanziell in die Lage versetzt werden müssen, sich ihr pädagogisches Personal selbst einzukaufen. Hierzu gehören beispielsweise auch Kooperationen mit Sportvereinen, damit die Sportvereine die Chance wahrnehmen können, die Kinder anzusprechen, die bislang noch nicht am Vereinsleben teilgenommen haben, und sie hierfür zu begeistern.

Ein weiterer Punkt ärgert mich als Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für bürgerschaftliches Engagement ganz besonders: Ich persönlich sehe es als eine ungeheure Geringschätzung der ehrenamtlichen Arbeit in unserem Land an, wenn Sie die ehrenamtlich Tätigen als Hilfslehrer missbrauchen wollen. Das kann nicht funktionieren. Wenn Sie Ganztagschulen einführen, dann müssen Sie auch die entsprechenden Bedingungen schaffen, und zwar sowohl räumlich als auch personell. Das geht nicht zum Nulltarif.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist ja richtig, aber das andere kann doch trotzdem gut sein! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Es gibt auch Leute, die das freiwillig machen!)

(Margot Queitsch)

– Das andere kann sicherlich ebenfalls gut sein, aber eine Öffnung allein auf freiwilliger Basis kann nicht funktionieren. Wenn Sie in unserer Bildungslandschaft etwas ändern wollen, dann müssen Sie auch Geld in die Hand nehmen. Das gilt für Ganztagschulen ebenso wie für das achtjährige Gymnasium.

Über das G 8 haben wir gestern auch schon sehr lange diskutiert. Ich weiß nicht, ob auch bei Ihnen die Klagen von Eltern ankommen, deren Kinder im G 8 sind. Diese Eltern klagen zum einen über den extremen Leistungsdruck und zum anderen über die mangelnde Freizeit. Sie stellen fest, dass der Sport wirklich auf der Strecke bleibt. Mich persönlich – das muss ich Ihnen sagen – hat es sehr betroffen gemacht, als ich von Eltern gehört habe, dass Schüler sich vom Kreisskijugendtag abgemeldet haben, weil sie Angst haben, zu viel Schulunterricht zu versäumen und hinterher nicht mehr mitzukommen. Das kann es mit dem G 8 doch wohl nicht gewesen sein!

(Abg. Werner Raab CDU: Ach! Lächerlich ist das!)

– Das ist die Realität.

(Abg. Werner Raab CDU: Ach komm!)

Wir bekommen auch die Rückmeldung von den Vereinen, dass sich Schüler und Schülerinnen vermehrt abmelden, weil sie meinen, sie bekommen die Dinge sonst nicht mehr auf die Reihe. Da, denke ich, sind Nachbesserungen von Ihnen nötig. Ich habe bislang ein paar deutliche Worte hierzu vermisst.

Ein ganz besonderer Aspekt, den Sie im Grunde permanent verdrängen und der auch dem Kultusminister in der Stellungnahme zu unserem Antrag nur eine kleine Anmerkung wert war, ist das Mauerblümchendasein, das die beruflichen Schulen im Sportbereich führen. Da wird seit Jahren nichts getan. Seit Jahren kennen wir die Klagen. Damit Sie wissen, dass meine Informationen hierzu ebenfalls stimmen: Der Deutsche Sportlehrerverband, Landesverband Baden-Württemberg, hat im Dezember 2007 nochmals moniert, dass die beruflichen Schulen in Baden-Württemberg seit Jahren, was den Sport betrifft, ein Mauerblümchendasein führen. Da wäre eine Konzeption notwendig, und es wäre wichtig, dass Sie sich auch für die Interessen der beruflichen Schüler einsetzen.

Ein weiterer Punkt, den wir angesprochen haben, sind die Klagen über fehlende oder zu kleine Sporthallen beim Vereinsportstättenbau. Wir wissen, dass der entsprechende Antragstau 30 bis 40 Millionen € beträgt. Es wäre dringend erforderlich, gerade im Hinblick darauf, dass wir dem Sport einen größeren Stellenwert einräumen – – Ich bin gerade ein wenig irritiert, weil ich sehe, dass meine Redezeit bald zu Ende ist.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber Sie haben sie gut genutzt! Sie haben schnell und zügig geredet!)

– Solche Komplimente finde ich immer sehr zwiespältig.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Es ist wichtig, dass das Land genau hier tätig wird und sich endlich daranmacht, diesen Antragstau abzubauen – nicht nur im Interesse der Jugendlichen in unserem Land; denn wir wissen, dass bedingt durch den demografischen Wandel die Vereine inzwischen auch für die älteren Mitbürgerinnen und Mit-

bürger verstärkt Angebote machen. Genau dafür brauchen wir ebenfalls neue Sportanlagen und brauchen Räumlichkeiten, die hierfür geeignet sind.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Landtagsfraktion erteile ich Frau Abg. Brunnermer das Wort.

**Abg. Elke Brunnermer CDU:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Liebe Frau Queitsch, Ihrem Rundumschlag zum Trotz: Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Baden-Württemberg ist ein Land des Sports. Da kann man noch so lange daran herumkritisieren. Wir in Baden-Württemberg halten mit unserer Sportpolitik jedem Vergleich stand.

Wir haben in Baden-Württemberg bei gleichbleibender Bevölkerungszahl eine steigende Mitgliederzahl in den Sportvereinen. Über 3,7 Millionen Menschen zählen die 11 300 Sportvereine.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Senioren!)

Nimmt man dazu noch die vielen Freizeitsportler, die nicht vereinsmäßig organisiert sind, können wir mit großem Stolz behaupten: Jeder zweite Baden-Württemberger treibt aktiv Sport. Das gilt für Jung und Alt, für Frau und Mann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Jetzt geht es um Kinder!)

Meine Damen und Herren, für uns alle ist klar: Sport und Bewegung verbunden mit einer gesunden Ernährung sind in allen Lebensbereichen und in jedem Lebensalter von herausragender Bedeutung. Dabei gilt: Je früher Kinder an Sport und Bewegung herangeführt werden, desto nachhaltiger sind die Auswirkungen auf die künftige Lebensführung, desto stärker wird das Bewusstsein für Sport und Bewegung gefördert und desto größer sind die Chancen für ein lebenslanges Sporttreiben und Bewegungsaktivitäten bis ins hohe Alter.

Daher ist es nur richtig, dass wir schon im Kindergarten einen Schwerpunkt in der Bewegungserziehung setzen. Das haben wir im Orientierungsplan für den Kindergarten gemacht. Das wird auch sehr gewissenhaft in den Kindertageseinrichtungen durchgeführt.

Ebenso richtig ist es, dass wir die überschäumende Bewegungsfreude der Grundschüler aufnehmen und in den Schulalltag integrieren. Gerade mit dem Ausbau der Grundschulen mit sport- und bewegungserzieherischem Schwerpunkt werden Bewegung, Sport und Spiel über den Sportunterricht hinaus gefördert. Inzwischen machen ca. 500 Grundschulen mit.

Wir haben auch die große Chance, im Bereich der Ganztagschule und bei der Ausbildung besonderer Sportprofile zusammen mit den Sportvereinen Sportangebote einzurichten und auszubauen. In der Kooperation von Schule und Verein, von Lehrern und Übungsleitern haben wir eine Symbiose, die junge Menschen für den Sport begeistert.

In diesem Zusammenhang verweise ich gern auf die Ergebnisse aus der Evaluation des Jugendbegleiterprogramms, die

(Elke Brunnemer)

vor ein paar Tagen veröffentlicht wurden. Da hat sich gezeigt, dass gerade der Sport mit einer Vielzahl von Jugendbegleitern den Schulalltag erfolgreich bereichert.

Meine Damen und Herren, so bringen wir Sport und Bewegung in den Schulen voran. Dabei spreche ich auch aus eigener Erfahrung. Ich war über 20 Jahre lang Sportlehrer an einer Schule und kenne die Sporthalle auch sehr gut von innen.

Allerdings – das sage ich auch – nehmen wir Berichte über ausgefallene Sportstunden ernst. Wir brauchen genügend gut ausgebildete Sportlehrer an den jeweiligen Schulen.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Jawohl! Richtig! – Beifall des Abg. Hans-Martin Haller SPD)

Wir brauchen auch einen Sportunterricht, der in der Wertigkeit mit den anderen Unterrichtsfächern gleichgesetzt ist.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! – Abg. Alfred Winkler SPD: Nur zu! Niemand hindert Sie!)

Das nehmen wir in der CDU-Fraktion ernst. Wir unterstützen den Sport weiterhin nach Kräften und sind ihm ein verlässlicher Partner.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Das gilt auch für die finanziellen Belange. Wir haben der Sportselbstverwaltung mit dem Solidarpakt einen verlässlichen Finanzrahmen gegeben.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Damit wird dem Sport bis zum Jahr 2010 eine gleichbleibende jährliche Fördersumme von ca. 65 Millionen € garantiert. Das gibt Planungs- und Handlungssicherheit.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Hierzu kommen noch 12 Millionen € für den kommunalen Sportstättenbau. Gerade mit der Umstellung von der Pauschal- zur Projektförderung haben wir einen langjährigen Wunsch des Sports erfüllt. Diese Mittel fließen nun zielgerichtet in die Verbesserung und in die Erneuerung vielseitig nutzbarer kommunaler Sportstätten. Davon, meine Damen und Herren, profitieren gerade kleinere Gemeinden sehr, die nicht die nötigen Eigenmittel haben, um wichtige und notwendige Baumaßnahmen in ihren Sportstätten voranzubringen.

Meine Damen und Herren, ich denke, Sie stimmen mir zu, dass ein ausreichendes Angebot moderner Sportstätten, eine weitere gute Entwicklung des Sports und eine noch stärkere sportliche Betätigung für die Gesundheit der Menschen und damit für eine gute Zukunft unseres Landes von großem Nutzen sein werden. Arbeiten wir alle zusammen daran!

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Neuenhaus das Wort.

**Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ob unsere Anstrengungen für den Sport vor allem im Hinblick auf unsere Kinder und Jugendlichen ausreichen, lässt sich am besten an Resultaten überprüfen. Da sollte es uns doch zu denken geben, wenn nach aktuellen Untersuchungen immer mehr Kinder an Bewegungsmangel, Haltungsschwächen, Übergewicht, Kreislaufproblemen und Konzentrationsschwierigkeiten leiden. Hinzu kommen die bekannten Defizite, die von Pädagogen zunehmend festgestellt werden, nämlich mangelndes Sozialverhalten und ein oft daraus resultierendes aggressives Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Wie auch bekannt ist, können durch den Sport genau diese Nebenerscheinungen beseitigt werden.

Deshalb sage ich, an die CDU gerichtet, aber auch: Wenn Sie schon herausheben – was für uns alle ja sicher sehr wichtig ist und was wir auch begrüßen –, dass jeder Zweite Sport treibt, dann ist klar, dass damit natürlich auch die Verantwortung für den Sport wächst.

(Zuruf der Abg. Elke Brunnemer CDU)

Das heißt, dass noch weitere Anstrengungen in diese Richtung unternommen werden müssen.

Insofern mögen die Antworten der Landesregierung zu den Fragen, die die SPD-Fraktion in ihrem Antrag gestellt hat, insgesamt zwar ganz gut klingen. Aber ein Blick auf die Schulhöfe belehrt uns doch eines Besseren. Wir haben nämlich noch lange keine zufriedenstellenden Resultate erreicht.

Daher ist zunächst einmal zu begrüßen, dass wir uns heute diesem Thema noch einmal zuwenden. Allerdings: Der Rundumschlag dieses Fragenkatalogs der SPD kann hier heute leider nicht abgearbeitet werden. Dies wäre nicht angemessen, da jeder Punkt, für sich betrachtet, eigentlich viel ausführlicher behandelt werden müsste.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Wir möchten noch einmal auf zwei wesentliche Punkte hinweisen, die es insbesondere im Rückblick auf die gestrige Schuldebatte, die auch heute immer wieder einfließt, verdient haben, besonders herausgestellt zu werden. Herr Rau hat sich gestern hier mit dem Jugendbegleiterprogramm gebrüstet, weil es in der Presse relativ gut weggekommen ist.

(Zuruf der Abg. Elke Brunnemer CDU)

Dies ist aber immer nur eine Seite der Medaille. Es sind nämlich nur diejenigen zu Wort gekommen, die das Jugendbegleiterprogramm begrüßen. Es gibt genauso viele Schulen, die mit diesem Instrument nicht zurechtkommen. Wir Grüne haben schon damals, als das Jugendbegleiterprogramm eingeführt wurde, immer wieder darauf hingewiesen, dass dieses Konzept in der vorgelegten Form gar nicht aufgehen kann. Denn diejenigen, die die Zielgruppe für diese Tätigkeiten sind – nämlich die Übungsleiter in den Sportvereinen –, sind in der Regel selbst berufstätig. Deshalb können sie in den Schulen eigentlich überhaupt nicht einspringen.

(Beifall des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

(Ilka Neuenhaus)

Die Zahlen beweisen dies. Der Anteil der Jugendbegleiter aus Vereinen, Verbänden und Organisationen beträgt derzeit 18 %, und nur ein Drittel von ihnen kommen aus dem Bereich Sport. Das heißt, auch hier ist eine zuverlässige und eine fachorientierte Ausbildung und Betreuung für ein zusätzliches Angebot im Bereich Sport nicht gewährleistet.

(Beifall der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Ein weiterer wichtiger Punkt, den wir in diesem Zusammenhang für notwendig halten, ist das Thema Ehrenamt. Das ist insbesondere beim Sport ein wichtiger Punkt. Wir können das Ganze nicht einfach zum Nulltarif haben. Es ist wichtig, dass wir hier immer darauf hinweisen, dass eine Kultur der Anerkennung gepflegt werden muss, eine Kultur der Anerkennung dafür, dass sich hier viele – auch Jugendliche – im Bereich des Sports freiwillig engagieren und viel, viel Freizeit aufbringen. Das geht in den Sportvereinen bis hin zu den Eltern, die regelmäßig – betrachten wir einmal nur den Bereich Jugendfußball – Stunden und Tage investieren, um den Vereinen unterstützend zur Seite zu stehen. Insofern ist auch eine Versorgung für einen qualifizierten Sport und vor allem auch für ein erweitertes Angebot zu gewährleisten.

Sport, meine Damen und Herren, ist etwas, was jeder können sollte. Aber es ist auch so, dass nicht jeder Sport vermitteln kann und vor allem auch nicht jeder Kinder zum Sport motivieren kann.

Das ist der eine Punkt, den wir hier noch einmal ansprechen wollten. Wir möchten ein anderes Augenmerk auf die Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag der SPD lenken.

Es ist jetzt hier schon von allen angerissen worden: Es geht hier um den Sanierungsstau bzw. um den Investitionsförderungsstau von ca. 30 bis 40 Millionen €, den die Sportbünde vor sich herschieben. Ich habe ein wenig in den Presseartikeln nachgeforscht. Das ist kein neues Problem. Dieses Problem besteht mindestens – jedenfalls nach dem, was ich gefunden habe – seit 2003. Das heißt, diese Summe wird seit Jahren vor uns hergeschoben, und faktisch ändert sich an dem Problem nichts.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir haben keinen Ersatzfinanzierungsvorschlag von Ihnen gehört!)

– Ich bin auch noch nicht fertig, Herr Kollege.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir warten!)

Die Antwort der Landesregierung auf genau diese Frage war folgende: Die Landesregierung sagt, das Problem sei insofern nicht zu lösen, als die Sportbünde in der Selbstverwaltung das Geld entsprechend verteilen können. Wenn sie denn wollten, dass das Geld in den Umbau fließt, dann könnten die Sportbünde nach Aussage der Landesregierung von sich aus umschichten.

Genau das ist aber im Moment überhaupt nicht möglich, weil die Wahrnehmung anderer wichtiger Aufgaben, die der Sport ausführt, darunter leiden würde.

Deshalb wollen wir in der nächsten Haushaltsdebatte die Landesregierung dazu anhalten – denn der Solidarpakt Sport bin-

det uns bis 2010 –, diese Summe noch einmal wohlwollend zu prüfen und zu überlegen, ob man nicht eventuell hier noch Gelder nachschieben kann. Für uns ist das aus energetischen Gesichtspunkten auch ein ganz wichtiger Punkt. Hier sind wir in der Verantwortung. Der Sportstättenbau muss auch unter ökologischen und energetischen Gesichtspunkten gewährleistet sein. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, hier noch einmal genauer hinzuschauen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE:** Ein weiterer Vorschlag, den wir noch haben.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ein letzter!)

– Der letzte.

(Abg. Elke Brunner CDU: Die Zeit ist um! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir sind gespannt!)

– Sie sind gespannt, ich auch.

(Die Rednerin blättert in ihren Unterlagen. – Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Finden Sie ihn nicht? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Vielleicht hätten Sie das vorher einmal durchlesen können! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Zeit erlaubt es nicht!)

Ich habe keinen weiteren Vorschlag.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das gibt es auch nicht oft: Beifall bei allen Fraktionen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Berroth das Wort.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Frau Kollegin Neuenhaus, im Sport heißt das: Ich habe fertig.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle fest: Im Landtag ist Sport inzwischen fest in Frauenhand.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jawohl!)

Aber das muss ja so schlecht nicht sein.

Die SPD, Frau Kollegin Queitsch, hat in der Begründung ihres Antrags eine interessante Formulierung, die mich doch ein bisschen stutzig gemacht hat. Da steht, Sie wollten wissen, „inwieweit die sportliche Ertüchtigung durch die Landesregierung sichergestellt“ wird. Wir haben vorhin von anderen Sicherheitsfragen gehört. Aber zur Sicherstellung der sportlichen Ertüchtigung hätten wir einiges zu tun, und ich wage doch zu bezweifeln, dass das Staatsaufgabe ist.

Den zweiten Teil Ihrer Frage, die Unterstützung der sportlichen Ertüchtigung, sehen wir sehr wohl auch so wie Sie. Darauf werde ich mich dann auch beim Rest meiner Rede konzentrieren.

Für mich war die wichtigste Erkenntnis aus der Stellungnahme der Landesregierung: Sport ist in Baden-Württemberg im

(Heiderose Berroth)

wahrsten Sinne des Wortes eine Volksbewegung. Darauf können wir alle stolz sein. Ich möchte insbesondere den Dank unserer FDP/DVP-Fraktion und von mir persönlich an alle aussprechen, die sich hier auch ehrenamtlich engagieren und viel Zeit, viel Kraft, viel Energie investieren zugunsten ihrer Mitbürger, vor allem unserer Kinder und Jugendlichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Vereine und privatwirtschaftliche Angebote stehen da inzwischen in einem durchaus gesunden Wettbewerb. Daraus ergibt sich auch die Verpflichtung zur regelmäßigen Aus- und Weiterbildung. Mein Respekt und unsere Anerkennung gilt hier den Sportbünden für die Organisation und für die Durchführung. Das Land unterstützt dies finanziell durchaus erheblich, und das ist auch richtig so.

Die für die Aus- und Weiterbildung aufgeführten Fachbereiche zeigen die Breite der inzwischen im Sport notwendigen Kenntnisse. Oft wird ja unterstellt, das sei wie beim Latein: Da müsse man sein Leben lang nichts dazulernen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Ich glaube, bei der pädagogischen Tätigkeit im Sport ist eigentlich am meisten Weiterbildung gefordert, weil sich im physiologischen Bereich und im Sport so viele neue Erkenntnisse ergeben, die man beachten muss, dass man da wirklich sehr stetig daranbleiben muss, wenn man die Gesundheit nicht gefährden, sondern fördern will.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

Es gehört zum Ziel der sportlichen Ausbildung, dass man zum einen sportlich Tätige anleitet. Aber ganz wichtig ist auch die Unterstützung der sportlichen, persönlichen und sozialen Entwicklung. Das sind nämlich Funktionen, die beim Sport wichtig sind. Dazu zählt auch – das fand ich in der Stellungnahme zu dem Antrag ganz interessant – das Fördern von Selbstständigkeit und Teilhabe jedes Einzelnen, in der Tat.

Dass Sport mit und für Kinder und Jugendliche besonders im Fokus steht, ist aus unserer Sicht der richtige Schwerpunkt. Es ist gut und muss immer wieder erwähnt werden, dass der Sport eine besondere Funktion bei der Integration von Migrantinnen und Migranten hat. Aber ich bin auch froh, dass wir das nicht gesondert zahlenmäßig verfolgen, sondern dass das wirklich in die sonstigen Tätigkeiten integriert ist.

(Abg. Margot Queitsch SPD: Das zahlt ja der Bund!)

Dass da viele Maßnahmen stattfinden und dass sich der Bund und das Land da komplementär engagieren, ist eine wichtige Sache.

Mir ist nur aufgefallen: Das alles sind Maßnahmen und Projekte zur Bewegungsförderung. Meine Damen und Herren, Sport ist weit mehr als Bewegung. Sport hat soziale Elemente. Im Sport ist der Leistungsgedanke durchaus wichtig, übrigens selbst im Seniorsport, was viele gar nicht wahrhaben wollen. Und wichtig ist auch die Übernahme von Verantwortung.

Das Problem ist erkannt. Es gibt viele Projekte. Es gibt erhöhte Anrechnungsstunden dafür. Es gibt wissenschaftliche Begleitungen. Ich finde es gut, dass unsere Erzieherinnen und Erzieher inzwischen einen obligatorischen Bestandteil Bewe-

gungsförderung in ihrer Ausbildung haben. Meine Forderung wäre, dass wir bei der Ausbildung aller Grundschullehrer den Sport viel stärker gewichten. Es kann eigentlich nicht sein, dass das nur Bestandteil der Sportlehrerausbildung ist, sondern der Sport gehört bei der Ausbildung aller Grundschullehrer dazu, genauso wie übrigens auch die Musik. Die Qualifizierungsmaßnahmen am LIS sind dazu ein erster Schritt.

Es ist in der Tat so, dass sich die Situation bezüglich Räumen und Lehrkräften gegenüber vor zehn Jahren glücklicherweise wesentlich verbessert hat. Durchschnittlich ist der Pflichtunterricht abgedeckt. Wir wissen aber, dass es örtlich Engpässe gibt und dass es ein spezielles Problem bei den Berufsschulen gibt. Da haben Sie recht. Dabei muss man aber auch bedenken: Gerade in diesem Alter gibt es viele junge Leute, die neben der Schule noch in Vereinen aktiv sind. Bei denjenigen, die das nicht sind, liegt sowieso der Hase im Pfeffer. Wenn man die nicht in früherer Jugend für den Sport gewinnen konnte, dann kriegt man sie in der Berufsschule auch nicht mehr dazu. Dann hocken sie das irgendwie ab.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist schlecht!)

Ich bin schon für regelmäßigen Sportunterricht, aber zum Teil ist da schon auch die Frage, was man da wirklich noch bewegen kann. Da muss in der Tat im früheren Lebensalter schon etwas geschehen.

Der Sportstättenbau ist wichtig für den Breiten- und den Leistungssport. Ich habe einmal ausgerechnet, wie hoch die durchschnittliche Förderung ist. Das sind nämlich recht interessante Zahlen, die da für 2003 bis 2007 angegeben sind. In den einzelnen Sportbünden sind das immerhin zwischen 833 € und 965 € pro Verein bzw. zwischen 2,60 € und 3,26 € pro Mitglied. Das, denke ich, ist eigentlich eine schöne Zahl. Es ist in der Tat wichtig, dass wir die Sportstätten regelmäßig erneuern, modernisieren und auch auf neue Anforderungen vorbereiten.

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

– Ich fasse zusammen. – Wir haben einen Förderstau. Aber man muss wissen: Eine ähnliche Situation gibt es durchaus auch in anderen Bereichen. Ich habe ausgerechnet: Es sind im Durchschnitt vier Jahre. Ich finde es allerdings gut, dass bei den Vergabeverfahren nun wirklich alle Beteiligten mit in die Entscheidung einbezogen sind, wer zuvörderst bedient wird, und dass es damit auch eine gerechte Verteilung gibt.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Abg. Berroth – –

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Ich kann Ihnen zum Abschluss nur sagen: Aus unserem parteiinternen Austausch mit den anderen sportpolitischen Sprechern stelle ich fest, dass die Situation in Baden-Württemberg so ist, dass wir von den meisten anderen sehr beneidet werden. Insofern arbeiten wir daran, dass das so bleibt. Wir wissen um diese Aufgabe. Aber ich glaube, beklagen müssen wir uns nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker das Wort.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als erste Männerstimme in dieser Debatte ist es mir dennoch ein Anliegen, einer Frau zu danken, nämlich Frau Kollegin Berroth, die zum Schluss einen ganz wichtigen Satz gesagt hat. Sie hat gesagt, dass uns viele um das Sportland Baden-Württemberg beneiden, weil wir insgesamt eine sehr gute Sportstruktur in Baden-Württemberg haben, beginnend beim Ehrenamt über die schulische Bildung bis hin zur professionellen Sportförderung. Deswegen möchte ich gerade in diesem Zusammenhang, weil es von einigen Rednern angezweifelt wurde, gern versuchen, es allgemein zu skizzieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich denke, die große gesellschaftspolitische Bedeutung des Sports ist unumstritten. Sie ist aber auch daran erkennbar, dass in Baden-Württemberg in über 11 300 Sportvereinen rund 370 000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer tätig sind.

Dieser hohe Stellenwert hat auch zu dem Solidarpakt Sport geführt, den wir zu Beginn dieser Legislaturperiode mit den Verbänden des Sports abgeschlossen haben, der mit einem finanziellen Volumen von 65 Millionen € bis zum Jahre 2010 Gültigkeit hat. Kernelement dieses Solidarpakts Sport ist die Planungssicherheit für den Sport. Die Tatsache, dass trotz des hohen Ziels der Haushaltskonsolidierung, das wir uns bis zum Ende dieser Legislaturperiode vorgenommen haben, im Bereich des Sports nicht eingespart wird, untermauert den hohen Stellenwert des Sports für die Landesregierung. Deswegen bin ich in diesem Zusammenhang auch den Regierungsfractionen dankbar, dass sie diesen finanziellen Kurs mittragen, um die Bedeutung des Sports zu unterstreichen.

(Beifall des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Der kommunale Sportstättenbau ist angesprochen worden. Diesen haben wir seit 2006 projektorientiert umgestaltet. Wir haben – da bin ich dem Haus insgesamt dankbar – in der letzten Legislaturperiode verschiedene Beschlüsse im Schulausschuss und im Landtag gefällt, wonach wir gegen den Willen der kommunalen Landesverbände die Projektförderung wieder eingeführt haben mit dem Ziel, eigene Prioritäten zu setzen.

Wenn man die frühere Pauschalierung zum Vergleich heranzieht, muss man einfach feststellen: Hätten wir das alte Finanzierungssystem aufrechterhalten, hätten sich die meisten Gemeinden im ländlichen Raum überhaupt keine Sportstättenbaufinanzierung leisten können.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr richtig! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Deshalb haben wir es ja auch geändert!)

Deswegen haben wir so, auch wenn wir „nur“ 12 Millionen € jährlich zur Verfügung haben, zumindest die Möglichkeit, eine ausgewogene Finanzierung anhand von objektiven Kriterien vorzunehmen. Insofern halten wir dieses System nach wie vor für sehr richtig, obwohl wir natürlich auch eine kritische Überprüfung vornehmen, was die Vereinfachung dieses Verfahrens betrifft. Allerdings liegt hierfür im Moment kein konkreter Verbesserungsvorschlag vor. Insofern sehen wir im Mo-

ment auch keine Veranlassung, lieber Kollege Fleischer, daran etwas zu ändern.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, aus den Förderleistungen des Landes wird u. a. die Aus- und Fortbildung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern in Regie der drei Sportbünde finanziert. Jährlich finden etwa 1 600 Lizenzlehrgänge statt, die zu einer qualifizierten Ausbildung führen. Insgesamt gibt es in Baden-Württemberg im Sport rund 175 000 Übungsleiterinnen und Übungsleiter. Damit wir die hervorragenden Grundvoraussetzungen zur Durchführung qualifizierter Sportangebote in den Vereinen nutzen, hat sich der Sport zudem im Rahmen des Solidarpakts verpflichtet – hierbei ging es nicht nur um Finanzen, sondern eben auch um Inhalte –, Partnerschaften mit Kindertagesstätten und Schulen weiter auszubauen sowie den Nachwuchsleistungssport intensiv zu fördern.

Man muss hier einfach einige Fakten nennen. Die Kooperation von Ehrenamt und Schule ist angesprochen worden. Hier haben wir gerade im Bereich des Sports exzellente Daten vorzuweisen, nämlich dass von insgesamt 4 000 Kooperationen, die auf diesem Feld in Baden-Württemberg stattfinden, 700 im Bereich des Sports stattfinden, und dass wir im Rahmen des Jugendbegleiterprogramms auch eine deutliche Steigerung verspüren.

Ich darf erwähnen: Wir haben jetzt nahezu 800 Jugendbegleiterschulen, die an diesem Projekt mitwirken, Schulen, die nicht davon überzeugt werden mussten, sondern die sich freiwillig dazu bereit erklärt haben, an diesem Jugendbegleiterprogramm mitzuwirken. Von 7 000 Jugendbegleitern kommen fast 1 000 aus dem Bereich des Sports. Das ist, Frau Kollegin Queitsch, eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Insofern stelle ich einfach einmal fest: Die Bereitschaft seitens des Ehrenamts, sich für den Sport in der Schule zu engagieren, ist ausgezeichnet.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

Einen anderen Beleg kann ich diesen Zahlen nicht entnehmen.

Im Übrigen, glaube ich, muss man die Ehrenamtlichen nicht dazu zwingen, sondern es gibt eine freiwillige Bereitschaft, die man nicht hoch genug schätzen kann, unabhängig davon, ob sie aus dem organisierten Sport kommen oder ob es sich um Einzelpersonen handelt, die einen sportlichen Hintergrund haben und die bereit sind, ihren Beitrag zur Entwicklung der Ganztagschule zu leisten.

Unmittelbar durch das Land werden ebenfalls verschiedene Maßnahmen zur Bewegungsförderung durchgeführt, insbesondere im Rahmen der Schulsportoffensive. Unser Haus führt in Zusammenarbeit mit der Sportselbstverwaltung und einer Vielzahl von Partnern nachhaltige Projekte durch, in deren Rahmen sich die Partner mit den ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten flankierend in eine sport- und bewegungsfreundliche Schule einbringen können.

Besonders herausgreifen möchte ich zwei Projekte. Eines davon ist das Projekt „Grundschule mit sport- und bewegungs-erzieherischem Schwerpunkt“. Wenn Sie in die Stellungnah-

(Staatssekretär Georg Wacker)

me zum Antrag der Fraktion der SPD hineinschauen, werden Sie eine interessante Zahl entdecken, Frau Haußmann.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja!)

Laut unserer Stellungnahme sind es über 400 Grundschulen gewesen, die sich an diesem Projekt beteiligen. Heute, ein knappes Jahr später, sind es bereits 560 Schulen, an denen wöchentlich mehr als 200 Minuten Sportunterricht erteilt wird. Auch da muss ich sagen, meine Damen und Herren: Wenn jemand meint, der Sport sei auf dem Rückzug, dann lebt er einfach auf dem falschen Planeten. Das Gegenteil ist der Fall. Der Sport ist gerade in der Grundschule auf dem Vormarsch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir kooperieren mit vielen außerschulischen Partnern, vor allem mit den Krankenkassen. Bewegungserziehung steht in unmittelbarem Zusammenhang zur Gesundheitserziehung und zur Ernährungserziehung. Deswegen haben wir gerade eine Rahmenvereinbarung mit der AOK Baden-Württemberg unterzeichnet, auf deren Grundlage wir mit dem Projekt „Science Kids“ das Kooperationsnetzwerk mit den Krankenkassen flächendeckend ausbauen wollen.

Meine Damen und Herren, wir haben darüber hinaus viele Projekte, viele Bausteine, mit denen die Landesregierung den Sport an den Schulen vorantreiben will. Ich nenne das Schülermentorenprogramm: Bisher haben wir fast 20 000 junge Menschen ausgebildet; 12 000 kommen aus dem Bereich des Sports. Ich nenne die Kooperationsmaßnahme „Schule/Sportverein“ mit einem jährlichen Fördervolumen von rund 1,3 Millionen €. Ich nenne das schulsportliche Wettkampfwesen: „Jugend trainiert für Olympia“ mit landesweit etwa 160 000 Teilnehmern.

Damit können wir, glaube ich, gerade auch im schulischen Bereich eine hervorragende Sportinfrastruktur nachweisen.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Führend in Deutschland!)

Zu Recht ist angesprochen worden, dass wir in Baden-Württemberg eine Vielzahl von Sportstätten haben – insgesamt etwa 18 000. Damit haben wir auch den höchsten Anteil an Sportstätten im bundesdeutschen Ländervergleich, gemessen an der Einwohnerzahl. Natürlich sind diese Sportstätten hauptsächlich in den Siebziger- und Achtzigerjahren entstanden. Daraus folgt, dass heute ein gewisser Sanierungsbedarf besteht. Um diesem Sanierungsbedarf gerecht zu werden, gibt es zum einen das Programm zur Förderung des kommunalen Sportstättenbaus, worüber ich eben schon gesprochen habe, zum anderen aber auch den Vereinssportstättenbau, bei dem die Verbände des Sports ihre Prioritäten zu Recht selbst festlegen.

Im Übrigen: Wenn man hier über angeblich zu wenige Mittel für dieses Programm klagt, weise ich nur darauf hin, dass sich im Rahmen des Solidarpakts die Partner darauf verständigt haben, dass der Sport durchaus die Möglichkeit hat, interne Umschichtungen auch zugunsten dieses Programms vorzunehmen – im Rahmen des gesamten Pakets im Umfang von 65 Millionen €. Insofern gibt es durchaus angemessene Rahmenbedingungen.

Zum Abschluss möchte ich noch einige wenige Aspekte ansprechen.

Zum Stichwort „Frühkindliche Bildung“ darf ich nur so viel sagen: Das Hohe Haus ist sich darüber einig, dass die Bildungsgrundlagen im frühkindlichen Bereich gelegt werden und nicht erst zu Beginn der Einschulung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Wir haben oft darüber diskutiert, und ich denke, darüber besteht Konsens.

Das Gleiche gilt natürlich auch für den Bereich der Bewegungserziehung,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig! Nicht nur Sprache!)

für den Bereich der Ernährungserziehung und für den Bereich der Gesundheitserziehung.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und der musischen Bildung!)

– Das gilt auch für den musischen Bereich. Vielen Dank für den wichtigen Hinweis, Herr Kollege Noll.

Ist Ihnen vor 15 Jahren schon aufgefallen, dass an Kindergärten Sportbetätigungsprogramme stattgefunden haben? Ich sage nur so viel: Der Bereich der Bewegungserziehung ist ein Bereich, der nicht nur durch die Einführung des Orientierungsplans – aber auch dadurch – ein neues Element der Arbeit unserer Erzieherinnen geworden ist. Gerade dadurch messen wir auch der Bewegungserziehung an unseren Kindergärten einen wichtigen Stellenwert bei. Im Übrigen haben unsere Fachschulen für Sozialpädagogik jetzt die Möglichkeit, auch Wahlpflichtbereiche für Sport einzurichten, wo Erzieherinnen sich gerade in diesem Bereich profilieren können. An acht Standorten in Baden-Württemberg haben wir das bereits. Das sind auch Belege dafür, dass wir ein besonderes Augenmerk auf den Erzieherinnenbereich richten.

Es ließe sich noch vieles aufzählen. Insofern bin ich den Kolleginnen Brunnemer und Berroth sehr dankbar, dass sie bereits wichtige Aspekte skizziert haben. Ich glaube, im Sportland Baden-Württemberg sind wir nicht nur gut aufgestellt,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Margot Queitsch SPD: Es ist alles in Butter?)

sondern hervorragend aufgestellt, beginnend bei der frühkindlichen Bildung bis hin –

(Abg. Margot Queitsch SPD: Der fehlende Sportunterricht!)

– Das sage ich Ihnen auch, Frau Queitsch. Das sage ich Ihnen genau. Zunächst einmal haben wir Erhebungen vorgenommen, was den Unterrichtsausfall allgemein in den letzten Jahren betrifft; das wissen Sie.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wie viel fachfremden Unterricht habt ihr noch?)

(Staatssekretär Georg Wacker)

Wir gehen mit diesem Thema, Kollege Walter, sehr transparent um. Die Unterrichtsausfallquote, die wir an unseren Schulen feststellen, bewegt sich zwischen 3 und 4 %.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Fachfremder Unterricht!)

Wir wissen sehr wohl, dass der Unterrichtsausfall verschiedene Gründe hat.

Wir untersuchen natürlich auch, wie das im Bereich des Sports aussieht. Da stellen wir fest, dass der Anteil des Unterrichtsausfalls beim Sport in der Regel geringer ist als in anderen Bereichen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Aha!)

Und jetzt schiebe ich noch eines nach: Wenn sogenannter Unterrichtsausfall stattfindet, weil vielleicht die Sporthalle nicht benutzt werden kann oder weil vielleicht das Hallenbad nicht benutzt werden kann, dann liegt das doch nicht am Unterrichtsbetrieb der Schule, sondern möglicherweise an der fehlenden Koordinierung zwischen Schule und Schulträger. Da muss man aufpassen, dass man nicht dem Land den Schwarzen Peter zuschiebt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das passiert selten! – Abg. Margot Queitsch SPD: Schlechte Beispiele!)

Denn oft sind das Probleme, die vor Ort entstehen und letztlich zu einem punktuellen Unterrichtsausfall führen. Insofern sind wir, glaube ich, was die Unterrichtsversorgung betrifft, gerade auch was den Ausbau der Programme betrifft, die ich eben für den Bereich der Grundschule skizziert habe, sehr gut aufgestellt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was ist mit fachfremdem Unterricht?)

In diesem Sinne freuen wir uns, dass wir in einem sehr guten Sportland Baden-Württemberg leben.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sport und Musik!)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gute Rede!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 14/1587. Es handelt sich um einen reinen Berichtsantrag, der durch die Debatte erledigt ist. – Sie stimmen dem zu.

Punkt 6 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – Markteinführung der Tiefengeothermie in Baden-Württemberg durch Absicherung von 30 Bohrungen – Drucksache 14/1594**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Ich darf für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Knapp das Wort geben.

**Abg. Thomas Knapp SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Titel des Antrags lautet: „Markteinführung der Tiefengeothermie in Baden-Württemberg durch Absicherung von 30 Bohrungen“.

Wir sind uns alle einig – Frau Ministerin, ausnahmsweise auch wieder einmal mit Ihnen –, dass wir im Bereich der Tiefengeothermie deutlich mehr machen müssen als das, was im Moment passiert. Wir sind uns auch einig mit dem Wirtschaftsministerium, dass wir in Baden-Württemberg auch nach den Vorfällen, die in Basel passiert sind, wo es durch eine Tiefengeothermiebohrung und den darauffolgenden Drücken, die man dort im Hot-Dry-Rock-Verfahren eingebracht hat, um den Wärmetauscher dort unten zu installieren, zu Erdstößen gekommen ist, in der Tiefengeothermie weiter forschen müssen. Wir halten es deswegen auch für richtig, dass in Baden-Württemberg angedacht ist, einen Lehrstuhl einzurichten, um solche Dinge voranzutreiben.

Tatsache ist aber auch: Wenn man die Ziele erreichen möchte, die sich die Landesregierung gesetzt hat, um die Leistung der Tiefengeothermie in Baden-Württemberg bis 2020 auf eine Terawattstunde auszubauen – wobei ich jetzt nur von der Stromerzeugung rede und nicht von der Wärme, die parallel dazu noch genutzt werden kann –, dann ist es so: Wenn man das einzige im Moment wirklich laufende Projekt, nämlich das in Bruchsal, als Vergleich heranzieht, dann müsste man zum Erreichen dieses Zieles 250 solcher Anlagen in der Größenordnung von Bruchsal bauen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

– Ja, sehr gut. Das muss man aber bis 2020 darstellen, Kollege Kluck. Da haben wir noch zwölfmonatige Jahre. Das muss man versuchen darzustellen.

Man müsste – das kann man ja auch einmal sagen – 120 bis 125 Anlagen mit je einem Megawatt bauen. Sie können es weiterrechnen. Man müsste zwölf oder 13 Anlagen mit je zehn Megawatt bauen, wie es sie bei uns und auch in Europa in dieser Größenordnung noch nicht gibt, zumindest noch nicht in Betrieb gibt.

Jetzt geht es uns in unserem Antrag darum, zu fordern, dass wir als Land die Aufgabe ernst nehmen und dass wir als Land sagen, was wir tun können, damit das Risiko abgesichert wird, dass alle Investoren im Bereich der Tiefengeothermie sehen, dass man nämlich, wie immer wieder gesagt wird, nicht vor den Bohrer schauen kann und nicht weiß, was vor dem Bohrer kommt.

Wir wollen das nicht mit direkten Geldern absichern, Kollege Scheuermann – wir wollen keine Zuschüsse geben –, sondern wir sagen: Die Energiewirtschaft muss das auch allein können. Es müssen aber auch Mittelständler in die Lage versetzt werden, solche Bohrungen zu machen oder solche Projekte anzugehen. Deswegen muss das Land – so sagen wir, und so lautet unser Antrag – mit Landesbürgschaften reagieren – die ja bei Weitem nicht per se alle in den Sand gesetzt werden, auch wenn vielleicht das eine oder andere Projekt einmal nicht funktionieren sollte. Wir sollten also mit Landesbürgschaften aushelfen und so die Entwicklung anschieben.

(Thomas Knapp)

Denn anders wird man das Ziel, bis 2020 einen spürbaren Anteil an der Stromerzeugung durch Tiefengeothermie zu haben, nicht erreichen.

Ich komme schon jetzt zum Schluss; ich mache es relativ kurz. Wir wollen den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss überweisen. Denn ich glaube, der Antrag ist es wert, dass man sich intensiver damit beschäftigt und fragt: Wie kann das Land eingreifen oder behilflich sein, um seine eigenen Ziele zu erreichen?

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schätzle für die Fraktion der CDU.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Oh! Habe ich vorhin „Herr Präsident“ gesagt!? – Heiterkeit)

– Das war richtig.

(Heiterkeit)

**Abg. Bernhard Schätzle** CDU: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem bergmännischen Spruch beginnen: Hinter der Hacke ist es dunkel.

(Heiterkeit – Abg. Thomas Knapp SPD: Vor dem Bohrer!)

Wir sind uns wohl darüber einig, dass die schier unerschöpfliche Energie des Erdinneren künftig einen wichtigen Baustein für den Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix des Landes Baden-Württemberg darstellen wird. Auch mir persönlich ist es ein großes Anliegen, dass die CO<sub>2</sub>-neutrale, was Technikfolgen angeht unbedenkliche und grundlastfähige Tiefengeothermie die notwendige Förderung erhält. Die Aussage „notwendig“ in Bezug auf die Förderung ist auch ein Hinweis darauf, dass die ergiebigste Geothermieform – bekanntermaßen die Tiefengeothermie – noch mancher Forschungsanstrengungen, Grundlagenforschung im wahrsten Sinne des Wortes, bedarf, und zwar hinsichtlich der Fündigkeit, aber auch hinsichtlich der seismologischen Gefahren, die es besser zu beherrschen gilt.

In der Überschrift Ihres Antrags schreiben Sie von Markteinführung. Ich empfinde dies schon als den dritten Schritt vor dem ersten. Zunächst, denke ich, sind über die Forschung mehr Erkenntnisse nötig, um das Risiko für die hohen Geldsummen, die da in die Hand genommen werden müssen, zu minimieren.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Da gehört Learning by Doing dazu!)

– Learning by Doing kann man in einer Mopedwerkstatt machen, wenn man etwas frisiert, aber nicht bei diesen sehr teuren Techniken.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Keine unüberlegten Schnellschüsse!)

Ich meine, einen wichtigen Schritt macht das Umweltministerium des Landes völlig zu Recht bei der Förderung der For-

schung, der Planung der Einrichtung eines Lehrstuhls und der Eröffnung des Zentrums für Erneuerbare Energien erst vor Kurzem in Freiburg.

Nicht die Landesregierung und deren vermeintlich zugehaltenes Füllhorn bei der Übernahme von Bohrrisiken, sondern der unternehmerische Blick auf Risiken und Kosten lassen die Entwicklung in diesem Sektor der Energiegewinnung stocken. Der Zielkonflikt, einerseits die gewonnene Wärme möglichst siedlungsnah für Heizzwecke verwenden zu können, aber andererseits auch die seismischen Gefahren möglichst weit weg von bewohnten Gebieten zu halten, wird ebenfalls immer mehr ein Thema. Eventuelle Schäden, die es bei solchen Klüftungen und Stimulierungen des Untergrunds geben kann, müssen offen angesprochen werden. Die Bevölkerung muss dahinterstehen. Da gehört ein Diskussionsprozess in Gang gesetzt. Auch sind Schadensregulierungen, wie sie im Bergbau üblich sind, in Aussicht zu stellen.

In Basel wurde dieses Thema, glaube ich, zu schwach angegangen. Es war plötzlich von der Schreckung der Bevölkerung und der Einstellung dieses Projekts die Rede, das uns sicherlich jedoch, wenn es in Gang wäre, manche Erkenntnisse bringen könnte. Schade darum!

Mit verbessertem Wissen um Bohrrisiken werden sich auch der unternehmerische Mut und die Nachfrage nach Möglichkeiten der Risikoabdeckung verstärken. Diesem Kapitalbedarf – der nicht in den nächsten Wochen und Monaten entstehen wird – werden wir auch in den künftigen Haushaltsdebatten entsprechen müssen.

Es wird, wie ich von Ihnen, Herr Knapp, höre, keine Abstimmung geben; die Überweisung des Antrags an den Ausschuss ist gewünscht.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ja!)

Insofern wird man sich dort der Thematik weiter nähern.

Zum hierzu vorgelegten Änderungsantrag der Grünen so viel: Die Landesregierung in Person unserer erfolgreichen Umweltministerin Tanja Gönner bedarf nicht erst eines Antrags Ihrerseits, um Tiefengeothermie mit allen ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten zu fördern. Ich verweise hierzu auf die nachher folgenden Ausführungen der Frau Ministerin.

Lassen Sie mich mit einem bergmännischen Wunsch schließen:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hinter der Hacke!)

Ein Glückauf der Geothermie!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dieter Ehret FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Untersteller das Wort.

**Abg. Franz Untersteller** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man sich die Entwicklung der erneuerbaren Energien in den letzten Jahren anschaut, muss man feststellen: Es ist im Großen und Ganzen eine Erfolgsstory gewesen. Die Entwicklung von Windenergie, Solarenergie

(Franz Untersteller)

und Biomassenutzung ist vorangekommen, insbesondere im Stromsektor. Wir hoffen, dass es zukünftig auch im Wärme-sektor vorangeht.

Nicht richtig vorangekommen sind wir insbesondere im Bereich der Tiefengeothermie. Alle, die wir hier sitzen, haben eigentlich große Hoffnung in diesen Bereich gesetzt. Beispielsweise gab es eine Studie des Büros für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags, die zu dem Ergebnis kam, das Potenzial der Tiefengeothermie sei so groß, dass man eigentlich den gesamten Bedarf an bislang durch Braunkohlekraftwerke und Kernkraftwerke erzeugter Energie abdecken könnte. Das heißt, da stecken ungeheure Hoffnungen dahinter.

Allerdings ist die Entwicklung im Bereich der Tiefengeothermie überhaupt nicht richtig vorangegangen. Wir haben in Baden-Württemberg bislang ein einziges Projekt, nämlich in Bruchsal; Kollege Knapp hat es schon angesprochen. Ein Projekt hat im letzten Jahr die vom Umweltministerium ausgeschriebene Fördersumme von 1 Million € erhalten, nämlich das Projekt in Neuried. Aber trotzdem ist dieses Projekt nicht ins Laufen gekommen. Warum?

Damit komme ich schon zu dem ersten Problem: Mit dieser 1 Million € kann das Bohrrisiko und das Fündigkeitsrisiko nur zu einem Bruchteil abgedeckt werden. Das heißt, man braucht für diesen Bereich noch zusätzlich private Investoren. Diese sind derzeit überhaupt nicht zu finden. Denn die Bohrkosten gingen in den letzten zwei Jahren rasant in die Höhe. Insbesondere vor dem Hintergrund steigender Ölpreise und Gaspreise wird mittlerweile in Regionen nach Öl und Gas gesucht, in denen es sich früher nicht rentiert hat. Somit gibt es eine höhere Nachfrage nach Bohrgestängen. Ergo gehen auch die Bohrkosten bei der Tiefengeothermie rasant in die Höhe, und somit steigen auch die Gesamtkosten.

Wenn wir wollen, dass es bei der Tiefengeothermie zukünftig wirklich vorangeht, ist es meines Erachtens erstens notwendig, dass sich das Land stärker engagiert. Wir machen in unserem Antrag einen Vorschlag, wie man mit dieser 1 Million € anders umgehen könnte, als nur einen Zuschuss zu geben. Wir bringen mit dem vorliegenden Änderungsantrag den Vorschlag ein, die 1 Million € dafür zu verwenden, die Versicherungsprämie für das Bohrrisiko abzudecken. Damit hätten wir zumindest dem Problem abgeholfen, dass private Investoren derzeit nicht bereit sind, mit einzusteigen.

Zweitens, glaube ich, ist es auch notwendig, dass sich der Bund verstärkt engagiert. Eine Vergütung in Höhe von 16 Cent, wie sie derzeit im Erneuerbare-Energien-Gesetz vorgesehen ist, ist meines Erachtens nicht ausreichend, damit Interessenten sich sagen: „Ich investiere in diesen Bereich.“ Das sehe offensichtlich nicht nur ich so, sondern das wird, wenn ich es richtig interpretiere, auch im Umweltministerium so gesehen. Man hat im Bundesrat einen Änderungsantrag eingebracht, der besagt: „Lasst uns bis zum Jahr 2015 für die Projekte, die in den kommenden Jahren zum Laufen kommen, 4 Cent draufsatteln, lasst uns da also 20 Cent bezahlen.“ Das halte ich für einen richtigen Vorstoß. Meines Wissens gab es hierfür jedoch keine Mehrheit. Das ist zumindest mein Kenntnisstand. Ich lasse mich aber gern eines Besseren belehren.

Aber was mich etwas wundert, ist, dass auf einen von mir initiierten Antrag, mit dem die Landesregierung gefragt wurde,

ob sie nicht der Meinung sei, dass in Bezug auf die Tiefengeothermie im EEG mehr getan werden müsse, vom Wirtschaftsministerium die Antwort kam – ich zitiere –:

*Die mit dem neuen EEG vorgeschlagenen Kostenstrukturen sind durchaus richtig angelegt ...*

Jetzt hätte ich gern einmal gewusst, was gilt. Sind diese Strukturen richtig angelegt, oder ist es notwendig, dass man die Beträge erhöht – so, wie ich es für richtig halte und wie es offenbar auch im Umweltministerium gesehen wird? Meines Erachtens ist es, wie gesagt, notwendig, dass sich das Land ebenso wie der Bund hierbei stärker engagieren.

Ich halte es zudem für notwendig, dass sich ein Unternehmen wie die EnBW, das von einem Milliarden Gewinn zum nächsten eilt – gerade wurde bekannt gegeben, dass im letzten Geschäftsjahr ein Gewinn in Höhe von 1,3 Milliarden € erzielt wurde –, ein bisschen stärker engagiert und es nicht bei dem Hinweis belässt, sie seien bei Bruchsal dabei, um danach immer wieder Diskussionen über Laufzeitverlängerungen und anderes loszutreten. Da würde ich schon erwarten, dass hier ein stärkeres Engagement an den Tag gelegt wird, als wir das bislang erleben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ehret für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dieter Ehret FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle in diesem Haus wollen und wir brauchen auch unbedingt die Tiefengeothermie, weil diese Form der erneuerbaren Energien grundlastfähig ist und weil sie – zumindest gilt das für einige Regionen des Landes – auch unerschöpflich ist. Deswegen ist es für uns als FDP/DVP-Fraktion selbstverständlich, dass wir die Erforschung und die Markteinführung dieser Zukunftstechnologie Tiefengeothermie unterstützen, weil sie ein großer Hoffnungsträger bei den künftigen Energiequellen ist. Herr Kollege Untersteller, für mich ist sie tatsächlich nach wie vor ein großer Hoffnungsträger.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Was wir vor allem brauchen, ist ein Erfolgsprojekt hier im Land. Beispielsweise wünsche ich mir, dass das Projekt in Neuried klappen wird.

Leider mussten wir erkennen, dass die Bohrrisiken tatsächlich sehr hoch sind. Trotz aller Bohrerkundungen ist das Risiko hoch, nicht auf geeignete Temperaturebenen zu treffen.

Darüber hinaus zeigen die Ereignisse von Basel – Herr Kollege Schätzle hat das bereits erwähnt – auch die seismischen Risiken. Die Verfahren der Tiefengeothermie müssen also noch weiter erforscht werden.

Gerade in diesem Bereich – Herr Kollege Knapp, das ist auch von Ihnen bestätigt worden – leistet das Land einen gewaltigen Beitrag. Ich weise auf das Zentrum für Erneuerbare Energien in Zusammenarbeit und Kooperation mit dem entsprechenden Lehrstuhl und Institut in Karlsruhe hin, und ich erin-

(Dieter Ehret)

nere ebenso an den Vortrag, den wir kürzlich im Umweltausschuss über „Oberflächennahe Geothermie“ gehört haben. Wenn man im Bereich der Tiefengeothermie etwas Analoges erreichen könnte, wäre das ein großer Fortschritt. Es gibt auch private Firmen wie etwa das Unternehmen Dr. Herrenknecht – dort waren wir unlängst mit dem Wirtschaftsminister zu Besuch –, das hier ebenfalls Forschung betreibt.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, Herr Knapp, dass der Bund entsprechende Absicherungsmöglichkeiten ab dem Jahr 2008 schaffen möchte. Wir als FDP können das natürlich nur unterstützen. Leider ist der Bund offensichtlich noch nicht so weit – wohl auch, weil diese Möglichkeiten nicht ganz einfach darstellbar sind.

Ich will in diesem Zusammenhang noch auf etwas hinweisen, was ich kürzlich gelesen habe: Es sind auch Änderungen im Bundesberggesetz erforderlich; als Stichworte nenne ich die Mehrfachnutzung in verschiedenen Tiefenschichten sowie das Fehlen einer gesetzlichen Festlegung von geeigneten Bemessungskriterien zur Festlegung der Ausdehnung des Feldes.

Ich denke, das Land Baden-Württemberg gibt derzeit gute Anreize. Die Beteiligung mit 1 Million € für eine Ausfallbürgschaft ist ein erheblicher Anreiz, der auch in Neuried angeboten wurde. Ich glaube, es ist derzeit sinnvoll, die Erfahrungen dieses Projekts auszuwerten und zu nutzen. Bis dahin, denke ich, müsste auch der Bund mit seinem Förderprogramm so weit sein, sodass wir uns im Zuge der nächsten Haushaltsberatungen sowie natürlich auch im Ausschuss nochmals der Frage der Förderung der Tiefengeothermie widmen sollten.

Ich komme nun konkret zu den beiden Anträgen. Ich habe das Projekt in Neuried mit Kollegen von Anfang an begleitet und unterstützt. Ich bin auch fortlaufend in Gesprächen mit den dortigen Verantwortlichen.

Das, was der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Herr Untersteller, begehrt, wurde den Antragstellern bei diesem Projekt schon vom Land als eine der Varianten vorgeschlagen. Es war aber offensichtlich für die vorhandene Konstellation nicht passend. Das heißt, bei dem Vorschlag, den Sie hier bringen, handelt es sich keineswegs um ein Allheilmittel. Deswegen können wir diesem Antrag so nicht zustimmen. Wir werden das im Ausschuss beraten. Denn mit dem, was Sie vorschlagen, wäre Neuried keinesfalls gedient – ganz im Gegenteil –, weil denen eine einmalige Bürgschaft mehr nützt. Das heißt insgesamt, wir brauchen flexible Fördermöglichkeiten, die an die jeweiligen Projekte angepasst werden müssen.

Zum Antrag der SPD: Grundsätzlich wird die Finanzierung der Tiefengeothermie aus Sicht der Banken als – das ist Bankersprache – nicht bankfähig angesehen, selbst wenn das Land die Bürgschaft von 1 Million € übernimmt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Null Risiko!)

weil es sich bei den Finanzierungen der Risiken um zweistellige Millionenbeträge handelt.

Dabei ist – wie ich auch aus Gesprächen weiß, Herr Knapp – dann auch nicht zielführend, wenn die Einzelbürgschaft von 1 Million € auf 2,5 Millionen € erhöht wird, wie Sie das wollen. Es wäre nicht zielführend.

Deswegen möchte ich noch einmal betonen: Es ist wichtig, dass wir die fortlaufenden Ergebnisse von Neuried abwarten. Ich selbst werde den Kontakt halten. Wir gehen auch mit unserem Arbeitskreis im April nach Neuried.

Es ist auch wichtig, dass wir die Entwicklungen im Jahr 2008 beobachten, wenn die Fördermodalitäten des Bundes klar sind. Ich bin sicher, wir werden dann gemeinsam nachhaltige Möglichkeiten für die bestmögliche Förderung der Tiefengeothermie schaffen. Insgesamt finde ich auch gut, dass das Land Baden-Württemberg im Bundesrat einen Antrag zum EEG eingebracht hat.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Ministerin Gönner.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Jetzt aber zügig! – Abg. Thomas Knapp SPD: In den Ausschuss! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Zügig in den Ausschuss, meine ich!)

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal hat sich Baden-Württemberg für das Jahr 2020 einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 20 % zum Ziel gesetzt. Um diese Zielmarke zu erreichen, müssen wir in der Diskussion über die Frage, was an etablierten Technologien wie Biomasse, Wasser- und Windkraft möglich ist, hinaus denken.

Die Tiefengeothermie ist weiterhin eine ernst zu nehmende Option. Wir können – ich glaube, dass wir auch darauf hinweisen sollten – bereits einen konkreten Erfolg nachweisen: In Baden-Württemberg wird mit dem Geothermiekraftwerk in Bruchsal eine der ersten dieser Stromerzeugungsanlagen in Betrieb gehen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: 550 kW!)

– Lieber Herr Knapp, natürlich: 550 kW. Viele Dinge haben klein begonnen. Auch das, was Sie sonst immer großartig propagieren, hat deutlich kleiner begonnen als das, was heute auf dem Markt ist. Insofern, finde ich, gehört es auch dazu, zu sagen: Klein beginnen, um dann auch weiter voranzukommen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Small is beautiful!)

Wir wissen, dass es deutlich einfacher ist, von Klein zu Groß zu kommen, auch was Großanlagentechnik angeht, als von Groß zu Klein zu kommen. Aber das ist wieder ein anderes Thema.

Bruchsal ist das dritte Tiefengeothermiekraftwerk in Deutschland nach Neustadt-Glewe und Landau. Wir erhoffen uns, dass ein funktionierendes Kraftwerk in Bruchsal ein Stück Vertrauen in die Realisierbarkeit von Geothermievorhaben im Oberrheingraben und auch anderswo herstellt. Das Thema Vertrauen ist bei der Tiefengeothermie ganz wichtig; das wurde auch in den vorherigen Reden deutlich.

(Ministerin Tanja Gönner)

Bei der Stromgewinnung, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurden in den letzten Jahren allerdings auch viele Hoffnungen auf einen schnellen Einsatz und im Übrigen auch auf Lösungen von der Stange geweckt. Mehrere Projektideen im Oberrheingraben wurden der Öffentlichkeit vorgestellt. Es hat sich dann jedoch jeweils gezeigt, dass für alle Projekte erhebliche Voruntersuchungen durchzuführen und Entwicklungsarbeiten zu leisten sind. Projektentwickler sowie Investoren müssen bereit sein, ein nicht genau abschätzbares Bohrrisiko zu tragen.

Um dort Projekte zu unterstützen, hat das Land eine Risikoabsicherung von 1 Million € für diese Projekte angeboten. Allerdings gehört zur Wahrheit auch, dass in unserem Haus in diesen drei Jahren genau ein Förderantrag einging. Dies zeigt, dass sich die im Antrag genannte Größenordnung von 30 Vorhaben, die durch das Land abgesichert werden sollten, auch mittelfristig nicht abzeichnet. Die Frage war dabei nicht, ob zu wenig Geld vorhanden ist. Vielmehr lautete die Frage schlicht: Wie weit kommen wir bei entsprechenden Projektentwicklungen?

Intensive Verhandlungen unter Einbeziehung von Versicherungen haben bisher auch im Fall des bekannten Projekts noch nicht zum Durchbruch geführt. Die Risiken sind erheblich.

Herr Untersteller – Herr Schätzle hat es bereits angekündigt; Herr Ehret hat ebenfalls darauf hingewiesen –, wir sind als Land bei der Frage „Setzen wir die 1 Million € zur Risikoabdeckung ein, oder setzen wir sie auch für Versicherung ein?“ bereits heute flexibel. Wir sind bei dieser Frage ganz bewusst offen und frei, damit diejenigen, die bereit sind, das Risiko zu tragen, für sich entscheiden können: Machen wir das eine, oder machen wir das andere? Deswegen bedarf es in diesem Punkt keiner Aufforderung an die Landesregierung, weil wir schon heute – auch über die Einrichtung des betreffenden Haushaltstitels – diese Flexibilität haben und diese auch ganz bewusst angeboten haben. Denn uns geht es darum, zu realisieren, zu zeigen, dass wir bereit sind, den Weg mitzugehen und eine entsprechende Unterstützung zu leisten.

Wir haben uns für diesen Weg – insbesondere auch was die Frage betrifft, ob man hier auch Risiken bündeln kann, indem mehrere Projekte über verschiedene Regionen hinweg zusammenkommen, damit auch eine Streuung des Risikos gegeben ist – auch beim Bundesumweltministerium eingesetzt.

Das gilt auch für die Frage einer Förderung auf Bundesebene. Auf Bundesebene gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine ist die derzeit anstehende Diskussion über die Fortschreibung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Herr Untersteller, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie hinsichtlich dieser Antwort eine Frage haben. Ich kann aber auch sagen, dass die Landesregierung nach Abstimmung zwischen mehreren Ministerien bei der Antragstellung im Bundesrat sehr einheitlich vorgegangen ist.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Das ist ja in Ordnung. Ich habe es jetzt sehr freundlich zu Ihnen gesagt. Wir haben gemeinsam Anträge gestellt.

Wir verbuchen es für uns als einen Erfolg, dass es immerhin gelungen ist, die Einspeisevergütung bei der Tiefengeother-

mie nicht an der Größe der Anlagen auszurichten. Vielmehr erhalten wir einheitlich 16 Cent. Das ist ein erster Schritt.

Klar ist, dass wir bei zwei Punkten nicht erfolgreich waren – das gilt aber für beide Ministerien –, nämlich zum einen, dass Frühstarter einen höheren Anteil bekommen, und zum anderen, dass die Degression dort nicht angewandt wird. Das sind zwei Anträge, für die wir im Bundesrat keine Mehrheit bekommen haben, obwohl das Land Baden-Württemberg dort einheitlich abgestimmt hat.

Der zweite Punkt, bei dem wir allerdings erfolgreich waren, ist, dass wir bei der Kraft-Wärme-Kopplung – auch das ist gerade bei der Geothermie interessant – eine Erhöhung von 2 auf 3 Cent vorgenommen haben, sodass wir in der Kopplung – KWK-Stromgewinnung, EEG plus KWK – auf 19 Cent kommen.

Wir haben darüber hinaus bei der Frage „Was kann eine Förderung von Bundeseite sein?“ darum gebeten, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau darüber nachdenkt, auch eine Bohrrisikoabsicherung anzubieten. Sie hat dies jetzt in ihr Portfolio aufgenommen. Das Prozedere im Gesamten ist allerdings noch offen. Wir stehen hier in einem direkten Kontakt mit der KfW und sind verhalten optimistisch, dass es hier auch eine entsprechende Unterstützung geben wird.

Über Risiken will ich jetzt auch in Anbetracht der Zeit nicht mehr viel sagen; das haben meine Vorredner bereits getan.

Festzuhalten bleibt, dass die Tiefengeothermie in ihrer Entwicklung noch in den Kinderschuhen steckt. Wir benötigen eine Forschung, die uns Schritt für Schritt voranbringt. Hier werden wir nicht nur mit der Einrichtung eines Lehrstuhls, sondern auch mit der Einrichtung eines Instituts für Tiefengeothermie ein Zeichen setzen.

Für die Praxisanbindung benötigen wir aber vor allem auch einen längeren Atem. Wir dürfen keine „Alles oder nichts“-Taktik verfolgen und auch keine Versprechungen in dem Sinn abgeben: Übermorgen wird das alles funktionieren. Wir sind dort noch am Anfang und müssen darauf achten, dass wir bei der Weiterentwicklung dabei sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die SPD-Fraktion hat darum gebeten, den Antrag Drucksache 14/1594 zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuss zu überweisen. – Gegen die Überweisung erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Beziehungen zwischen Bund und Ländern in der Lebensmittelüberwachung und Umsetzung des Zehnpunkteprogramms des Bundeslandwirtschaftsministers von 2005 – Drucksache 14/1561**

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Hierzu rufe ich den Antrag der Fraktion der SPD – Beziehungen zwischen Bund und Ländern in der Lebensmittelüberwachung und Umsetzung des Zehnpunkteprogramms des Bundeslandwirtschaftsministers von 2005 –, Drucksache 14/2420, mit auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung der Großen Anfrage fünf Minuten je Fraktion, für das Schlusswort fünf Minuten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer für die Fraktion der SPD.

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, der Minister kommt noch, denn das ist ein Thema, das ihn ursächlich angeht. Ich kann ihn noch nicht ausfindig machen.

Anlass unserer Großen Anfrage war eine Ansammlung von größeren und kleineren Lebensmittelskandalen im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg in den Jahren 2005, 2006 und 2007; Sie erinnern sich sicherlich. In mindestens sieben verschiedenen Fällen, vornehmlich in Bayern, wurde Ekefleisch umdeklariert, umgepackt und quer durch die Republik verkauft. Es wurde sogenanntes Kategorie-3-Material, also praktisch Schlachtabfälle, die für den Verzehr nicht zugelassen sind, gesetzeswidrig verarbeitet und vermarktet. Das waren unhaltbare Zustände. Das fanden wir alle.

Handeln war angesagt, und so entwickelte der Bundesverbraucherschutzminister ein Zehnpunkteprogramm, und die Länderminister entwickelten zusammen mit ihm ein 13-Punkte-Programm – lauter Punkte, die abzuarbeiten waren.

Was davon wurde umgesetzt?

(Zuruf von der SPD: Nichts!)

Wir können Folgendes feststellen: Die länderübergreifende gegenseitige Information wurde verbessert. Die Überwachung von Kühllhäusern wird von den Ländern jetzt erarbeitet. Die Verpflichtung zur Eigenkontrolle der Unternehmen wurde geregelt, wobei diese Verpflichtung bei den Unternehmen offenbar nur durch Appelle durchgesetzt werden kann. Wie anders ist zu werten, wenn es in der Antwort auf unsere Große Anfrage heißt, es habe ein Gespräch der Unternehmen der Fleischwirtschaft und des Handels mit dem Bundesminister stattgefunden. Da steht dann:

*An die Wirtschaft wurde appelliert, durch Einrichtung geeigneter Eigenkontrollsysteme ihrer gemeinschaftsrechtlich verankerten Verpflichtung nachzukommen und sichere Lebensmittel in den Verkehr zu bringen.*

Es ist schon bemerkenswert, dass man anders als durch Appelle so etwas nicht durchsetzen kann oder meint, nicht durchsetzen zu können.

Endlich sollen auch Ausführungshinweise zur amtlichen Kontrolle dieser Eigenkontrolle bei den Lebensmittelunternehmen erarbeitet werden. Endlich werden auch Schulungspflichten hinsichtlich der Eigenkontrollverpflichtung der Unternehmen präzisiert. Das Einfärben von Schlachtabfällen, dieses K-3-Materials, soll demnächst möglich sein, um die lückenlose Rückverfolgbarkeit zu ermöglichen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber wo?)

Hoffentlich kommt dies auch.

Die EU jedenfalls hat eindeutig erklärt, dass es an ihr nicht liege. In den „EU-Nachrichten“ vom 6. September 2007 sagt die zuständige Agrarkommissarin:

*Künftig können die Regierungen sogar selbst beschließen, ob sogenanntes K-3-Fleisch durch Einfärben kenntlich gemacht wird..*

Seit dem 24. Oktober 2007 liegt auch der Entwurf zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs vor. Dort wird der Strafrahmen erhöht, und es wird endlich auch eine Meldepflicht für Unternehmen eingeführt, denen Gammelfleisch angeboten wurde. Es soll sogar die Möglichkeit geschaffen werden, dass der Bund sich bei der Einführung länderübergreifender Überwachungssachverhalte ein Lagebild schaffen darf. Das ist bemerkenswert und wurde wahrscheinlich den Länderministern abgerungen als ein Maximum an Bundeskompetenz in der weisen Erkenntnis, dass der Lebensmittelhandel in der heutigen Welt an Ländergrenzen Deutschlands nicht haltmacht.

Einiges ist noch offen und weiterzuentwickeln in Sachen gesundheitlicher Verbraucherschutz, z. B. der Informantenschutz. Dieser ist überhaupt noch nicht geregelt. Denn schließlich ist es so, dass alle Skandale nicht etwa durch die Lebensmittelüberwachung selbst, sondern von Informanten aus den Betrieben aufgedeckt wurden.

Weiter zu regeln ist die Frage der Lebensmittelkontrolle an den EU-Außengrenzen. Das ist noch ein großes Problem. Sie wissen alle, dass Menschen, die von außen in die EU einreisen wollen, sehr sorgfältig überprüft werden. Aber diese Überprüfung findet bei den Einfuhren von Lebensmitteln nicht mit der erforderlichen Sorgfalt statt. So wird uns jedenfalls von den zuständigen Behörden berichtet.

Zusammenfassend kann man aber feststellen: Auf Bundesebene ist einiges in Gang gekommen. Sagen wir es so: Der Fortschritt ist eine Schnecke, aber er kommt – langsam wie eine Schnecke.

Es fragt sich nun: Hat die Landesregierung ihre Hausaufgaben gemacht? Wir unterstützen – jetzt ist der Minister anwesend; herzlich willkommen! –,

(Zuruf des Ministers Peter Hauk)

Herr Minister Hauk, Ihre grundsätzliche Haltung zum Verbraucherschutz. Wir unterstützen auch den Ansatz einer Kontrolle der Eigenkontrolle. Das hatte ich schon früher einmal geäußert. Nun wird es Zeit, dass endlich auch alle Betriebe solche Qualitätssysteme bei sich einführen.

Wir unterstützen auch die risikoorientierte Lebensmittelüberwachung. Aber dies alles läuft ins Leere, wenn die vorhandenen Lebensmittelkontrolleure vor lauter Aufgaben und Arbeit nicht mehr herumkommen und überlastet sind, weil noch immer rund 75 Stellen – manche sprechen auch von 80 Stellen – bei den unteren Lebensmittelüberwachungsbehörden fehlen, und zwar deshalb, weil sich Land und Kommunen bei deren Finanzierung ständig den Schwarzen Peter zuschieben.

(Birgit Kipfer)

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Den Schwarzen Peter!)

Ich möchte die Pressemitteilung des Landkreistags vom 5. Dezember 2007 zitieren. Da äußert der Hauptgeschäftsführer Professor Trumpp Folgendes:

*„Der Landkreistag hat schon vor der Umsetzung der Verwaltungsreform 2005 sowie danach wiederholt – letztmals im Rahmen der Evaluierung der Verwaltungsreform – vehement eine Verbesserung der Personalsituation im Bereich der Lebensmittelkontrolle gefordert“, stellte Trumpp fest.*

*Er wies darauf hin, „dass die Lebensmittelkontrolle weiterhin eine staatliche Aufgabe ist und bleibt“. Das Land sei deshalb zur Erstattung der bei den Landratsämtern anfallenden personellen und sachlichen Kosten verpflichtet. „Ich bin empört darüber,*

– sagt Trumpp –

*dass der Verbraucherschutzminister sich dieser Verantwortung politisch entziehen will*

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

*und so tut, als wäre die Personalbereitstellung eine kommunale Aufgabe!“*

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Diesen Angriff weisen wir mit Entschiedenheit zurück!)

In der gleichen Pressemitteilung weist er darauf hin:

*Zuletzt hatte der Präsident des Landkreistags, Landrat Dr. Jürgen Schütz, bei der Landkreisversammlung am 15. November 2007 klar gegenüber Ministerpräsident Oettinger Stellung bezogen und nochmals darauf hingewiesen, dass Baden-Württemberg*

– und jetzt hören Sie gut zu –

*schon heute im Ländervergleich der Personalausstattung bundesweit auf dem vorletzten Platz liege,*

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Skandal!)

*was das Verhältnis Einwohner pro Lebensmittelkontrolleur bzw. Anzahl der Betriebe pro Kontrolleur betrifft.*

Es fehlen nicht nur Stellen, sondern es ist auch so, dass die vorhandenen Stellen noch immer völlig ungleich im Land verteilt sind. Jetzt, Herr Minister Hauk, sagen Sie uns endlich einmal, wie Sie aus dieser Sackgasse herauskommen wollen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Unser Minister findet immer eine Lösung!)

Wo bleiben eigentlich die Ergebnisse der Evaluation der Verwaltungsreform in diesem Bereich?

Wir haben uns oft genug über den Fehler unterhalten, den Wirtschaftskontrolldienst aufzulösen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wieso Fehler?)

Dabei geht es um die mangelnde Durchgriffsmöglichkeit – letztendlich entscheiden heute doch Landräte, was untersucht wird und was nicht – oder die verlorene Schlagkraft der Überwachung an Wochenenden; denn sonntags arbeitet in den Landratsämtern niemand. Ich will das alles nicht wiederholen. Aber bei der Ausstattung mit Personal können Sie sich nicht mehr herauswinden.

Wir könnten natürlich Schadenfreude empfinden, denn schließlich haben die Landräte diese Verwaltungsreform mit Macht gefordert. „Sollen sie doch selbst mit ihren Mängeln zurechtkommen“ – darauf scheinen Sie zu setzen, Herr Minister Hauk. Wir aber empfinden Verantwortung für die überlasteten Lebensmittelkontrolleure und für einen einheitlich hohen Standard im ganzen Land bei der Lebensmittelüberwachung. Das erwarten wir auch von der Landesregierung.

Deshalb haben wir Ihnen einen Antrag vorgelegt, der beinhaltet, endlich vonseiten des Landes diese Stellen zu schaffen und gleichzeitig einen verbindlichen Mindeststandard zu schaffen, der die risikobehafteten Betriebe und deren Anzahl berücksichtigt, damit wir flächendeckend im Land gleiche Standards bei der Lebensmittelüberwachung haben.

Wir bitten Sie, uns dabei zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Locherer.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird zur Sache gesprochen!)

**Abg. Paul Locherer** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kipfer, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, seien Sie froh, dass es kein Haltbarkeitsdatum für Große Anfragen gibt; denn sonst wäre Ihre Große Anfrage vom Juli letzten Jahres längst durchgefallen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Längst abgelaufen! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das lag an der Geschäftsordnung des Landtags!)

Aber ich möchte und muss Ihnen recht geben: Lebensmittelsicherheit ist ein wichtiges Dauerthema. Die Menschen wollen sichere Lebensmittel und haben ein Recht darauf.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Aber tatsächlich ist die Frage zu stellen, ob wir nur mit noch mehr Kontrolleuren ans Ziel kommen oder ob wir nicht auch mit einem effizienteren Einsatz der Verwaltung Schritt vorwärtskommen und – darauf gehe ich gleich ein – insgesamt mit einem Maßnahmenpaket, das alles mit einschließt.

Zunächst zum Zehnpunkteprogramm und seiner Weiterentwicklung. Wir als Land Baden-Württemberg nehmen die Aufgabe der Lebensmittelüberwachung, die uns übertragen ist, ernst. Das Zehnpunkteprogramm des BMELV war daher auch die richtige Reaktion auf die Gammelfleischskandale 2005.

(Paul Locherer)

Mittlerweile sind es 23 Punkte. Wir müssen uns stetig weiterentwickeln. Darum sind wir auch in Baden-Württemberg bemüht und sind dabei erfolgreich. Das reicht von einem verbesserten Informationsfluss zwischen den zuständigen Stellen bis hin zu einem nationalen Frühwarnsystem und ausweiteten Meldepflichten.

Ich darf ein ausdrückliches Lob an Sie, Herr Minister Hauk, aussprechen. Sie haben als Vorsitzender der Verbrauchermünisterkonferenz wichtige Impulse hierfür gesetzt. Vielen Dank!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Kipfer, dass Sie ebenfalls dieses Lob und diese Anerkennung ausgesprochen haben, erfreut mich sehr, denn Sie haben ja davon gesprochen, es seien Hausaufgaben gemacht worden.

Auch beim Strafmaß, meine Damen und Herren, muss man konsequenter vorgehen, denn Geschäfte auf Kosten der Lebensmittelsicherheit sind Geschäfte auf Kosten der Gesundheit der Menschen. Wir sind weiterhin dran – das hat man z. B. im vergangenen Oktober beschlossen –, aktiv Schlupflöcher beim Handel mit überlagertem Fleisch zu schließen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Lebensmittelsicherheit darf nichts unter den Tisch gekehrt werden. Deshalb stehen wir von der CDU-Landtagsfraktion auch weiterhin hinter dem Vorstoß, für mehr Transparenz zu sorgen. Wer bewusst durch verdorbene Lebensmittel die Gesundheit der Menschen gefährdet, sollte dies nicht unter dem Deckmäntelchen des Datenschutzes tun dürfen. So etwas muss bekannt und öffentlich gemacht werden. Das ist verwerfliche Schindluderei, und die gehört an den Pranger gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, 2006 sind in Baden-Württemberg insgesamt fast 100 000 Kontrollen in Betrieben und bei Lebensmitteltransporten durchgeführt worden. 28 % aller Lebensmittelbetriebe inklusive der landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Land wurden kontrolliert. Die Kontrollen zeigen Wirkung. Das lässt sich schon allein am Beispiel der Paprika aufzeigen. Ende 2006 wurden erhöhte Insektizidrückstände in spanischen Paprika festgestellt. Das europäische Schnellwarnsystem hat mit Unterstützung von Baden-Württemberg schnell reagiert.

Besonders wichtig ist die Zusammenarbeit der Lebensmittelüberwachung mit den Justizbehörden. Gerade in der Öffentlichkeit wird das Ergebnis der Tätigkeit unserer Justizbehörden mit großem Interesse verfolgt. Unsere Polizei leistet hier ebenfalls eine gute und erfolgreiche Arbeit.

Kontrolle ist wichtig, bietet aber keine Gewähr. Unsere Verbraucher erwarten zu Recht gesunde, qualitativ hochwertige und sichere Lebensmittel. Die Kontrolle muss deshalb auf zwei Füßen stehen. Einerseits geht es um die Eigenkontrolle der Lebensmittelunternehmen, zum anderen steht dem die amtliche Überwachung gegenüber, die in erster Linie von den Stadt- und Landkreisen geleistet wird.

Meine Damen und Herren, wir können zwar nicht jedes Schweinderl oder jede Kartoffel vom Hof und von der Aus-

saat bis zum fertigen Schweineschnitzel mit Kartoffelsalat durch einen Kontrolleur begleiten lassen. Ich glaube, da stimmen Sie mir zu.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Das ist schlichtweg unmöglich. Aber die Kontrollkette reicht bei uns vom Acker bis zum Teller. Darauf können wir stolz sein.

Lassen Sie mich als Abgeordneter des ländlichen Raums an dieser Stelle eine Lanze für unsere landwirtschaftlichen Betriebe und für unser Metzgerhandwerk brechen. Sie sind seit Jahren längst auf höchstem Niveau, was die Lebensmittelsicherheit angeht. Hier wird mit großem Aufwand dokumentiert und kontrolliert.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss auch das Bewusstsein beim Verbraucher ansprechen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns kommt nichts näher als Essen und Trinken. Es ist unsere Pflicht, intensiv Bewusstseinsbildung beim Verbraucher zu fördern. Wir haben hervorragende Lebensmittel aus Baden-Württemberg. Den Verbrauchern müssen wir permanent und noch stärker vermitteln, welche Arbeit und welche Qualität in heimischen Produkten stecken. Viele Maßnahmen der Ernährungsbildung und Ernährungserziehung, aber auch des Marketings für heimische Produkte sind hier notwendig.

Wir brauchen die Nähe von Produkt und Kunden, verbunden mit herausragender Qualität. Auch das ist für mich ein Stück Lebensmittelsicherheit, das der Verbraucher durch sein Einkaufsverhalten selbst in der Hand hat.

Meine Damen und Herren, bekanntlich ist Vertrauen gut, Kontrolle aber besser. Wir als Verbraucher haben es in der Hand, durch unser Einkaufsverhalten das Wechselspiel zwischen Vertrauen und praktikabler und vernünftiger Kontrolle positiv zu beeinflussen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gute Rede! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Guter Mann!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pix für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, hochverehrter Herr Minister Hauk!

(Oh-Rufe – Abg. Karl Zimmermann CDU: Gute Rede! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: „Hochverehrte“ hat er zu mir noch nie gesagt! – Zuruf von der CDU: Sehr verdächtig! – Weitere Zurufe)

– Das habe ich von Ihnen gelernt. – Herr Hauk, noch gestern Abend haben Sie in Ihrem Grußwort zum Parlamentarischen Abend der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg festgestellt, wie wichtig uns die Verbraucher als Marktpartner seien und wie wichtig es deshalb sei, die Verbraucher zu schützen und zu informieren, um mündige Verbraucher zu haben, die

(Reinhold Pix)

mit dem immer schwierigeren Markt und seinen Anforderungen korrekt umgehen könnten. Da konnte ich eigentlich jedes Wort nur unterstreichen.

Allerdings habe ich mir gleichzeitig Gedanken gemacht, was Sie in Ihrem einen Jahr als Vorsitzender der Verbrauchermi-  
nisterkonferenz bewirkt und erreicht haben. Es waren kleine Erfolge; sie wurden schon genannt.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Große Erfolge! Nicht kleinreden!)

Aber die große Linie war, ehrlich gesagt, nicht erkennbar. Ein Jahr lang haben Sie Forderungen an die EU und den Bund gestellt – so steht es zumindest in Ihrer Stellungnahme. Ein Jahr lang haben Sie fachliche Stellungnahmen abgegeben. Ein Jahr lang haben Sie an Besprechungen in Berlin und in Brüssel teilgenommen. Es war ein Jahr der Schönfärberei und manchmal auch – was das K 3 angeht – der Schwarzfärberei. Aber wirklich erreicht haben Sie wenig, muss ich konstatieren, vor allem wenn ich mir den Meilenstein anschau, der am Schluss steht: ein Verbraucherinformationsgesetz, das eigentlich nichts anderes macht als Verbraucherinteressen zu vernebeln und die kriminelle Energie der im Lebensmittelbereich Tätigen zu schützen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der Verbraucherschutz wird damit nicht wirklich ernst genommen. Transparenz ist nicht gegeben; Ross und Reiter werden nicht genannt.

Zum Abschluss fahren Sie dann noch nach Dänemark, um zu schauen, wie denn die Dänen mit dem Verbraucherschutz umgehen. In Ihrem Reisegepäck haben Sie ein kleines Birkel-Syndrom mitgenommen. Zurückgekommen sind Sie jedoch nicht einmal, wie ich es mir gewünscht hätte, mit einem kleinen Souvenir,

(Abg. Karl Rombach CDU: Sie waren doch bloß verärgert, weil Sie nicht dabei waren!)

nämlich in Form eines Smileys. Damit werden in Dänemark Betriebe belohnt, wenn sie sich lebensmittelrechtlich überprüfen lassen haben. Auf diese Smileys bei uns warte ich schon lange, aber leider ist hier nichts passiert.

Sie bauen Ihre Verbraucherschutzpolitik auf zwei Säulen auf. Zum einen ist das die sogenannte Eigenkontrolle, nach dem Motto „Der Lebensmittelhandel hat ein eigenes Interesse daran, möglichst nicht in Verruf zu geraten“. Auf der anderen Seite stehen Ihre stichprobenartigen Schwerpunktkontrollen bei sogenannten Risikogruppen.

Wie Herr Dr. Jürgen Schütz – die Kollegin hat ihn auch schon zitiert – aber festgestellt hat, reichen 220 Kontrolleure landesweit halt nicht aus, vor allem nachdem die Aufgabenstellungen und die EU-Erfordernisse immer schwieriger werden. Dafür haben wir viel zu wenig qualifiziertes Personal. Baden-Württemberg liegt damit im Ländervergleich an vorletzter Stelle. Hier sind wir keineswegs Spitze. Der Landesvorsitzende des Bundes der Technischen Beamten, Bernfried Glück, spricht sogar davon, dass die Aufgabenerledigung nur noch sehr begrenzt möglich sei und dass ein präventiver Verbraucherschutz, wie er von uns allen gefordert wird, definitiv nicht stattfindet.

Die Krönung ist natürlich, wenn man eine Anzeige liest, die der Rems-Murr-Kreis – mit 400 000 Einwohnern nicht gerade ein kleiner Kreis –

(Abg. Katrin Altpeter SPD: 415 000!)

im Februar dieses Jahres in einer Lebensmittelzeitung aufgegeben hat. Er sucht nämlich einen Lebensmittelkontrolleur oder eine -kontrolleurin und wünscht dabei eine einsatzfreudige Person mit sicherem Auftreten und vielen anderen Attributen. Aber das Wichtigste – das zeigt, wie Sie es mit dem Verbraucherschutz in Baden-Württemberg halten und mit wie wenig Finanz- und Personalausstattung dieses Land zurechtkommen muss – scheint mir zu sein, dass die Bewerber bereit sein sollten, ihren eigenen Pkw für den dienstlichen Einsatz zur Verfügung zu stellen.

(Heiterkeit der Abg. Ute Vogt SPD – Abg. Hans Heinz CDU: Das steht bei fast jeder Stelle drin!)

So etwas sind aus Ihrer Sicht vielleicht Kleinigkeiten. Das zeigt aber doch sehr deutlich, wo es hingeht.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist gleich abgelaufen.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Ein weiterer Grund – da können Sie noch so viele Kontrolleure einstellen – ist die von Ihnen mit unterstützte Intensivierung unserer Landwirtschaft und Massentierhaltung. Sie handeln immer noch nach dem Motto „Masse statt Klasse“.

(Oh-Rufe von der CDU)

Solange sich das nicht ändert, können Sie noch so viele Kontrolleure einstellen. Wir müssen in unserer ganzen Strukturförderung umdenken. Erst dann werden wir erreichen, dass kein Gammel mehr auf den Teller kommt, sondern Genuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Ute Vogt SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Chef für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Monika Chef FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Über die Eckpunkte der Lebensmittelüberwachung in Baden-Württemberg haben wir erst vor Kurzem in diesem Plenarsaal miteinander diskutiert. Das ist gar nicht so lange her.

Die Priorität für die FDP/DVP-Landtagsfraktion hat erstens die risikoorientierte Überwachung, das heißt, die intensive und regelmäßige Kontrolle dort, wo tatsächlich wirkliche Risiken bestehen. Ich denke, wir sind uns darüber einig, dass Lebensmittelhersteller mit hoch verderblichen Waren strenger und vor allem öfter kontrolliert werden müssen als z. B. Getränkehändler.

Zweitens: Die FDP/DVP setzt auf die Eigenverantwortung der Betriebe. Das heißt, die Lebensmittelüberwachung kontrolliert die Eigenkontrolle der Betriebe.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

(Monika Chef)

Lassen Sie mich an dieser Stelle betonen: Die Wirtschaft stellt in ihrer ganz großen Mehrzahl sichere und vor allem einwandfreie Lebensmittel her. Noch nie waren Lebensmittel so sicher, und noch nie wurden Lebensmittel so umfassend und genau kontrolliert wie in den letzten Jahren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Verstöße bis hin zur Lebensmittelkriminalität lassen sich nie völlig ausschließen, auch nicht in Baden-Württemberg. Wenn aber die SPD in der Begründung ihres Antrags von einer „Fülle von Lebensmittelskandalen“ vor eineinhalb Jahren spricht, dann sollten Sie auch sagen, wo diese Skandale waren. In Baden-Württemberg auf jeden Fall nicht.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, die Effektivität der baden-württembergischen Lebensmittelüberwachung kann sich mit allen Bundesländern, aber auch mit allen Ländern innerhalb der Europäischen Union messen. Trotz vielfältigen Aufgabenzuwachses haben wir in Baden-Württemberg eine gute und vor allem eine schlagkräftige Lebensmittelüberwachung. Deshalb möchte ich an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Lebensmittelüberwachung auf allen Ebenen der Kommunen, Städte und Landkreise ganz herzlich danken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zur Initiative der SPD ist festzustellen: Die EU gibt nur allgemeine Rahmenvorgaben. Dies betrifft beim Personal die fachliche Qualifikation und bei den Lebensmittelkontrollen selbst deren durchschnittliche Häufigkeit. Beide Vorgaben werden in unserem Land erfüllt.

Meine Damen und Herren, die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Lebensmittelüberwachung ist unbestritten. Auch die Kontrollquoten liegen in Baden-Württemberg im bundesweiten Rahmen.

Die FDP/DVP unterstützt die bundesweite Initiative, die Meldepflichten auch auf Lebensmittelunternehmen auszuweiten, denen unsichere Lebensmittel angeboten werden und die solche Lebensmittel zurückweisen.

Wie den Fachleuten bekannt ist, hat sich Baden-Württemberg auch für eine EU-weite Verbesserung der Rückverfolgbarkeit von tierischen Nebenprodukten – diesem hier schon vielfach genannten K-3-Material – ausgesprochen. Die FDP/DVP teilt aber nicht die Auffassung der SPD-Fraktion, dass Schwerpunktermittlungsbehörden bzw. -staatsanwaltschaften die Schlagkraft der Lebensmittelüberwachung erhöhen könnten. Im Gegenteil: Die Lebensmittelüberwachung zeichnet sich gerade dadurch aus, vor Ort beim Bürger mit hoher örtlicher und fachlicher Kompetenz effektiv und schlagkräftig aufzutreten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zu Ihrem heutigen Antrag möchte ich nur eines sagen: Dieser Antrag gehört eigentlich in eine Haushaltsdiskussion und ist sicherlich heute hier etwas fehl am Platz. Deshalb werden wir ihn ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Paul Locherer CDU – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist aber sehr einfach!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Hauk.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk:** Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zum Thema Lebensmittelkontrolle ist nochmals klar zu sagen: Wir haben in Baden-Württemberg einen hervorragenden Stand. Denn die Lebensmittelkontrolle setzt sich zusammen aus der Kontrolle vor Ort, der Eigenkontrolle der Betriebe und zum Dritten eben auch aus den Untersuchungen und Probennahmen in den Untersuchungsämtern, die immer wichtiger werden. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie einmal im Hinblick auf die Warenströme schauen, was in unseren Supermärkten steht, dann wird Ihnen auffallen, dass es gerade im Bereich der Lebensmittel so ist, dass wir schon international und globalisiert sind. Deren Produktion haben wir nicht in der Hand, sondern wir können nur das Endprodukt, das dann in den Regalen steht, kontrollieren. Die Zahl und der Anteil der nicht in Deutschland produzierten Waren in diesem Sektor nimmt ständig zu.

Deshalb geht es eben nicht nur um die Frage der Vor-Ort-Kontrollen, sondern auch um die Frage, ob wir der Aufgabe nachkommen können, Lebensmittel effektiv und ganzheitlich zu kontrollieren und zu untersuchen. Da sind wir in Baden-Württemberg hervorragend aufgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Wenn Sie einmal schauen, wer wann welche auffälligen Paprika, Tomaten oder was auch immer entdeckt und welche „Entdeckungen“ in Kosmetika usw. gemacht werden, dann stellen Sie fest, dass das meistens unsere Chemischen und Veterinäruntersuchungsanstalten sind – so heißen die; das ist ein etwas sperriger Begriff –, die in der Summe mit über 800 Menschen besetzt sind und eine hervorragende Arbeit leisten.

Immerhin drei davon, Herr Kollege Pix, sind europäische Referenzlabors. Das bedeutet im Klartext: Die Europäische Union verleiht in den Mitgliedsstaaten für bestimmte Untersuchungstätigkeiten jeweils an ein Amt die Auszeichnung, Referenzlabor zu sein. Das heißt, die anderen Labors in allen anderen Mitgliedsstaaten der EU haben sich daran zu orientieren. Das zeigt ein Stück weit auch die Qualität, mit der wir arbeiten.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Aber die gehen doch nicht in die Betriebe!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum einen geht es um die Frage der personellen Anforderungen. Die Europäische Union macht dazu Rahmenvorgaben. Zum anderen geht es um die Frage der Kontrolldichte. Die EU macht dabei überhaupt keine ganz konkreten Vorgaben, sondern die Vorgaben gibt es im Prinzip auf nationaler Ebene durch eine – auch das ist ein sperriger Begriff – Allgemeine Verwaltungsvorschrift Rahmen-Überwachung. Die Häufigkeit der Betriebskontrol-

(Minister Peter Hauk)

len richtet sich nach dem Ergebnis einer Risikoeinstufung der Betriebe.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Eben!)

Genau diese Risikoeinstufung, liebe Frau Kollegin Kipfer, haben wir in Baden-Württemberg zu einem Zeitpunkt gemacht, als andere Länder, geschweige denn der Bund, noch gar nicht davon gesprochen haben, weil ihnen das noch gar nicht bewusst war.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Welche Folgerung ziehen Sie daraus?)

Zu diesem Zeitpunkt haben wir bereits unsere Kontrolleure – bereits den damaligen WKD – risikoorientiert hinausgeschickt und dieses System jetzt erneut statistisch, wenn man so will, verfeinert und entsprechend unterlegt.

Wir haben in Baden-Württemberg die erste Erfahrung und damit auch die beste Erfahrung mit der risikoorientierten Kontrolle. Ich wage zu behaupten, dass dies auch mit dazu beitragen hat, dass wir – Gott sei Dank; das kann sich täglich ändern – bislang von einem größeren Skandal bei uns im Land verschont geblieben sind. Denn wenn Sie der Wahrheit die Ehre geben, steht eines auch fest: Die Skandale, die sich in der Vergangenheit ereignet haben, traten nicht in Baden-Württemberg auf, sondern irgendwo anders – ob im östlichen Nachbarland Bayern, in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder wo auch immer. Ich glaube, das hängt auch mit einem integrierten System zusammen, das sich nicht allein auf die Lebensmittelkontrolle, aber auch auf diese bezieht und das sich auf gute Untersuchungsmethoden bezieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Erfolg gibt uns, glaube ich, recht. Wir waren die Vorreiter, und wir haben die Risikoorientierung entsprechend in die Novellierung eingebracht.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Dann haben Sie auch kein Problem mit unserem Antrag!)

Mittlerweile ist eine Anzahl von jährlich 5,5 amtlichen Proben je 1 000 Einwohner festgelegt. Das ist der vorgegebene Rahmen. Diese Vorgabe wird in Baden-Württemberg auch in etwa erfüllt.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Nahezu!)

Frau Kipfer sagt, das Zehnpunkteprogramm – mittlerweile ist es ein 13-Punkte-Sofortprogramm – sei nicht umgesetzt worden.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

– Oder es sei nur schwach umgesetzt oder mit Verzögerung umgesetzt.

Zunächst einmal, um eines festzuhalten, Frau Kipfer: Ein guter Teil der Vorschläge für dieses 13-Punkte-Programm kam aus Baden-Württemberg. Wir haben auch dafür gesorgt, dass der größte Teil dieser Vorschläge tatsächlich umgesetzt wurde. Dieses 13-Punkte-Programm ist mittlerweile abgearbeitet und in jedem einzelnen Detail umgesetzt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Habe ich zugegeben!)

Liebe Frau Kollegin Kipfer, um das einmal klar zu sagen: Die Skandale haben sich 2005 und 2006 ereignet. Daraufhin haben sich im Herbst 2006 die Verbraucherminister zusammengesetzt, dieses 13-Punkte-Programm entworfen, und am Ende des Jahres 2007 war es umgesetzt. Manche Gesetzgebungsprozesse dauern halt so lange. Es wäre schneller gegangen, wenn die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag etwas zügiger im Bereich Verbraucherinformationsgesetz und dergleichen gearbeitet hätte.

(Zurufe von der FDP/DVP: Aha! – Abg. Elke Brunner CDU: Hört, hört!)

Es wäre deutlich schneller gegangen; um das klar zu sagen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das war das Bundesverfassungsgericht!)

Aber am Ende des Jahres 2007 waren alle Punkte umgesetzt. Da muss man doch sagen: Das ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Wir haben Punkt für Punkt das Programm abgearbeitet und alles gehalten, was angekündigt war. Insofern ist doch das alles unproblematisch. Ich weiß nicht, was Sie kritisieren.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Bereiche von der Meldepflicht bis hin zur Rückverfolgbarkeit von K-3-Material etc. sind abgearbeitet.

Jetzt sagt Frau Kipfer, es gebe noch eine offene Baustelle, nämlich den Bereich der Lebensmittelkontrolleure im Land. Ich will das ja gar nicht ausblenden. Wahr ist natürlich, dass bei der Verwaltungsreform im Jahr 2005 die Lebensmittelkontrolleure nach einem Schema übergangen, das der heutigen Einstufung der risikoorientierten Kontrolle nicht gerecht wird. Damals hat man im Prinzip die Lebensmittelkontrolleure den Einwohnern zugeordnet. Das macht aber das Bild natürlich nicht rund. Das Bild würde rund machen, wenn man die zu kontrollierenden Betriebe und deren Risikoeinstufung zugrunde gelegt hätte. Das hat man damals aber nicht; dafür waren andere Gründe maßgeblich.

Mittlerweile ergeben sich durch die Verfeinerung des Systems in der Tat Verschiebungen. Wahr ist, dass die Stadtkreise – Michael Föll hat gerade den Saal verlassen; ich wollte es in Bezug auf Stuttgart sagen; dasselbe könnte man beispielsweise auch für Heilbronn sagen – tendenziell eher zu gut, zumindest gut abgeschnitten haben in der Verteilung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig gut für Heilbronn!)

– Zum Teil sogar richtig gut, genau. – Wahr ist auch, dass es bei den Landkreisen tendenziell eher fehlt. Das ist die Ursprungsverteilung. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, mittlerweile gibt es eine klare Aufgabenteilung. Wir führen die Fachaufsicht aus. Das heißt, das Verbraucherministerium legt die Zahl und die Verteilung der Kontrollen auf die unteren staatlichen Verbraucherschutzbehörden fest.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Aber nicht die Zahl der Stellen!)

(Minister Peter Hauk)

Die Verbraucherschutzbehörden haben es umzusetzen. Ich sage es Ihnen ganz offen: Mir ist es völlig wurscht, mit wem die das machen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Also doch!)

Die Aufgabe wurde dort übernommen, und jetzt ist sie auch zu erfüllen. Dann haben jetzt auch die Verbraucherschutzbehörden für die Umsetzung zu sorgen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk:** Das ist Verantwortungspartnerschaft; so nennt man das.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ganz neu!)

– Natürlich, das ist Verantwortungspartnerschaft.

Ich bin nicht der Finanzminister; um das klar zu sagen. Wenn die sagen, sie brauchen mehr Geld oder mehr Personal, dann müssen sie dorthin gehen, wo sie Pauschalmittel erhalten, nämlich im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes. Da gibt es eine gemeinsame Finanzkommission von Kommunen und Land. Genau dort ist die richtige Adresse, zu sagen: „Wir brauchen mehr Geld, und wir brauchen mehr Personal.“ Genau dort müssen die Kreise letztendlich anmarschieren.

Notariell zeichne ich das quer. Dass wir in einer Größenordnung von 60 bis 80 Stellen mehr Leute brauchen könnten, ist gar keine Frage. Das bestätige ich ausdrücklich; das muss ich klar sagen.

Es gibt noch einen weiteren und letzten Punkt: Selbst wenn wir dies wollten – das Personal ist gar nicht auf dem Markt. Es gibt keine entsprechend qualifizierten Leute auf dem freien Markt, oder zumindest nur ganz wenige.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Hochverehrter Herr Kollege Pix, was glauben Sie denn, warum der Landkreis Esslingen eine solche Ausschreibung macht? Er macht das doch nur deshalb, weil faktisch kaum Personal auf dem Markt ist. Deshalb bilden wir ja auch Leute aus, und zwar in jedem zweiten Jahr 80. Die Ausbildung dauert zwei Jahre, insofern werden alle zwei Jahre 80 Leute fertig. Diese müssen nun zunächst einmal durchgeschleust werden. Im Prinzip kann man sagen, dass wir, da der nächste Kurs 2008/2009 zu Ende geht, nach 2009 etwa auf dem Stand sind, dass theoretisch wieder Potenzial und Personal zur Verfügung steht. Derzeit jedoch wäre es, selbst wenn wir mehr Personal einstellen wollten, gar nicht möglich, weil wir das nötige Personal auf dem Markt gar nicht in dem entsprechenden Umfang vorfinden. Das ist die eigentliche Problematik, die dahintersteckt.

Deshalb sage ich klar: In dieser Situation muss man die Risikoorientierung noch einmal verstärken. Man muss die „Pappenheimer“ – die diesbezüglichen Kenntnisse sind auf örtlicher Ebene ja vorhanden –, die im Zweifelsfall als Erste auffällig werden oder die man eben schon kennt, herausfiltern;

man muss die örtliche Kenntnis nutzen. Ich glaube, mit einer konsequenten Anwendung der risikoorientierten Kontrolle kommen wir auch in Zeiten, in denen es dort unter Umständen personell etwas klemmt, weiter. Das hat jedenfalls die Vergangenheit gezeigt. Und so fahren wir auch fort.

Dann allerdings, wenn wir im Rahmen der Ausbildung – das wird im nächsten Jahr, 2009/2010, der Fall sein – wieder freie Kapazitäten haben, sodass noch zusätzlich Leute ausgebildet werden können, müssen wir auch den Mut haben, zu sagen: „Jawohl, die Ausbildungsplätze werden aufgefüllt, damit Ende des Jahres 2010 über die Zahl von 220 hinaus Lebensmittelkontrolleure ausgebildet sind und in Baden-Württemberg auch zur Verfügung stehen.“

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Prinzip Hoffnung!)

Summa summarum, meine sehr verehrten Damen und Herren, befindet sich die Lebensmittelkontrolle bei uns im Land in einem hervorragenden Zustand.

Ich sage abschließend noch einmal: Der Staat – da müssen Sie sich, Herr Pix und Frau Kipfer, ein Stück weit von der Ideologie verabschieden – kann nur ergänzende Kontrollen durchführen. Der entscheidende Punkt ist, dass das Thema Qualitätssicherung in die Betriebe hineingetragen wird, und zwar in die landwirtschaftlichen Betriebe genauso wie in den Lebensmitteleinzelhandel und in die entsprechenden Zwischenstufen. Dort gehört das Thema Qualitätssicherung hin. Die Eigenkontrolle kann der Staat letzten Endes keinem einzigen Betrieb abnehmen. Das ist der eigentliche Schutz. Sobald diese Einsicht in den Köpfen der Unternehmer drin ist – und in Baden-Württemberg ist es im Regelfall in den Köpfen der Unternehmer drin –,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Der Regelfall ist zu wenig!)

ist dies der beste Schutz und garantiert die höchste Qualität. In diese Richtung müssen wir letztendlich arbeiten. Die staatliche Kontrolle kann nur eine flankierende Funktion übernehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer. Frau Kipfer, Sie haben noch eine Minute und eine Sekunde Redezeit.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Die Zeit läuft!)

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Ich will nur noch einmal Folgendes festhalten: Herr Minister, Sie haben genau die Haltung an den Tag gelegt, die ich vorhin beschrieben habe. Sie wollten sagen: „Die Landräte wollten das haben, und jetzt sollen sie damit fertig werden.“ Ich erwarte aber von Ihnen, dass Sie Verantwortung für eine gleichmäßige Qualität der Lebensmittelüberwachung im ganzen Land übernehmen. Dazu gehört eben auch die staatliche Verantwortung für eine ausreichende Ausstattung mit Stellen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: So ist es! – Beifall des Abg. Norbert Zeller SPD)

(Birgit Kipfer)

Da können Sie sich nicht herauswinden und das auf das Finanzgleichgesetz schieben.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie unseren Antrag beschließen, dann ist das eine Absichtserklärung, die in die künftigen Haushaltsberatungen Eingang finden muss. Nicht mehr und nicht weniger ist es, was wir wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Wenn es tatsächlich eine risikoorientierte Überwachung gibt, dann wäre es ja ein Leichtes, Mindeststandards festzusetzen, an denen sich die Landkreise orientieren, sodass sie sagen könnten: „Ja, für diese Menge von risikomäßig abgestuften Betrieben brauchen wir eine Anzahl von Überwachungsbeamten.“ Nicht mehr und nicht weniger ist es, was wir wollen.

Es müsste Ihnen leichtfallen, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Norbert Zeller SPD: Sehr gut! Sehr richtig!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen nun zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Großen Anfrage und des Antrags der Fraktion der SPD.

Die Große Anfrage ist durch die Aussprache erledigt. Wünscht der Antragsteller Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/2420?

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ja!)

– Abstimmung ist gewünscht. Wer dem Antrag Drucksache 14/2420 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Gegenstimmen waren die Mehrheit. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Umweltausschusses zu der Mitteilung des Umweltministeriums vom 14. Januar 2008 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Kraftfahrzeuge – Drucksachen 14/2220, 14/2372**

**Berichterstatter: Abg. Ulrich Lusche**

Das Präsidium hat eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vorgesehen, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann für die Fraktion der CDU.

**Abg. Winfried Scheuermann** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ausgangspunkt dieser Debatte muss noch einmal die Erinnerung daran sein, dass sich Ende der Neunzigerjahre die europäische Automobilindustrie zur Abwendung einer gesetzlichen Regelung selbst

verpflichtet hat, bis Ende dieses Jahres den durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Neuwagen auf 140 g/km zu reduzieren.

Im Jahr 2006 hat uns dann die Automobilindustrie mit der Ankündigung überrascht, sie sei nicht in der Lage, ihre eigene Verpflichtung einzuhalten. Damit stellt sich für die Politik die Frage: Wie reagiert die Politik darauf? Nach unserem Dafürhalten – damit meine ich alle Fraktionen, und zwar aufgrund einer Debatte, die wir, glaube ich, im Jahr 2006 geführt haben – ist klar, dass es jetzt eine gesetzliche Regelung über den zulässigen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei Pkws geben muss.

Deswegen heißt meine erste Aussage: Wir von der CDU-Fraktion begrüßen ausdrücklich, dass sich die Europäische Kommission dieses Themas annehmen möchte und den Entwurf einer entsprechenden Verordnung vorgelegt hat.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So weit sind wir schon!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Entwurf gibt es nach meinem Dafürhalten zwei Punkte, über die eine herzhaft Diskussion entflammen wird oder schon entflammt ist. Dabei kann man heute noch gar nicht sagen, wie die endgültige Verordnung nach der Verabschiedung letztlich aussehen wird.

Das erste Problem ist: Wie viel an CO<sub>2</sub>-Emissionen wird zugelassen? Da muss man sagen: Man muss Gewicht und Emissionen zusammenbringen. Dann gibt es wohl vom Gewicht her, Herr Kollege Knapp, so etwas wie ein Modellauto, das 130 g pro gefahrenem Kilometer emittieren darf.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das Durchschnittsauto!)

– Durchschnittsauto. Ich habe „Modellauto“ gesagt, „Durchschnittsauto“ ist richtig.

Nun ist es das Problem von Baden-Württemberg, dass es ein Autoland ist. Dazu kommt, dass es ein Autoland mit überdurchschnittlich vielen Premiumfahrzeugen ist. Das Gewicht der Premiumfahrzeuge liegt mehr oder weniger deutlich über dem des Durchschnittsautos.

Jetzt mache ich einmal ein rechnerisches Beispiel auf. Angenommen, das Gewicht unseres Premiumfahrzeugs ist doppelt so hoch wie das des Durchschnittsautos nach dem Verordnungsentwurf. Dann müsste man sagen: Dieses doppelt so schwere Premiumfahrzeug darf auch doppelt so viel CO<sub>2</sub> pro gefahrenem Kilometer emittieren. Das wären also 260 g/km. Wenn das so wäre, könnten wir eigentlich sagen: Das ist schön für die Automobilindustrie, aber schlecht für die Umwelt.

Wenn ich diese Formel in dem Verordnungsentwurf oder die Erklärungen zu dieser Formel richtig verstehe, dann dürfen solche Fahrzeuge nicht doppelt so viel CO<sub>2</sub> pro Kilometer ausstoßen wie das Durchschnittsfahrzeug, sondern höchstens 60 % mehr. Über diese 60 % wird es einen Streit geben: Soll diese Vorgabe zugunsten der Premiumfahrzeuge korrigiert werden, soll sie bleiben, oder soll sie gar noch verschärft werden?

In dem Antrag, den die Regierungsfaktionen zur Beratung im Umweltausschuss vorgelegt haben, steht:

*Fahrzeuge mit größerer Masse müssen einen höheren Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Minderung leisten.*

(Winfried Scheuermann)

Ich sehe mich heute schlicht und einfach außerstande, schon zu sagen: So in g/km genau und nicht anders soll es in der endgültigen Verordnung aussehen.

Das zweite Problem: Es gibt Länder in der Europäischen Union, in denen mindestens so viele Fahrzeuge gebaut werden, deren CO<sub>2</sub>-Emissionen unter denen des Durchschnittsfahrzeugs liegen, wie bei uns Fahrzeuge, deren CO<sub>2</sub>-Emissionen über denen des Durchschnittsfahrzeugs liegen. Diese Länder könnten eigentlich sagen: „Was geht uns diese Verordnung an? Einen Grenzwert von 130 g/km halten wir schon lange ein. Kümmert ihr euch um die Fahrzeuge, deren CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich darüber liegen.“ Aber der Anteil solcher Kleinwagen – die Länder, die diese Interessen vertreten, sind vor allem Frankreich und Italien – ist zahlenmäßig so groß, dass wir bei den Premiumfahrzeugen eigentlich machen können, was wir wollen: Wenn wir nicht auch die große Masse der Kleinfahrzeuge heranziehen können, was die Beiträge zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen angeht, werden wir keinen Erfolg haben.

Hier wird es einen Wettbewerb um die jeweils günstigste Regelung geben. Wir müssen natürlich auch darauf achten, dass es hier nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung zu unserem Nachteil kommt. Nach dem Verordnungsentwurf und der Formel, die darin steht, sollen diese Kleinwagen einen um 20 % höheren Beitrag zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen leisten als heute.

Ein weiteres Problem in dieser Verordnung – das wird sicherlich auch zu vielen Diskussionen führen –: Die beste Regel nützt nichts, wenn ihre Nichteinhaltung nicht sanktioniert wird. Wir von der CDU-Fraktion bekennen uns klar zu Sanktionen. Die Sanktionen, die der Verordnungsentwurf jetzt vorsieht, sind sogenannte Sanktionsgelder, Zwangsgelder.

Ich möchte es Ihnen jetzt ersparen, vorzurechnen, wie diese Gelder ermittelt werden. Auf jeden Fall steigen sie ab dem Jahr 2012, ab dem die nach der Verordnung vorgesehenen Werte eingehalten werden sollen, jährlich an. Vor allem bei unseren Autofirmen mit den vielen Premiumfahrzeugen wird eine Höhe der Abgaben erreicht, bei der sich eine Diskussion lohnt. An dieser Stelle sage ich: Sanktionen ja, Zwangsgelder ja; sie dürfen zunächst einmal nicht so niedrig sein, dass sie die Autofirmen nicht beeindrucken, sie dürfen wiederum auch nicht so hoch sein, dass sie zu einem erheblichen wirtschaftlichen Nachteil führen und dass sie den Firmen von ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten her vor allem keinen Spielraum mehr für technische Innovationen lassen.

Deswegen haben wir in unserem Antrag, den wir zur Beratung im Umweltausschuss vorgelegt haben, auch formuliert,

*dass die Bemessung der Abgabe wegen Überschreitung der vorgegebenen Emissionsziele so zu gestalten ist, dass die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Hersteller untereinander nicht beeinträchtigt wird und die weltweite technische und ökologische Marktführerschaft der europäischen Automobilwirtschaft erhalten bleibt.*

Strich drunter: Ich meine, wir haben mit unserem Antrag einerseits gezeigt, dass wir uns mit dieser Verordnung auseinandersetzen müssen, weil wir als Baden-Württemberger un-

mittelbar davon betroffen sind. Andererseits unternehmen wir aber alles, um zu einer ausgewogenen Lösung zu kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stehmer für die Fraktion der SPD.

**Abg. Wolfgang Stehmer SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erinnere an zwei denkwürdige Beratungen zu den geplanten Emissionsnormen der EU zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Belastungen durch Kraftfahrzeuge. Das war am 9. Februar und am 15. März 2007 hier in diesem Hohen Haus. Damals hat selbst die CDU – wie heute, Herr Scheuermann – erkannt, dass die Autoindustrie vor Jahren mit ihrer Selbstverpflichtung, bis zum Jahr 2008 die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neuwagen auf durchschnittlich 140 g/km zu senken, eine gesetzliche Regelung verhindert hat. Dieser Verpflichtung ist die Autoindustrie aber nie nachgekommen.

Sie, Herr Scheuermann, haben sich am 9. Februar 2007 zu dem Satz hinreißen lassen – ich zitiere Sie –:

*Ich glaube, so dürfen wir Politiker uns nicht abspeisen lassen.*

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das habe ich gesagt!)

Das waren Ihre Worte. Recht haben Sie! Wir lassen uns nicht abspeisen. Deswegen wollen wir heute die Ziele des vorgelegten EU-Verordnungsentwurfs unterstützen, und zwar ohne Wenn und Aber.

Am 15. März 2007 haben Sie noch eins draufgesetzt und gesagt – ich zitiere Sie noch einmal –:

*Nun brauchen wir nicht mehr immer auf den verschiedenen Ebenen herumzudiskutieren, was vertretbar ist, was man erreichen kann, was zumutbar ist. Diese Entscheidung ist da. Wir haben nicht mehr und nicht weniger zu tun, als sie zu respektieren, mit glühendem oder mit ablehnendem Herzen. Ich tue das mit glühendem Herzen.*

Herr Scheuermann, von glühendem Herzen für die Umwelt ist heute nicht mehr so viel zu spüren wie damals.

Die Umsetzung der EU-Verordnung wird für die baden-württembergische Automobilindustrie schwieriger und kostenintensiver als für die französische und die italienische Konkurrenz – da sind wir uns einig –, und zwar deswegen, weil bei uns größere und schwerere, dafür aber solidere Autos gebaut werden.

(Abg. Wilfried Klenk CDU: So ist es!)

Daher ist es auch richtig, wenn Bundesumweltminister Gabriel eine faire Lastenverteilung anmahnt.

Ich habe es auch schon im Umweltausschuss gesagt: Auch wir hätten uns eine Regelung vorstellen können, gemäß der die Anforderungen nach Gewichtsklassen differenziert worden wären, durch die auch Firmen, die hauptsächlich Kleinwagen herstellen, noch stärker zum Handeln gezwungen worden wä-

(Wolfgang Stehmer)

ren, als dies der Verordnungsentwurf jetzt vorsieht. Aber seien Sie doch realistisch: Das ist im europäischen Konsens nicht mehr zu erreichen.

Wenn Sie sich den Zustand einmal genau anschauen, dann stellen Sie fest: Die französischen, italienischen und japanischen Autofirmen liegen doch gar nicht so viel näher an der mittleren Grenzwertgerade als unsere. Ich glaube, Sie haben diese Grafik auch schon einmal gesehen. Diese Firmen müssen auch noch etwas tun. Auch sie können sich nicht zurücklehnen, wie Sie immer behaupten.

Das Spezialthema der Firma Porsche wird sich mit einer Poolbildung lösen lassen; da bin ich mir sicher.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Reden Sie einmal mit Herrn Wiedeking! – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp SPD: Klar! Der geht mit VW zusammen!)

Was wir aber nicht wollen, ist das, was Sie in der Beschlussempfehlung unter Ziffer 2 Buchst. b vorschlagen, nämlich alles wieder aufzuweichen. Ziffer 1 ist klar, aber in Ziffer 2 weichen Sie das, was Sie in Ziffer 1 sagen, wieder auf. Diese Beschlussempfehlung ist so weichgespült, dass wir ihr heute nicht zustimmen können. Denn wenn Sie schon an den Zielen der EU festhalten wollen, wie Sie das erst auf unseren Druck im Umweltausschuss hin erklärt haben, dann dürfen Sie das nicht in Ziffer 2 Buchst. b infrage stellen.

Der EU-Verordnungsentwurf gibt die Emissionsziele und die Umsetzungszeiten vor. Sie reden in Ziffer 2 Buchst. b der Beschlussempfehlung von realistischen Emissionszielen, von Zeitvorgaben und von anspruchsvollen Zielen. Wenn man das so liest, hat man den Eindruck, dass Sie im Grunde selbst nicht glauben, dass die EU-Vorgaben die Werte sind, die Sie wollen. Sie stellen alles wieder infrage und weichen damit alles wieder auf. So können Sie unsere Herzen, Herr Scheuermann, nicht zum Glühen bringen.

Wir fordern heute von diesem Landtag ein klares Bekenntnis zur Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Emissionen

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das machen wir doch!)

von Kraftfahrzeugen auf durchschnittlich 130 g CO<sub>2</sub>/km für die Motorenleistungen und auf 120 g CO<sub>2</sub>/km unter Berücksichtigung ergänzender Maßnahmen, die sich auf den Biokraftstoffanteil, auf Schaltungen und Reifen beziehen.

(Beifall des Abg. Thomas Knapp SPD – Abg. Thomas Knapp SPD: Genau! Ein klares Bekenntnis! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie wollen Sie das machen, wenn Sie keine Kleinwagen produzieren?)

– Das geht. Auch wir produzieren Kleinwagen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Kollege Zimmermann, Herr Kollege Scheuermann hat es erklärt: Wenn die Autos schwerer sind, dürfen sie auch mehr ausstoßen!)

Herr Zimmermann, schauen Sie sich das an:

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Wir sind doch gar nicht hier; wir sind doch da.

Wenn unsere Automobilindustrie so gut ist – wir haben uns ja über Schaltungen, Reifen usw. unterhalten –, dass sie diese Werte noch übertreffen kann, dann können wir die Grenzwertberechnung umstellen. Da gebe ich Ihnen recht. Aber hier muss erst die Industrie in Vorlage treten. Auf Vorrat machen wir das nicht.

Wir sollten auch insgesamt dazu stehen, dass die Nichteinhaltung der Grenzwerte zu spürbaren Strafzahlungen führen muss. Der Verordnungsentwurf hat ja die richtigen Werte gesetzt. Anders ist die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Belastung nicht durchzusetzen. Das hat die Erfahrung doch gezeigt. Sie selbst haben sich ja darüber aufgeregt, wie die Erfahrungen waren.

Die baden-württembergische Automobilindustrie kann die EU-Vorgaben erfüllen, und zwar deswegen, weil sie leistungsstark ist. Sie kann das. Aber sie braucht auch die strengen Vorgaben der EU-Verordnung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Also wenn Sie meinen, dass ein Porsche ein Kleinwagen ist, weil er zwei Türen und zwei Sitze hat, dann irren Sie sich!)

– Ich habe gesagt: Porsche ist ein Sonderproblem.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und bei Mercedes ist es dasselbe! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Manche Länder hätten gern dieses Sonderproblem! – Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD – Glocke der Präsidentin)

– Nein, das ist nicht dasselbe.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat Herr Abg. Stehmer.

**Abg. Wolfgang Stehmer** SPD: Einige Automobilfirmen müssen auch nur das nachholen, was sie in den Jahren der Selbstverpflichtung verschlafen haben. Ich sage Ihnen: Jetzt ist die Zeit des Handelns und nicht mehr der Versprechungen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Untersteller.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da wird es auch nicht besser!)

**Abg. Franz Untersteller** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Scheuermann, ich glaube, arg weit auseinander sind wir in dieser Frage nun wirklich nicht, wie man erkennt, wenn man die Diskussionen der letzten Jahre hier verfolgt hat.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer so anfängt! – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Dann hätten Sie da auch zustimmen können!)

Ich erinnere insbesondere einmal an die gemeinsam getragene Position im Jahre 2006.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Dann stimmen wenigstens Sie zu!)

Es gab ja die Veranstaltung des Umweltministeriums in Brüssel, an der Sie, Herr Scheuermann, meines Wissens auch teil-

(Franz Untersteller)

genommen haben. In dieser Woche gibt es einen Bericht in der „bwWoche“ über diese denkwürdige Veranstaltung, in dem auch das eine oder andere Zitat von Mitarbeitern der Automobilwirtschaft enthalten ist. Diese Zitate will ich jetzt einmal nicht kommentieren. Der Artikel ist aber sehr lesenswert. Da sieht man einmal, wie die Automobilwirtschaft mit der Politik – so sage ich jetzt einmal neutral – umspringt. Daher würde ich empfehlen, in der Frage CO<sub>2</sub>-Emissionen Kante zu zeigen, und zwar insgesamt, über alle Fraktionen hinweg.

Ich zitiere auch einmal jemanden, der eher unverdächtig ist, in dieser Frage irgendwie parteiisch zu sein, nämlich einen der renommiertesten Leute in Deutschland, der sich mit der Automobilwirtschaft beschäftigt. Es handelt sich um Professor Dr. Ferdinand Dudenhöffer. Er wird, Herr Kollege Zimmermann, in der „bwWoche“ wie folgt wiedergegeben:

*Der Verband der deutschen Automobilindustrie agiere, so Dudenhöffer, mit Blick auf die CO<sub>2</sub>-Richtlinie aus Brüssel gerade so, als kämpfe er gegen den Weltuntergang. So werde man auf Dauer ungläubwürdig, denn*

– so Dudenhöffer jetzt wörtlich –

*„die immer gleichen Abwehrrituale haben wir schon beim Dreiwegekatalysator und beim Rußpartikelfilter erlebt.“ Dabei, sagt der Recklinghausener Professor, lägen die Pläne für spritsparende Automobile längst in den Schubladen.*

Ende des Zitats, wie es in der „bwWoche“ wiedergegeben ist.

Ich glaube, in dieser Situation muss man einfach – Kollege Scheuermann hat ja deutlich gemacht, wie die Entwicklung war – hart bleiben. Es gab eine freiwillige Vereinbarung aus den Neunzigerjahren. Bei denjenigen, die diese freiwillige Vereinbarung abgeschlossen haben – dazu zählte damals genauso Daimler-Chrysler, heute Daimler, wie VW –, sind in der Zeit danach die CO<sub>2</sub>-Emissionen angestiegen. Jetzt nehme ich einmal das Beispiel Daimler: Im Jahr 2006 sind sie um 2,6 % angestiegen. Bei VW sind sie um 0,9 % angestiegen. Sprich: Die haben sich einen Dreck um das gekehrt, was sie selbst als freiwillige Vereinbarung zugesagt haben.

Dann hat EU-Kommissar Dumas gesagt: So geht es nicht weiter; wir machen eine Richtlinie. Hier im Haus waren wir uns einig, dass wir die Vorgabe mit den 120 g/km unterstützen. Herr Kollege Scheuermann, wenn man einmal genau in den jetzt vorliegenden Richtlinienentwurf hineinschaut, dann sieht man – so finde ich –, dass die Kommission auch den Premi-umherstellern schon verdammt weit entgegengekommen ist, indem man z. B. nach Gewicht auslegt. Dann redet man nicht mehr von 120 g, sondern von 130 g plus Zusatzmaßnahmen. Hinzu kommt die Möglichkeit der Poolbildung, dass Große und Kleine sich im Pool zusammentun können und dann schauen können, wo man damit herauskommt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben aber keine Kleinen mehr!)

Man macht hier also schon verdammt viel. Aus diesem Grund, finde ich, sollten wir uns eigentlich hinter den Richtlinienvorschlag stellen, wie er heute vorliegt. Kollege Scheuermann hat ja schon darauf hingewiesen: Er wird in den nächsten Mo-

naten heftig umkämpft sein. Da sollten wir uns eigentlich dahinterstellen, und zwar auch als Parlament in dem Automobilland Baden-Württemberg, weil – das ist meine These – „Premiumfahrzeug“ in Zukunft „spritsparendes Fahrzeug“ bedeuten muss und nicht mehr „Fahrzeug, das schwer ist und viel Sprit verbraucht“ bedeuten darf.

Wenn wir zukünftig an diesem Standort keine spritsparenden Fahrzeuge herstellen, werden wir auch keine verkaufen. Schauen Sie sich die Zulassungszahlen im Januar an. Insbesondere bei den kleinen und mittleren Fahrzeugen sind diese gestiegen, bei den großen stagnieren sie. Ich finde, wenn man das ignoriert, sägt man sich den Ast ab, auf dem man sitzt.

Deswegen, Herr Kollege Zimmermann, lassen Sie mich abschließend noch Folgendes sagen: Der Beschlussempfehlung auf der Basis des Antrags, den Sie im Umweltausschuss vorgelegt haben, möchte ich so nicht zustimmen. Denn eine Formulierung, die da heißt, die Kommission solle jetzt wieder einmal realistische Emissionsziele setzen, riecht für mich nach Absetzbewegung, und die möchte ich nicht zum Ausdruck bringen. Wir sollten vielmehr zum Ausdruck bringen, dass wir den Entwurf seitens der Kommission so, wie er jetzt vorliegt, unterstützen. Sie dürfen mir glauben: Daran wird in den nächsten Monaten noch sehr viel gezerrt werden, was uns allen zusammen von der Richtung her, in die gezerrt wird, nicht passt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ehret für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dieter Ehret FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben die Entwicklungszeit ab dem Jahr 1990 sehr intensiv beobachtet. Nachdem sich im Jahr 2006 herausgestellt hat, dass die Ziele, die man sich durch die Selbstverpflichtung auferlegt hat, leider nicht erreicht werden, haben wir von der FDP/DVP-Landtagsfraktion einen Antrag zu dem Thema erarbeitet, haben diesen Antrag im Umweltausschuss diskutiert und haben, Herr Scheuermann, eine einstimmige und sehr deutliche Stellungnahme herausgegeben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein, einstimmig war das nicht!)

– Doch, damals im Jahr 2006 war es eine einstimmige und sehr deutliche Stellungnahme.

Herr Kollege Stehmer, aus unserer Sicht hat sich daran überhaupt nichts geändert. Ich muss Ihnen zu diesem Passus, den Sie ergänzt haben wollten, widersprechen. Für uns war es selbstredend; das hat unsere Formulierung gezeigt. Als wir darüber diskutiert haben, haben wir, die beiden Arbeitskreisvorsitzenden, Herr Scheuermann und ich, von uns aus gesagt: Das ist selbstredend, selbstverständlich, aber wenn Sie das wollen, dann fügen wir die Ergänzung, die wir gemacht haben, zur Deutlichkeit dazu.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

(Dieter Ehret)

Dass diese Verordnung aus Brüssel kommen musste, war vorauszusehen. Sie musste kommen, weil die Selbstverpflichtung leider nicht gezogen hat. All das haben wir mit unserem gemeinsamen Antrag im Umweltausschuss letzte Woche noch einmal bestätigt.

Ich möchte noch einmal kurz an die Absicht unseres Ursprungsantrags erinnern. Wir bezweckten zum einen den Umweltschutz und zum Zweiten die Sicherung und die Stärkung der Arbeitsplätze im Land, im Bund und in ganz Europa. Das ist im Verordnungsentwurf auch so formuliert.

Unter Ziffer 2 des gemeinsamen Antrags – Herr Scheuermann hat es auch schon ausgeführt – ist die Formulierung ganz wichtig und für mich entscheidend, wonach alle Hersteller in Europa einen Beitrag leisten müssen, und zwar in allen Fahrzeugklassen.

(Abg. Wolfgang Stehmer SPD: Das steht doch schon drin!)

– Ja, das steht drin, ich möchte es aber noch einmal betonen. Besser wäre es, es würde für die ganze Welt gelten. Über das Gebiet der Europäischen Union hinaus haben wir rechtlich jedoch keinen Einfluss. Aber ich denke, das Marketingkonzept, der Aspekt des Marketingarguments Umweltschutz, wird durchschlagen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wenn Sie das lesen, sehen Sie, dass alle beteiligt sind!)

Es ist im Interesse der Umwelt ganz wichtig, dass auch die Klein- und Mittelklassewagen einen Beitrag erbringen. Wir haben doch alle die Zahlen. 12 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen aller Pkws entfallen auf die Premiumklassen und 88 % auf die Klein- und Mittelklassewagen. Wenn Letztere keinen Beitrag erbringen, dann ist das Ganze doch für die Katz; denn diese stellen den größten Anteil des Pkw-Markts dar.

Ich bin auch sicher – Herr Stehmer, da können Sie nicht widersprechen –, auch bei den kleinen Pkws können hinsichtlich CO<sub>2</sub>-Ausstoß und hinsichtlich der anderen Schadstoffe Verbesserungen erzielt werden. Das wird hier wohl niemand ernsthaft bestreiten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das liegt auch im Interesse der Umwelt. Ich bin sicher, diese Verbesserung aller Fahrzeugklassen muss ein fortlaufender Prozess werden und es dann auch bleiben. Das liegt wiederum im Interesse der Umwelt und auch im Interesse der jeweiligen Hersteller in Europa.

Zum Schluss zu einem anderen Aspekt. Ich bin sehr froh, dass wir dieses Thema heute zum wiederholten Mal diskutieren. Wir hatten es im Umweltausschuss, im Europaausschuss und auch schon zweimal im Plenum.

Ich möchte an dieser Stelle wiederum die Möglichkeit nutzen, die Käufer und Benutzer auf ihre Einflussmöglichkeit, ja sozusagen auf ihre Machtstellung hinzuweisen. Der Abnehmer kann die Entwicklungen der Hersteller jederzeit mitbestimmen, indem er eben Autos mit geringem Spritverbrauch kauft. Damit kann er sein Umweltbewusstsein beweisen und dokumentieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Darüber hinaus ist es mir wichtig, auch beim Thema Verkehr auf das Energiesparen hinzuweisen und die Menschen überall dafür zu sensibilisieren. Ich habe im Umweltausschuss gesagt – jetzt zitiere ich mich selbst, mit Genehmigung der Präsidentin –:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Für die Umwelt ist das Auto am besten, welches, wenn es nicht unbedingt gebraucht wird, in der Garage, im Carport oder auf dem Stellplatz bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, des Fahrrads oder der Füße wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoß am besten vermieden. Das passt jetzt auch wieder, Herr Fraktionsvorsitzender, zu der Diskussion, die wir vorhin über die Sportförderung geführt haben.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Jawohl! Wir schaffen die Autos ab! – Unruhe)

Das tut der Umwelt gut, und es tut dem Körper gut.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Man stößt aber mehr CO<sub>2</sub> aus, wenn man mehr O<sub>2</sub> aufnimmt!)

Als Schlussaspekt möchte ich noch erwähnen – darauf hat auch die Kollegin Berroth hingewiesen –: Selbstredend wird in allen anderen Sparten neben den Pkws – hier geht es um Pkws, es geht aber auch um Lkws –, etwa im Bereich der Kraftwerke und in anderen Bereichen von Umwelt und Energie, hinsichtlich der Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in eine ähnliche Richtung marschiert.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Ministerin Gönner.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Blick auf die Uhr und angesichts der Tatsache, dass wir beim letzten Tagesordnungspunkt mit einer Aussprache angelangt sind, versuche ich, mich kurz zu fassen, und hoffe, dass mir dieser Versuch gelingt.

Zunächst einmal bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Untersteller, dafür, dass Sie eine Veranstaltung der Landesregierung als denkwürdig bezeichnen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Ich glaube, es ist uns gelungen, etwas zu tun, was für Baden-Württemberg wichtig ist: einen Anstoß für die Diskussion in Brüssel zu geben. Das ist auch für die weitere Diskussion in Brüssel in den nächsten Monaten notwendig.

Klar ist, dass es keine Alternative zum Klimaschutz und damit zur Verringerung der Treibhausgasemissionen gibt. Darin stimmt dieses Haus, glaube ich, überein. Dann müssen allerdings auch in allen Sektoren die vorhandenen Potenziale zur

(Ministerin Tanja Gönner)

Senkung der Treibhausgasemissionen genutzt werden – auch im Verkehrsbereich.

Der Vorstoß der EU-Kommission zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ist deshalb zu begrüßen, auch wenn einzelne Punkte des Kommissionsvorschlags noch diskutiert werden müssen.

In der weiteren Diskussion sind aus meiner Sicht vier Punkte zu berücksichtigen.

Erstens: Alle Fahrzeughersteller und Fahrzeugklassen innerhalb der Europäischen Union müssen jeweils ihren größtmöglichen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Minderung leisten – auf der Basis des vorgeschlagenen Ziels von 130 g CO<sub>2</sub>/km im Mittel der Fahrzeuge. Eine spürbare Reduzierung kann aber nur erreicht werden, wenn alle Fahrzeugsegmente – vom Kleinwagen bis hin zu den schweren Fahrzeugen – den ihnen zumutbaren Beitrag leisten. Dies darf zu keiner einseitigen Lastenverteilung zwischen den Automobilherstellern und damit nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung führen.

Richtig ist dabei ohne Zweifel – das hat auch Kollege Scheuermann sehr deutlich gesagt –, dass größere Fahrzeuge auch einen größeren Beitrag leisten müssen. Wenn wir aber die vom Verkehr geforderte wirksame Reduzierung der Treibhausgasemissionen erreichen wollen, dürfen kleine und mittlere Fahrzeugmodelle nicht aus der Verantwortung entlassen werden, denn von ihnen geht der Hauptanteil an den CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Pkws, nämlich 88 %, aus. Wesentlich sind dabei die Zulassungszahlen bei dieser Gruppe.

Zweitens: Die Motivation der Fahrzeughersteller zu Innovationen muss deutlich ausgebaut werden. Dabei sollten nach meiner Auffassung alle nachweisbaren Möglichkeiten zur CO<sub>2</sub>-Minderung am Fahrzeug auf die Einhaltung des Grenzwerts angerechnet werden, z. B. ein sechster Getriebeengang als Spargang, besonders effiziente Klimaanlage mit CO<sub>2</sub> als Kältemittel, Entwicklungen am elektrischen Bordnetz oder bei der Beleuchtungsanlage und weitere noch zu erschließende Potenziale.

Dies alles führt zu einer Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen, wird heute bei der Abnahmemessung nach dem Europäischen Fahrzeugzyklus aber nicht berücksichtigt. Deswegen muss dies entsprechend aufgenommen werden. Das scheint auf den ersten Blick – wie so häufig – eine kleine Menge zu sein, aber wir wissen ja alle – und das ist gut Schwäbisch –: Kleinvieh macht auch Mist. Deshalb sollte man das mit einbeziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP – Minister Willi Stächele: Sehr richtig! Das gilt  
auch in Baden!)

– In Baden-Württemberg, wie immer, Herr Staatsminister.

Drittens: Für die Fahrzeughersteller müssen die Rahmenbedingungen nicht nur klar und eindeutig sein. Es müssen auch realistisch darstellbare Ziele und Zeithorizonte vorgegeben werden. Es dürfen auch keine Strafen um der Strafe willen verhängt werden. Abgaben bei Überschreitung der Vorgaben müssen vom zeitlichen und vom finanziellen Rahmen her angemessen sein und so gestaltet werden, dass sie wirklich Anreize für technische Neuerungen bieten können, ohne die Innovationsanstrengungen zu behindern.

Viertens – da teile ich die Auffassung des Kollegen Ehret –: Bei allen Aktivitäten dürfen wir einen weiteren wichtigen Aspekt nicht vergessen: Entscheidende Erfolge bei der Senkung des Kraftstoffverbrauchs und damit der CO<sub>2</sub>-Emissionen sind über den Käufer zu erreichen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es bei den Herstellern schon fortschrittliche Ansätze gab, verbrauchsarme Fahrzeuge anzubieten. Der Hybridantrieb war bereits Ende der Achtzigerjahre in Deutschland marktreif. Diese Ansätze wurden jedoch vom Markt nicht angenommen.

Es ist für den Erfolg ebenso wichtig, neben einer Lenkung beim Produkt Fahrzeug auch Anreize für den Käufer vorzusehen, beispielsweise in Form einer CO<sub>2</sub>-Komponente bei der Kraftfahrzeugsteuer oder einer Neugestaltung der Mineralölsteuer. In Deutschland ist dies bei der Kraftfahrzeugsteuer für das Jahr 2009 geplant. Und nicht zuletzt: Hersteller müssen stärker für verbrauchsarme Fahrzeuge werben und damit den übrigen Klimaschutz unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich sehe Ökologie und Ökonomie nicht als Widerspruch. Im Gegenteil, eine nachhaltige Beschäftigung in der Automobilindustrie Europas – und damit auch in Baden-Württemberg – wird in den nächsten Jahrzehnten nur möglich sein, wenn wir Autos bauen, die im Einklang mit den ökologischen Notwendigkeiten stehen.

Ich bin überzeugt davon, dass insbesondere die baden-württembergische Autoindustrie die Herausforderungen des Klimaschutzes nicht nur meistern, sondern als Chance begreifen und aufgrund ihrer Innovationskraft zu einem Wettbewerbsvorteil ausbauen wird. Ich glaube, wir sollten sie auf diesem Weg begleiten, indem wir die Schraube durchaus etwas andrehen – auch das ist sicher notwendig –, aber auch Anreize setzen, damit sie sagt: „Es lohnt sich, diese Anstrengung zu machen“ – so, wie wir es in diesem Land immer gemacht haben: Gut vorangehen, fördern und fordern.

(Minister Willi Stächele: Ihr könnte man stundenlang  
zuhören!)

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu der Beschlussempfehlung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 14/2372. In Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Umweltausschusses schlage ich Ihnen folgende Änderung vor: Statt „2. festzustellen,“ soll es heißen: „2. die Landesregierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken,“. Es folgen dann die Buchstaben a bis d.

(Abg. Wolfgang Stehmer SPD: Wir wollten getrennt  
über die Ziffern 1 und 2 abstimmen!)

– Dann stimmen wir zunächst über die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung ab. Wer der Ziffer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Wir kommen nun zu Ziffer 2 der Beschlussempfehlung. Wer der Ziffer 2 in der geänderten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Die Punkte 10 und 11 sind von der Tagesordnung abgesetzt. Darüber sind die Fraktionen übereingekommen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Januar 2008, Az.: 1 BvR 3262/07 – Verfassungsbeschwerde gegen § 7 Landesnichtraucherschutzgesetz (Rauchverbot in Einraumgaststätten) – Drucksache 14/2367**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. November 2007 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2005 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 (Nr. 19) – Die Beteiligung des Landes am Projekt FISCUS – Drucksachen 14/2055, 14/2249**

**Berichterstatter: Abg. Manfred Groh**

Hier ist ebenfalls keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Dezember 2007 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Landesbeteiligung an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien – Drucksachen 14/2095, 14/2352**

**Berichterstatter: Abg. Ingo Rust**

Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2007 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 27. März 2007 zur Wirtschaftlichkeit des Projekts NSI in der Landesverwaltung – Drucksachen 14/2203, 14/2354**

**Berichterstatter: Abg. Manfred Groh**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Dezember 2007 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2004 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2002 (Nr. 7) – Dienstreisemanagement – Drucksachen 14/2162, 14/2355**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu den Mitteilungen der Landesregierung vom 15. Juni und 16. August 2007 – Berichte der Landesregierung zu den Beschlüssen des Landtags; hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Nr. 11) – Betätigungsprüfung bei einem Dienstleistungsunternehmen – Drucksachen 14/1385, 14/1670, 14/2356**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/2244, 14/2360, 14/2361, 14/2362**

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/2340**

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 2. April 2008, um 10:00 Uhr statt.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Osterfest, danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 17:47 Uhr**